Montag, 13. Mai 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 110 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Umwelt: Die CSSR hat nach Angaben des bayerischen Umweltministeriums ihre Bereitschaft bekundet, den Schwefeldioxid-Austoß der Kraftwerke bis zum Jahr 2000 auf 20 bis 25 Prozent des gegenwärtigen Wertes zu senken. Voraussetzung sei allerdings, daß der Ausbau der Kernenergie planmäßig weitergehe.

Gedenken: Mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal auf dem Platz der Luftbrücke in Berlin ist gestern zum 36. Jahrestag der Beendigung der sowjetischen Blokkade der 75 Männer gedacht worden, die während der westlichen Luftbrücke ihr Leben ließen.

Hessen: Als „verspäteten Aprilscherz" bezeichnete Ministerpräsident Börner Berichte, wonach die Grünen der SPD in Wiesbaden eine Koalition vorschlagen und drei Ministerämter beanspruchen wollten. Die Grünen litten offenbar an „Selbstüberschätzung".

Verteidigung: Auf ihrer Frühjahrstagung in Brüssel will die NATO ihre fast vergessene Absicht bekräftigen, den Verteidigungshaushalt pro Jahr um drei Prozent zu steigern. (S. 7)

Südkorea: In einem stark veränderten politischen Klima tritt heute in Seoul das neugewählte Parlament zusammen. Erstmals seit dem Verbot der alten Parteien vor fünf Jahren gibt es wieder eine echte Opposition. (S. 7)

Attentat: Bei der Explosion einer Bombe in der Nähe des Teheraner Basars sind gestern mindestens 15 Menschen getötet und 50 verletzt worden. Der etwa 50 Kilogramm schwere Sprengsatz detonierte zur Hauptgeschäftszeit im Kofferraum eines Autos, das in einer belebten Gasse abgestellt war.

Israel: Aufschluß über mögliche politische Trendverschiebungen wird von den heutigen Wahlen zur Histadrut erwartet, dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband, in dem rund 85 Prozent der arbeitenden Bevölkerung Israels organisiert sind. (S. 7)

Staatsbesuch: Mit 110 Begleitern traf der zairische Staatspräsident Mobutu Sese Seko gestern in Israel ein. Zaire hatte als erster schwarzafrikanischer Staat die nach den Nahostkriegen abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Nur Liberia ist diesem Beispiel bisher gefolgt.

Embargo: Mit ihrem Veto haben die USA im Weltsicherheitsrat eine von Nicaragua eingebrachte Resolution gegen das US-Handelsembargo in entscheidenden Punkten zu Fall gebracht. Das Veto richtete sich gegen jene Passagen, in denen die Handelssperre bedauert, die sofortige Aufhebung gefordert und das amerikanische Vorgehen als eine Gefahr für die Stabilität Mittelamerikas dargestellt wird.

ZITAT DES TAGES



» Eher keine Steuerreform als eine verkorkste «

Der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß in einer Rede beim Verbandstag der deutschen Arbeitgeberverbände, in der er die Haltung der CSU zum Steuerentlastungsprogramm modifizierte (S. 8) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Großbritannien: Die Regierung Thatcher hat ihren alten Privatisierungs-Elan zurückgewonnen. Plötzlich geht es wieder Schlag auf Schlag – und in der britischen Bevölkerung entwickelt sich zum ersten Mal so etwas wie ein breites Aktionärs-Bewußtsein. (S. 9)

Bankverein: Der Schweizerische Bankverein, eine der drei großen Banken des Landes, will in Frankfurt Fuß fassen. Gegen Ende des Jahres soll eine Tochtergesellschaft mit einem Anfangskapital von 100 Millionen DM die Geschäfte aufnehmen. (S. 9)

Peugeot: Der private französische Autokonzern steigerte 1984 seinen Gruppenumsatz um 7,5 Prozent auf 91,5 Milliarden Franc. Der Verlust des Vorjahrs (2,6 Milliarden Franc) konnte um mehr als die Hälfte abgebaut werden. (S. 12)

Landwirtschaft: Die Regierungsparteien haben weitere Steuererleichterungen für die deutschen Bauern ins Auge gefaßt. Unter anderem sollen die Abschreibungsvergünstigungen für Investitionsgüter in der Land- und Forstwirtschaft um drei Jahre verlängert werden. (S. 9)

KULTUR

Maifestspiele: Nach einem enttäuschenden Auftakt der Wiesbadener Maifestspiele setzte das „Teatro di San Carlo" mit einer Aufführung von Pergolesis geistreicher musikalischer Komödie „Flaminio" am Wochenende den bis dahin einzigen festspielwürdigen Akzent. (S. 19)

Premiere: Mit starkem Beifall wurde in der Berliner Schaubühne das auf deutsch bisher kaum gespielte Marivaux-Stück „Der Triumph der Liebe" aufgenommen. Luc Bondy inszenierte es mit zärtlich fester, wenn auch wieder zu langer und ausführlicher Hand. (S. 19)

SPORT

Tennis: Der Münchner Hansjörg Schwaier verlor das Finale der Bayerischen Meisterschaft gegen den Schweden Nystroem mit 1:6, 0:6. Das Spiel dauerte nicht einmal eine Stunde. (S. 18)

Leichtathletik: Eine Spitzenleistung brachte Harald Schmid aus Gelnhausen bei einem Länderkampf in Monaco. Der Europarekordhalter lief über 400 m Hürden 48,85 Sekunden. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Satellit: Der nutzlos im All treibende defekte Nachrichtensatellit „Syncom" soll möglicherweise im August im Weltraum repariert und doch noch auf seine vorgesehene Umlaufbahn gebracht werden. (S. 20)

Fall für Den Haag: Im Flensburger „Brötchenkrieg" wird der Europäische Gerichtshof angerufen. Vergangene Woche hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg einer Flensburger Kioskbetreiberin verboten, ofenfrische Brötchen aus Dänemark sonntagmorgens zu verkaufen. (S. 20)

Wetter: Wolkig, gebietsweise etwas Regen. 22 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Arbeitskampf in Schweden lähmt das öffentliche Leben

Palme reagiert auf Streik mit Aussperrung von 80 000 öffentlich Bediensteten

MANFRED LOOS, Stockholm

Als nach dem Scheitern der bis zur letzten Minute geführten Einigungsverhandlungen die größte Aussperrung im Öffentlichen Dienst Schwedens ein Faktum war, bekamen Kunstfreunde sie als erste zu spüren. Am Sonnabend waren bereits alle staatlichen Museen geschlossen. Zu den 80 000 ausgesperrten Mitgliedern der für mehr Lohn kämpfenden Gewerkschaft TCO-S gehören auch Museumsangestellte.

Die Mehrheit der Schweden wird erst heute mit Palmes harter Antwort auf den seit dem 2. Mai andauernden Punktstreik von 20 000 Staatsangestellten konfrontiert, denn allein 55 000 der Ausgesperrten sind Lehrer. So werden sich die Eltern von 300 000 schwedischen Schülern nun den Kopf darüber zerbrechen müssen, wer auf ihre Kinder aufpaßt.

Die Auswahl der verschiedenen vom Aussperrungsbeschluß betroffenen Ämter und Behörden – neben den Schulen unter anderem die Steuer- und Bauämter, verschiedene Forschungsinstitutionen, Bibliotheken und Archive – zeigt, daß die Regierung darauf bedacht war, Produktion und Handel vor weiterem Schaden zu bewahren. Wegen der Einbeziehung von Fluglotsen und Zöllnern in den Schwerpunktstreik TCO-S ist der Linienflugverkehr zum Erliegen gekommen. An den Grenzen stauen sich zudem seit mehr als einer Woche kilometerlange LKW-Schlangen mit Waren-Importen oder -Exporten. Volvo-Chef Per Gyllenhammar hat bereits angekündigt, daß er sich bei mehr als zweiwöchigen Streiks zur Produktionseinstellung gezwungen sehen wird, weil die Lager für Zulieferungen vor allem aus der Bundesrepublik dann leer sein werden.

Bei einer langen Streikdauer mit erheblichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen gerät Palmes Vorhaben, die Inflation zu bekämpfen, ernsthaft in Gefahr. 3,1 Prozent mehr Lohn fordert die Gewerkschaft. Die Regierung bietet ihr zwei Prozent ab Januar 1986 an. Mit der Aussperrungsstrategie gegen eine – überdies sozialdemokratisch orientierte – Gewerkschaft will sie erreichen, daß die Streikkasse der TCO-S, einer von sechs Gewerkschaften im öffentlichen Dienst mit 260 000 Mitgliedern, möglichst schnell geleert wird. Während bislang täglich drei Millionen Kronen an Streikgeldern zu zahlen waren, sind die Kosten nun auf über 17 Millionen gestiegen. Wichtiger allerdings für Palmes Kalkül dürfte die öffentlichen Meinung sein. Palme setzt darauf, daß die ohnehin nicht besonders populäre Aktion der Staatsangestellten vollends in Verruf gerät, wenn der schwedische Normalverbraucher die Folgen des Arbeitskampfes direkt zu spüren bekommt.

Gelingt diese Zermürbungsstrategie, könnte sich Palmes Minderheitsregierung um eine schwierige Entscheidung herumdrücken. Sie kann bei Streiks, die „das Gemeinwohl gefährden", per Gesetz den Arbeitskampf für illegal erklären und einseitig die Lohnfragen regeln. Palme hat auch nach Beginn der Aussperrung erklärt, er sei „prinzipieller Gegner" eines derartigen Zwangseingriffes.

Sein konservativer Kollege Schlüter im Nachbarland Dänemark wollte so vor wenigen Wochen einen weit größeren Ausstand beenden und löste damit umfassende „wilde" Streiks aus. Im Stockholmer Reichstag würde Palme zudem gar keine Mehrheit bekommen, denn die Kommunisten, ansonsten Stützpartei der Regierung, verweigern sich. Die bürgerliche Opposition will erst einmal abwarten. Für sie kommt dieser Arbeitskampf genau zum rechten Zeitpunkt, denn in vier Monaten wird in Schweden ein neues Parlament gewählt.

Kühler Empfang für den Papst in den Niederlanden

„Diskretion läßt Begründung für Bischofsernennung nicht zu"

F. MEICHSNER, Utrecht

Nüchternheit und ein nur begrenztes Engagement auch unter den fünf Millionen Katholiken des Landes kennzeichnen bisher den Pastoralbesuch, zu dem Papst Johannes Paul II. seit Samstagmittag in den Niederlanden weilt. Die Spannungen innerhalb der holländischen Kirche sowie zwischen Amtskirche und Gesellschaft wurden bei den weitgehend abgeschirmten und geschlossenen Veranstaltungen dieses Besuches nur am Rande oder unter der Oberfläche spürbar. Weder Massenbegeisterung noch Manifestationen des Massenprotestes waren gestern zu verzeichnen.

In den Straßen, durch die der Papst am Sonntag zum liturgischen Stundengebet mit den Ordensleuten in die Utrechter Catharije-Kathedrale und dann zu einer Begegnung mit den Vertretern gesellschaftlicher Organisationen in eine Messehalle fuhr, gab es fast mehr Polizisten als beifallspendende Gläubige. Die innerkirchlichen Dissidenten waren offensichtlich zu Hause geblieben, und der Protest artikulierte sich nur in vereinzelten Plakaten und Transparenten sowie in einer genehmigten Gegendemonstration, die von der Polizei weitgehend auf den Marienplatz im alten Stadtzentrum begrenzt wurde.

Schon kurz nach seiner Ankunft auf dem Flughafen von Eindhoven mußte sich der Papst auf das besondere holländische „Klima" einstellen: Nach einer Prozession durch 's-Hertogenbosch, an der fast nur ältere Leute teilnahmen, konnte er den Gläubigen auf dem Platz neben der Kathedrale aus Sicherheitsgründen nur vom geschlossenen Glaskasten aus über Mikrophon den apostolischen Segen spenden.

In der Kathedrale versuchte er dann in einer Ansprache, sich für die vor einigen Wochen von ihm gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des Diözesanvolkes verfügte Ernennung des neuen als extrem konservativ geltenden Bischofs Ter Schure zu rechtfertigen. Die Meinungen bei Bischofsneuernennungen gingen manches Mal auseinander, sagte er. „Letztlich muß dann doch der Papst entscheiden. Muß er seine Wahl begründen? Die Diskretion läßt das nicht zu."

Auf eine andere Streitfrage, die diesen Papstbesuch in seiner Vorbereitungsphase belastet hatte, ging Johannes Paul II. in seiner ersten Ansprache auf holländischem Boden ein. Auf dem Flugplatz Eindhoven erinnerte er an „das tragische Los

● Fortsetzung Seite 8

„Rentenalter darf nicht tabu sein"

Mischnick für individuelle Festsetzung des Ruhestandsalters

Mk./DW. Bonn

Die Diskussion um die langfristige Sicherung der Renten ist trotz der Nachricht, daß sich die Vermögenssituation der Rentenversicherung im ersten Quartal dieses Jahres gebessert hat, am Wochenende erneut entflammt. Der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Versicherungsträger, Rudolf Kolb, erklärte in einem Interview des „Express", wenn es nicht bald zu der angekündigten Strukturreform der Rentenversicherung komme, werde es in den 90er Jahren ein immer größeres Loch in der Rentenkasse geben. Nach seiner Ansicht sollten die beitragsfreien Zeiten wie Ausbildung und Studium künftig nicht mehr im gleichen Umfang auf die Rente angerechnet werden wie bisher. Überdies sollte in den 90er Jahren das Rentenalter wieder angehoben werden.

Auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, brachte ein höheres Rentenalter ins Gespräch. Eine Erhöhung des Eingangsalters um nur ein Jahr würde „schon Einsparungen von sechs bis acht Milliarden Mark mit sich bringen", erklärte er in einem Interview der in Oldenburg erscheinenden „Nordwest-Zeitung". Der einzelne solle selbst bestimmen können, „wann er mit seiner Arbeit aufhören will", erklärte Mischnick.

Der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, kritisierte die Rentenpolitik der Bundesregierung. Die Rentenversicherung sei „im Grunde genommen pleite", erklärte Mayr. Ohne eine Reform drohten die Renten in den nächsten 20 Jahren auf 40 Prozent des früheren Netto-Einkommens abzusinken. Als Grund für die Finanzmisere der Rentenversicherung nannte der IG-Metall-Chef die „ständige Flickschusterei von Leistungskürzung und Beitragsanhebung".

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) wies den Vorwurf Mayrs als Wahlkampfhilfe für die SPD zurück. Er versicherte, die Rente werde Monat für Monat pünktlich gezahlt und nicht gekürzt. Blüm erinnerte daran, daß die Bundesregierung unter ihrem Kanzler Helmut Kohl die Zuschüsse im Gegensatz zu ihren Vorgänger-Regierungen erhöht habe.

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies darauf hin, daß die Renten 1984 das höchste Niveau in der Geschichte erreicht hätten. Die durchschnittliche Nettorente habe 73,5 Prozent des letzten Einkommens betragen.

Seite 9: Beitragseinnahmen gestiegen

Wahlbeteiligung schwächer als 1980

DW. Düsseldorf

Die rund 12,5 Millionen Wähler an Rhein und Ruhr scheinen bei den Landtagswahlen nur zögernd an die Urnen gegangen zu sein. Die Wahlbeteiligung war nach übereinstimmenden Berichten der Wahlmänner zumindest in den Großstädten erheblich geringer als 1980. Nach Angaben der Landeswahlleitung in Düsseldorf betrug die Wahlbeteiligung in sieben repräsentativ ausgewählten Großstädten und Kreisen in Rheinland und Westfalen am Nachmittag zwischen 60 und 52 Prozent. 1980 noch hatten insgesamt 80 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Seite 5: Weitere Beiträge

Chinesische Kunst in Berlin

DW. Berlin

Außergewöhnliche chinesische Kunstwerke, von denen viele noch niemals außerhalb des Reichs der Mitte ausgestellt wurden, präsentiert das Pekinger Palastmuseum für drei Monate im Berliner Martin-Gropius-Bau. Das Museum zeigt mehr als 120 Kunstwerke, die eine Zeitspanne von mehr als dreieinhalbtausend Jahren chinesischer Geschichte abdecken. Der Berliner Kultursenator Volker Hassemer sagte bei der Pressevorbesichtigung, daß sich die geteilte Stadt mit dieser Ausstellung wieder als „Schaufenster für östliche Kultur" bewähre.

Seite 3: Der Himmelssohn

Wieder Tote bei Unruhen in Indien

DW. Neu-Delhi

Bei einer Welle von Bombenanschlägen kamen am Wochenende in Neu-Delhi und drei nördlichen Unionsstaaten mehr als 80 Menschen ums Leben. Nach den Terroranschlägen nahmen indische Sicherheitskräfte mehr als 700 mutmaßliche Sikh-Extremisten fest. Dabei untersuchte die Polizei auch Tempel der Sikhs nach militanten Separatisten, die für die Religionsgemeinschaft einen unabhängigen Staat in Punjab fordern. Unterdessen wurde das Innenministerium und dessen Sicherheitsapparat von der Presse kritisiert, weil es ihm nicht gelungen sei, die Zirkel der Extremisten zu infiltrieren.

Peres zu Bruch mit Likud bereit?

DW. Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat Washington „grünes Licht" für die Bemühungen um direkte Verhandlungen Israels mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation gegeben. In einem Gespräch mit US-Außenminister George Shultz sprach sich Peres jedoch gegen eine Beteiligung von Palästinensern aus, die der PLO angehören. In der Peres nahestehenden Zeitung „Davar" hieß es, der Regierungschef sei „zum Bruch der Koalition mit dem Likud bereit, wenn Jordanien im Gegenzug akzeptiert, Friedensverhandlungen mit Israel aufzunehmen".

Seiten 2 und 7: Weitere Beiträge

Millionen sahen Tragödie am Bildschirm

REINER GATERMANN, London

Makaber mutet der Beginn einer Katastrophe an, bei der am Samstag in England im Fußballstadion des Bradford FC mindestens 55 Menschen verbrannten und mehr als 200 verletzt wurden und die sich vor Millionen von Fernsehzuschauern abspielte. „Als die ersten ‚Feuer'-Rufe zu hören waren, haben wir uns gegenseitig ermuntert: ‚Nur keine Panik'", berichtet der 35jährige Peter Mountain, der von einem Polizisten über eine Mauer geworfen und damit gerettet wurde.

Doch für viele Zuschauer, die von der mit 4000 Menschen voll besetzten hölzernen Haupttribüne zum Teil mit brennenden Haaren und brennenden Kleidern den Ausgängen zuströmten, gab es keine Rettung. Die Tore waren verschlossen. Der Verein, so Club-Präsident Staffond Heginbotham, könne sie in der ersten Halbzeit nicht offen lassen, weil sonst zu viele Besucher ohne Karte hereinkämen.

Die gemeldete Zahl der Toten und Verletzten erhöhte sich am Samstag und Sonntag stündlich. Noch gestern suchte die Polizei nach mehr als 30 Vermißten. Viele der Verletzten schweben in Lebensgefahr. Die bisher höchste Zahl an Toten bei einem Stadion-Unglück, die 1971 in Glasgow mit 66 verzeichnet wurde, als eine Tribüne eingestürzt war, könnte deshalb noch übertroffen werden.

Die Ursache des Unglücks ist noch ungeklärt. Die Polizei vermutet, daß entweder Kinder hinter der Tribüne mit Feuer gespielt haben oder eine Brandbombe geworfen wurde.

Königin Elizabeth II., die kurz nach dem Unglück unterrichtet wurde, schickte ein Beileidstelegramm nach Bradford, und ein Regierungssprecher erklärte, Premierministerin Margaret Thatcher sei „tief besorgt".

Auch Papst Johannes Paul II. hat seine Erschütterung und Trauer über die Brandkatastrophe zum Ausdruck gebracht. In einem Telegramm an den Bischof von Leeds, William Gordon Wheeler, drückte der Papst den Angehörigen der Toten sein Beileid aus und versprach, für die Opfer zu beten.

Zehn Minuten vor dem Ende der ersten Halbzeit brach das Inferno über das Stadion herein. Den am Nordende der Holztribüne aufsteigenden Qualm hatte kaum jemand bemerkt. Dann ging alles sehr schnell: Aus den Fußbodenplanken schlugen bis zu drei Meter hohe Flammen, die schnell die Seitenpfosten und das Dach der Tribüne erfaßten.

„Zunächst waren die Zuschauer noch sehr ruhig, sie begriffen offenbar nicht, was um sie herum geschah", beschreibt ein Polizist, der am Spielerausgang stand, die Szene. Der 28 Jahre alte John Waite schildert seine Erlebnisse so: „Die Tribüne war voll von Vätern mit ihren Söhnen und vielen alten Leuten. Vor mir ist ein alter Mann in Flammen aufgegangen und verbrannt. Ich will so etwas in meinem Leben nie wieder sehen." Der 55jährige Malcolm Hainsworth bestätigt: „Die alten Leute konnten nicht über die Mauer klettern. Plötzlich war die Hitze unerträglich. Wir haben einige ältere Zuschauer gepackt und einfach über die Mauer geworfen."

Die Katastrophe von Bradford war aber nicht das einzige Unglück, das Großbritannien am Wochenende erschütterte. Bei Ausschreitungen während des Fußballspiels zwischen Birmingham und Leeds stürzte unter dem Ansturm von Randalierern eine zehn Meter lange und dreieinhalb Meter hohe Steinmauer ein. Sie erschlug einen 15jährigen Jungen und verletzte 65 Personen.

Seite 20: Sicherheitsfragen

DER KOMMENTAR

Aussperrung in Schweden

REINER GATERMANN

Die Aussperrung von achtzigtausend Staatsangestellten – einen Beamtenstatus kennt Schweden nicht – als Folge des vor einer Woche begonnenen Streiks von zwanzigtausend Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zeigt wieder einmal, daß die sozialistische Regierung, wenn es darauf ankommt, ungeniert dieselben Kampfmittel anwendet wie die von ihr so häufig kritisierte kapitalistische Wirtschaft. Als das Kabinett Palme sich Anfang der siebziger Jahre in einer ähnlichen Situation befand, hat es sogar die Aussperrung vieler Offiziere beschlossen. Damals gingen Vorschläge, man solle Lautsprecheranlagen aufs Meer hinausrufen lassen: „Bitte nicht angreifen, die Armee ist ausgesperrt!" Aber man einigte sich in letzter Minute.

Das Verhältnis von vier zu eins bei der Aussperrung durch eine sozialistische Regierung ist für deutsche Beobachter interessant, die Gerichtsurteile kennen mit dem Tenor, Aussperrung müsse „verhältnismäßig" sein. Die Schweden wiederum vermerken ein schwedisches Rechtsproblem. Das staatliche Arbeitgeberamt hatte bei den Tarifverhandlungen für 1984 und 1985 etwas zugesichert, was dort nicht ungewöhnlich ist: Daß der öffentliche Sektor Nachzahlungen fordern kann, wenn die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft die von den Arbeitsmarktorganisationen vereinbarten Tarife um einen bestimmten Satz überschritten haben.

Nun machten die staatlichen Arbeitgeber dieses Zugeständnis, als Finanzminister Kjell-Olof Feldt auf Dienstreise in Australien war. Nach seiner Rückkehr erklärte er diese Vereinbarung als „idiotisch". Jetzt, wo er sein von vornherein unrealistisches Inflationsziel für 1985 in noch weitere Ferne gerückt sieht, versucht Feldt, wenigstens dem Anschein nach an diesem Ziel festzuhalten – ein schwedischer sozialdemokratischer Minister gibt eine Fehlbeurteilung prinzipiell nicht zu. Aber das meiste, was von der drastischen und viel kritisierten Abwertung im Herbst 1982 übriggeblieben ist, hat sowieso schon die Inflation aufgefressen. Feldt steht auf verlorenem Posten.

Die Regierung will die Gewerkschaft TCO, deren früherer Vorsitzender Lennart Bodström heute Außenminister ist, finanziell unter Druck setzen. Aber schwedische Gewerkschaften sind immer gut bei Kasse und kreditwürdig. Somit wäre mit keinem schnellen Ende zu rechnen. So rächt es sich, daß man durch Vertragsbruch zu erreichen sucht, was man vorher hätte im Interesse der Staatsfinanzen regeln müssen. Die Regierung spekuliert auf den Ärger der Bevölkerung über die Bürokraten, aber ihr eigenes Ansehen wird durch dies Manöver nicht gehoben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Was Israel nicht hinnimmt

Von Peter M. Ranke

Die israelische Regierung hat den Außenminister der Weltmacht Amerika vor der peinlichen Situation bewahrt, mit Präsident Mubarak und mit König Hussein um Namenslisten von Palästinensern feilschen zu müssen. Denn Israel akzeptiert die PLO-Lösung nicht, die die Amerikaner servieren wollen.

Die Regierungskoalition in Jerusalem hat die fatale Konstruktion des amerikanischen Unterstaatssekretärs Richard Murphy, sogenannte „Unabhängige" des PLO-Nationalrates (PNC) sollten an einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation beteiligt werden und dann mit den USA über Israel (nicht mit Israel!) verhandeln, als zu brüchig zurückgewiesen. Denn auch die „Unabhängigen" des PNC wählen namhafte Terroristen in die PLO-Führung, auch die „Unabhängigen" bekennen sich zur PLO-Charta, die die Vernichtung Israels proklamiert.

Mit Henkern, die in den letzten Wochen zweimal Fatah-Kommandos zu Terroraktionen gegen die israelische Küste schickten, verhandelt man nicht. Verteidigungsminister Rabin hat das treffend betont: Wir verhandeln mit jedem Palästinenser, aber nicht mit Leuten der PLO. Außenminister Shamir ist nicht weniger unnachgiebig. Er hätte es eher zu einer Regierungskrise und zu Neuwahlen über diese Frage kommen lassen, als den semantischen Trick Murphys zu akzeptieren.

Über die „gemeinsame Delegation" ist von Israel Klarheit geschaffen worden, zwischen Mubarak, Hussein und Arafat wird das heiße Eisen noch hin- und hergeschoben. Dabei war Arafat mit „seiner" Delegation längst in Peking, während Mubarak und Hussein noch basteln. Arafat hat immer erklärt, nur wer die Billigung der PLO habe, dürfe der Delegation Husseins angehören. Und man weiß, wie Terroristen Zweifelsfragen zu erledigen pflegen.

Israel hat nicht den „Friedensprozeß" unterbrochen oder blockiert. Ein orientalisches Manöver mit faulen Tricks zur Umgehung direkter Verhandlungen mit Hussein ohne die PLO ist von Israel rechtzeitig erkannt und abgehakt worden, mehr nicht. Stühle am Verhandlungstisch stehen weiterhin bereit.

Theater in Österreich

Von Carl Gustaf Ströhm

Österreichs Debatte um die Anschaffung von 24 Überschall-Jagdflugzeugen hat von Anbeginn eine erstaunliche Wendung bekommen: Die Österreichische Volkspartei, Schwesterpartei der deutschen CDU und CSU, wehrt sich mit Argumenten des Umweltschutzes gegen die Modernisierung der österreichischen Luftraumverteidigung.

Der sozialdemokratische Kanzler und der sozialdemokratische Gewerkschaftsvorsitzende treten für die 24 Abfangjäger ein – prominente Politiker der Volkspartei aber sprechen von „unzumutbarer Lärmbelästigung" und bezeichnen die schwedischen Maschinen als „fliegende Särge".

So entsteht eine ganz seltsame innenpolitische Konstellation: Die österreichischen Christdemokraten stellen sich in eine gemeinsame Schlachtordnung mit Grünen, Alternativen, Linkspazifisten, Linkskatholiken und Kommunisten, die alle gegen die Abfangjäger sind und dies demnächst bei einer Massendemonstration vor dem Steierischen Militärflugplatz Zeltweg kundtun wollen. Dahinter wird bereits die Frage laut, ob man überhaupt eine Verteidigung brauche.

Damit aber bekommt die Szene ihre zweite kuriose Note. Die Kommunisten, bewährte Drahtzieher aller Anti-Rüstungs-Demonstrationen, veranstalten in der Bundesrepublik Deutschland Demonstrationen gegen Atomwaffen und NATO. Aber selbstverständlich darf niemand laut sagen, daß da kommunistische Wünsche völligen Wehrlosmachens dahinter stehen; vielmehr soll dem Beobachter der Eindruck vermittelt werden: wenn die Deutschen sich nur erst neutralisiert und rein konventionell bewaffnet haben, dann sind alle Kritiker zufrieden. In Österreich hingegen, wo es keine Atomwaffen und keine NATO gibt, wird das Spiel gleichzeitig und völlig ungeniert um eine Stufe weitergedreht. Da ist bereits die konventionelle (und übrigens nicht gerade hochmoderne) Bewaffnung im Visier.

Die deutschen Christdemokraten sollten ihre österreichischen Freunde einmal fragen, wie sie in diese Gesellschaft kommen und was sie sich davon versprechen – für Österreich, für den Frieden, für das eigene Ansehen.

Argentiniens Sorgen

Von Günter Friedländer

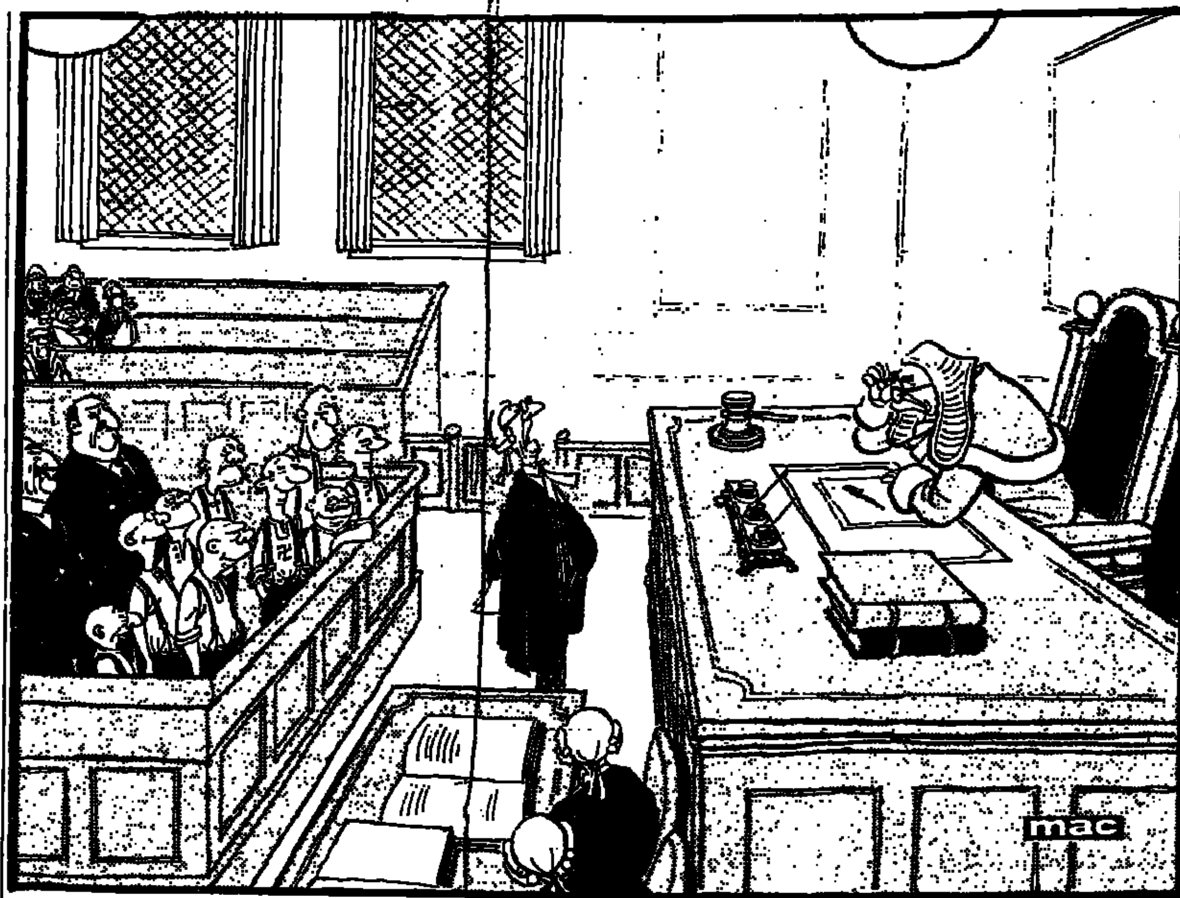
Zeitweise mochte man glauben, das Interesse der Argentinier konzentriere sich auf den Prozeß gegen die Mitglieder der Juntas, die das Land acht Jahre regierten, bis Alfonsin vor siebzehn Monaten die Präsidentschaft antrat. Man sprach denn auch im Ausland mehr vom Prozeß und den ihn umgebenden Gerüchten eines möglichen Staatsstreiches und den Kundgebungen auf den Straßen als von der Botschaft, die Alfonsin an das Parlament richtete.

Noch vor einem Jahr hatte er bessere Reallöhne für die Arbeitnehmer und wirtschaftliches Wachstum versprochen. In diesem Jahr aber hieß es: wirtschaftliche Leiden „sind unser alltäglicher Begleiter, und das wird so bleiben".

Den Worten waren Taten vorangegangen: die Regierung ordnete eine Kürzung ihrer eigenen Ausgaben von zwölf Prozent an, um die Inflation zu bremsen, die neunhundert Prozent im Jahr überschritten hat. Sie bewilligte als Anpassung der Gehälter für den April nur noch neunzig Prozent der Inflation und scheint in naher Zukunft nur noch siebzig Prozent erlauben zu wollen.

Das ist Wasser auf die Mühlen der zu Alfonsins Glück derzeit zerstrittenen Peronisten und der Gewerkschaften, die am 23. Mai einen Generalstreik veranstalten wollen. Die Sparmaßnahmen haben nicht einmal den internationalen Währungsfonds und die ausländischen Banken befriedigt. Argentinien ist seit November auf seine Auslandsschuld von 45 Milliarden Dollar die Zinszahlungen von monatlich 150 Millionen Dollar schuldig geblieben und hat eine Abschlagzahlung von nur 50 Millionen versprochen. Dringend benötigte neue Anleihen sind nicht in Sicht.

Im November sind die nächsten Wahlen fällig. Sie könnten den Peronisten die Mehrheit im Parlament zurückgeben. Das Durcheinander einer Regierung ohne Unterstützung des Parlaments könnte Argentinien erneut in den alten Teufelskreis treiben. Für die Stimmabgabe wird nicht der Prozeß gegen Generale und Admirale entscheidend sein, sondern der Blick in die Brieftasche. Das ist eine der wenigen Einsichten, über die sich die meisten Argentinier einig sind.



„Eure Lordschaft – nachdem meine Herren Mandanten das Fußballstadion besetzt und wieder geräumt haben, sind sie nunmehr bereit, in Verhandlungen über eine diplomatische Kompromißlösung einzutreten!" ZEICHNUNG: MAC

Senken ist seliger

Von Peter Gillies

Steuererhöhungen sind der Preis für die Wahl einer unfähigen Regierung. Aus dem Umkehrschluß dieser Erfahrung wird die derzeit anschwellende Debatte um Steuersenkungen gespeist. Wo die optimale Belastung des Bürgers durch den Fiskus und andere Gebühreneinnehmer liegt, weiß niemand – soll man von einem verdienten Hundertmarkschein nur zehn Mark oder besser achtzig Mark wegsteuern? Aber eine Folgerung ist erlaubt: Wo die Wirtschaft blüht, die Bürger sich angespornt und zugleich soweit nötig sozial abgesichert fühlen, wo Arbeitsplätze für alle geschaffen werden und kein ehrlicher Mensch zur Schwarzarbeit verführt wird, wo dennoch dem Staat die nötigen Finanzmasse bleibt, um die Infrastruktur des Landes zu erhalten und zu modernisieren – da ist die Steuerbelastung vernünftig bemessen.

Von diesem Zustand sind wir, trotz beachtlicher Fortschritte, um einiges entfernt. Da der beglückte Empfänger von Wohltaten diese um vieles lauter preist, als der zum Zahlen Genötigte seinen Ärger auszudrücken vermag, war die Versuchung stets mächtig, diesen zu beglücken und darüber jenen zu vergessen.

Früher nannte man das auch „Reformpolitik" oder „Erweiterung des öffentlichen Korridors". Bei einem Staatsanteil von etwa der Hälfte des Bruttosozialprodukts hat sich der Korridor längst zum Ballsaal ausgeweitet, ohne daß sich freilich die Beglückung im gleichen Maße steigerte – im Gegenteil: Je „einnehmender" sich der Staat gebärdete, desto stärker verwandelte sich Wohltat in Plage. Es muß den Deutschen zu denken geben, daß Länder mit blühender Wirtschaft und guter Beschäftigung Staatsanteile von nur einem Drittel des Sozialprodukts haben. Japan, die Schweiz und die USA seien genannt.

Dabei ist es nicht nur die Höhe der Besteuerung, die die Prosperität bremst, sondern auch ihre Schieflage. So wird der Konsum begünstigt statt der Investition, das Unproduktive statt des Produktiven, das fremde statt des eigenen Kapitals, das Sterbende statt des Aufstrebenden, der Besitzstand statt des Risikos.

Konsolidierung ist leider und zu Unrecht ein Politwort von beträchtlicher Blässe. Sie stellt einen Angelpunkt der „Wende" dar, sollte Mut machen, Leistung belohnen, Dynamik wecken, Risikobewußtsein vitalisieren. Das ist noch nicht voll gelungen – nicht nur, weil die Steuerbelastung ein Rekordniveau erreicht hat und weiter steigt und die Steuerentlastung zunächst aus Verbale beschränkt bleibt. Sondern auch deswegen, weil es den bisherigen Bemühungen an Mut mangelt.

Eine Erinnerung taucht auf: Im Januar 1983 sah man viele Unionspolitiker verschreckt und wachsbleich vor den Angriffen der politischen Gegner. Böse Schlagworte prasselten auf sie ein. Eine „Raketenpartei" sei die CDU/CSU, eine „Partei der Kaputtsparer", am Ende auch noch eine „Mieterhöhungspartei" – aber, o Wunder, die Bürger wählten diese Partei mit Schwung in die Regierung.

Derzeit häufen sich die Ratschläge, die Konsolidierungspolitik für beendet zu erklären. Gerade hörten wir, man dürfe sich rühmen, daß der Bund im nächsten Jahr vielleicht nur 25 Milliarden Mark an neuen Schulden aufnimmt, die Zinslast für Staatskredite (allein des Bundes) vielleicht nur 31 statt der erwarteten 32 Milliarden Mark betragen werde. Bei aller Freude darüber, daß das Tempo der Neuverschuldung abgebremst wurde – der Schuldenberg steigt munter weiter auf neue Rekordhöhen. 1973 stand der Staat (Bund, Länder, Gemeinden) mit 18,3 Prozent seines Bruttosozialprodukts in der Kreide, 1984 ist diese Verschuldungsquote auf gut 41 Prozent emporgeschnellt



Konsolidieren – ist dennoch Steuerentlastung möglich? Stoltenberg FOTO: JUPP DARCHINGER

– das sind knapp 720 Milliarden Mark. Nun ist Konsolidierung kein Hobby für Sparkommissare; niedrigere Inflationsraten bedeuten mehr soziale Gerechtigkeit; Stabilität ist die Voraussetzung auch für mehr und sicherere Arbeitsplätze. Sie eröffnet dem Staat zudem Freiräume, um in einer (unweigerlich kommenden) Rezession gegensteuern zu können.

Aber die Konsolidierung besitzt auch eine dynamische Komponente. Nur auf die jährliche Neuverschuldung fixiert zu sein, verengt den Blick. Es kann Situationen geben, wo eine leicht höhere Schuldenaufnahme vorübergehend in Kauf genommen werden kann, um die Dynamik zu wecken. Eine kräftige Steuersenkung kann das durchaus bewirken; die Ausschüttung neuer Subventionen jedoch, ob man sie nun Erziehungsgeld nennt oder wie immer, bewirkt das nicht.

Zur Wende-Logik aber gehörte es, auf die anfeuernde Wirkung kräftiger Steuersenkungen sowie auf einen zügigen Rückmarsch des Staates aus der Bevormundung des Sozialprodukts zu vertrauen. Dieses Signal wurde vor zwei Jahren verpaßt. Deswegen verkürzt sich die Debatte jetzt leider auf die taktische Frage, ob man die Steuerentlastung in zwei Stufen (1986 und 1988) in einem Schritt 1986 vollzieht.

Taktik freilich ist allemal mißlich für das Vertrauensklima. Der Zweischritt-Beschluß des Kabinetts darf und soll auch durchaus in Frage gestellt werden – aber nur, wenn die Konsolidierungslage dies erlaubt. Das erste und wichtigste Signal ist und bleibt Ausgabenkürzung des Staates; unter diesem Vorzeichen (nur unter diesem Vorzeichen) würde aus Anlaß einer Steuersenkung sogar eine kurzzeitig höhere Neuverschuldung keinen Vertrauenseinbruch auslösen. Dabei sind die Wachstumskräfte gewiß robust, wenn auch die Konjunkturdaten kurzzeitig flatterten; aber diese Kräfte sind noch nicht vital genug, um der Vollbeschäftigung rascher näherzukommen. Die Koalition sollte also, wenn es rechnerisch irgend geht und mit dem Ziel der Konsolidierung vereinbar ist, die Entlastung in einem Schritt wagen – das Etikett einer „Steuersenkungspartei" ist so furchterregend nicht.

IM GESPRÄCH Chr. Tomuschat

Wer bestraft Idi Amin?

Von Irene Zücker

Als erster Deutscher ist Christian Tomuschat, Professor des öffentlichen Rechts und Direktor des Instituts für Völkerrecht der Universität Bonn, in die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen gewählt worden. Dies ist für die Bundesrepublik ein Ereignis, da sie nun mittelbar durch ihren Vertreter an der Weiterentwicklung des Völkerrechts mitwirken kann.

Aber nur mittelbar. In der Völkerrechtskommission, einem 1947 gegründeten Hilfsorgan der UNO-Generalversammlung, sitzen keine Delegierten von Nationen, sondern 34 unabhängige Rechtsexperten, die im Auftrag der Generalversammlung an der Kodifizierung und Fortentwicklung des Völkerrechts arbeiten, um es den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen.

Als neues Mitglied will der 1936 in Stettin geborene Christian Tomuschat sich während der bis zum 26. Juli in Genf dauernden Sitzung im breiten Spektrum von acht Tagesordnungspunkten besonders bei der Neuformulierung des Rechts der Staatenhaftung bei völkerrechtlichen Delikten mitwirken. In diesem hochpolitischen Punkt müssen die Rechtsexperten unter anderem die Frage lösen, ob ein nicht verletzter Drittstaat Sanktionen ergreifen kann für den Fall, daß ein schweres völkerrechtliches Verbrechen begangen wird, wie zurzeit durch die Vietnamesen in Kambodscha oder durch die Sowjets in Afghanistan. Ob ein Drittstaat wie die Bundesrepublik das Recht hätte, einem fehlbaren Land nicht nur ein Embargo zu erklären, sondern sogar die Konten zu sperren oder ähnliche Maßnahmen zu treffen, um es zur Beachtung seiner Pflichten zu zwingen.

Der zweite große Tagesordnungspunkt ist der Gesetzesentwurf Verbrechen gegen Frieden und Sicherheit der Menschheit, eine Weiterentwicklung der Nürnberger Prinzipien. Damit könnten besonders schwerwiegende Völkerrechtsverstöße auch zu einer individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit führen (Beispiel: Idi Amin, obwohl dessen Verbrechen „nur" gegen das eigene Volk gerichtet waren). Wenn das Heimatland den Betroffenen nicht der Justiz zuführt, müßte er sich nach den bisher erörterten Vorstellungen in einem Drittland oder vor einem internationalen Gericht verantworten.



In der UNO-Völkerrechts-Kommission: Tomuschat FOTO: FRANK DARCHINGER

Greifbarere Bedeutung haben die in Genf zu formulierenden Regeln über diplomatisches Gepäck und Kuriere (Beispiel: die Odyssee des sowjetischen Lastwagens durch die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr). Oder die internationale Verantwortlichkeit für Handlungen, die durch internationale Gesetze nicht verboten sind. Darunter fallen etwa die Wiedergutmachungsansprüche, welche Industriestaaten Ländern der Dritten Welt eines Tages zu leisten hätten für Wasser- oder Luft-Vergiftung.

Die neue zusätzliche Aufgabe in der Völkerrechtskommission bedeutet für Christian Tomuschat, aktiv an der Gestaltung einer neuen Weltordnung beteiligt zu sein: „Letztlich geht es darum, eine Ordnung für ein friedliches, gleichberechtigtes Nebeneinander zu entwerfen, und zwar in einer Weise, die auf Konsens und Abstimmung gegenseitiger Interessen beruht. Doch gleichzeitig soll unbedingt die Verantwortung von Regierungen und Staaten festgelegt werden."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE SUNDAY TIMES

Die britische Wochenzeitung zieht eine Bilanz der Reagan-Reise:

Reagans Reise ist dies- und jenseits des Atlantik weitgehend als Fehlschlag bezeichnet worden. Zu Hause, so heißt es, ist er in sehr großen Schwierigkeiten. Die europäischen und amerikanischen Medien, die nie viel Sympathie für Reagan hegten, waren überglücklich, zu entdecken, daß Reagan schließlich doch verletzbar ist. Aber ist er das wirklich? Die jüngsten Meinungsumfragen nach dem Besuch in Bitburg zeigen, daß immer noch 56 Prozent aller Amerikaner mit Reagans Politik einverstanden sind, nur etwas weniger als die 59 Prozent Ende Februar. Heißt das, daß er zu Hause große Schwierigkeiten hat? ... Endlich einmal hat ein amerikanischer Präsident die Beziehungen zu einem ausländischen Verbündeten – in diesem Fall Westdeutschland – höher bewertet als die Interessen der Lobbys in Washington.

BERLINER MORGENPOST

Zu den Nahost-Gesprächen meint sie:

Der Absicht des US-Außenministers, Friedensgespräche in Gang zu bringen, dürfte allerdings kaum Erfolg beschieden sein. Denn dem jordanischen Monarchen liegt ebenso wie dem PLO-Chef Jassir Arafat nichts an direkten Verhandlungen mit Israel – als dem einzig sinnvollen Weg zu einem Ausgleich in der Region. Vielmehr strebt er eine Aufwertung der PLO durch Washington an. Zugleich sind die Amerikaner bei den Israelis im Wort, solange nicht die PLO als Gesprächspartner zu aktieptieren, solange sie nicht dem Terror abschwört und Israel anerkennt.

LE MATIN

Das Pariser Blatt begutachtet die internationale Bedeutung des jüngsten französischen Atomversuchs auf dem Mururoa-Atoll:

Frankreich gibt der nuklearen Abschreckung weiter den Vorrang und wird alles tun, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Im regionalen Bereich scheint dieser jüngste Versuch auch zu zeigen, daß Frankreich im Gegensatz zu seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchten nicht die Absicht hat, das Versuchszentrum im Pazifik aufzugeben. Dies würde bedeuten, auf eine einzigartige strategische Position zu verzichten, die es im Südpazifik hält und um jeden Preis erhalten will.

Bremer Nachrichten

Zur Lage der Bauwirtschaft heißt es hier:

Die Spätwirkungen des gleich nach der Wende beschlossenen Bauförderungsprogramms geben der Bauwirtschaft einen zeitlichen Spielraum zur Anpassung an die vor allem durch Bevölkerungsrückgang entstandenen Realitäten. Bundesbauminister Schneider liegt also mit seiner Forderung nach Abbau von Baukapazitäten richtig. Diesen Kapazitätsabbau „abzufedern", wird eine der Hauptaufgben der Bonner Baupolitik für die nächsten zwei Jahre sein müssen.

Nicaraguas Lage war schon vor dem Embargo „höllisch"

Washingtons Wirtschaftsmaßnahmen sind nur politische Waffen / Von Werner Thomas

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hat seinen Amtskollegen Ronald Reagan eines Hungerkrieges beschuldigt. Die USA wollten sein Land „in ein großes Konzentrationslager verwandeln, um unsere drei Millionen Menschen verhungern zu lassen", sagte er in Ost-Berlin. Ein Managua-Besuch in diesen Tagen vermittelt andere Eindrücke über die Auswirkungen des US-Embargos.

„Das ist mehr eine politische als eine wirtschaftliche Waffe", meint Ramiro Gurdian, der Vizepräsident des Privatsektorverbandes Cosep. Das wußte auch die amerikanische Regierung. Deshalb wollte sie lange keine Sanktionen verhängen. Erst Ortegas provokative Ostblock-Reise und der Druck des Kongresses bewogen Reagan, diesen Schritt zu ergreifen.

Die Vereinigten Staaten waren zwar immer noch der größte Handelspartner des marxistischen Nicaragua, aber der Warenaustausch ging ständig zurück. Nicaragua wickelte zuletzt weniger als zwanzig Prozent seines Handels mit den USA ab. Die Exporte erreichten letztes Jahr lediglich ein Volumen von 58,1 Millionen Dollar. Bananen, Fleisch, Krabben und Kaffee standen an erster Stelle. Oppositionspolitiker Virgilio Godoy, einst Arbeitsminister der sandinistischen Regierung, heute Führer der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), betont: „Unsere wichtigsten Exportartikel Kaffee und Baumwolle sind von dem Embargo kaum betroffen." Die gehen nach Europa.

Die Importprodukte aus den USA, vorwiegend Maschinen und Ersatzteile, kann Nicaragua anderswo beschaffen, in Europa, Japan oder Kanada. Die Sandinisten wollen nun in Montreal oder Toronto ein Handelsbüro eröffnen. Panama lieferte bisher bereits die wichtigsten Konsumgüter. Die Sanktionen erfassen noch nicht amerikanische Tochterfirmen im Ausland.

Die mittelamerikanischen Nachbarn ignorieren das Embargo. Hätten sie sich dem Embargo angeschlossen, wären die Sandinisten in eine schwierige Lage gekommen. Nicaragua ist besonders auf den Transitverkehr angewiesen. Viele Importe kommen über costaricanische Häfen. Die salvadorianische Fluglinie Taca, die größte Luftfahrtgesellschaft der Region, stellt heute die einzige direkte Verbindung zwischen Managua und Miami her. Costa Ricas Informationsminister Armando Vargas nannte der WELT einen der Gründe, weshalb sein Land auch in Zukunft Wirtschaftsbeziehungen zu den oft als feindselig eingestuften Comandantes unterhalten möchte: „Sie schulden uns viel Geld." 200 Millionen Dollar. Bei Guatemala stehen sie mit 130 Millionen Dollar in der Kreide.

Die Sandinisten hatten bereits vor dem Beschluß behauptet, sie seien Opfer eines Embargos. Die US-Regierung stoppte 1981 ihre Wirtschaftshilfe (fast 150 Millionen Dollar, mehr als jedes andere Land) an das sandinistische Nicaragua, weil der Staat trotz wiederholter Warnungen den Guerilla-Krieg in El Salvador schürte. Nicaragua verlor das Recht, auf dem amerikanischen Markt Zucker zu Vorzugspreisen zu verkaufen. Schließlich blockierten die USA einige Kredite internationaler Organisationen. Nach Berechnungen des Washingtoner „Institute for International Economics" entstanden Nicaragua dadurch Verluste von insgesamt 58 Millionen Dollar. Die Sowjetunion, Kuba, Libyen, Bulgarien und andere Freunde der sandinistischen Revolution gewährten jedoch eine Hilfe vom mehr als 108 Millionen Dollar als Entschädigung. Kritiker der sandinistischen Wirtschaftspolitik wie Cosep-Vize Gurdian erinnern an die massive Unterstützung des kleinen Staates durch das Ausland in den ersten Jahren nach dem Sturz der Somoza-Diktatur: zwei bis zweieinhalb Milliarden Dollar. Ein diplomatischer Beobachter fragt fassungslos: „Was ist damit geschehen?" Das Land sei „pleite". Präsident Ortega bezeichnete vor wenigen Wochen, die Sanktionen waren noch nicht verhängt, die wirtschaftliche Situation als „höllisch".

Die Reagan-Regierung hat ihren Schritt vor allem aus innenpolitischen Erwägungen unternommen: Warum nicht, wenn diesmal selbst liberale Demokraten applaudieren? Langsam bildet sich ein Konsens im Kongreß über die Nicaragua-Strategie. Man kann den Druck auf die Sandinisten, der einen Waffenstillstand und einen Dialog mit der Opposition erreichen soll, jederzeit eskalieren. Schon werden in Washington Reisebeschränkungen, die Sperrung nicaraguanischer Gelder auf US-Banken und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen diskutiert.

Die Sandinisten suchen das Embargo ihrerseits als politische Waffe einzusetzen. Fast jeder Oppositionspolitiker erwartet, daß die Comandantes nun die Revolution weiter radikalisieren und in Zukunft alle wirtschaftlichen Probleme auf die Sanktionen schieben werden. Letzte Woche veröffentlichte das Parteiorgan „Barricada" auf Seite eins das große Foto eines Säuglings unter einem Sauerstoffzelt: „Sie (die Babies) leiden am meisten unter der kriminellen und feigen Aggression der Yanquis." Die Erfahrungen mit den Sympathisanten der Diktatur in aller Welt lehren, daß diese solche Alibis mit Freuden nachsprechen.

Österreich blieb ungeteilt, denn Wien war nicht Berlin

Das Schicksal eines geteilten Landes drohte nach dem Krieg auch Österreich. Doch Wien gewann den Kampf. Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 sicherte dem Land seine Souveränität – und damit die Einheit.

Von C. G. STRÖHM

Warum haben die Sowjets vor dreißig Jahren in Österreich getan, wozu sie sonst nirgendwo in Europa und – mit Ausnahme des nördlichen Iran, den sie während des Krieges vorübergehend besetzt hielten – auch nirgendwo sonst in der Welt bereit waren? Was hat den Kreml veranlaßt, 1955 mit den drei Westmächten und der österreichischen Regierung den Staatsvertrag abzuschließen und die sowjetischen Besatzungstruppen aus Ost-Österreich zurückzuziehen?

Diese Frage wird anläßlich der Jubiläumsfeiern, die in diesen Tagen in Wien abgehalten werden und zu denen die Außenminister der Signatarstaaten sowie der Nachbarn Österreichs erscheinen – vor allem aber US-Außenminister Shultz und sein sowjetischer Kollege Gromyko –, erneut gestellt.

Nur noch wenige Österreicher sind sich heute bewußt, daß an der Enns knapp östlich von Linz einmal die ost-westliche Zonengrenze verlief. Wäre das Schicksal weniger gnädig mit Österreich umgesprungen, könnte dort heute der Eiserne Vorhang verlaufen – nicht anders als die innerdeutsche Grenze zwischen Bundesrepublik und „DDR". Dann wäre Österreich auch nicht der Teilung entgangen – in einer Art „österreichischer demokratischer Republik" im Osten und einer parlamentarisch-demokratischen Republik im Westen.

In Moskau scheint man anfangs die Idee einer Teilung auch hier durchaus erwogen zu haben. Darauf deutet die Tatsache hin, daß es kurz nach Beginn der Berliner Blockade 1948 auch eine Blockade der westalliierten Transporte nach Wien gab, das ähnlich wie Berlin sektorenweise unter den vier Mächten aufgeteilt war und analog zu Berlin mitten in der sowjetischen Besatzungszone lag. Die Amerikaner bereiteten damals bereits den Bau einer Landebahn im US-Sektor der Stadt vor, da sich die westalliierten Flugplätze in der Sowjetzone befanden und daher von den Russen abgeschnitten werden konnten.

Aber Wien war eben nicht Berlin. Die „Wiener Blockade", von der die Zivilbevölkerung so gut wie nichts merkte, wurde von den Russen nach zwei Tagen aufgehoben. Die Berliner Blockade dauerte über ein Jahr.

Für die Befreiung Österreichs von ausländischer, vor allem aber von sowjetischer Besatzung gab es gewiß einige objektive Voraussetzungen. Österreich wurde bereits während des Krieges zwar durch den Einsatz seiner Soldaten in der deutschen Wehrmacht irgendwie „mitschuldig", aber im Gegensatz zu Deutschland und den Deutschen doch auch als „befreites" Gebiet klassifiziert.

Bereits von der Stunde Null an gab es eine eigene gesamtösterreichische Regierung, die in Wien mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht etabliert wurde – eine Tatsache, welche bei den Westmächten zunächst größtes Mißtrauen auslöste. Aber die Wiener Regierung ließ sich nicht „volksdemokratisieren" – erstaunlicherweise. Im Zusammenspiel zwischen Sozialisten und christlich-demokratischer österreichischer Volkspartei wurden die österreichischen Kommunisten, trotz und wegen der massiven Protektion durch die Sowjetarmee, nach und nach ausgebootet. Bei den ersten freien Wahlen erlitt die KPÖ eine schwere Niederlage. Sie erhielt nur fünf Prozent der Stimmen.

Ein weiterer Versuch der Kommunisten, gestützt auf die Belegschaft der von den Sowjets beschlagnahmten und unter Moskauer Verwaltung stehenden ehemals deutschen Betriebe im Jahre 1950 – nach dem Vorbild des Prager Februar-Putsches 1948 – die Macht an sich zu reißen, scheiterte am Widerstand der österreichischen Arbeiterschaft, vor allem der in den Gewerkschaften und der SPÖ organisierten Kräfte.

Die Sowjets wußten also, daß sie mit irgendwelchen nennenswerten Sympathien für eine „Volksdemokratie" nirgendwo rechnen konnten. Die vom Austro-Marxismus geprägten österreichischen Sozialisten zeigten auch keinerlei Neigung, sich auf irgendwelche gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten einzulassen – um von einer Vereinigung im Stil der SED gar nicht zu reden. Den Kommunisten wurden schließlich alle Ausschreitungen und Greueltaten der sowjetischen Truppen in der Ostzone angelastet. Die KPÖ ist, dank der Erfahrungen der Österreicher mit der Roten Armee und dank der Vorgänge in den benachbarten Staaten, in denen einheimische Kommunisten rücksichtslos mit Sowjethilfe die Macht an sich rissen, als ernst zu nehmender Faktor der österreichischen Innenpolitik auf lange Zeit erledigt.

Hinzu kam, daß Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg über eine ganze Anzahl von taktisch geschickten, gescheiten und oftmals intuitiv richtig handelnden Politikern verfügte: Männer wie Leopold Figl und Julius Raab aus der Volkspartei oder Karl Renner und Adolf Schärf sowie Oskar Helmer aus den Reihen der Sozialisten. Letzterer spielte als Innenminister eine entscheidende Rolle bei der Freihaltung der Polizei von kommunistischen Elementen.

Vor allem Figl und Raab als Außenminister beziehungsweise Bundeskanzler hielten auch in den härtesten Tagen des Kalten Krieges den Kontakt zu den Sowjets, ohne über die eigene ideologisch-politische Haltung den geringsten Zweifel zuzulassen. So wurde die Idee der österreichischen Neutralität geboren. An ihrer Wiege standen unter anderem als junger Staatssekretär der spätere Bundeskanzler Bruno Kreisky und als damaliger Völkerrechtsexperte des Außenamtes der heutige Bundespräsident Rudolf Kirchschläger.

Bei allem Geschick und psychologischem Einfühlungsvermögen der Österreicher, die aus jahrhundertelanger Erfahrung besser mit dem Osten umzugehen wissen als etwa die Deutschen – der Erfolg nach fast einem Jahrzehnt fruchtloser Verhandlungen und konstantem sowjetischem „Njet" stellte sich erst ein, nachdem Stalin 1953 gestorben war und der Kreml eine politische Entspannungsgeste in Richtung Westeuropa und USA richten wollte.

Der österreichische Staatsvertrag, der am 15. Mai 1955 im Wiener Belvedere unterzeichnet wurde, muß im Zusammenhang mit dem fast gleichzeitig erfolgten Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, mit der wenige Tage später stattfindenden Aussöhnung zwischen den Sowjets und Tito, mit dem Liebeswerben der Stalin-Nachfolger um Indien und die Neutralen gesehen werden. Zugleich erreichten die Sowjets strategisch einen Vorteil: Sie opferten Ost-Österreich – aber sie rissen die Nord-Süd-Verbindung der NATO in Europa auf. Ein neutraler Riegel aus Österreich und der Schweiz verhinderte jetzt eine direkte Verbindung zwischen Süddeutschland und Oberitalien.

Ob die Sowjets ein Jahr später noch für eine Räumung Österreichs zu haben gewesen wären – wer könnte das sagen. Im Jahr nach dem Staatsvertrag brach in Ungarn der Volksaufstand aus und Hunderttausende flüchteten über die nun „freie" österreichische Grenze. Wahrscheinlich hatten die österreichischen Politiker von damals die Gunst eines unwiederholbaren Augenblicks genutzt. Sie hatten damals übrigens sofort klar erkannt, daß mit den Russen über alle möglichen wirtschaftlichen Konzessionen zu reden war – nur eines durfte nicht zur Diskussion stehen: Die vollständige Räumung des Landes von fremden, das heißt vor allem sowjetischen Truppen.

So ist Österreich ein militärisch neutraler, zugleich aber westlich-demokratischer Staat – der am Schnittpunkt von Ost und West liegt. Mit diesem Problem werden die Österreicher auch weiterhin leben und fertig werden müssen.



Staatsakt in Wien: Am 15. Mai 1955 unterzeichneten die Außenminister Dulles (USA), Molotow (UdSSR), MacMillan (Großbritannien), Pinay (Frankreich) und Figl (Österreich) den Staatsvertrag. FOTO: KEYSTONE

Nur ein Ausschnitt aus dem längsten Bild der Weltkunst (über 177 Meter): Kaiser Kangxi opfert auf seiner Reise im Tempel von Yu dem Großen. FOTO: DIE WELT

Der Himmelssohn reiste nach Berlin

Für Freunde der chinesischen Kunst und der europäisch-chinesischen Kulturgeschichte wird das Jahr 1985 ein Meilenstein werden. Berlin zeigt seit gestern im Gropius-Bau zwei Ausstellungen der Superlative: „Schätze aus der Verbotenen Stadt" und „Europa und die Kaiser von China".

Von PETER HANS GÖPFERT

Etwas Prächtigeres kann man sich nicht ausdenken ... die Wände der Säle und Kammern sind mit Gold und Silber ausgekleidet. Drachen sind dargestellt, Tiere, Vögel, Reiter ... und oben an den Decken erblickt man lauter Gold und herrliche Malereien. Der Hauptsaal ist so groß, daß ohne weiteres mehr als 6000 Menschen darin speisen können" – so schwärmerisch beschrieb Marco Polo, der von 1275 bis 1292 in China lebte, den kaiserlichen Palast von Canbaluc, dem heutigen Peking.

Der sagenhafte Khublai Khan hatte 1264 den Befehl zum Bau gegeben; die heutige Verbotene Stadt wurde 1404 unter dem Ming-Kaiser Yongle begonnen. Die chinesischen Kaiser betrachteten ihre Hauptstadt als Mittelpunkt der Welt. Der Kaiser als Sohn des Himmels sollte die Harmonie zwischen Himmel, Erde und Mensch verwirklichen.

1925 wurde der Kaiserpalast in das Palastmuseum umgewandelt. Es ist das erste und größte öffentliche Museum Chinas. Auch wenn Tschiang Kai-schek immense Mengen bedeutendster Kunstschätze mit nach Taiwan nahm, besitzt die „Verbotene Stadt" heute mehr als 900 000 Kunstobjekte. Die Sammlungen wurden in den letzten Jahrzehnten mit enormen Anstrengungen ergänzt, und inzwischen gilt das Museum in Peking wieder als größte Schatzkammer der klassischen chinesischen Kunst.

Im 60. Jahr seines Bestehens stellt das Palastmuseum Peking jetzt erstmals wieder in Europa aus. Zuletzt war London 1935 vergleichbaren Glanzes teilhaftig geworden. Man kann diese kulturelle Offensive, die dem Berliner Festival der Weltkulturen „Horizonte" als prachtvolle Galionsfigur voranleuchtet, getrost als kulturpolitisches Signal der Volksrepublik China verstehen: Rückbesinnung auf die große Kunst und Kultur dieses Landes nach den zerstörerischen und negierenden Wirren der Kulturrevolution und kulturelle Öffnung gegenüber dem westlichen Ausland.

Der zeitliche Bogen der gezeigten Schätze spannt sich über mehr als drei Jahrtausende. Im Mittelpunkt aber stehen Kunstwerke der Ming- (1368 bis 1644) und ganz besonders der Qing-Dynastie (1644 bis 1911). Hier sind es die überragenden Herrschergestalten der Mandschu-Kaiser Kangxi (1662 bis 1722) und seines Enkels Qianlong (1737 bis 1795), die dem staunenden Besucher in vielfacher Gestalt entgegentreten. Als Herrscher, als Himmelssohn, als Künstler und Kunstbetrachter, als Gelehrter und Jäger. Ihre Porträts werden in einer festlichen Galerie präsentiert.

Wir sehen den kaiserlichen Thron nebst Fußbank. Zwei Elefanten aus hellgrüner Jade, Cloisonné und mit Prunkgeschirren voller Edelsteine, die früher zu Seiten des Thrones auf Lacktischen aufgestellt waren, sind Sinnbilder einer unerschütterlichen friedliebenden Regierung. Ein Ruyi-Zepter aus Jade versprach dem Kaiser oder hochgeehrten Beamten ein langes Leben.

Mag manchem Besucher die Auswahl der Objekte, ihre rätselvolle Fremdheit ein Buch mit schönen Siegeln aus Gold und Jade bleiben – niemand wird sich wohl der Faszination jener drei mit Tusche und Farben auf Seide gemalten Handrollen entziehen können, die jetzt in der abgedunkelten Mittelhalle des Martin Gropius-Baus ausgerollt sind. Allein die heute noch existierenden neun (von ursprünglich 12) Rollen messen mehr als 177 Meter. Man mag vom „längsten Bild der Weltkunst" sprechen.

Die Rollen schildern wie ein Kinofilm die Südreisen Kangxis. Wie dieser überragende Mandschu gleichsam in eigener Propagandamission seine einzigartige Autorität darstellte, ausgestattet mit den höchsten Kompetenzen für Erde und Kosmos. Tausende von Figuren säumen den Weg. Wir blicken in Häuser, Geschäfte und Theater. Wir sehen Pferde und Kamele. Wir durchmessen unendliche Weiten und durchqueren Flüsse. Ein Wunder unter den Wundern.

Wesentlich schablonenhafter wirken die Darstellungen vom 80. Geburtstag Qianlongs. Allein diese einzelne Querrolle mißt über 60 Meter – und ist damit für den zur Verfügung stehenden Ausstellungssaal um die Hälfte zu lang: Majestät selbst bleiben in seiner Sänfte nebst Bogenschützen und rotgekleideten Trägern – leider eingerollt.

Gleichgültig, ob der Betrachter in die vielfältigen Malweisen professioneller und bravourös dilettierender „Literatenmaler" eindringen und die verschiedenen über Jahrhunderte reichenden Stil-Rückgriffe verstehen mag – er wird in den Hängerollen die Struktur der Gesteine, die haarige Substanz der Tiere, die Noblesse der Kurtisanen bewundern. Er wird zauberhaft exakte Blumen finden – und eher lockere „expressive" poetische Anverwandlung von Gräsern und Blüten.

Ähnliches ist bei der Kalligraphie, der „Höchsten aller Künste", zu erfahren. Dem strengen Maß der Regelschrift steht ein lockererer individueller Stil gegenüber, in dem sich die Persönlichkeit des Schreibenden für alle Zeit spiegeln mochte ... Ein dreifüßiges „Ding" aus der Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends ist typisch für die chinesische Bronzezeit, zugleich ein Gegenstand, dessen Besitz bereits Macht und Herrschaftsanspruch behaupten konnte.



Herrscher und Himmelssohn: Mandschu-Kaiser Kangxi (1662–1722). FOTO: BINDER

Auch die Porzellane der Ming- und der Qing-Zeit werden, von klarster harmonischer Erscheinung bis zu überreichem Dekor, den Betrachter meditativ fesseln.

Die Schau mit den Schätzen der Verbotenen Stadt ist, allzu diplomatisch, in der Werbung beinahe als Solitär herausgehoben. Viele Besucher aber werden vielleicht noch viel mehr gefesselt sein von der zweiten Schau im Obergeschoß, die unter dem Titel „Europa und die Kaiser von China" eine wundersame Kulturgeschichte der Beziehung zwischen China und dem Abendland vom 13. bis 19. Jahrhundert erzählt. Diese Schau war bei der Vorbesichtigung noch nicht fertiggestellt, und auch der Katalog liegt uns noch nicht vor. Dennoch: die wenigen Impressionen, die wir im ersten raschen Durchgang auffingen, animieren zu vielen weiteren Besuchen.

Aus wichtigsten europäischen Museen und Sammlungen kommen die Stücke, die Europas Lust am „Chinesischen" und was China an Europa schätzte, schildern. Hier begegnen wir erneut den Jesuiten, die als Maler am Kaiserhof hochberühmt wurden und die Zentralperspektive in die Rollbilder brachten (allen voran Castiglione). Bauten nach westlich barockem Vorbild. Die Etagere unserer höfischen Prozellankabinette ist da. Weißes Gold, das, bevor man hier seine Rezeptur kannte, aus China bezogen wurde. Dann auch prachtvolle Schaustücke für die fürstlichen Schatzkammern aus dem Horn des Rhinozeros. Tee, Gewürze und die ungeheuren Mengen Exportporzellans waren die eigentliche Basis des Kontinente überspannenden Dialogs.

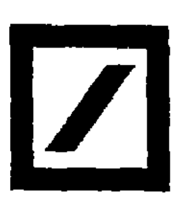
Diese Konsumgüter, die von den Flottillen Portugals, Englands und der Niederlande bewegt wurden, waren nicht nur Objekte des Genusses und köstlichen Besitzes: Sie wurden Sujets der abendländischen, besonders der holländischen Kunst.

Da sind die frühen Reisen in das Reich des Kublai Khan. Kostbarste Handschrift, von wachsamen Kurieren nach Berlin begleitet. Wir erleben europäische Astronomen am chinesischen Hof. Adam Schall belehrt den ersten Mandschu-Kaiser. Das Gewehr, mit dem Kangxi den Tiger erlegte, kam aus Paris; der Erdglobus von Dias und Longobardi, wertvollstes Dokument früher europäischer Kartographie (1623) in China, aus London. Viele Jahrhunderte herrschte in Europa tiefe begriffliche Verwirrung über die längst entdeckten Länder.

Auf Tapisserien, in Stichen sehen wir, wie sich Europa aus den Erzählungen der Weitgereisten sein (manchmal kurioses) China-Bild formte. Der Kaiser höchstselbst führte das Ochsengespann auf dem Akkker ... Bescheidene 5,25 x 9,5 Meter mißt ein Paradies-Bild mit dem predigenden Buddha Shakyamuni.

Wenn denn diese zweite Ausstellung erst einmal komplett ist und sich der geduldige Beschauer auch in der Lage findet, nun seinerseits die selbstgemachten Entdeckungen zu bestimmen und zu vertiefen, dann dürfte allein schon das Musikzimmer ein köstlicher Ort der Kontemplation werden: umgeben von Mundorgel und Panflöte, einem Klangstein aus Jade, präsentiert sich im Zentrum die Griffbrettzither der Qianlong-Ära; eine „Qin" von sehr ähnlichem Typus könnte Konfuzius gespielt haben – wenn er nicht nur einfach meditierend davor ausharrte.

Phantasie, Wissenslust und pures Staunen werden von diesen beiden Ausstellungen entzündet. Sie strahlen bis zum 18. August (Kataloge im Buchhandel jeweils zirka 30 DM).



Verbietet Gericht die Rotation?

geo. Bückeburg

Der Staatsgerichtshof Niedersachsen in Bückeburg wird möglicherweise im Zusammenhang mit der Beschwerde von fünf Landtagsabgeordneten der Grünen, denen der niedersächsische Landtag den Mandatsverzicht verwehrt hatte, das Rotationsprinzip für verfassungswidrig erklären. Äußerungen des Gerichtspräsidenten Dörffler, der ausgeführt hatte, in der Verhandlung könne die Rotation zur Diskussion stehen, lassen darauf schließen.

Bei der Eröffnung der Verhandlung unterstrich der Vertreter der Grünen, der Hannoveraner Hochschullehrer und Staatsrechtler Franke, daß die Abgeordneten Grösch, Haubold, Lippelt, Mombaur und Neddermeyer sich nicht auf Druck der Partei zu der Niederlegung ihres Mandats entschlossen hätten.

Unter Hinweis auf eine Stellungnahme des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg aus dem Jahre 1951 führte Franke aus, daß die Frage des Fraktionszwanges und der Fraktionsdisziplin angeschnitten sei. Fraktionszwang aber, der einzig und allein das Nein des Landtags zum Mandatsverzicht rechtfertige, habe nicht vorgelegen. Werde aber nun mit dem Hinweis auf mögliche verfassungswidrige Bestrebungen einer Partei und ohne Rücksicht auf die persönlichen Gründe der Abgeordneten die Niederlegung des Mandats verweigert, so handele es sich hier um einen neuen Aspekt.

Urteil am 5. Juni

Demgegenüber stellten die Vertreter des Landtags, der Münsteraner Hochschullehrer Professor Stober und der frühere FDP-Innenminister Niedersachsens, Groß, einen Zusammenhang zwischen dem Mandatsverzicht und den Parteibeschlüssen der Grünen her.

Sie meinten, der Verzicht sei nicht entscheidend. Vielmehr müsse das Vorgehen der fünf Abgeordneten als Versuch gewertet werden, verfassungswidrige Rotationsbeschlüsse einer Partei durchzusetzen. Dadurch könnte der absolute Schutz des Abgeordnetenmandats zu Mißbräuchen führen, die die Verfassung nicht hinnehmen könne. Mit einem Urteil wird am 5. Juni gerechnet.

Wird Beweisaufnahme wiederaufgenommen?

Resultate im Prozeß um „Hitler-Tagebücher‘ bislang dürftig

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die Mühlen der Justiz, die in dem Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher schon seit Monaten äußerst langsam mahlten, sind *nun ganz zum Stillstand gekommen:* Nach dem Abschluß der Beweisaufnahme hat die große Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts das Verfahren zunächst auf den 5. Juni vertagt – das Gericht, jedenfalls einzelne Mitglieder, ist urlaubsreif. Frisch gestärkt will sich die Kammer am 5. Juni die Plädoyers der Staatsanwälte anhören.

Ob es freilich dazu kommt, steht ebenso dahin wie der Termin für die Verkündung des Urteils. Es ist noch nicht einmal sicher, daß die Beweisaufnahme endgültig abgeschlossen ist, denn bevor das Gericht seine vierwöchige Urlaubspause einlegte, gab der Vorsitzende Hans-Ulrich Schroeder dem geständigen Fälscher der Tagebücher, Konrad Kujau, noch einmal Gelegenheit zu einer längeren Rechtfertigungsrede. Darin trug der 46jährige Stuttgarter Militaria-Händler Dinge vor, die möglicherweise zu neuen Beweisanträgen aus der Verteidigerbank führen. In einem solchen Fall würde der ohnehin mehrfach umgestoßene Terminplan des Gerichts erneut durcheinandergeraten – zum Nachteil der beiden Angeklagten Kujau und Gerd Heidemann, die nach wie vor Untersuchungshäftlinge sind.

Wo blieb das Geld?

Unter den Gesichtspunkten der öffentlichen Aufklärung darüber, wie es zum größten Medienskandal der Nachkriegszeit hat kommen können, sind die Resultate dieses Verfahrens bislang mager und dürftig. Auch das Verlagshaus Gruner und Jahr, dessen damaliges Vorstandsmitglied Henri Nannen den einstigen Star-Rechercheur Heidemann hinter die Gitter der Untersuchungshaft brachte, kann mit dem bisherigen „Ertrag" des Prozesses nicht zufrieden sein – jedenfalls nicht im Hinblick auf die Frage, wo die Heidemann anvertrauten *Verlags-Millionen geblieben sind: Das* Gericht hat das „Bermuda-Dreieck", in dem diese Gelder zum größten Teil verschwunden sind, bislang nicht ausleuchten können. 9,34 Millionen Mark hatten die G+J-Manager dem Tagebuch-Beschaffer Heidemann für den Ankauf der Kladden zur Verfügung gestellt.

Die Anklage wirft dem einstigen „Stern"-Reporter vor, rund 1,7 Milli*onen Mark davon für aufwendige pri*vate Anschaffungen ausgegeben zu haben. Rund zwei Millionen Mark will Kujau für die Tagebücher erhalten haben. Wo die restlichen knapp sechs Millionen abgeblieben sind, konnte bislang nicht geklärt werden – 85 Verhandlungstage, Dutzende von Zeugen, eine mittlerweile zweijährige Untersuchungshaft der beiden Angeklagten Kujau und Heidemann haben dieses Mysterium bislang nicht erhellen können.

Aufwendiger Lebensstil

Nur in einem Punkt herrscht jetzt endlich Klarheit: über die Lebenshaltungskosten der Familie Heidemann. Die Staatsanwaltschaft wollte zum Schluß der Beweisaufnahme wissen, wie hoch dieser Betrag denn wohl zu veranschlagen sei. Der angeklagte Journalist, ein besonderer Virtuose im Heraufbeschwören von für ihn mißlichen Situationen, nannte in seiner Antwort für sich selbst, seine Frau und zwei Töchter das bescheidene Sümmchen von tausend Mark. Sein aufwendiger Lebensstil war mehrfach Gegenstand des Verfahrens gewesen.

Der Reporter hätte ganz gewiß die lange Untersuchungshaft erheblich abkürzen können, wenn er die finanziellen Transaktionen bei der Tagebuchbeschaffung und im Umfeld dieses Projekts so transparent gemacht hätte, daß Gericht und Staatsanwaltschaft daraus auf einen seriösen Umgang mit den Verlags-Millionen hätten schließen können.

Dennoch wird auch in der hamburgischen Richterschaft zunehmend darüber diskutiert, ob in dieser Sache eine zweijährige Untersuchungshaft erforderlich war. Bezeichnenderweise hatte die Große Strafkammer 11, die naturgemäß mit dem Fall und mit der Persönlichkeitsstruktur der Angeklagten am besten vertraut ist, *Haftverschonung gewährt.* Der entsprechende Beschluß war jedoch auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin vom Hanseatischen Oberlandesgericht wiederaufgehoben worden.

Die Schule geschwänzt und Wald gesäubert

Umwelttag in Schleswig-Holstein fand breite Resonanz

GEORG BAUER, Kiel

Die Vertreter der Grünen im schleswig-holsteinischen Kurort Bad Bramstedt waren in sichtlicher Verlegenheit. War der von der Landesregierung initiierte Umweltschutztag '85, der auch sie auf den überfüllten Marktplatz gelockt hatte, um sich ebenso wie Dutzende andere Naturschutz-Organisationen zu präsentieren, nur etwas grundsätzlich Positives oder nur eine Augenwischerei der Regierung?

Zumindest wußten sie nichts Rechtes zu antworten, als Uwe Barschel, der Ministerpräsident des nördlichsten Bundeslandes, ihren Stand besuchte. Ihnen blieb nur eine Geste: Sie verwiesen *auf ein Flugblatt, in* dem der Regierungschef mit seinem Konterfei und einer Sprechblase abgebildet war. Und dort war zu lesen: „Liebe Natur in Schleswig-Holstein, habe Vertrauen zur CDU. Denk immer an meine Regierungserklärung vom 26. 10. 1982."

Tatsächlich können die Grünen als auch die Sozialdemokraten, die Barschel mit seinem medienwirksam in Szene gesetzten Engagement in Sachen Naturschutz konfrontiert, derzeit nur reagieren. „Ja, aber …" so heißt ihr Einwand. Er soll hervorheben, daß die Christdemokraten zwar den Umweltschutz auf ihr Panier geschrieben haben, er ihrer Meinung nach aber immer noch hinter den wirtschaftlichen Interessen des Landes zurückzustehen habe. Dem Grundkonzept, Integration statt Konfrontation von Umwelt und Wirtschaft, setzten vor allem die Grünen ein striktes Nein entgegen. Ein Nein, das den Weg ins endgültige Aus markiert?

Die Vorstellungen Barschels, wonach der Parteiname CDU demnächst als Christlich-Demokratische Umweltschutzpartei zu buchstabieren sei, stößt in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. „Ich finde die Sache toll", meinte etwa der Oberprimaner Klaus Kohlfahl aus Bramstedt. Gerade seine Jahrgangsstufe heimste sich Lob ein, wenn auch nicht gerade von Seiten der Schulleitung. Die Oberprimaner, 60 Mädchen und Jungen, waren *ohne* Wissen „ihrer Vorgesetzten" nach der ersten Stunde aufgebrochen, um den Wald zu säubern. Das Ergebnis präsentierten sie nach zwei Stunden auf dem Marktplatz. Auf einem Anhänger lagen alte Ofenrohre, Büchsen, Autoreifen, Kanister – ein Berg an Abfall.

Eine Aktion von rund 1500, die das Land wie ein Netz überzog. Jeder Bürger des Landes, so hatte die Vor*gabe gelautet,* sollte in seiner Nachbarschaft an einer oder mehreren Veranstaltungen teilnehmen können. Ein Appell, dem sich die Kommunen kaum entziehen konnten und auch nicht wollten, selbst das Kabinett – von den Ministern bis zu den Staatssekretären – hatte der Regierungschef in die Pflicht genommen und über Land geschickt. So meldete etwa der Bürgermeister von Geesthacht, Karsten Ebel, dem Ministerpräsidenten: „Die Aktivtäten sind über die ganze Stadt verteilt." Die Antwort: „Das wollte ich hören."

Mehrere hunderttausend Menschen, mehr als bei den Schleswig-Holstein-Tagen, machten mit. So versammelten sich etwa auf dem Marktplatz in Heide rund 20 000, in Rendsburg waren es 10 000 und selbst kleine Orte wie Niebüll lockten immer noch mehrere Tausend an. Ununterbrochen ließ sich Barschel über Funk bestätigen, daß sich die Aktion zu einem Erfolg auszuwachsen schien.

Gefragt waren vor allem Wanderungen. In Steinhorst etwa, einem kleinen Nest im Kreis Herzogtum Lauenburg, mußte wegen des Andrangs in getrennten Marschsäulen die Wanderung aufgenommen werden.

Das größte Echo aber kam von den Schulen. Von den 1000 Schulen des Landes beteiligten sich rund 750. Was Wunder, das Barschel, der in einer Tour d'horizon mit dem Hubschrauber die einzelnen Orte anflog, erste Station machte an der Grund- und Hauptschule in Lütau. Der Landesvater war gekommen, die Honoratioren standen bereit, und auch der Schulchor grüßte mit einem Lied aus der heilen Welt. Und der Ministerpräsident, der den ersten Preis zum Schulwaldwettbewerb, eine Aktion, die bereits seit 20 Jahren in Schleswig-Holstein organisiert wird, verlieh, meinte: „Ich kenne keine bessere Methode, die Schüler, und damit alle nach*folgenden Generationen,* so *unmittel*bar an die Natur heranzuführen und ihnen biologische Zusammenhänge und den Wert einer gesunden Umwelt so eindringlich erfaßbar und bewußt zu machen."

Brandts Reform-Ideen sind für Eppler überholt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der – neben Peter von Oertzen – linke Vordenker in der Nach-Schmidt-SPD, Erhard Eppler, hat in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD eine Art Zwischenbilanz gezogen. Sie ist, veröffentlicht in der Theorie-Zeitschrift „Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte", zugleich eine Orientierungsbestimmung. Eppler verdichtet dabei praktisch ein Thesen-Papier der „Parlamentarischen Linken" der SPD-Bundestagsfraktion zu der Grundaussage: Die Reform-Ideen der Kanzlerzeit Brandts sind tot, es leben die Reformen, die wenig Geld kosten, aber „ohne harte Konflikte nicht zu haben" sind. Das Ziel heißt „Mehrheiten mobilisieren können". Dabei müsse man zur Erringung der „Macht" zwar immer an seine Ziele „denken", aber auch immer wissen, „wann wir davon reden".

Eppler will das „beträchtliche Protestpotential außerhalb der SPD" einbeziehen. Die Partei könne sich „nicht behaupten mit der Erinnerung an ein mehr oder weniger erfolgreiches Krisenmanagement" – womit Eppler eine gewisse Verbeugung vor seinem Intim-Feind Helmut Schmidt macht –, aber „auch nicht durch Beschwörung einer Reformpolitik, die sich so nicht wiederholen läßt" – womit, ebenfalls ohne Namensnennung, wohl Willy Brandt gemeint ist. Zum dritten dürfe die SPD nicht ihren geschichtlichen Fehler aus den Vor-NS-Jahrzehnten wiederholen, durchs Programm einen „Abstand" zu produzieren „zwischen revolutionärer Rhetorik und praktischer Durchwurstelei". Es müsse darum gehen, daß sich „Theorie und Praxis immer neu durchdringen, sich aneinander korrigieren", nachdem auch das Godesberger Programm die alte Diskrepanz nicht völlig überwunden hätte.

Im Zentrum des neuen Grundsatzprogramms habe die Wirtschaftspolitik zu stehen unter der Zielsetzung: „Wie könnte eine leistungsfähige, also unter Industrieländern konkurrenzfähige Wirtschaft aussehen, die für alle möglichst humane, ordentlich entlohnte Erwerbsarbeit bietet, *gleichzeitig die natürlichen Lebens*grundlagen schont oder wiederherstellt und sich als partnerschaftsfähig für die zwei Drittel der Menschheit im Süden erweist?" Es dürfe in der sozialdemokratischen Zielsetzung auch nicht mehr darum gehen, „wie viele wachsen", sondern „was wachsen soll, wohin etwas wachsen soll".

Eppler läßt die Debatte um die „Instrumente", also um Verstaatlichung oder Vergesellschaftung, nicht einfach aus, aber er schifft dort hindurch wie einst Odysseus zwischen Skylla und Charybdis. Doch statt der Ohrstöpsel, wie der alte Grieche, behilft er sich mit dem Hinweis: Man dürfe sich für Investitionslenkung beispielsweise nicht „verkämpfen", sondern müsse sich an dem Punkt orientieren: „Die Menschen, die wir erreichen wollen, fragen uns: Wozu braucht ihr solche Instrumente? Welche Investition wollt ihr aus welchem Grund wohin lenken?" Eppler ver*sucht von* diesem glatten Boden wegzukommen, indem er lieber die steuerlichen Fragen ins Spiel bringt. „Wenn wir z. B. die Richtung von Rationalisierung ändern wollen, so daß der Akzent sich verlagert zur Einsparung von Energie und Rohstoffen, so gibt es dafür steuerpolitische Instrumente. Das muß keineswegs die Maschinensteuer, es könnte auch eine Energiesteuer sein."

Für Eppler ergibt sich so ein „neuer Begriff der Reform". Seit ein sozialdemokratischer Finanzminister „schlicht erklärte, zu Reformen brauche man Geld, habe man keines, so gebe es keine Reformen, ist die Partei in der Defensive". Deshalb müßten die „künftigen Reformen" unter einer SPD-geführten Regierung „Strukturreformen sein, die kein Geld, wohl aber Konfliktbereitschaft, Mut und Macht verlangen". Er nennt als Beispiele die Landwirtschaft, Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Energiepolitik, Steuersystem, öffentliche Verwaltung, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, läßt die Grundfragen der sozialen Sicherungssysteme aber ausgeblendet.

Statt dessen versucht er seiner Partei Selbstbewußtsein einzuimpfen: „Intellektuelle Spiele im machtleeren Raum sind nicht gefragt. Kaum hilfreicher wäre lautes Jammern über die bösen Mächte, die sich uns entgegenstellen." Es könne „ja stimmen, daß ohne Machtverschiebung in der Ökonomie wenig zu erreichen ist. Aber eben die wird es nicht geben, wenn wir keine Mehrheiten mobilisieren können", lautet Epplers Devise, sein Marschbefehl.

‚Auto muß verschwinden wie die Dinosaurier‘

Diese Forderung fand bei Südwest-Grünen viel Beifall

XING-HU KUO, Blaubeuren

Tempolimit, Katalysator und eine Ablehnung des Straßenbaus reichen zum Schutz der Umwelt nicht mehr aus: vielmehr muß das Auto an sich gänzlich von der Bildfläche unseres Planeten verschwinden. Diese neue, radikale Ansicht wurde auf dem dreitägigen Landesparteitag der baden-württembergischen Grünen in einem Grundsatzreferat vertreten und von den rund 300 Delegierten in der Stadthalle von Blaubeuren (unweit von Ulm) mit stürmischem Beifall bedacht. Thomas Schaller, Geschäftsführer der grünen Gemeinderatsfraktion in Stuttgart, erklärte in seinem autofeindlichen Grundsatzreferat wörtlich: „Das Auto und die ihm zu Grunde liegenden Interessen und Verhaltensweisen sind nicht allgemein menschlich und nicht ewig, sozusagen von Archimedes bis Mercedes. Was historisch bedingt geworden ist, kann auch wieder verschwinden, siehe Dinosaurier. Dieser Prozeß seines Verschwindens muß Teil unserer politischen Praxis werden."

Schaller verwies sodann unter großer Zustimmung der Parteitagsdelegierten darauf, daß das Auto nicht unwesentlich „zur industriellen Expansion, zur industriellen Erschließung des Raumes" beigetragen habe und die zunehmende nationale, ja internationale „kapitalistische Arbeitsteiligkeit mit ihren Ausbeutungsverhältnissen" beschleunigt habe. „Massenprodukt Nr. 1", sei das Auto zum „wirtschaftlichen Selbstläufer und zu einem Schrittmacher der technologischen Entwicklung geworden". Deshalb sei die totale Abschaffung des Autos notwendig, der gesamte Personen- und Güterverkehr solle viel mehr auf Schiene und andere öffentliche Verkehrsmittel übertragen werden. Dazu seien jedoch grundlegende Veränderungen im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erforderlich, betonte der grüne Politiker.

Die Diskussion um die Abschaffung des Autos, die in Blaubeuren erstmalig einen derart breiten Konsens gefunden hat, wird bereits in dieser Woche in Kassel fortgesetzt. Schaller teilte mit, daß dort ein „Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß" stattfindet, der unter dem Motto steht: „*Verkehr 2000 – ohne Auto mobil*".

Diese langfristige Perspektive einer Welt ohne Privatautos und Kernenergie soll zunächst durch eine Reihe von „Sofortmaßnahmen" eingeleitet werden. Nach zum Teil heftigen und kontroversen Debatten wurde, wie üblich gegen Mitternacht, ein umfangreicher Katalog des Landesvorstandes angenommen. Darin sind zahlreiche, im wesentlichen bereits bekannte Positionen und Forderungen der Grünen zur Rettung der Umwelt zusammengebündelt worden: So die Einführung der Verbandsklage, der Beweislastumkehr bei Prüfung von Umweltschäden, die Schaffung von Umweltausschüssen und Umweltministerien sowie detaillierte Vorschläge zur Verbesserung der Luft, des Bodens und der Gewässer.

Am Sonntagnachmittag kam es zu heftigen Kontroversen um die Anträge des Landesarbeitskreises Kinder und Jugendliche. Ähnlich wie zuvor in Nordrhein-Westfalen fordert dieser Arbeitskreis eine gesetzlich nicht mehr eingeschränkte sexuelle Betätigung aller Menschen, auch mit und unter Kindern. Das einzig zu geltende Prinzip sei Gewaltfreiheit und Einvernehmlichkeit. Im Gegensatz zu diesen radiklalen Forderungen hatten vor allem Vertreter des Landesarbeitskreises Frauen und des Landesvorstandes bereits vor dem Parteitag – nicht zuletzt auch wegen der negativen Kritik sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei – diese Ideen scharf kritisiert. Der Landesvorstand unterbreitete ein Gegenpapier, in dem der Schutz von Kindern und Frauen vor sexuellem Mißbrauch als weiterhin notwendig erkannt wird.

Massive Angriffe hat der Arbeitskreis Kinder und Jugendliche auch gegen die Schulpflicht und die Schule insgesamt gerichtet: die heutige Schule produziere „unglückliche Menschen in Serie", die „unselbständig, entmündigt der Industriegesellschaft ausgeliefert werden". Die „Zwangsschule", die deshalb durch „freiwillige, autonome" Einrichtungen ersetzt werden sollte, in denen die Kinder selber bestimmen können, ob, wieviel, wann, wie lange und in welcher Form sie unterrichtet werden, diene letztendlich nur der „Konsumspirale, der Rüstung, der Ausbeutung der Natur".

Wichtiger Bestandteil des Entwurfs des Kinderarbeitskreises war ferner die Abschaffung jeglicher Autorität der Eltern: „Wir fordern ein Recht für Kinder und Jugendliche auf Trennung von den Eltern und auf Ausziehen von zu Hause." Ferner sollen dann „Ausreißerkommunen" gebildet werden, die legalisiert, finanziert und gefördert werden sollen, mit staatlichen Mitteln, versteht sich. Allerdings dürfe dieser Staat sich nicht in die Autonomie solcher Ausreißerkommunen einmischen dürfen.

Stauffenberg für Korrektur der Strafrechtsnovelle

DW. Bonn

Das Mitglied des Europäischen Parlaments, Franz Ludwig Graf Stauffenberg, hat sich in gleichlautenden Schreiben an die Ministerpräsidenten Strauß, Albrecht, Barschel und Vogel sowie an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, für eine Korrektur der vom Bundestag beschlossenen Strafrechtsnovelle („Auschwitz-Lüge") ausgesprochen. Die WELT veröffentlicht Auszüge aus diesen Briefen:

„Leider haben die vorbereitenden Beratungen in den Bundestagsfraktionen und den betroffenen Ministerien nach ermutigenden Ansätzen ein enttäuschendes Ergebnis erbracht. Offenbar sind alle Beteiligten nicht über die Vorstellung hinweggekommen, als müßten sie unter dem Druck von Organisationen und öffentlicher Stimmung eine Art Tribut an die Opfer und Hinterbliebenen der national*sozialistischen Gewaltherrschaft* entrichten. Sie haben sich außerdem unter dem Druck des Datums vom 8. Mai gesehen. Nur so konnte es wohl zu einem Ergebnis kommen, das inhaltlich widerspruchsvoll, gesetzestechnisch lückenhaft und in der Praxis nahezu unbrauchbar ist.

Die Legitimation für eine Gesetzesänderung kann nicht darin liegen, den Hinterbliebenen etwas Gutes tun zu wollen. Sie muß darin begründet sein, daß der Staat von sich aus tätig *wird,* wo *in* Wahrheit er und seine rechtlich-ethischen Grundlagen angegriffen werden. In solchen Fällen hat es der Staat in der Vergangenheit Verletzten und Hinterbliebenen überlassen, sich derartiger Angriffe zu erwehren, oft genug übrigens mit dem Ergebnis, daß dann die Gerichte unter Berufung auf Grundrechte oder ‚berechtigtes Interesse‘ die Verfolgung ablehnten, zuweilen sogar mit der Begründung, daß die Grundrechte der freien Meinungsäußerung oder der politischen Betätigung des Täters Vorrang haben müßten vor dem Schutzinteresse des Verletzten, gegen den persönlich in Wahrheit der Angriff ja gar nicht gerichtet sei(!). Sollte die Novelle Gesetzeskraft erlangen, wäre sie nach meiner Überzeugung ein schlechter Dienst und falsches ‚Entgegenkommen‘ gegenüber den Opfern von Unrecht und Gewalt."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Kolumbien greift die Guerrilla wieder an

Umstrittene Begnadigunsversuche ohne Wirkung

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Manuel Marulanda Velez ist in Kolumbien besser unter seinem Guerrilla-Namen „Tirofijo" (der Scharfschütze) bekannt. Für eine ganze Generation von Kolumbianern ist er eine lebende Legende. Mit seinen zahllosen Missetaten, die viele Menschen das Leben kosteten, bereichert er als eine Art kolumbianischer Schinderhannes die Folklore der Gewalttätigkeit des Landes. Nun soll auch „Tirofijo" Nutznießer einer allgemeinen Begnadigung der Guerrilleros werden, über die das Parlament verhandelt. Das Thema beschäftigt ganz Kolumbien. Eine um ihre Meinung gebetene gewisse Doris Zambrano antwortete: Würde es von ihr abhängen, könnte „Tirofijo" nicht begnadigt werden. Nun ist Doris Zambrano aber nicht nur eine Hausfrau, sondern auch Kolumbiens Erziehungsminister. In dieser Eigenschaft mußte sie der Kommission des Parlaments, die die Begnadigung debattiert, abermals ihre Meinung erklären. Sie meinte, was sie vorher gesagt habe, sei „nur" ihre persönliche Meinung. Als Erziehungsminister sei sie für die Begnadigung.

Solche Übungen der Bewußtseinsspaltung machen viele Kolumbianer durch. Ihre gesunde Logik sagt, daß eine Grenze gezogen werden muß zwischen 27 880 000 demokratisch gesonnenen Kolumbianern und den 0,05 Prozent subversiven, die allein über die Zukunft ihrer Mitbürger entscheiden wollen. Die Politiker müssen daran denken, daß bei den nächsten Wahlen alles, was sie jetzt sagen, gegen sie benutzt werden kann. Leichter hat es der zur Zeit stellvertretende Verteidigungsminister General Augusto Moreno Guerrero: Er teilt keine Meinungen, sondern Tatsachen mit. Trotz des Waffenstillstands, den das Heer unterstützt, steigt die Zahl der im Krieg gegen die Guerrilla und den damit verbundenen Rauschgifthandel gefallenen Soldaten ständig. Entführungen und Erpressungen nehmen in alarmierender Weise zu, was eine ständige Vergrößerung der Polizeikräfte notwendig macht. Dennoch habe die Regierung den Haushalt des Heeres im Voranschlag für das kommende Jahr um 35 Prozent gekürzt.

Die Bewußtseinsspaltung hat auch die Guerrilla erfaßt. Ihre größte Gruppe, die den Waffenstillstand mit der Regierung unterschrieb, sind die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC), Kommunisten der Richtung Moskau. Die damit nicht einverstandenen Mitglieder der FARC kämpfen unter dem Namen „FARC Ricardo Franco" auf eigene Rechnung weiter. Die offiziellen Vertreter der FARC belegen ihre abtrünnigen Brüder mit den Kosenamen „Verbrecher und Banditen", die mehrere Regierungen vor dem Waffenstillstand für die FARC reserviert hatten. Sie geloben die „völlige Vernichtung" der Dissidenten, weil ihre Methoden „nicht zum revolutionären Kampf" gehören. Das kommunistische „Heer der nationalen Befreiung" (ELN, Richtung Fidel Castro), das den Waffenstillstand nie unterzeichnete, stand in nichts nach und gelobte in einer gemeinsamen Verlautbarung mit der Gruppe Ricardo Franco und einem aus Indios gebildeten Guerrillaverband „Quintin Lame", den bewaffneten Kampf zu koordinieren.

Die Zänkereien unter den Rebellen hindern diese nicht, mit spektakulären Überraschungsschlägen aufzuwarten, und beispielsweise in der Hauptstadt Bogota in einer einzigen Nacht 21 Bombenanschläge zu organisieren. Eine „Comandante Gabriela" unterrichtete die Massenmedien telefonisch vom Zweck dieses Angriffs: Man wollte gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und des internationalen Währungsfonds protestieren. Der Großangriff in Bogota und Kämpfe in anderen Teilen des Landes bestätigen, was der Innenminister Jaime Castro im Parlament gesagt hatte: Viele Guerrilleros seien nach einer Ruhepause nun wieder zum bewaffneten Kampf zurückgekehrt, und die Rebellen hätten ihre Verbände sogar vergrößert.

Bei der Olympiade der harten Männer hatten die Bayern die Nase vorn

Von ROLF TOPHOVEN

Als die Teilnehmer am Wettbewerb eintrafen, fehlten zunächst einmal die Quartiere! So geschehen am Dienstag vergangener Woche bei der GSG 9 in St. Augustin. Dort stand die „Olympiade der Spezialeinheiten" aus aller Welt auf dem Programm. Doch die fehlenden Unterkünfte waren beileibe keine organisatorische Panne – nur ein kleiner Wettbewerbsgag der Veranstalter um den stellvertretenden Kommandeur Arno Stegen. Denn die „Quartiere" lagen fein säuberlich verpackt auf dem Rasen hinter den Kfz-Hallen von Deutschlands legendärer Anti-Terror-Einheit. Dabei handelte es sich um 26 Mannschaftszelte, aufzubauen von den teilnehmenden Teams. Die Stoppuhren klickten, der erste inoffizielle Sieger wurde ermittelt. In viereinhalb Minuten hatte das SEK (Spezialeinsatzkommando) aus Düsseldorf sein „Camp" errichtet. Der Lohn – ein Kasten Pils, den GSG-9-Chef Uwe Dee „auf den Markt brachte".

Nach dieser „Pionierleistung" (so Adjutant Anselm Weygold) wurde es ernst. An zwei Tagen kämpften 25 nationale und internationale Anti-Terror-Teams verbissen um Punkte, Sekunden und Plazierungen. Nach dem Weltwirtschaftsgipfel hatten die GSG 9 zum Anti-Terror-Gipfel geladen.

Auf seine Idee hin war der CTC (Combat Team Competition) vor zwei Jahren erstmals bei der GSG 9 gelaufen. Schirmherr der Veranstaltung in diesem Jahr: Ulrich K. Wegener, Kommandeur des GSK West und einst Gründer der Mogadischu-Truppe. Über die Zielsetzung des CTC sagte Wegener der WELT: „Aktivitäten gegen den internationalen Terrorismus dürfen nicht bei verbalen Erklärungen der Politiker stehenbleiben. Unser Wettbewerb dient dem Kennenlernen der in- und ausländischen Spezialverbände. Erfahrungsaustausch unter Praktikern ist oberstes Ziel. Gerade die GSG 9 kann hier koordinieren, denn wir sind eine der ersten Anti-Terror-Einheiten in Europa und der Welt gewesen und sehen uns in etwa in der Rolle eines Partners für befreundete Staaten."

Daß dieser Anspruch verstanden wurde, verriet die Palette der Teilnehmer. Zwölf ausländische Teams kamen angereist – die Creme der europäischen Anti-Terror-Verbände. Je zwei Mannschaften hatten die Niederlande und die Spanier geschickt. Drei Crews kamen aus der Schweiz, je ein Team aus Österreich, Portugal und Norwegen. Die weiteste Anreise absolvierten die Boys aus den USA, die mit zwei Mannschaften anrückten. „Das ist unser Beitrag zur deutsch-amerikanischen Freundschaft sowie zur internationalen Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung", sagte Oberstleutnant Bernie McDaniel von der US-Botschaft in Bad Godesberg. McDaniel ist ein alter Freund der GSG 9 und koordiniert die Aktivitäten zwischen deutschen und amerikanischen Spezialeinheiten.

Knisternde Spannung

Zum Spektrum der harten Männer beim CTC 1985 zählten auch zwölf SEKs aus der Bundesrepublik. Dabei u. a. Spezialverbände von Berlin bis Südbayern (München). Außer Konkurrenz „fightete" noch ein Spezialeinsatztrupp der GSG 9 mit. Indonesien, Singapur und Saudi-Arabien hatten Beobachter zum Wettbewerb entsandt. Der friedliche Kampf jener Männer, „die bei der Bekämpfung des Terrorismus im ersten Glied stehen" (Uwe Dee), ging über einen Parcours von insgesamt elf Hindernissen. Dabei wechselten Konditions- und Geschicklichkeitsübungen mit Combatschießen unter Belastung ab. Auf dem Rotter See bei Troisdorf stand das „Überqueren von Gewässern" auf dem Programm. Hier tauchten die Mannen des SEK-Südbayern die Paddel am schnellsten in das trübe Wasser; während die Nachfahren der einstigen Seefahrernation Portugal bei dieser Übung doch erhebliche Schwierigkeiten hatten. Doch der portugiesische Teamführer lachte: „Das hier machen meine Jungs heute zum ersten Mal!"

Beim Schießen aus dem fahrenden Fahrzeug auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe Bonns lagen die Nordbayern (SEK Nürnberg) vorne. 16 „Pappkameraden" mußten bekämpft werden. Doch nicht alle waren „Terroristen", dazwischen standen auch die „Geiseln". Ein schwieriger Parcours; denn wer die Geisel traf, bekam Punktabzug. Als das SEK aus Baden-Württemberg eine „Geisel" gleich dreimal anschoß, wurde Kommandoführer Polizeioberrat Hans-Ulrich Herzberg blaß.

„Am Sonntag habt Ihr Dienst", schimpfte der SEK-Chef aus dem „Ländle" mit seinen Männern. Doch seine Miene hellte sich sogleich wieder auf, als sein Team mit quietschenden Pneus die „guten Sterne" aus Untertürkheim über die Betonpiste beim Fahrparcours jagte. Ergebnis: ein zweiter Platz. Doch auch in dieser Disziplin lagen die Bajuwaren aus München vorn. Als die nationalen und internationalen Mannschaften dann nach hartem, aber fairem zweitägigen Ringen verdreckt und verschwitzt am Ende des Wettkampfs unter die Duschen schlichen, herrschte beim Auswertungsteam der GSG 9 knisternde Spannung in Erwartung des Gesamtsiegers.

Vor den im Innenhof der GSG-9-Unterkunft angetretenen ca. 200 Teilnehmern und dann nach einem zünftigen Essen im Zelt gab Kommandeur Dee die Endergebnisse des CTC 85 bekannt. Und was dann folgte, war ein totaler bajuwarischer Triumph. Sechs von insgesamt elf Einzeldisziplinen gingen an das SEK Südbayern. Kein Wunder demnach, daß auch der Gesamtsieg an die blau-weißen Fahnen fiel. Die Plätze zwei und drei belegten die beiden Teams aus den USA. Rang vier ging nach Österreich, der fünfte Platz gehörte dem SEK Baden-Württemberg. Damit spiegelte sich auf den ersten drei Plätzen exakt jenes Ergebnis wider, wie es schon der CTC 1983 gebracht hatte.

Kondition getrimmt

Gefragt nach dem Geheimnis des erneuten Erfolges, sagte einer der Verantwortlichen für das Münchner Team: „Wir haben unsere Jungs durch ein gezieltes Training vier Wochen lang auf diesen Wettbewerb vorbereitet. Da wir die Übungen natürlich nicht kannten, haben wir gezielt auf Kondition getrimmt, u. a. 35 km Radfahren, 1000 m Schwimmen und 8,5 km Laufen – alles auf Bestzeit!"

Bei der zwölften „Belastungsprobe" hielten die Bayern sich dann zurück. Zu dieser letzten „Competition" hatte Uwe Dee die teilnehmenden Teams nach der Siegerehrung im Bierzelt eingeladen. Nach den knochenharten Tagen des Wettbewerbs erlebten die Anti-Terror-Experten eine echt bayerische Konkurrenz – eine spezielle Bierstafette. Als Insider spielten die Sieger vom SEK Südbayern hier nur noch als „Berater" mit. „Wir können doch nicht alles gewinnen", unkte einer vom Siegerteam.

Zum Abschluß des CTC 85 wurde es bei der GSG 9 noch eine lange Nacht. Und als in den frühen Morgenstunden des Freitags Sieger und Besiegte wieder auf den harten Pritschen in ihren Zelten lagen, mag mancher der Männer, vielleicht noch wie im Alptraum, die Stimme von GSG-9-Chef Dee im Ohr gehabt haben: „1. Platz, SEK Südbayern ..."

AL Berlin bald Landesverband der Grünen?

F. DIEDERICHS, Berlin

Noch ist in der Schwebe, ob der Berliner Landesverband der Grünen aufgelöst wird oder in der jetzigen Form weiterbestehen wird. Das Bundesschiedsgericht der Grünen hat am Wochenende in Hamburg eine Entscheidung in dieser Sache, die vom Bundesvorstand wegen „neonazistischer Unterwanderung des Berliner Landesverbandes" forciert worden war, vertagt.

Eine klare Meinung taten jedoch gleichzeitig in Berlin die Mitglieder der Alternativen Liste (AL) kund: Die Alternativen, mit 10,6 Prozent der Wählerstimmen am 10. März immerhin von 132 000 Berlinern bedacht und den Grünen in Bonn bisher stets „freundschaftlich verbunden", so ein Parteisprecher, mochten jetzt offizieller Landesverband der Grünen werden.

Zwar sei diese Entscheidung erst „eine politische Willensbildung und noch kein rechtlich verbindlicher Beschluß", so AL-Parteisprecherin Rita Hermanns. Doch der Beschluß, von 400 der rund 3000 Berliner AL-Mitglieder gefaßt, markiert eine bemerkenswerte Kehrtwende: Bislang hatte die mitgliederstarke Berliner AL zwar mit den Bundes-Grünen kooperiert und auch Delegierte zur Bundesversammlung entsandt, es jedoch abgelehnt, offiziell als Landesverband zu firmieren. Damit blieb bisher auch ein dringender Wunsch der Bundespartei der Grünen unerfüllt.

Weil die AL bis zum Wochenende nicht als Landesverband der Öko-Partei agieren wollte, hatte sich so an der Spree neben ihr ein nur 130 Mitglieder starkes Grüppchen der Grünen formiert, das als offizieller Landesverband mehr negative Schlagzeilen als Unterstützung der Bundespartei zustande gebracht hatte. So traten im vergangenen Jahr mehrere Mitglieder aus oder wurden auf entsprechendes Drängen des Bundesvorstands vom Landesvorstand aus der Partei entfernt, weil ihre Verbindungen zu extremen rechten Gruppen offenbar zu auffällig geworden waren. Unter den Suspendierten befanden sich auch Mitglieder des Landesvorstands und des Landesschiedsgerichts der Grünen, die gezielt Mitgliederwerbung in neonazistischen Kreisen betrieben haben sollen.

Auch der in der Grünen-Szene stets gut informierte ehemalige Sprecher der AL, Burkhard Müller-Schoenau, weiß von rechtsradikalen Anhängern, die bei den Berliner Grünen „bestimmte Funktionen" hätten. So fanden Parteimitglieder bei Glaubensgemeinschaften wie einem „Bund rechtsradikaler Heiden" Erfüllung oder pflegten Beziehungen zur militanten Neonazi-Organisation „Kampfgruppe Priem".

Kein Wunder also, daß die Bundes-Grünen die von derartigen Tendenzen weitgehend freie AL als Ableger für Berlin favorisieren. Diese kann jedoch erst nach rechtskräftiger Auflösung des Grünen-Landesverbandes in Aktion treten. Das Bundesschiedsgericht der Grünen setzte jetzt in Hamburg Bundespartei und Landesverband eine Frist von einem Monat für Vergleichsverhandlungen.

Arbeitsrichter: „NATO-Pause" ist Rechtens

Allerdings nur für Zivilbedienstete beim Grenzschutz / Bundesinnenministerium geht in die Berufung

BERND HUMMEL, Eschwege

Mit einem Urteilsspruch hat das Arbeitsgericht Bad Hersfeld jetzt sanktioniert, was beim Bundesgrenzschutz (BGS) seit Jahrzehnten zur täglichen Praxis gehört, rechtlich jedoch nicht gesichert war: Die sogenannte „NATO-Pause". Allerdings: Von der täglichen Arbeitszeitunterbrechung sind zumindest die Beamten der Hersfelder BGS-Abteilung ausgeschlossen, die dort beschäftigten Arbeiter allerdings haben nach dem Richterspruch nun rechtlichen Anspruch auf diese Pause.

Die Vorgeschichte: Die „NATO-Pause", die üblicherweise täglich ab 9.00 Uhr in unterschiedlicher Länge bei BGS und Bundeswehr gleichermaßen genommen wird, glich bislang einem Phantom. Denn obgleich diese Pause nachweislich existiert, gab es sie offiziell nicht, und auch heute weiß niemand, ob und wer sie jemals angeordnet hat. Ein BGS-Abteilungskommandeur: „Die Pause war einfach da und wurde sowohl von den Beamten als auch von den Zivilbediensteten genommen." Doch das reichte dem Kommandeur der Hersfelder BGS-Abteilung nicht aus, er interessierte sich im Oktober 1983 für den rechtlichen Hintergrund, fand jedoch keine Regelung, aus der der Anspruch hätte abgeleitet werden können. Die sogenannte Arbeitszeitordnung sagte eher das Gegenteil: Pausen – heißt es da – zählen nicht zur Arbeitszeit.

Das Angebot des Kommandeurs, eine 15minütige Frühstückspause beizubehalten, diese jedoch mit einer entsprechenden Verlängerung der Dienstzeit abzugelten, lehnte der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geführte Personalrat ab. Die Folge: Die „NATO-Pause" wurde für die BGS-Beamten gestrichen. Der örtliche Chef der Grenzschutzverwaltung unterlief diese Regelung: Er ordnete statt der untersagten 15minütigen Frühstückspause nun eine 14minütige „Kurzpause" an, denn die sei im Interesse „der Gewährleistung absoluter Sicherheit und Präzision". Doch den kleinen Unterschied von 60 Sekunden mochte der Kommandeur nicht hinnehmen und untersagte auch diese Pause für Kfz- und Waffenwerkstatt. Die Folge: Die GdP gewährte ihren Zivilbediensteten Rechtsschutz. Und diese gingen vor Gericht.

Die Hersfelder Arbeitsrichter aber listeten zunächst auf, was der geübten Praxis entgegensteht, nämlich das Fehlen jeden Anspruchs für Beamte und Arbeiter in den Arbeitsverträgen und den tarifvertraglichen oder gesetzlichen Bestimmungen. Dennoch, befand die Kammer, lasse sich der Anspruch auf eine „Betriebsübung" stützen, denn es sei „auf den Betrachterhorizont des Arbeitnehmers abzustellen und zu prüfen, ob er aus dem Verhalten des Arbeitgebers schließen darf, daß ihm eine Leistung oder sonstige Vergünstigung auf Dauer gewährt wird". Die Antwort der Richter fiel aufgrund „extrem langer Gewährung bzw. Duldung der bezahlten Pausen" zugunsten der Arbeitnehmer aus.

In der Verhandlung des Arbeitsgerichts wurde nun auch namhaft gemacht, wer die „NATO-Pause" zwar nicht ins Leben gerufen, jedoch rechtlich verbindlich – so sehen es die Richter heute – fixiert hat: Leitender Polizeidirektor im BGS Bernhard Kuhn, bis 1977 Kommandeur der Hersfelder BGS-Abteilung. Er hatte, ermittelten die Richter, in einer „Werkstattordnung" vom 12. März 1968 „entgegen der tariflichen und gesetzlichen Regelungen vorbehaltlos eine 15minütige Pause festgelegt". Diese Werkstattordnung, befand das Arbeitsgericht, habe „offensichtlich zur Klarstellung und Fixierung der bereits zu dieser Zeit jahrelang gehandhabten sogenannten NATO-Pause" gedient.

Auf Dank aus Reihen der BGS-Beamten kann der ehemalige Kommandeur jedoch nicht hoffen, denn mit dem Hersfelder Arbeitsgerichtsurteil wurde innerhalb des BGS ein „Zwei-Klassen-System" geschaffen: Während die Zivilarbeiter in Kraftfahrzeug- und Waffenwerkstätten die um 60 Sekunden von der „NATO-Pause" zur „Kurzpause" geschrumpfte Freizeit nehmen, muß der beamtete Kfz- oder Waffenmechaniker fleißig weiterarbeiten. Grund genug für das Bundesinnenministerium in Bonn, in die Berufung zu gehen.

Zustimmung zu Reagan wächst

DW. Washington

Die Zustimmung einflußreicher Amerikaner zur Amtsführung von US-Präsident Ronald Reagan ist 1985 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. In einer Umfrage des Magazins „U. S. News und World Report" unter 1177 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erklärten 48,1 Prozent der Befragten, sie beurteilten seine Arbeit als ausgezeichnet oder sehr gut. Im vergangenen Jahr waren es nur 38,8 Prozent gewesen. Die Zahl derer, die seine Amtsführung als enttäuschend oder schlecht bewerteten, sank von 42,8 auf 36,2 Prozent.

Reagan führt auch mit großem Vorsprung die bei der Umfrage ermittelte Liste der Persönlichkeiten an, die nach Meinung der Befragten den größten Einfluß auf das Leben in den USA haben. An zweiter Stelle folgt der Chef der US-Notenbank, Paul Volcker, danach der Demokrat Thomas O'Neill.

Ist Sacharow noch in der Akademie?

AFP, Moskau

Die sowjetische Akademie der Wissenschaften hat eine Stellungnahme zu Informationen abgelehnt, denen zufolge Andrej Sacharow seinen Sitz in der Akademie aufgegeben haben soll. Auf eine entsprechende Anfrage meinte der Sprecher der Akademie lakonisch, sich zu dieser Frage nicht äußern zu dürfen.

Die Meldung über den Rücktritt des nach Gorki verbannten Friedensnobelpreisträgers war aus den USA gekommen. Edward Lozanski, Direktor des Sacharow-Instituts in Washington, hatte erklärt, Sacharow wolle mit seiner Entscheidung gegen die Weigerung der sowjetischen Behörden protestieren, seine Frau Jelena Bonner im Ausland ärztlich behandeln zu lassen. Der Dissident habe den Behörden eine Frist bis zum 10. Mai gesetzt. Da sich bis dahin nichts Neues ergab, könne davon ausgegangen werden, daß Sacharow seine Ankündigung wahrgemacht habe.

Ein typisch amerikanisches Großunternehmen.

McDonald's ist kein Multi, sondern ein Multi-Unternehmer-Unternehmen. 50 Prozent der deutschen McDonald's Restaurants gehören deutschen Lizenznehmern. Weltweit sind es sogar sieben von zehn Restaurants, die von eigenständigen, eigenverantwortlichen Unternehmer-Persönlichkeiten geführt werden.

Bei uns werden Sie ihn nicht finden, den unpersönlich agierenden Boß. Wir haben keinen Platz für Big Business-Klischees. Die Größe von McDonald's ist zwar beeindruckend, resultiert aber aus einer koordinierten Vielzahl kleinerer Einheiten. Und die wiederum werden individuell geprägt von unseren Lizenznehmern. Unkomplizierten Menschen wie Herr Schwerber aus Mainz, der sich hier mit seiner Familie präsentiert.

Lizenznehmer bei McDonald's werden gut geschult und ausgebildet und sind dann tagtäglich im Restaurant mit dabei. Sie lenken und erleben das Geschehen sozusagen »vor Ort«. Diese vielen Unternehmer im Unternehmen McDonald's haben entscheidenden Anteil an unserem Erfolg. Ja, in vielen Fällen haben sie ihn erst möglich gemacht.

So ermöglicht unsere Unternehmensstruktur jedem Lizenznehmer, auf einem individuellen Weg erfolgreich zu sein.

Und weil allen nichts so sehr am Herzen liegt, wie das Wohl der Kunden, schmeckt das System nicht nur Unternehmern, sondern auch den Millionen Fans von Big Mäc & Co.

Wenn Sie an weiteren Informationen über uns interessiert sind, schreiben Sie an: McDonald's-Verbraucher-Service C 4, Drygalskiallee 51, 8000 München 71.



Das etwas andere Restaurant

Namibias kleine Schritte zu mehr Unabhängigkeit

Pretoria räumt Interimsregierung Wirtschaftsbefugnisse ein

M. GERMANI, Johannesburg

Die Ankündigung des südafrikanischen Staatspräsidenten P. W. Botha, in Windhuk eine Interimsregierung mit gesetzgebenden Vollmachten einzusetzen, ist als ein weiterer Schritt auf dem Weg Namibias in die Unabhängigkeit zu sehen. Präsident Botha hatte diese Ankündigung bereits im April in Kapstadt gemacht und damit das Ende der Ein-Mann-Regierung des Generaladministrators van Nierkierk angekündigt. In der vergangenen Woche kam es zum ersten gemeinsamen Entschluß der Multi-Parteienkonferenz (MPC), um die Mitglieder für eine Interimsregierung zu ernennen. Der Zeitpunkt, so der Vorsitzende der DTA, Dirk Mudge, gegenüber der WELT, ist jedoch noch nicht festgelegt, obwohl der Termin für Mitte Juni erwartet wird. Einig ist man sich in Windhuk erst einmal nur darüber, daß der Vorsitz monatlich wechselt – eine Regelung, der Mudge kritisch gegenübersteht.

Unter den MPC-Politikern werden der Swanu-Führer Moses Katjuongua, die Farbigen und Basters de Vries, Paul Diergaardt und Davin Bezuidenhout, die DTA-Mitglieder Dirk Mudge, Kozunguizi und Natjila, Andreas Chipanga von der Swapo und der Vertreter der weißen nationalen Partei Eben van Zylk als Mitglieder der Interimsregierung genannt. Nach ihrer Einsetzung soll ein verfassungsbildender Rat ernannt werden, der innerhalb eines Jahres die Verfassung ausarbeiten soll. Erst dann wird eine Wahl oder ein Referendum in Aussicht gestellt. „Doch", so Mudge, „einen wirklichen Fortschritt konnten wir nicht verzeichnen." Es sei eine Übergangslösung und bis zur Unabhängigkeit könnten noch zwei bis drei Jahre vergehen.

Möglicherweise aber wird der Prozeß beschleunigt. Jedenfalls ist Pretoria bemüht, verschiedene Bereiche in die Hände der Interimsregierung zu legen. In der vergangenen Woche wurde das gesamte bisher von Südafrika geleitete Transportwesen offiziell der Verwaltung in Windhuk übergeben. Der Transportverkehr fuhr im vergangenen Jahr einen Verlust von rund 105 Millionen Mark ein. Südafrika hat sich jedoch bereiterklärt, in den ersten drei Jahren einen Anteil von je 30, 20 und zehn Prozent des Verlustes zu finanzieren. Die Südafrikanische Industrie-Entwicklungsgesellchaft (IDC) hatte bereits im vergangenen Monat einen Aktienanteil der Roessing Uran-Mine an die Zentralbehörde in Windhuk verkauft. 52 Prozent der stimmberechtigten Aktien gingen somit nach Windhuk. Rio Tinto Zinc ist jedoch weiterhin mit 46,5 Prozent beteiligt.

Obwohl die Kudu Erdgasvorkommen bisher noch nicht voll erforscht sind, wird erwartet, daß sie in den nächsten 30 Jahren rund 60 Prozent des südafrikanischen Energiebedarfs liefern können. Die seismographischen Gutachten an der Atlantikküste bei Oranjemund und Lüderitz werden als vielversprechend angesehen. Wohlinformierte Kreise deuteten der WELT gegenüber kürzlich an, Erdölvorkommen seien gut möglich.

Die Interimsregierung in Windhuk wird somit auch wirtschaftlich von Südafrika gestärkt. Sie erhält gleichzeitig die Kontrolle über die internen Verteidigungsoperationen der Südwester Territorialstreitkräfte sowie der Polizei. In diesem Zusammenhang erwartet man die Auflösung der sehr erfolgreichen, aber auch überaus schlagkräftigen Sondereinheit der Polizei für Terroristenbekämpfung, Koevoet. Die Swapo lehnte, wie zu erwarten war, sämtliche Pläne ab.

Israels Parteien warten mit Spannung auf Ausgang der Gewerkschaftswahlen

Vorentscheidung über die Zukunft der Großen Koalition / Ab morgen Sparmaßnahmen?

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Wider Erwarten ruhig und gesittet ist der Wahlkampf zur „Histadrut" (Allgemeiner Gewerkschaftsverband), der gestern zu Ende ging, verlaufen. Heute ist Wahltag für die 1,5 Millionen Wahlberechtigten, darunter 187 000 Araber. Das mangelnde Interesse steht in krassem Gegensatz zur Bedeutung dieser Abstimmung. Denn die Histadrut umfaßt rund 85 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, und das Wahlergebnis wird jedesmal als Fingerzeig für politische Trendverschiebungen gewertet.

Krise und Neuwahl

Wie bei den Knessetwahlen sind auch hier die Arbeiterpartei mit derzeit 62 Prozent und der Likud mit 26 Prozent die führenden Rivalen. Sollte die Arbeiterpartei einen Anstieg um mehr als drei Prozent verbuchen, so würde dies den Fortbestand der jetzigen großen Regierungskoalition in Frage stellen. Dann würde, so vermuten politische Beobachter, die Arbeiterpartei eine Krise heraufbeschwören, die die Koalition sprengen und Neuwahlen auslösen würde. Das könnte der Arbeiterpartei die Alleinherrschaft ohne den Likud-Partner verschaffen.

Gerade die Große Koalition jedoch ist es, die auf den Wahlkampf hemmend wirkte. Beide Großparteien sitzen in der Regierung. Beide zeichnen verantwortlich für Erfolg und Versagen. Sie können nicht marktschreierisch aufeinander losgehen, sondern müssen dies indirekt tun. Der Likud leidet zudem noch unter dem Handikap, daß sein Listenführer bei den Histadrut-Wahlen der faktisch unbekannte Jakob Shamai ist, denn keiner der populäreren Likud-Führer wollte sein Image für einen aussichtslosen Wahlkampf opfern.

Die Arbeiterpartei hingegen wird von dem beliebten und redegewandten Generalsekretär der Histadrut, Israel Kessar, geführt. Daher zeigen die Wahlkampfinserate des Likud in den Zeitungen die Fotos bekannter Likud-Führer wie Außenminister Shamir oder Wohnungsbauminister Levy, obwohl diese gar nicht kandidieren. Shamai hat sich beschwert, man mache aus ihm einen Geheimkandidaten.

Beide Parteien wissen sehr wohl, was sie bis zum Wahltag unterlassen müssen: unpopuläre Sparmaßnahmen. Schon ganz offen wird darüber gesprochen, daß es nicht lange nach dem Wahltag wirklich ernst wird. Unter den besprochenen Plänen: eine reale Abwertung des Shekel – losgelöst von der Indexierung, so daß die Einkünfte der Arbeitnehmer nicht automatisch erhöht werden.

Die Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme wird schon seit Monaten immer wieder aufgeschoben. So die Lösung der Krise des Textilkonzerns „Ata", für den das Bezirksgericht von Haifa wegen Insolvenz einen zeitweiligen Verwalter eingesetzt hat.

Sharons Kampf

Alle Versuche, das Unternehmen wieder flottzumachen, sind bisher fehlgeschlagen. 3000 Arbeiter stehen vor der Entlassung. Die Bemühungen des Ata-Betriebsrates sind seit Monaten Tagesgespräch in den Medien. Industrieminister Arik Sharon (Likud) hat nun beim Gericht einen zehntägigen Aufschub des Auflösungsbefehles erwirkt. Er erklärte, er stehe in Verhandlungen mit vier Firmen, die den Ata-Konzern vielleicht kaufen und sanieren würden. Sharon beschuldigt die (von der Arbeiterpartei beherrschte) Histadrut, sie sei es, die bisher die Beilegung der Ata-Krise sabotiere. Dies hat die Histadrut „mit Verachtung" bestritten und so ein wenig Aufregung in den langweiligen Wahlkampf gebracht. (SAD)

NATO strebt wieder die Drei-Prozent-Formel an

Themen der Frühjahrstagung: SDI und konventionelle Kräfte

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Obwohl der amerikanische Verteidigungshaushalt im kommenden Jahr wahrscheinlich keine Steigerung erfahren wird, ist die NATO offensichtlich entschlossen, die fast vergessene Drei-Prozent-Formel wiederaufleben zu lassen. Das bedeutet, daß die Mitglieder der Atlantischen Allianz sich in Form einer unverbindlichen Erklärung gemeinsam das Ziel setzen, in jedem Jahr den Verteidigungshaushalt um reale drei Prozent zu erhöhen. Die Inflation im jeweiligen Land wäre dabei berücksichtigt.

Dies jedenfalls ist der Plan, mit dem das Bündnis in die Frühjahrstagung der atlantischen Verteidigungsminister geht, die sich in der nächsten Woche in Brüssel treffen. Noch steht nicht fest, ob die Drei-Prozent-Formel im Abschlußkommuniqué der Minister auftauchen wird. In informierten Kreisen heißt es, der deutsche Finanzminister Stoltenberg habe noch nicht seine Genehmigung erteilt. Die NATO-Staaten haben die Drei-Prozent-Formel immer nur als Empfehlung verstanden. Sie war entsprechend durch vorsichtige Wortwahl charakterisiert. Dennoch hat in der Vergangenheit das Bonner Finanzministerium dem Verteidigungsminister Zügel angelegt.

Die beabsichtigte Wiederholung der Drei-Prozent-Formel steht im engen Zusammenhang mit den Bemühungen der Allianz, die konventionellen Streitkräfte der NATO zu stärken. NATO-Generalsekretär Lord Carrington und der ständig in Brüssel tagende Verteidigungsplanungsausschuß, das letztere sind die NATO-Botschafter in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Verteidigungsminister, sind beauftragt, bis zur jetzigen Frühjahrstagung Vorschläge für eine substantielle Verbesserung der konventionellen Kräfte zu machen. Dies entspricht ganz den Vorstellungen des NATO-Oberbefehlshabers General Bernard Rogers, der ständig daran erinnert, daß die Bündnispartner durch die Vernachlässigung der konventionellen Streitkräfte die Abschreckung an einen frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen verpfänden.

Auf ausgesprochenen Wunsch Washingtons soll in das Kommunique der Verteidigungsminister ein ganzer Absatz über die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) eingefügt werden. Die Allianzpartner sollen zustimmend von dem Forschungsprogramm der Vereinigten Staaten und dessen Notwendigkeit Kenntnis nehmen, zumal die Sowjetunion ihre Arbeiten auf diesem Sektor vorantreibe. Offen ist noch, ob alle Verteidigungsminister sich auf diese Linie einschwören lassen.

Die Amerikaner drängen dem Vernehmen nach darauf, schon um etwas wankelmütig erscheinende Partner in die Zucht der Kommuniquesprache zu nehmen. Unausgesprochen bleibt, an wen sie dabei besonders denken. In Brüssel aber gilt es als offenes Geheimnis, daß der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu den Wankelmütigen gezählt wird. Man blickt mit gewisser Spannung auf den deutschen Verteidigungsminister Manfred Wörner und hofft, daß er die Rückenstärkung des Kanzlers erhalte.

Auf der Konferenz der nuklearen Planungsgruppe der NATO Ende März in Luxemburg hatte Wörner dem Absatz vier des Kommuniqués vorbehaltlos zugestimmt, in dem das SDI-Forschungsprogramm der Vereinigten Staaten und dessen Zielsetzung, die „Stabilität und Abschrekkung zu stärken", gutgeheißen wurde. (SAD)

Südkorea steuert jetzt liberaleren Kurs

Heute konstituierende Sitzung des Parlaments / Chun verweist auf Reagans Lob

FRED de LA TROBE, Tokio

Das vor drei Monaten neugewählte südkoreanische Parlament tritt heute zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Auftakt in der Volksvertretung vollzieht sich in einem scharf veränderten politischen Klima: Zum ersten Mal seit dem Verbot der alten Parteien vor fünf Jahren gibt es mit der Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKPD) wieder eine echte und starke Opposition.

Für die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) des Staatspräsidenten Chun Doo Hwan war es ein schwerer Schock, daß sie bei den Wahlen im Februar weniger als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und nur durch ein sie begünstigendes System die Mehrheit der Parlamentssitze gewinnen konnte. Von den 276 Mandaten der Volksvertretung entfallen jetzt 148 auf die regierende DJP, 103 auf die NKPD, 20 auf die Nationalpartei Koreas und 5 auf Unabhängige.

Die Parlamentssitzung in der neuen Legislaturperiode sollte laut Gesetz schon vor einem Monat beginnen, eine Boykottdrohung der NKPD zögerte sie jedoch in den letzten Wochen immer wieder hinaus. Als Voraussetzung für ihre Mitarbeit in der Volksvertretung forderte die Opposition die Freilassung der noch 138 politischen Gefangenen und die Wiederherstellung voller Bürgerrechte für den vor drei Monaten aus dem Exil in den USA zurückgekehrten Oppositionellen Kim Dae Jung.

Die DJP sträubte sich zunächst dagegen, ein Kompromiß bahnte sich erst an, als Kim Dae Jung der ihm nahestehenden NKPD empfahl, seine politische Zukunft nicht zur Streitfrage zu erheben, und sich gleichzeitig die Regierungspartei zu dem Versprechen bereit erklärte, Staatspräsident Chun zu einer baldigen Amnestie für alle politischen Gefangenen aufzufordern. Ein Treffen zwischen den Chefs der drei Parteien, an dem auch Chun teilnahm – dabei traf er zum ersten Mal mit dem Vorsitzenden der NKPD, Min Wo Lee zusammen – trug wesentlich dazu bei, die Atmosphäre zu entspannen. Chun, gerade von einem sechstägigen Amerika-Besuch zurück, berichtete über die guten Noten, die Präsident Reagan seiner Regierung verlieh. Reagan hatte die Fortschritte bei der Liberalisierung und Demokratisierung in Südkorea gelobt.

Chun hob das Gebot der innenpolitischen Stabilität hervor, ohne die diplomatische Vorstöße nicht überzeugend geführt werden könnten. Dies Thema ist besonders aktuell angesichts der Mitte der Woche beginnenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea in Panmunjon und der für Ende des Monats in Seoul anberaumten Gespräche zwischen den Rotkreuz-Delegationen beider Landeshälften. Die friedliche Wiedervereinigung des gespaltenen Landes ist ein nationales Ziel, das sich alle südkoreanischen Parteien auf die Fahnen geschrieben haben.

Wichtige Themen, mit denen sich das neue Parlament befassen wird, betreffen die in den letzten Wochen zunehmenden Protestaktionen der akademischen Jugend Südkoreas, die steigende Zahl der Arbeitskonflikte in Industrieunternehmen und die sich immer mehr abzeichnende wirtschaftliche Flaute.

Mit dem sich nähernden fünften Jahrestag der regierungsfeindlichen Demonstrationen in Kwangju, bei denen mindestens 189 Menschen ums Leben kamen, sind die Studentenunruhen in den letzten Tagen spürbar radikaler geworden. Die NKPD will im Parlament auf eine Änderung der nach dem Staatsstreich vor fünf Jahren angenommenen Verfassung drängen. Danach soll der Präsident wieder direkt vom Volk und nicht von einem von der Regierung eingesetzten Kollegium gewählt werden. Präsident Chun erklärte kürzlich erneut, daß er sein Versprechen halten und nach Ablauf seiner Amtsperiode 1988 zurücktreten werde. (SAD)

Attentate in und gegen Syrien

Gemeinsamer Kampf Arafats und der Muslimbrüder

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die von Arafat geführten Gruppen der PLO haben beschlossen, ihren Kampf gegen Syrien zu verstärken und zwar sowohl gegen syrische Politiker und Institutionen in Europa als auch gemeinsam mit den oppositionellen Muslimbrüdern in Syrien selbst. Bei einem Treffen von hohen PLO-Funktionären Ende März in Tunis wurde, wie die WELT aus zuverlässiger Quelle in Beirut jetzt erfährt, der Beschluß für die Aktionen in Europa gefasst. Bei einem weiteren Treffen des Arafat-Vertrauten Abu Dschijad und einem persönlichen Vertreter des Chefs der syrischen Muslimbrüder Issam Atar in Amman wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Demnach soll die Arafat-PLO Waffen, Rüstungsmaterial und finanzielle Mittel bereitstellen. Das Material soll über Jordanien und Libanon nach Syrien eingeschleust werden. Im April ist es diesen Quellen zufolge bereits zu zwei größeren Sabotage-Aktionen in Syrien gekommen und zwar beim Adra-Kraftwerk in der Nähe von Damaskus und bei den Öl-Raffinerien in Homs. Die syrischen Sicherheitsdienste haben die Kontrollen in und um öffentliche Gebäude sowie bei wirtschaftlich wichtigen Einrichtungen verschärft, insbesondere beim Euphrat-Staudamm und den Raffinierein in Homs.

Auch Fahrzeuge, die aus Libanon oder Jordanien kommend die Grenze passieren wollen, werden schärferen Kontrollen unterzogen. Als treibende Kraft innerhalb der Arafat-PLO wird Abu Tayeb genannt. Er trete energisch dafür ein, die syrischen Interessen in Europa zu bekämpfen. In Genf waren bereits einige syrische Diplomaten Ziel von Anschlägen.

Abfuhr für Ortega in Madrid

Keine zusätzliche Hilfe für Nicaragua aus Spanien

ROLF GÖRTZ, Madrid

Einen sichtbar kühlen Empfang bereitete der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez dem Chef der Militärjunta von Nicaragua, Daniel Ortega, der mit einer „DDR"-Iljuschin von Ost-Berlin kommend zu einem privaten Besuch in Madrid eintraf. Felipe Gonzalez sagte seinem Gast die Aufrechterhaltung der bilateralen Beziehungen zu. Spanien werde das amerikanische Handelsembargo nicht mitmachen. Andererseits lehnte es der spanische Regierungschef ab, über humanitäre Hilfe hinaus etwas zur Entlastung des Embargos zu tun: „Wir behalten unsere Solidarität mit Nicaragua aufrecht, wollen aber unsere freundschaftlichen Beziehungen den USA gegenüber" nicht aufgeben. Gonzalez betonte, daß er nicht als Vermittler zwischen den USA und Nicaragua agieren werde. Dazu habe er keinen Auftrag. Spanien sieht die Lösung, so betonte Gonzalez, nach wie vor in einer Stärkung der Contadora-Gruppe.

Nach seinem Besuch in der Sowjetunion, mehreren Satellitenstaaten und Jugoslawien wird der sandinistische Comandante nach Spanien weitere westeuropäische Länder mit sozialistischen Regierungen oder Koalitionen aufsuchen: Frankreich, Italien, Schweden und Finnland. In Moskau wurde ihm offenbar zu verstehen gegeben, daß man solche Rundreisen nur in enger Abstimmung mit dem Kreml wünsche. Noch an den Umgangston in den Ostblockstaaten gewohnt, beschimpfte Ortega auch in Madrid US-Präsident Reagan als „Nazi", „Kindermörder" und „Hitler". In einer Pressekonferenz mußte Gonzalez seinem Gast „verbale Mäßigung" empfehlen. (SAD)

Kühler Empfang für den Papst in den Niederlanden

● Fortsetzung von Seite 1

und die Opfer von Abertausenden von Juden“ während der deutschen Besatzungszeit. Er fügte hinzu: „Wir bitten ihren Gott, der auch unser Gott ist, daß das auserwählte Volk weiter in Frieden und in Sicherheit leben darf.“

Die in Holland lebenden Juden haben sich geweigert, mit dem Papst zusammenzutreffen, weil in vorbereitenden Besprechungen mit dem holländischen Episkopat und dem Vatikan keine Einigung über einige von ihnen gestellte Vorbedingungen hatte erzielt werden können. Die Juden forderten von Johannes Paul II. eine ausdrückliche Erklärung der Anerkennung des Staates Israel und Worte der Entschuldigung für das „Schweigen“ Pius XII. zur Judenverfolgung.

Einige Fragen, an denen sich der starke Dissens in der holländischen Kirche entzündet hat, wurden – wenn auch nur in sehr vorsichtiger Form – von Vertretern gesellschaftlicher Organisationen bei ihrem Treffen mit dem Papst aufgeworfen. Sie betrafen vor allem die Stellung der Frau in der Kirche und Aspekte der Morallehre. Johannes Paul II. erklärte sich nicht zu einem Dialog bereit. Er sagte: „Zu diesen Fragen gehören technische Aspekte, die nicht unter meine Kompetenz fallen. Und vor allem: Ich beginne erst, mit Ihrer Sprache einigermaßen vertraut zu werden.“ Nach dem Treffen meinten manche Teilnehmer, daß man ja schließlich auch über einen Dolmetscher hätte miteinander diskutieren können.

Die bisher größte Anti-Papst-Demonstration auf dieser in so vieler Hinsicht problematischen Reise fand am Sonntagmittag auf dem Utrechter Marienplatz statt. Es war allerdings nicht eine Demonstration des innerkirchlichen Dissenses, sondern mehr ein – weitgehend von Homosexuellen veranstaltetes – Happening.

Krawalle um das SS-Treffen

rtr, Nesselwang

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Demonstranten und der Polizei ist es am Samstag bei Protestaktionen gegen das Treffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in Nesselwang im Allgäu gekommen. Während mehrere tausend Demonstranten, einem Aufruf des DGB folgend, außerhalb des Dorfes friedlich gegen das Treffen demonstrierten, belagerten rund 400 Jugendliche, zumeist militante Punker und Skinheads, das Hotel, in dem sich etwa 400 ehemalige SS-Angehörige versammelt hatten. Die Polizei nahm 71 Demonstranten fest, 56 von ihnen wurden später auf freien Fuß gesetzt. 15 Personen sollen heute dem Haftrichter vorgeführt werden. Bei den Krawallen wurden nach Angaben der Behörden 15 Polizeibeamte und vier Demonstranten verletzt.

Warnung vor Eskalation im Arbeitskampf

hhh. Bonn

Vor einer Verschärfung tariflicher Auseinandersetzungen hat der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Herbert Helmrich (CDU), gewarnt. Gegenüber der WELT sprach er die Forderung an die Gewerkschaften aus, die Kampfmaßnahmen nicht eskalieren zu lassen. Wer dies tue, „zündelt in diesem Staat“. Helmrich bezog sich mit diesem Appell auf Aussagen des Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, in denen dieser Betriebsbesetzungen im Rahmen eines Arbeitskampfes nicht ausgeschlossen hatte.

Steinkühler hatte Mitte März in einem Zeitungsbeitrag „über die Krise der gewerkschaftlichen Vertretungsmacht“ ausgeführt, daß, auch wenn die Rechtslage klar entgegenstehe, die Gewerkschaften „die Kollegen, die um ihre Arbeistplätze kämpfen, nicht alleine lassen“ könne.

Noch weiter als Steinkühler, so Helmrich, gehe der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier in Hessen, Manfred Balder. Dieser hat gefordert, das „Arsenal der traditionellen Streikformen durch Wechselstreiks, Betriebsbesetzungen und punktuelle und zeitliche Eingriffe zu erweitern“.

Balder hatte auf einem vom Frankfurter Nachrichtenverlag veranstalteten Gewerkschaftler-Seminar Anfang Mai auch vom Recht gewaltfreier Blockade gegen Streikbrecher gesprochen. Balder: „Wenn Arbeitsniederlegungen ohne Produktionsausfall bleiben, dann sind gewaltfreie Blockaden und Betriebsbesetzungen als nicht verwerfliche Druckmittel im Sinne der Rechtsordnung zu erfassen.“

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Helmrich, sieht darin den Versuch einer „bewußten Verführung rechtsunkundiger Arbeitnehmer“. Diese neue Form gewerkschaftlichen „Beweglichkeit“ im Arbeitskampf hat zwar seiner Meinung nach vor den Gerichten keine Chance, lasse aber für die nächsten Tarifauseinandersetzungen Schlimmes ahnen, zumal es auch das letzte Mal in der Druckindustrie schon zu Tätlichkeiten, Nötigungen und Blockaden gekommen sei. „Da sind wir doch alle gerade froh darüber, daß sich die Hausbesetzerszene befriedet hat, und da wird jetzt von Gewerkschaftsseite eine Besetzerszene in den Betrieben geschürt.“ Helmrich räumte ein, daß sich der Beirat der IG Metall von Betriebsbesetzungen – was die rechtliche Bewertung anbelangt – distanziert habe. Ihre „politische Rechtfertigung als Signal und Demonstration“ stelle der Beschluß gleichwohl nicht in Frage. Deutlich sei die Betriebsbesetzung – etwa als Reaktion auf eine Aussperrung durch die Arbeitgeber – angesprochen. Die Gewerkschaften sind nach Helmrichs Auffassung aufgefordert, das Thema jetzt „auch politisch“ zu behandeln, damit „nicht im Herbst der Teufel los ist“.

„Weniger Arbeitslose durch mehr Investitionen“

Strauß fordert Anwendung neuer Techniken im Produktionsbereich

DW. Garmisch-Partenkirchen

Nur durch mehr Investitionen kann nach Auffassung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland deutlich abgebaut werden. In einer Rede beim Verbandstag der deutschen Arbeitgeberverbände sagte Strauß am Wochenende in Garmisch-Partenkirchen: „Wir müssen ein geistig-wissenschaftlich-technisches Biotop erhalten, um die Unternehmen zu veranlassen, da zu investieren, wo technischer Fortschritt gefördert wird.“ Durch den Ausstieg aus der modernen Technik sei ein Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zu erzielen, ein solcher Ausstieg bedeute vielmehr einen großen Rückschritt.

Ein sichtbarer Abbau der Arbeitslosenzahl könne durch einen Zuwachs des realen Sozialprodukts um 2,5 Prozent nicht erreicht werden, sagte der CSU-Vorsitzende. Es müsse schon eine Zuwachsrate von „3,5 bis vier Prozent“ erreicht werden, um eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Insgesamt gab Strauß eine optimistische Einschätzung der Wirtschaftslage in der Bundesrepublik. Er betonte, daß die Beschäftigung in der Industrie und im Bereich der Dienstleistungen auch in Zukunft weiter zunehmen wird. Die Annahme der Wirtschaftsinstitute, daß sich die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr um 20 000 erhöhen werde, teilte der bayerische Ministerpräsident nicht.

Bei seiner Analyse über die schlechte Lage der Bauwirtschaft wies Strauß darauf hin, daß die Kapazitäten „noch etwas zu groß“ seien. Er erinnerte daran, daß die Bauwirtschaft früher Milliarden-Aufträge aus dem Ausland erhalten habe, die jetzt wegfielen. Zum Steuerentlastungsgesetz vertrat er die Ansicht, es wäre zweckmäßiger gewesen, das Steuerentlastungspaket in einem Schritt 1986 in Kraft zu setzen. Trotzdem werde Bayern keinen Antrag dieser Art im Bundestag einbringen. Man habe zwar einen Antrag in der Schublade, werde ihn aber nicht „herausholen“. Sollte jedoch der Konjunkturverlauf auf ein schlechtes Jahr 1986 schließen lassen, würden diese Pläne wieder aktuell, betonte Strauß.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, unterstrich bei der Konferenz seiner Organisation, daß die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland in der Arbeitslosigkeit die „dringendste Herausforderung“ sehen. Er appellierte an die Phantasie der Unternehmer, jungen Menschen nach der Ausbildung eine Anschlußbeschäftigung zu bieten und sie nicht der Dauerarbeitslosigkeit zu überlassen.

In seinem Referat beschäftigte sich der Präsident der Bundesvereinigung auch mit den Problemen des Arbeitskampfes (WELT v. 11. 5.). Er sprach sich für eine unbedingte Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg aus, die durch eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes sichergestellt werden müsse. „Wenn es künftig rechtlich möglich sein sollte, daß man mit dem Streik nicht als zufälliges Ergebnis eines verwickelten Wirkungssystems, sondern mit Vorsatz und ganz gezielt die Kassen der Arbeitslosenversicherung in den Dienst der eigenen Arbeitskampfstrategien stellen kann, wenn man auf diese Weise Gewerkschaftsgelder schonen und dafür die Kassen der Allgemeinheit plündern kann, dann stimmen die Regeln nicht, und es muß eine Änderung Platz greifen.“ Diese Änderung könne nur der Arbeitgeber selbst vornehmen, sagte Esser. Deshalb sollte „die Bundesregierung hier nicht taktieren, sondern eindeutige Verhältnisse schaffen“.

Bombenanschlag am Teheraner Basar

rtr, Teheran

Bei der Explosion einer Autobombe sind am Wochenende in der Nähe des Teheraner Basars mindestens 15 Menschen getötet und 50 verletzt worden. Außerdem wurden mehr als 20 Häuser schwer beschädigt. Nach Angaben der Polizei war eine 50 Kilogramm schwere Sprengladung zur Hauptgeschäftszeit im Kofferraum eines Wagens in einer belebten Gasse detoniert.

Die amtliche Nachrichtenagentur IRNA machte die „Lakaien des US-Imperialismus“ für den Bombenanschlag verantwortlich. Die oppositionellen Volksmudschahedin, die vor einigen Wochen zu einem „Aktionsmonat“ gegen die iranische Führung aufgerufen hatten, verurteilten den Anschlag und erklärten, sie hätten nichts damit zu tun.

SPD ehrt die Toten von Theresienstadt

dpa, Prag

Zum „Zeichen der Versöhnung“ haben am Wochenende rund 400 Berliner Sozialdemokraten, unter ihnen auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Jochen Vogel, einen Kranz im ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt niedergelegt.

Die Delegation besichtigte nach der Kranzniederlegung das ehemalige Lager, in dem von 1941 bis 1945 mehr als 100 000 Juden und Zehntausende tschechoslowakischer und deutscher Widerstandskämpfer interniert gewesen waren. Noch Anfang 1945, als das Internationale Rote Kreuz bereits auf dem Weg nach Theresienstadt war, wurden zahlreiche Juden und Widerstandskämpfer von der SS zu Tode gequält oder hingerichtet.

Verschärft Berlin Asyl-Beschluß der Innenminister?

F. D. Berlin

Berlin erwägt als erstes Bundesland eine Verschärfung des Beschlusses der Innenministerkonferenz der Länder, nach dem vom 1. Juni diesen Jahres an Bürger aus dem Ostblock nicht mehr wie bisher „geduldet“ werden, sondern einen Asylantrag stellen müssen, wenn sie langfristig in der Bundesrepublik bleiben wollen. Die Überlegung von Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) geht dahin, den Innenministerbeschluß auch auf Ostblock-Bürger auszudehnen, die sich vor dem Stichtag 1. Juni bereits in Berlin aufhielten. Danach müßten diejenigen – in der Mehrzahl polnischen – Staatsangehörigen einen Asylantrag stellen, die bereits mit einer sogenannten „Duldungsbescheinigung“ in der Stadt leben und einen Arbeitsplatz haben. Wird der Asylantrag abgelehnt, so sollen die Bürger aus dem Ostblock trotzdem nicht abgeschoben, sondern wie bisher „geduldet“ werden.

Von dieser Verschärfung des Innenminister-Beschlusses verspricht sich die Innenverwaltung im wesentlichen zwei Vorteile: Eine bessere Kontrolle und Bekämpfung des „Wirtschaftstourismus“ von polnischen Bürgern, die mit der alleinigen Absicht zur Schwarzarbeit nach Berlin gereist sind. Des weiteren will man vermeiden, daß vor dem Stichtag 1. Juni noch Scharen von Menschen aus dem Osten an die Spree kommen. Derzeit halten sich in Berlin rund 11 000 Polen auf.

Gegen die rückwirkende Anwendung des Ministerbeschlusses in Berlin gibt es im Senat allerdings Bedenken, vor allem bei Sozialsenator Ulf Fink (CDU) und der Ausländerbeauftragten des Senats, Barbara John. Kritisiert wird an der Absicht Lummers eine mit der rückwirkenden Regelung verbundene „unnütze Aufblähung der Asylverfahren“ mit „allen unerwünschten sozialen Folgen“.

Diesem Argument der sozialen Nachteile will Innensenator Heinrich Lummer jedoch nicht zustimmen: „Wir bemühen uns um menschlich vertretbare Regelungen.“ Der Sprecher des Innensenators, Hans Birkenbeul, wies gegenüber der WELT darauf hin, daß ein Asylantrag für Ostblock-Bürger lediglich eine formelle Arbeitssperre von einem statt – wie üblich – zwei Jahren für Asylbewerber anderer Nationalitäten bedeute. Diese Arbeitssperre kann zudem völlig aufgehoben werden, wenn beim Antragsteller schon feststeht, daß auf keinen Fall eine Ausweisung oder Abschiebung erfolgt.

Wird dem Asylantrag – was dem Regelfall entsprechen würde – stattgegeben, so würden die Antragsteller aus dem Ostblock der Verteilung auf die übrigen Bundesländer nur dann entgehen, wenn sie bereits über eine Wohnung und eine Arbeitsstätte in Berlin verfügen. Schwarzarbeitern soll mit dieser Regelung das Handwerk gelegt werden. Eine Sonderkommission des Senats soll die strittigen Punkte klären.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rechtslage

„Jaruzelski grenzt Willen zum Dialog ein“ und „Gorbatschow würdigt die Rolle Stalins“; WELT vom 9. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bisherigen deutschen Reaktionen auf die Behauptung des polnischen Staats- und Parteiführers, wonach es in Polen keine deutsche Minderheit gebe, zeugen von einer weitgehenden Verkennung der Rechtslage. Jaruzelski hat völlig recht. Wenn das Völkerrecht und die eigenen Erklärungen der Siegermächte noch einen Sinn haben, so handelt es sich bei dem gemeinten Personenkreis weitaus mehrheitlich immer noch um Reichsdeutsche (nach heutiger Formulierung „deutsche Staatsangehörige“), die weiterhin auf deutschem Territorium in den von den Siegermächten selbst nach dem Stand von 1937 festgelegten Grenzen des Reiches und somit auf ihrem nationalen Boden leben. Solange die einseitige Übergabe dieser Gebiete durch eine Besatzungsmacht an Polen und ihre anschließende ebenso einseitige Annexion durch Polen nicht durch völkerrechtlich verbindliche Abtretung durch Deutschland sanktioniert sind (der Warschauer Vertrag war ausdrücklich kein territorialer Sezessionsakt), kann es folgerichtig eine deutsche Minderheit in Polen nur außerhalb der Grenzen von 1937 geben, was hier aber offenkundig nicht gemeint ist.

Mit freundlichen Grüßen
N. Ehlert,
Lindlar

„Uncle Joe“

„Hitler und Stalin – hat der Westen sie nicht durchschaut?“; WELT vom 25. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

selbstverständlich hätte die Veröffentlichung der Verbrechen in den Vernichtungslagern die Weltöffentlichkeit und auch die deutsche Bevölkerung, die vielleicht einiges ahnte, alarmiert, damit die Moral der Deutschen geschädigt und vielleicht innenpolitische Konsequenzen in Gang gesetzt. Warum hat man seitens der Alliierten auf jede Publizität verzichtet? Haben sie überhaupt jemals den Willen gehabt, den bedrohten Juden in Europa zu helfen?

Daß die „Sowjets in einem innerimperialistischen Krieg“, ginge er nur lange genug, „neutral bleiben würden“, hätte dem leninistischen Prinzip „Wer Deutschland hat, hat Europa“ total widersprochen. Die Sowjetunion hätte nur auf die Schwächung Deutschlands gewartet, bis sie eingreifen konnte, 1941 war sie noch nicht soweit. Deutschland war (und ist) das vorrangige Ziel der kommunistischen Sowjetunion, wenn auch die Wege dorthin verschlungen und westlichen Intellektuellen oft unverständlich sind.

Wenn also Roosevelt „von Außenpolitik wenig verstand und sich nicht besonders für sie interessierte, wie fast alle amerikanischen Politiker dieser Zeit“, so waren sie mithin Dilettanten. Diese Dilettanten mischten sich aber seit der Wahl Roosevelts 1933 (und nicht seit 1941) kräftig in die europäische und Weltpolitik ein, mit dem Erfolg, daß die europäische in den Weltkrieg ausartete (ohne amerikanische Rückendeckung hätte Großbritannien anders gehandelt).

Wir danken Herrn Laquer für dieses Eingeständnis, das nur der Beweis für die alte Behauptung ist, daß nur die „wenig verstehenden“ und „nicht besonders interessierten amerikanischen Politiker“ sich von dem gerissenen „Uncle Joe“ hereinlegen ließen und bis zu unserem bitteren Ende nicht merkten, wem sie aufgesessen waren.

Mit freundlichen Grüßen
K. Föhrenbach,
Renchen

Standorte

„Auschwitz-Lüge“ jetzt ein Offizialdelikt“; WELT vom 27. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Äußerung der Bundestagsabgeordneten Hellwig, daß eine Demokratie Radikale ertragen können muß, ist Philosophie, aber keine Politik, oder gehört sie hierzulande und heute zu den Pflichtübungen demokratischer Politiker? Gerade als überzeugte Demokraten müssen wir endlich einsehen, daß denjenigen, die eine demokratische (das ganze Spektrum der Ideologien umfassende) Staatsordnung (erklärtermaßen) beseitigen wollen, gewehrt werden muß. Toleranz hat durchaus ihre Grenze: dies zu betonen ist kein Armutszeugnis. Permissivität ist keine Freiheit, sondern Chaos, wie wir (gerade heute) immer wieder erfahren können, und wem ist damit gedient?

Die Antwort hierauf gibt die Aufrechnungstheorie Frau Hamm-Brüchers noch deutlicher: Haben nur die Nazis Verbrechen begangen und darf man neben diesen keine anderen erwähnen, dann wird dem Kommunismus ein wesentliches Odium genommen. Aber mit dem Zusatz „oder einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft“ wird in Wahrheit gar nichts aufgerechnet und die Verschiedenartigkeit der verbrecherischen Motivation keineswegs bestritten, sondern soll unsere Republik nur selbstverständlich vor allen totalitären Bestrebungen bewahrt werden. Will die FDP-Politikerin die antidemokratische Natur der kommunistischen Systeme allerdings bestreiten, dann sollte sie doch ihrer Partei den Rücken kehren und die laufende Propaganda-Großkampagne gegen die deutsche Freiheit von einem östlichen Standort aus mittragen helfen!

Mit freundlichen Grüßen
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Wort des Tages

„Es gibt immer noch Leute, die Individualismus und Kult der Persönlichkeit verwechseln.“

Albert Camus, franz. Philosoph und Autor (1913–1960)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Sportjournalist **Willi Wieczorek** aus Pulheim bei Köln feierte seinen 80. Geburtstag. Der aus Beuthen in Oberschlesien stammende Wieczorek wagte bereits als Pennäler seine ersten journalistischen Schritte bei der Heimatzeitung „Ostdeutsche Morgenpost“. Nach dem Abitur und Studium folgte er dem Ruf des Berliner Schere-Verlages. Nach dem Kriege nahm er seine journalistische Arbeit in der „Neuen Zeitung“ in München wieder auf, wurde dann Pressechef beim AvD in Frankfurt/Main und ging dann zum ADAC nach München. Dort prägte er als Pressechef, Chefredakteur der ADAC-Motorwelt und als Leiter der Public-Relations-Abteilung das Gesicht einer modernen vielseitigen Publizität für den Millionenclub; er hat der ADAC-Motorwelt mit sicherem Blick und Instinkt das Gesicht eines maßgeblichen Cluborgans gegeben und eine breite Öffentlichkeit verkehrsbewußt gemacht. Sein Signum WW, des heute nach 65 Jahren immer noch aktiven Journalisten, war und ist das Markenzeichen für eine fundierte, lebendige, kritische, aber auch richtungsweisende Berichterstattung.

AUSZEICHNUNG

Den von der Stadt Ludwigshafen vergebenen und mit 10 000 Mark dotierten ersten „Ernst-Bloch-Preis“ wird der Politikwissenschaftler Professor **Dolf Sternberger** erhalten. Der 78jährige Sternberger, früherer Ordinarius für politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg und Ehrenpräsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, wird die Auszeichnung am 24. Juni in Ludwigshafen entgegennehmen. Der „Ernst-Bloch-Preis“ wurde in Erinnerung an den Philosophen **Ernst Bloch** geschaffen, der am 8. Juli vor hundert Jahren in dieser Stadt geboren wurde. Bloch starb 1977 in Tübingen.

MILITÄR

Brigadegeneral **Klaus Nennecke**, der stellvertretende Kommandeur der 3. Panzerdivison in Buxtehude, wird zum 30. September 1985 pensioniert. Auf dessen Posten rückt Oberst i. G. **Werner Ellermann** nach, gegenwärtig Kommandeur für Verwendungslehrgänge an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Auch Brigadegeneral **Günter Kriebel** geht dann in den Ruhestand. Für ihn wird neuer stellvertretender Kommandeur der 5. Panzerdivision in Diez Brigadegeneral **Klaus Vollmer**, Kommandeur der Panzerbrigade 34 in Koblenz. Ihm folgt Oberst i. G. **Gero Koch**, Referatsleiter im Führungsstab des Heeres im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Eckhard Nolte** wurde zum Nachfolger von Professor Dr. **Robert Wagner** auf den Lehrstuhl für Musikerziehung in der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen. Professor Nolte war zuletzt an der Universität Bielefeld tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Historischen Musikpädagogik, der Lehrplanforschung und den Verbindungen der Musikpädagogik zur Musikästhetik. Neben der schulischen will Nolte in München besonders die außerschulische Musikerziehung in seine Lehre einbeziehen.

Grober Steuerunfug

cd. – Die Börsenumsatzsteuer, eine Bagatellsteuer, die in die Länderkassen fließt, ist zum ärgerlichen Hindernis einer Internationalisierung des deutschen Kapitalmarktes geworden, um die sich Banken und vor allem die Bundesbank bemühen.

Im konkreten Fall, nämlich bei den Anleihen mit variabler Verzinsung, den floating rate-notes, bewirkt die Börsenumsatzsteuer von einem Viertel Prozent auf die gehandelten Beträge, daß sich hier überhaupt kein Markt für diese neuerdings auch in der Bundesrepublik zugelassenen Papiere bilden kann. Das Geschäft etabliert sich vielmehr im Ausland, vor allem in London, wo es eine solche Geschäftsverhinderungssteuer nicht gibt.

Das ist natürlich genau das Gegenteil dessen, was mit der Öffnung des deutschen Kapitalmarktes für im Ausland längst übliche modernere Finanzierungsinstrumente erreicht werden soll. Es wird höchste Zeit, daß sich der Bundesfinanzminister und seine Länderkollegen dieses Problems annehmen, wenn sie verhindern wollen, daß das Geschäft aus der Bundesrepublik ins Ausland abgedrängt wird.

Die Abschaffung der Steuer mit dem Hinweis auf Einnahmeausfälle abzulehnen, wäre nur allzu vordergründig und kurzsichtig. Denn Geschäfte, die ins Ausland abwandern, bringen dem deutschen Fiskus keinen Pfennig. Nur bei Abschaffung der Börsenumsatzsteuer könnte der Fiskus kassieren, nämlich Steuern auf die Erträge, die Banken dann bei einem lebhafteren Handel verdienen können.

China-Geschäft

J. Sch. (Paris) – Ostaufträge werden in Frankreich meist von den Ministern persönlich hereingeholt. Zunächst erschien die Außenhandels- und Industrieministerin Edith Cresson in Peking. Ihr folgte der Verkehrs- und Wohnungsminister Paul Quilès. Beide kamen mit gefüllten Taschen zurück: Lokomotiven, Computeranlagen und Telefoneinrichtungen sollen von den Franzosen geliefert und Straßen wie Kanäle gebaut werden. Geschätzter Auftragswert: rund fünf Milliarden Franc. Das wäre das Doppelte der Ausfuhr des letzten Jahres. Frankreich stellte damit erst 3,8 Prozent des OECD-Exportes nach China – gegenüber 42 Prozent von Japan, und 9,2 Prozent die Bundesrepublik. Andererseits hat sich die französische Regierung zu einer sehr großzügigen Kredithilfe – 1,75 Milliarden Franc zu Vorzugsbedingungen – bereiterklärt. Dies war wohl entscheidend für den ministeriellen Erfolg. Fragt sich nur, wie weit die Regierungsabsprachen von den Chinesen bei den Verhandlungen mit den Exportfirmen bestätigt werden. Gerade Frankreich hat in dieser Beziehung in Peking schon viele Enttäuschungen erlebt.

RENTENVERSICHERUNG / Die Beitragseinnahmen stiegen um 4,5 Prozent

Vermögens- und Liquiditätslage verbesserten sich seit Jahresanfang

PETER JENTSCH, Bonn

Die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sind im ersten Quartal dieses Jahres auf rund 31,3 Mrd. DM und damit im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent gestiegen. Der Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VdR) führt diese Entwicklung zurück auf die Beitragssatzanhebung von 18,5 auf 18,7 Prozent zum 1. Januar 1985, auf höhere Arbeitsentgelte, die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie auf das starke Anwachsen der freiwilligen Beiträge (plus 44,8 Prozent).

Die Pflichtbeiträge brachten der Rentenversicherung im ersten Quartal Einnahmen in Höhe von rund 29,7 Mrd. DM. Das entspricht im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres einer Steigerung um 3,8 Prozent. Bereinigt um die Beitragssatzanhebung beträgt die Zuwachsrate drei Prozent. In diesen Pflichtbeiträgen sind auch Beiträge aus einmalig gezahlten Arbeitsentgelten enthalten (13. Monatsgehalt, Weihnachts-, Urlaubsgeld); deren Zahlung durch die Arbeitgeber zum Teil bereits Ende 1984 erfolgte. Ihre Größenordnung wird im Januar 1985 auf 400 Mill. DM geschätzt. Da diese Zahl mit den Beiträgen aus Sonderzahlungen des Vorjahres korrespondiert, dürfte nach Darstellung des VdR die Steigerungsrate bei den Pflichtbeiträgen nur in geringem Maße von den Beiträgen auf Sonderzahlungen beeinflußt sein.

Die Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit für die Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe sind trotz der Anfang des Jahres weiter gestiegenen Arbeitslosenzahlen bereinigt nur um 1,1 Prozent gestiegen. Das deutet nach Einschätzung des VdR auf einen steigenden Anteil von Arbeitslosenhilfe-Empfängern (mit geringerem Leistungsanspruch) hin.

Die Rentenausgaben lagen im ersten Quartal bei 34,6 Mrd. DM. Das ist gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres ein Anstieg um 4,2 Prozent. Der VdR führt diese Steigerung auf die Rentenanpassung zum 1. Juli 1984 um 3,4 Prozent und auf die steigende Zahl der laufenden Renten zurück.

Entlastend auf die Rentenfinanzen wirkt dagegen die seit Mitte 1984 auf drei Prozent angehobene Eigenbeteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung (KVdR). Die KVdR-Aufwendungen sind im ersten Quartal mit rund 3,0 Mrd. DM um 15,2 Prozent gesunken.

Die Vermögenssituation der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich seit dem Jahreswechsel wieder günstiger entwickelt. Aufgrund des hinter den Schätzungen zurückgebliebenen Beitragsaufkommens und unerwartet hoher Beitragserstattungen an in ihre Heimat zurückkehrende Ausländer war die Schwankungsreserve der Rentenversicherungen zum Jahreswechsel auf 9,77 Mrd. DM gesunken. Das entsprach 0,92 Monatsausgaben. Damit wurde die gesetzlich fixierte Mindestschwankungsreserve von einer Monatsausgabe unterschritten. Die liquiden Mittel betrugen zum Jahresende 3,47 Mrd. DM oder 0,33 Monatsausgaben. Damit war die Mindestliquidität von 0,5 Monatsausgaben unterschritten.

Im Verlauf des ersten Quartals ist die Schwankungsreserve auf 11,8 Mrd. DM gestiegen; das entspricht 1,06 Monatsausgaben. Diese positive Entwicklung von Schwankungsreserve und ihrer liquiden Mittel ist dadurch ermöglicht worden, daß Teilbeträge des Bundeszuschusses in den ersten Monaten des Quartals vorgezogen gezahlt wurden. So wurden neben dem normalen Bundeszuschuß von monatlich 2,1 Mrd. DM im Januar zusätzlich 1,2 Mrd. DM gezahlt, im Februar 2,8 und im März 0,8 Mrd. DM. Die Summe von 4,8 Mrd. DM hat die liquiden Mittel im ersten Quartal auf der Mindesthöhe von gut einer halben Monatsausgabe gehalten.

Nach Darstellung des VdR haben die Rentner 1984 leicht an Kaufkraft gewonnen, während die Beschäftigten eine Abnahme in Kauf nehmen mußten. Nach Abzug der Preissteigerungsrate ergibt sich für die Rentner 1984 eine Kaufkraftzunahme um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr; dagegen nahmen die realen Nettoentgelte der Beschäftigten um 0,7 Prozent gegenüber 1983 ab.

US-AKTIENMÄRKTE

Hoffnung auf Zinssenkung beflügelt die Wall Street

LEO FISCHER/AFP, New York

Die Entscheidung des Senats, ein Paket von Ausgabenkürzungen über 297 Mrd. Dollar in den nächsten drei Jahren anzunehmen, hat am Freitag zu einem kräftigen Kursanstieg um 13,91 Punkte im Dow-Jones-Index auf 1274,18 Punkte geführt. Im Wochenverlauf zog das wichtige Kursbarometer im Wochenverlauf um 26,94 Punkte an, verfehlte aber den Rekordstand von 1299,36. Dagegen erreichten der bösenamtliche NYSE-Index und der Standard-and-Poors'-Index mit 106,44 und 184,28 neue Höchststände.

Ein neues Hoch wird für die nächsten Wochen allerdings auch für den Dow Jones vorausgesagt. Larry Wachtel vom Brokerhaus Prudential erwartet, daß der Index bereits in dieser Woche bis auf 1300 steigen könnte. Unterstützung findet dieser Optimismus durch die Prognose des Zinspapstes der Wall Street, Henry Kaufman vom Brokerhaus Salomon Brothers, daß in den kommenden zwei bis drei Wochen eine Senkung des US-Diskontsatzes von derzeit acht Prozent und eine nachfolgende Ermäßigung der Prime Rate, des Zinses für Kredite an erste Adressen, zu erwarten sei.

Zum zuletzt festen Trend an der Wall Street haben auch die kräftigen Kursgewinne am US-Anleihemarkt beigetragen, die wiederum auf die Zinssenkungshoffnungen zurückzuführen sind, nachdem der Weg frei scheint für einen Haushaltskompromiß im Kongreß. Eine nachhaltige Reduzierung des Budgetdefizits muß zu einer Entlastung des Kapitalmarktes führen und könnte den Fed zu einer Lockerung der Kreditzügel veranlassen, was alles auf sinkende Zinsen hindeutet.

Zu einer leichteren Geldpolitik wird sich der Fed um so mehr entschließen können, als der Anstieg der Erzeugerpreise im April mit 0,3 Prozent hinter den Erwartungen zurückblieb, so daß sich die Befürchtungen einer Beschleunigung der Inflation als gegenstandslos erwiesen.

Eine Lockerung der Kreditbremsen würde auch in die konjunkturelle Landschaft passen. Denn nachdem sich in den letzten Wochen die Anzeichen für eine Abschwächung der Auftriebstendenzen verstärkt haben, haben nun auch führende Unternehmer auf einem mehrtägigen Treffen von 200 US-Unternehmern in Hot Springs die Ansicht vertreten, daß sich im zweiten Halbjahr 1985 und auch 1986 die Abschwächung fortsetzen werde.

Zwölf angesehene Wirtschaftsforscher, darunter der Nobelpreisträger James Tobin, haben auf dem Forum des Conference Board in New York vor den „gravierenden Problemen" gewarnt, mit denen die amerikanische Wirtschaft konfrontiert werde, falls das Haushalts- und Handelsdefizit nicht kurzfristig abgebaut werde. Für das laufende Jahr sagten sie ein „mäßiges" und für 1986 ein „bescheidenes" Wachstum voraus.

Neuer Privatisierungs-Elan

Von WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher hat die Flucht nach vorn angetreten. Als ihr politisches Ansehen den jüngsten Meinungsbefragungen zufolge auf den tiefsten Stand seit der Amtsübernahme vor sechs Jahren gesunken war, hat sie in den letzten Tagen ihrem Privatisierungsprogramm zu neuem Schwung verholfen.

Um die Überführung staatlicher Unternehmen in Privatbesitz war es seit der außerordentlich erfolgreichen und populären Teilprivatisierung des Fernmelde-Riesen British Telecom im Herbst vergangenen Jahres ruhig geworden. Verzögerungen, die bei der Privatisierung der Fluggesellschaft British Airways eintraten, weil eine in Washington anstehende Zivilklage gegen die staatliche Airline und neun weitere europäische und amerikanische Fluggesellschaften eine Börseneinführung von British Airways zu riskant erscheinen ließ, hatten die Thatcher-Mannschaft offenbar verunsichert.

Doch inzwischen deutet alles darauf hin, daß sich die Parteien auf eine außergerichtliche Abfindungszahlung in Höhe von insgesamt gut 210 Millionen Mark einigen werden, womit einer Privatisierung von British Airways nichts mehr im Wege stünde. Diese Aussicht mag der Regierung in London zu ihrem früheren Privatisierungs-Elan zurückverholfen haben.

Denn plötzlich geht es Schlag auf Schlag. Am vergangenen Freitag schlossen die Antragslisten für den Bezug der restlichen 48 Prozent der Aktien an dem 1981 teilprivatisierten Luft- und Raumfahrtkonzern British Aerospace zum Preis von 375 Pence je Aktie. Wie erwartet, wurde die Aktienausgabe deutlich überzeichnet.

Erst vor wenigen Tagen gab London bekannt, daß noch in diesem Jahr auch der 48,8 prozentige Anteil an der Ölgesellschaft Britoil für rund zwei Milliarden Mark verkauft wird. Britoil war im November 1982 als Produktionsarm der staatlichen British National Oil Corporation teilprivatisiert worden. Doch das größte Aufsehen erregte die Entscheidung der Regierung Thatcher ebenfalls vor wenigen Tagen, das Staatsmonopol British Gas bereits im kommenden Jahr in Privathand zu überführen.

Der Wert von British Gas wird auf acht Milliarden Pfund beziffert (gut 30 Milliarden Mark). Damit hätte die Privatisierungsaktion, sollte sich die Regierung an ihre bisherige Praxis halten und zunächst rund 50 Prozent abgeben, den gleichen gewaltigen Umfang wie die von British Telecom, wo der Verkauf von knapp unter 50 Prozent aus Rücksicht auf die Kapazitäten des Marktes in drei Tranchen aufgeteilt wurde. Doch es sieht danach aus, als sei die Thatcher-Administration diesmal sogar bereit, das Gasunternehmen zu 100 Prozent abzugeben. Ein Zeichen dafür, wie stark inzwischen das Vertrauen der Regierung in die Bereitschaft des breiten Publikums gestiegen ist, sich an der Privatisierungsaktion zu beteiligen.

Natürlich fehlt es nicht an Kritikern, die dies bezweifeln. Ihrer Ansicht nach ist das ganze Privatisierungsprogramm zu ehrgeizig und in einen zu knappen Zeitrahmen gepreßt: 1,4 Milliarden Mark für den Rest an British Aerospace am vergangenen Freitag, insgesamt 9,25 Milliarden Mark für die zweite und dritte Tranche bei British Telecom im nächsten Monat und im April kommenden Jahres, zwei Milliarden Mark für Britoil noch in diesem Jahr, gut fünf Milliarden Mark für knapp 50 Prozent an British Airways in diesem oder im nächsten Jahr, möglicherweise 30 Milliarden für British Gas verteilt über die komenden Jahre, gut zwei Milliarden für die staatlichen Rüstungsfabriken und den Restanteil an der National Bus Company im kommenden Jahr, etwa 3,85 Milliarden für die Floatierung der Sparkassen-Organisation Trustee Savings Bank ebenfalls im kommenden Jahr, und sicherlich in nicht allzu ferner Zeit die Abgabe der Restanteile an British Telecom für 27 und an dem Ölkonzern BP für 11,6 Milliarden Mark.

Doch der Enthusiasmus, mit dem gerade Privatanleger auf die Aktienausgaben bei Jaguar, Telecom und jetzt Britoil reagiert haben, dürfte der Zuversicht der Regierung Recht geben. Zum ersten Mal ist in Großbritannien so etwas wie ein breites Aktionärs-Bewußtsein entwickelt worden. Dessen Hunger nach Aktienbesitz – von Frau Thatcher gewollt – wird so rasch nicht zu stillen sein und mit Sicherheit noch größer werden. Das Geld wird also fließen, vorausgesetzt der Preis stimmt. Und das war bei den letzten Privatsisierungs-Emissionen der Fall.

AUF EIN WORT

„Nichts schadet so sehr wie das schon oft gehörte Wort von der sozialen Demontage. Soziale Demontage betreibt in Wirklichkeit der Politiker, der den Kopf heute in den Sand steckt und zehn oder 15 Jahre später mit Radikalkuren antreten muß. Die sind dann tatsächlich soziale Demontage."

Dr. Heinrich Altekamp, Hauptgeschäftsführer der IHK Münster
FOTO: HEINZ VÖSSING

Automobilfabrik für Berlin

DW. Berlin

Der Ingolstädter Autotuner Walter Treser will in Berlin eine Automobilfabrik errichten. Die Vorarbeiten beginnen am 1. Juli mit der Entwicklung des Prototyps; am 1. Januar 1988 soll die Produktion anlaufen. Wie das Münchener Industriemagazin in seiner Mai-Ausgabe berichtet, plant Treser eine Tagesproduktion von zunächst sechs Wagen in der Preisklasse zwischen 40 000 und 50 000 Mark. Damit werden in Berlin etwa 200 Arbeitsplätze geschaffen. Tresers Projekt wird vom Land Berlin finanziell kräftig gefördert. Aggregate wie Getriebe und Motoren sollen von Volkswagen geliefert werden.

AGRARPOLITIK

Die Regierung plant weitere Steuererleichterungen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Regierungsparteien haben weitere Steuererleichterungen für die deutsche Landwirtschaft ins Auge gefaßt. Vorangegangen war ein Gespräch zwischen Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sowie Beratungen der Steuerexperten.

Für weitere drei Jahre sollen die Abschreibungsvergünstigungen für Investitionsgüter in der Land- und Forstwirtschaft gelten. Eine Verlängerung um fünf Jahre ist für die Vergünstigungen für die Betriebsaufgabe von Landwirten unter 55 Jahre vorgesehen. Gibt ein Landwirt, der jünger als 55 Jahre ist, seinen Hof auf und dient dies der Strukturverbesserung, so wird ihm nach dem Einkommensteuergesetz beim Verkauf des Betriebes ein Steuerfreibetrag von 60 000 Mark eingeräumt und der darüber hinausgehende Erlös nur mit dem halben Steuersatz belegt. Das Wohnhaus wird bei der Einkommensteuer nicht berücksichtigt, wenn es vom Landwirt noch zwei Jahre selbst bewohnt wird.

Von zwei auf vier Jahre soll die Frist verlängert werden, innerhalb der Gewinne aus der Veräußerung von Grundstücken steuerfrei zur Beschaffung von Ersatzland verwendet werden können. Gedrängt wird der Finanzminister, den Einkommensteuerfreibetrag von 60 000 Mark zu erhöhen, der für die Gewinne aus der Veräußerung von Grund und Boden gewährt wird, wenn der Erlös zur Abfindung weichender Erben eingesetzt wird. Gefordert wird auch die Wiedereinführung eines Freibetrages, wenn der Veräußerungsgewinn zur Tilgung betrieblicher Schulden verwendet wird.

KREDITWIRTSCHAFT

Zweitgrößte Schweizer Bank gründet Tochter in Frankfurt

AP, Basel

Nach der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) macht nun auch der Schweizerische Bankverein (SBV) einen wichtigen Schritt auf den bundesdeutschen Bankenmarkt: Die zweitgrößte Schweizer Bank will noch in diesem Jahr eine Tochtergesellschaft in Frankfurt gründen.

Der Bankverein begründete diesen Schritt unter anderem mit der wachsenden internationalen Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt und der Liberalisierungspolitik der Deutschen Bundesbank. Die Bankverein-Tochter soll mit einem Anfangskapital von 100 Mill. DM ausgestattet werden. Ein Gesuch zur Erteilung einer Vollkonzession für den Bankbetrieb wird beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin gestellt.

Die deutsche SBV-Tochter will sich der umfassenden Betreuung der Kundschaft im Kommerz- und Wertpapierbereich widmen und dabei das Kreditgeschäft, den Devisenhandel, die Anlageberatung und Vermögensverwaltung, den Börsenhandel sowie das Kapitalmarktgeschäft betreiben. Designierter Vorstandssprecher der Neugründung ist Kurt H. Meyer, bisher SBV-Direktor in Basel. Zudem soll ein deutscher Bankier in den Vorstand berufen werden.

Zur Begründung des Schrittes schreibt der Bankverein, die Gründung erfolge im Hinblick auf die Größe und die Auslandverflechtung der deutschen Wirtschaft, die Rolle der Mark als internationale Währung und die wachsende Bedeutung Frankfurts als kontinentalem Finanzzentrum.

In den vergangenen Monaten hat die drittgrößte Schweizer Bank, die Kreditanstalt, ihre Präsenz in Deutschland durch den Kauf der Grundig Bank und die Übernahme der Effectenbank-Warburg verstärkt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Deutsches Geld in aller Welt
Deutsches Unternehmensvermögen im Ausland Ende 1983
insgesamt 106 Mrd DM

In diesen Regionen:
Nordamerika 34,0 Mrd DM
EG 32,9
übriges Europa 16,5
Lateinamerika 9,7
Asien, Ozeanien 5,5
Afrika 3,9
OPEC-Staaten 3,5

In diesen Branchen:
Industrie 39,9
Beteiligungsgesellschaften, Vermögensverwaltungen 20,1
Handel 19,3
Banken, Versicherungen (einschl. Kapitalanlagegesellschaften) 11,9
Bergbau 5,8
Wohnungsunternehmen 4,1
sonstige 4,9
Globus 5571

Der kräftigste Magnet für deutsches Geld ist Nordamerika. Von insgesamt 106 Mrd. DM, die deutsche Unternehmen im Ausland investiert haben, entfallen 34,0 Mrd. DM auf Nordamerika und 32,9 Mrd. DM auf die EG-Länder. Den branchenmäßig höchsten Anteil hält die Industrie mit 39,9 Mrd. DM.
QUELLE: GLOBUS

EG und Efta wollen neue Gatt-Runde

Wien (rtr) – Die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Freihandelszone (Efta) nehmen in Fragen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) eine gemeinsame Haltung ein. Vertreter von EG und Efta haben nach Angaben von Vertretern beider Organisationen am Freitag vereinbart, gemeinsam darauf zu drängen, die Vorbereitungen für eine neue Gatt-Runde so schnell wie möglich aufzunehmen. Der Präsident der EG-Kommission, Jaques Delors, sagte nach Abschluß der Gespräche mit dem Efta-Ministerrat, es bestünden keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen EG und Efta.

Röhrenwerk für UdSSR?

Hamburg (rtr) – Der Mannesmann-Konzern verhandelt nach den Worten seines Vorstandschefs Franz Josef Weisweiler mit der Sowjetunion über die Lieferung eines kompletten Röhrenwerkes. In einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel" sagte Weisweiler, die Sowjetunion habe den Konzern zudem darüber unterrichtet, daß sie auch im nächsten Fünfjahresplan mehrere Transitleitungen bauen werde.

Revision zurückgewiesen

Hamburg (VWD) – Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision der Neuen Heimat (NH) gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zurückgewiesen, mit der festgestellt wurde, daß Ergebnisabführungsverträge zwischen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz unzulässig sind. Es stützt seine Entscheidung im wesentlichen darauf, daß insoweit Paragraph 9 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) die Ausschüttung eindeutig auf vier Prozent begrenze, es gebe keine Rechtfertigung, sich über den eindeutigen Wortlaut des Gesetzes hinwegzusetzen.

Run auf Einlagen

Baltimore (AFP) – Seit mehreren Tagen sieht sich die „Old Court Savings and Loan Association", eine Spar- und Darlehenskasse in Baltimore (US-Bundesstaat Maryland), massenhaften Rückforderungen der gesamten Einlagen seitens ihrer Kundschaft gegenüber. Am Samstag warteten Dutzende von Anlegern stundenlang vergeblich auf ihr Geld, das ihnen wegen einer Computerpanne nicht ausgehändigt werden konnte. Die Nervosität der Sparer war durch einen Bericht in einer Lokalzeitung ausgelöst worden, in dem eine Untersuchung über angebliche finanzielle Schwierigkeiten der Bank angekündigt wurde.

Londoner Kassapreise

	10.5.	3.5.
Kupfer(£/t)	1267,5	1277,5
Blei(£/t)	300,5	316,5
Zink(£/t)	680,5	720
Zinn(£/t)	9567,5	9572,5
Gold($/Unze)	314,5	312,75
Silber(p/Unze)	510,3	508,65
Kakao[1](£/t)	1869,5	1840,5
Kaffee[1](£/t)	2165,5	2209
Zucker(£/t)	84	91,5
Kautschuk(p/kg)	66	66
Wolle(p/kg)	475	475
Baumwolle[2](cts/lb)	–,–	66,05

[1]) Abladung Juli;
[2]) A-Index-Preis Liverpool

Einigung mit dem IWF

Buenos Aires (dpa/VWD) – Argentinien hat mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Einvernehmen über ein neues Abkommen zur Bewältigung seiner Schuldenkrise erzielt. Der argentinische Unterhändler, Staatssekretär Luis Machinea, erklärte: „Wir haben Einvernehmen mit dem IWF erzielt." Dem ausgehandelten Vertragsentwurf muß die argentinische Regierung zustimmen, die unter wachsendem Druck der Parteien steht. Diese befürworten nur eine teilweise Rückzahlung der fälligen Schulden. Da Argentinien sein im Dezember 1984 abgeschlossenes Abkommen mit dem IWF im wesentlichen nicht einhalten konnte, waren neue Verhandlungen erforderlich geworden.

Zahlungsaufschub für Peru

Lima (VWD) – Peru hat mit den ausländischen Gläubigerbanken einen Zahlungsaufschub von zwei Monaten für Schulden von 1,85 Mrd. Dollar ausgehandelt, die bis zum 13. Mai fällig gewesen wären. Das teilte Wirtschaftsminister Guillermo Garrido Lecca in Lima mit. Nach seinen Angaben ist gleichzeitig vereinbart worden, daß innerhalb von zwei Wochen neue Verhandlungen mit den Banken aufgenommen werden.

LEBENSMITTELHANDEL

Weingeschäft enttäuschte im letzten Jahr die Erwartungen

FLORIAN NEHM, Bonn

Erhebliche Umsatzeinbussen bescherte der Wein seinem wichtigsten Absatzkanal, dem Lebensmittelhandel. So sank der gesamte Weinumsatz im vergangenen Jahr um sieben Prozent auf nur noch 1 569 Mill. DM. Für die Kassen des Lebensmittelhandels bedeutete dieser Rückgang eine Umsatzlücke von 116 Mill. DM. Als Ursache vermuten die Kellereien F. W. Langguth Erben die auch bei gehobenen Qualitäten anzutreffenden Niedrigpreise, denn der Absatz stieg um durchschnittlich drei Prozent auf 367 Mill. Flaschen.

Weissweine legten zwar mit 222 Mill. Flaschen bei der abgesetzten Menge um vier Prozent zu, kamen jedoch durch einen um neun Prozent gesunkenen Verkaufswert nur noch auf 972 Mill. DM Umsatz. Gestellte Erwartungen erfüllten sich nicht. Rotweine hingegen büßten sieben Prozent Verkaufswert und ein Prozent Absatz ein, sodaß der Lebensmittelhandel mit 118 Mill. verkaufter Rotweinflaschen bei diesem Produkt nur 484 Mill. DM umsetzen konnte.

Der Weinschwemme folgten 1984 die seit Jahren niedrigsten Weinpreise. Sie haben die Käufer eher verunsichert als zum Kauf animiert. Die Gelegenheit, den heimischen Weinkeller günstig aufzufüllen, nahmen sie nicht wahr. Selten war die Zahl der Zögerer so hoch wie in den vergangenen Jahren.

Dieses Jahr stellt sich der Weinhandel auf Probleme umgekehrten Vorzeichens ein. Denn nun müssen sich Weintrinker auf steigende Preise einstellen. Beliebte Weine mit Profil und treuem Kundenstamm werden es da leichter haben, ihren Absatz zu stabilisieren.

LOHER / Elektromotorenhersteller nutzt Marktnischen – Strauß: „Juwel in Bayern"

Eine Musterfirma des Mittelstandes

EBERHARD NITSCHKE, Passau

Mit dem noch nie zuvor einem Industriebetrieb zuteil gewordenen Lob: „Sie sind ein Juwel in Bayern" hat Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einer Festrede in Ruhstorf bei Passau am Wochenende die Firma Loher anläßlich der Einweihung neuer Werksanlagen bedacht. Loher, vor über 90 Jahren gegründet, gehört mit heute 1500 Beschäftigten zu den führenden Elektromotoren-Herstellern in der Bundesrepublik Deutschland und Europa.

Mit seinem Besuch in einem mittelständischen Familienunternehmen wollte Strauß nach eigenem Bekunden auch eine Firma auszeichnen, die nach Überwindung einer schwierigen Phase in wenigen Jahren vom handwerklich angelegten zu einem hochmodern ausgestatteten Unternehmen geworden ist, in dem sich zudem nachweisen läßt, daß modernste Datenverarbeitung (es gibt bei Loher jetzt 100 Terminals) keine Arbeitsplätze zerstört, sondern im Gegenteil vorhandene sichert und den Ausbau des Werks ermöglicht.

Wie der Sprecher der Geschäftsleitung, Dipl. Kaufmann Hillmer Muhle, in einer dem Festakt vorangehenden Bilanz-Pressekonferenz sagte, stellte Loher bei einem Ausstoß von rund 120 000 Motoren zwischen einem bis 4000 Kilowatt pro Jahr (fast ausschließlich in Sonderanfertigung und Kleinserien für die schwierigsten Anwendungsbereiche) zur Zeit „540 000 lebende Artikel-Varianten" her. Mit seiner Anpassungsfähigkeit und wegen der möglich gemachten Schnellst-Lieferung ist das Unternehmen weltweit in Marktnischen vorgestoßen, wo äußerste Qualität gefragt ist. Allein 100 Techniker und Ingenieure bei Loher arbeiten in der Entwicklung, fast genausoviel in der Sektion „Qualitätssicherung".

Loher, in dem sich die Familienstämme völlig aus der Geschäftsführung zurückgezogen haben, baut Spezial- und Standardmotoren vom Aufzugsmotor bis zum explosionsgeschützten, vom gasdichten Drehstrommotor bis zum Unterwasser- und Tiefseemotor. Eine jetzt in Anwesenheit des Ministerpräsidenten eingeweihte Großmotorenhalle ist der Abschluß der Umstrukturierung, immerhalb derer die Werke Passau und Ludwigsburg bei Übernahme des Personals geschlossen wurden. Die Exportanstrengungen der Ruhstorfer, eines Ortes, der mit 4500 Einwohnern bei zwei Betrieben über 2000 Industrie-Arbeitsplätze verfügt, sind bei Loher überraschend gut belohnt worden. Strauß in seiner Festrede: „Sie bekamen den Zuschlag als Hauptmotorenausrüster für ein Raffinerieprojekt in Neuseeland – Beweis für Qualität."

FRANKREICH / Mehr Unternehmensgründungen

Lebenserwartung nur kurz

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Etwa zweieinhalb Millionen Franzosen wären bereit, ein eigenes Unternehmen zu gründen, zeigt die Hochrechnung einer Bevölkerungsumfrage des Arbeitsministeriums. Die Regierung sieht darin bereits einen Erfolg der von ihr zur Förderung von Unternehmensgründungen beschlossenen administrativen und steuerlichen Erleichterungen. Sie sollen vor allem arbeitslos gewordenen leitenden Angestellten den Sprung zum selbständigen Unternehmer erleichtern.

Tatsächlich hat die Zahl der Unternehmensgründungen in Frankreich in den letzten drei Jahren ziemlich stark zugenommen. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden 1984 rd. 88 000 neue Unternehmen angemeldet.

Dem standen 25 000 Löschungen gegenüber. Per Saldo hätte sich danach die Zahl der Unternehmen um 63 000 vergrößert, wenn man die Handwerksbetriebe außer acht läßt, deren Zahl um 2000 zurückgegangen ist.

In Wirklichkeit ist die Bilanz aber keineswegs so günstig. Bei den angegebenen Löschungen handelt es sich nämlich nur um die durch Gerichtsverfahren (Konkurs, Vergleiche, Liquidationen) erwirkte. Die freiwillig aufgegebenen Industrie- und Handelsunternehmen sind nur unvollständig registriert. Dazu kommt der zeitliche Abstand zwischen Löschungen und Neueintragungen von Unternehmen, die nur den Standort wechseln.

Vor allem Handwerksbetriebe lassen sich auch häufig in beiden Registern eintragen und ihre Gründung wird so doppelt erfaßt. Auch reine Unternehmensübertragungen etwa vom Vater auf den Sohn erscheinen statistisch oft als Neugründungen ohne Löschung. So hat eine Sondererhebung im nordfranzösischen Industriegebiet eine Fehlerquote von immerhin 30 Prozent ergeben.

Wenn danach der Nettozuwachs an Unternehmen für das letzte Jahr auf etwa 30 000 veranschlagt werden kann, so wäre das im internationalen Vergleich keineswegs eine besondere Leistung. In der Bundesrepublik beispielsweise nahm 1985 die Zahl der Unternehmen um 11,3 Prozent zu, während die Insolvenzen zurückgingen, die in Frankreich um 11 Prozent gestiegen sind.

Auch ist die Quote der erfolglos gebliebenen Unternehmensgründungen in Frankreich viel größer. Die hohen Sozialabgaben und die rigiden Beschäftigungsbestimmungen mit ihrem sehr weitgehenden Entlassungsschutz, veranlassen viele Neuunternehmer zur Aufgabe ihrer Vorhaben.

Der weitaus größte Teil der Anmeldungen betrifft ohnehin Minibetriebe, die unter zu geringem Eigenkapital leiden. Nur 50 der 1984 neu gegründeten französischen Unternehmen verfügen über ein Kapital von mehr als einer Mill. Franc (300 000 DM).

So mehren sich zwar in Frankreich die Unternehmensgründungen, aber die Gründungsprojekte für Unternehmen nationaler oder gar internationaler Bedeutung gehen eher zurück. Dies gehört zu den strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft: Auf der einen Seite gibt es die großen staatlichen Konzerne – auf der anderen Seite bläht sich der Bestand an kleinen und Kleinstbetrieben mit kürzer werdenden Lebenserwartungen auf.

PAPIERINDUSTRIE

Besserer Ertrag mit Mengenboom

HENNER LAVALL, Bonn

Eine sprunghaft gestiegene Nachfrage nach Papier, Karton und Pappe bescherte der deutschen Papierindustrie 1984 eine der höchsten Absatzsteigerungsraten der letzten 40 Jahre. Die 218 Betriebe produzierten insgesamt 9,2 Mill. Tonnen Papier und Pappe, ein Plus von elf Prozent gegenüber 1983. Diese Mengensteigerung führt der Verband Deutscher Papierfabriken (VDP), Bonn, in erster Linie auf die verbesserte Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und den angrenzenden Ländern zurück.

Insbesondere im Ausland konnten mit 2,8 Mill. Tonnen rund 17 Prozent mehr abgesetzt werden. Die Exportquote erhöhte sich auf 31 (i. V. 29) Prozent. „Mengenmäßig kann die Branche also mit dem Jahr recht zufrieden sein", schreibt der VDP. Bei der Ertragslage sehe es dagegen etwas anders aus. Einige Kosten seien im Berichtsjahr dramatisch angestiegen. Dazu zähle Zellstoff, für den 1984, nicht zuletzt durch den teuren Dollar, 35 Prozent mehr bezahlt werden mußten sowie Altpapier und schweres Heizöl. Im Durchschnitt seien die Kosten um zehn Prozent angestiegen, die Verkaufspreise der Papierindustrie dagegen nur um acht Prozent angehoben worden. Der Mengenboom habe aber eine so hohe Auslastung der Fabriken mit sich gebracht, daß es gelungen sei, die Ertragslage ebenfalls zu verbessern.

Auch für das laufende Jahr ist die Branche, die 1984 mit 47 000 Beschäftigten (minus ein Prozent) ein Umsatzplus von 18 Prozent auf 14,2 Mrd. DM verzeichnete, recht zuversichtlich. Die Produktion werde, getragen vom weiter guten Export, ähnlich hoch bleiben wie 1984.

EFTA / 25jähriges Jubiläum gefeiert

Im Schatten der großen EG

dpa/VWD, Genf

Beamte des Sekretariats der Efta in Genf geben zu, daß der Name ihrer Organisation nur wenigen Außenstehenden geläufig ist. Fast jeder kennt im Zeitalter der Abkürzungen die EG, aber Efta ist nur Experten ein Begriff. Dabei ist die Europäische Freihandelsassoziation – Efta steht für die englische Schreibweise European Free Trade Association – jetzt 25 Jahre alt. Sie hofft ohne Minderwertigkeitskomplexe auf viele weitere Jahre und pocht auf ihre Bedeutung. Aber auf das Jubiläum, das die sieben Mitgliedsstaaten Österreich, Schweiz, Norwegen, Schweden, Island, Finnland und Portugal letzte Woche in Wien feierten, fallen Schatten. „Da waren's nur noch sechs" läßt sich nach dem bekannten Kinderreim im Vorgriff auf das Ausscheiden Portugals sagen. Der Sog der übermächtigen EG und ihrer Süderweiterung hat in die Efta wieder ein Loch geschlagen. Das Ausscheiden Portugals ist zwar nicht mit der Bedeutung des damaligen Auszugs der „Überläufer" Großbritannien und Dänemark zu vergleichen, hat aber Symbolkraft.

Die Efta-Ursprünge gehen auf das Jahr 1959 zurück. Im Februar jenes Jahres trafen sich hohe Beamte aus den späteren Gründerstaaten England, Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich, Schweiz und Portugal in Oslo. Sie wollten Möglichkeiten einer diese Länder umfassenden Freihandelassoziation untersuchen. Bereits ein Jahr später, am 4. Januar 1960, wurde in Stockholm das „Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation" unterzeichnet. Das war die eigentliche Efta-Geburtsstunde. Ihre 25. Wiederkehr zu Jahresbeginn 1985 wurde übergangen. Stattdessen wurde die Feier – passend für das Treffen in Wien – dem Gedenken an das Inkrafttreten der „Stockholmer Konvention" Anfang Mai 1960 vorbehalten.

Das ursprüngliche Ziel der Gründerstaaten, eine umfassende Freihandelszone in Westeuropa zu schaffen, ist im gewerblichen Sektor erreicht worden. Zölle und mengenmäßige Beschränkungen waren schon Ende 1966 fast vollständig beseitigt. Im Handel mit der EG fielen die letzten Zollbarrieren am 31. Dezember 1983. Noch geht es um den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und nichttarifären Handelshemmnissen.

Zahlenmäßig wurde der Übertritt Großbritanniens und Dänemarks zur EG durch den Efta-Beitritt Islands und Finnlands ausgeglichen. Durch seine Zollunion mit der Schweiz ist auch Liechtenstein Mitglied. Als jüngste wegweisende Etappen betrachtet die „kleine Gemeinschaft" die erste gemeinsame Tagung von Ministern aller Efta- und EG-Länder im April 1984 in Luxemburg und das anschließende Efta-Gipfeltreffen im schwedischen Visby auf Gotland. Beide Male wurde die verstärkte Zusammenarbeit mit der EG festgeschrieben.

Entscheidendes Motiv für die gesonderte Existenz der Efta ist, daß ihre Mitglieder, vor allem die Neutralen, zwar die wirtschaftliche, aber nicht wie die EG die politische europäische Integration zum Ziel haben. Die Efta ist ein Zwerg im Vergleich zur EG, umso mehr durch deren Süderweiterung. Bekümmert registrierte die „Berner Zeitung" kürzlich die Gewichtsverschiebung zuungunsten der Efta. „Sie kann nur noch 30 Millionen Einwohner in die Waagschale werfen, weniger als zehn Prozent der Bevölkerung der vergrößerten EG".

RENTENMARKT / Zinsen gingen leicht zurück

Ausland setzt auf die Mark

In Trippelschritten haben sich die Kapitalmarktzinsen zurückgebildet. Impulse erhielt der Markt vom Rückgang der US-Zinsen und des Dollars, oder konkreter gesagt, von Käufen ausländischer Anleger, die sich von Engagements in D-Mark-Titeln auf mittlere oder längere Sicht Währungsgewinne versprechen. Die Auslandsnachfrage konzentriert sich auf Bundesanleihen mit Laufzeiten bis zu drei Jahren. Darum ist der Renditerückgang bei Bundespapieren auch stärker ausgeprägt als bei anderen Titeln. Der Zinssenkungstrend wird auch dadurch unterstützt, daß der Markt derzeit keiner nennenswerten Belastung durch Neuemissionen ausgesetzt wird. (cd.)

Emissionen	10.5. 85	3.5. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,82	6,92	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,97	7,05	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,95	6,95	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,09	7,14	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,98	7,01	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,75	6,79	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,36	7,37	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,97	7,00	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,32	7,40	7,20	8,08	8,45

NAMEN

Dr. Fritz Göke, Metallwerke Neheim Göke u. Co. KG, Arnsberg, wurde zum Vorsitzenden und **Walter Siepmann**, Stahl-Armaturen Persta GmbH, Warstein, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Fachgemeinschaft Armaturen im VDMA gewählt.

Dr. **Wilhelm Pesenacker** kann im Mai 1985 das 30jährige Jubiläum als Geschäftsführer der WESTFA GmbH, Westfälische Apparatebau- und Vertriebs-GmbH, Hagen, feiern.

Wolfgang Rüdiger Seeger, Direktor und kaufmännischer Vorstand der Ruhr Zweigniederlassung der Siemens AG, Essen, wurde zum Mitglied der Vollversammlung, dem Parlament der Industrie- und Handelskammer zu Essen, gewählt. Er ist Nachfolger von **Arthur Fuchs**, der sein Mandat niedergelegt hatte.

Helmut Becker (48) wurde mit Wirkung vom 1. Mai 1985 zum Managing Partner für Deutschland der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Whinney GmbH, ernannt. Sein Vorgänger, **Michael J. Harding** (51), übernimmt neue Aufgaben im Londoner Hauptsitz des englischen Stammhauses.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BAHLSEN / Französische Tochter auf dem Weg zu weiteren Marktgewinnen

Ausland wird immer bedeutsamer

DOMINIK SCHMIDT, Nimes

Die Bahlsen-Gruppe in Hannover, einer der führenden europäischen Dauerbackwaren-Hersteller, sieht die größeren Wachstumschancen eindeutig im Ausland. Werner Michael Bahlsen, in der Geschäftsleitung der Obergesellschaft zuständig für die ausländischen Firmen, wies bei der Vorstellung der französischen Tochter auf die Entwicklung im vergangenen Jahr hin. Während 1984 das Inlandsgeschäft nur um 4,1 Prozent auf 814 (782) Mill. DM zunahm, erhöhte sich der Auslandsumsatz um 15,3 Prozent auf 649 (562) Mill. DM. Daraus errechnet sich ein Auslandsanteil von mittlerweile 44,4 (41,8) Prozent. Ziel des Unternehmens sei es, die Hälfte des Umsatzes außerhalb der Bundesrepublik zu machen.

Bahlsen betreibt derzeit 16 Auslandsgesellschaften, die unter dem Dach der Bahlsen International Holding AG, Wil/Schweiz, zusammengefaßt sind. Produktionsgesellschaften werden unterhalten in Österreich (Kelly), in der Schweiz (Oulevay und Vernli), in Spanien (Loste), Frankreich (Bahlsen und ULA) und in den USA (Austin). Hinzu kommt ein Joint Venture in Argentinien, das allerdings nicht zum Konsolidierungskreis gehört.

Wichtigste und größte Auslandsgesellschaft ist Bahlsen France. Mit einem Bruttoumsatz von 275 Mill. DM steuert die französische Tochter 36 Prozent zum gesamten Auslandsumsatz bei. Frankreich-Geschäftsführer Hans-Joachim Winter weist allerdings darauf hin, daß in diesem Wert Rabatte von etwa 25 Prozent enthalten sind, ein Vorgang, mit dem man in Frankreich zu leben habe. Neben dem Stammwerk in Noyon unterhält Bahlsen ein weiteres Werk in Nîmes und eine Kuchenfertigung (ULA) bei Lyon. Insgesamt werden in Frankreich knapp 500 Mitarbeiter beschäftigt. Vor allem der Betrieb in Nîmes, der von den Anlagen her eine Vervielfachung der Kapazitäten zuläßt, soll in absehbarer Zeit Produktion und Belegschaft stark erhöhen. Die bisherigen Investitionen in Frankreich beziffert Bahlsen auf 166 Mill. Franc.

Die publizitätspflichtige Bahlsen France überwies für 1984 an die schweizerische Holding rund 11 Mill. Franc. Das Ergebnis vor Steuern wird auf etwa 33 Mill. Franc beziffert. Bahlsen bezeichnet das Auslandsgeschäft insgesamt als durchaus profitabel, nennt aber keine Zahlen. Die in den vergangenen Jahren mit Problemen kämpfende spanische Tochter Loste sei inzwischen ebenfalls über dem Berg.

Zu den Märkten, denen Bahlsen in Zukunft verstärkt Aufmerksamkeit widmen wird, gehören die USA. Dies kommt in den Investitionen 1985 zum Ausdruck: Von den gesamten Auslandsinvestitionen in Höhe von rund 25 (1984: 10) Mill. DM sollen allein 14 Mill. DM auf das Werk in den USA entfallen. Die amerikanische Gesellschaft beschäftigt 335 Mitarbeiter und realisierte 1984 einen Umsatz von 140 Mill. DM. Bei all diesen Zahlen, so Bahlsen, sei aber zu berücksichtigen, daß vom gesamten Auslandsumsatz etwa 40 Prozent auf Exporte aus der Bundesrepublik entfallen.

Über eine stärkere Expansion im Ausland werde derzeit nicht nachgedacht. Mittelfristig aber habe Bahlsen bei der Suche nach neuen Märkten vor allem die VR China im Auge. So wäre ein Joint Venture nach dem Vorbild von VW in Shanghai doch denkbar.

Wochenschlußkurse

New York

	10.5.	3.5.
Adv. Micro Dev.	30,125	27,875
Aetna Life	45	44,5
Alcan Aluminium	25,25	24
Alcoa	34	33,625
Allied Chemical	44,625	45,625
AMR Corp.	44,5	40,625
Amax	16,25	17
Am. Cyanamid	51,875	52
Am. Express	45,625	42,75
Am. Motors	3	3,125
Am. Tel. & Telegr.	22,25	21,25
Amoco Corp.	64,25	–
Asarco	23,75	24,5
Atlantic Richfield	61,875	62,5
Avon Products	20	20,625
Bally	14,75	15
Bk. of America	20,875	20,625
Bethlehem Steel	16,625	16,5
Black & Decker	20,875	19,75
Boeing	62,125	58
Brunswick	35,625	32,75
Burroughs	64	58,75
Caterpillar	32,5	31
Celanese	96,375	91,375
Chase Manhattan	57,375	53,5
Chrysler	35,625	34,875
Citicorp	48,75	44,625
City Investing	36,625	36,375
Clorox	35,75	34,5
Coca Cola	66,625	66,25
Colgate	24,625	24,625
Commodore	10	10,75
Comwlth. Edison	29,875	28,875
Comm. Satellite	32,25	32
Control Data	32,125	31,5
CPC Int.	41,875	40,375
Curtiss Wright	32	30,75
Deere	28,5	27
Delta Airlines	45	42,125
Digital Equipm.	105,125	99
Dow Chemical	31,125	30,25
Du Pont	56,5	56
Eastern Gas-Fuel	22,75	22,375
Eastman Kodak	63,875	63,75
Exxon	58	51,75
Firestone	20,5	19,625
Fluor	19	18,625
Ford	43	41
Foster Wheeler	14	14
Fruehauf	23,5	22,75
GAF Corp.	35	31
General Dynamics	71,875	67,375
General Electric	60,625	58,625
General Foods	64,125	62,375
General Motors	68,875	67,625
Gen. T. & E.	40,75	40
Goodrich	33	31,125
Goodyeartire	27,75	25,875
Grace	41	39
Halliburton	30,875	30,75
Heinz	47	46,25
Hewlett Packard	34	32,375
Homestake	24,5	23,875
Honeywell	59,625	55,875
IBM	130,125	124,875
Int. Tel. & Tel.	34,5	34,25
Int. Harvester	9,125	8,75
Int. Paper	50,75	49,25
Int. North. Inc.	47,375	46,875
Jim Walter	35	31,625
Litton Industries	69,25	67,375
Lockheed Corp.	48,75	45,375
Loew's Corp	50	45,375
Lone Star	25,375	25,625
Louisiana Land	34,375	35,75
LTV Corp.	9,125	9,25
Mc Dermott	28	28,5
Mc Donnel Doug.	75	70,75
Merck & Co.	107	100,125
Merrill Lynch	32,125	29,75
Mesa Petroleum	16	17,125
MGM (Film)	14	13,5
Minnesota M.	77	76,125
Mobil Oil	30,25	33
Monsanto	47,625	45,25
Morgan J.P.	51	48
Nat. Semiconductor	11,5	10,625
National Steel	26,25	24,75
NCR	28,625	26,25
Newmont	44,625	44,25
PanAm World	5,625	5,125
Pfizer	46,75	44,875
Phibro	41,625	39
Philip Morris	84,25	82,5
Philips Petroleum	39,375	38,375
Pittston	12	11,875
Polaroid	29,375	27,125
Prime Computer	17,75	16,25
Procter & Gamble	50,875	52,5
RCA	47,625	40
Revlon	38,375	36
Reynolds Ind.	77	74,125
Rockwell Int.	35,875	34
Rorer Group	30,75	29,25
Schlumberger	39	39,5
Sears, Roebuck	34,75	34,25
Shell Oil	59,5	59,5
Singer	36,75	35
Sperry Corp.	53,5	50,125
Stand. Oil Calif.	35,25	36,875
Storage Techn.	2,75	2,625
Tandy	30,25	31,125
Teledyne	241	243,5
Telex Corp	43	41,5
Tesoro	10,75	11,75
Texaco	37	38,625
Texas Instrum.	97,75	91,5
Tosco	1,875	1,875
Trans World Corp.	34,75	32,625
Transamerica	30,25	30
Travelers	46,375	44,875
UAL	47,875	42,875
Uccel Corp.	14,5	13,75
Union Carbide	38,25	37,25
Union Oil of Calif.	46	45,875
US Gypsum	35	34,125
US Steel	28,75	28
United Technologies	39,375	37,125
Walt Disney	80,625	77
Warner Comm.	28,875	29,125
Westinghouse El.	32	29,875
Weyerhaeuser	27,75	27,875
Whittaker	24,375	23,5
Woolworth	45	41,75
Xerox	48,875	45,75
Zenith Radio	20,375	20,375
Dow Jones Index	1274,18	1247,24
Stand. & Poors	184,28	175,48

Toronto

	10.5.	3.5.
Abitibi-Price	18,5	17,75
Alcan Alu.	34,625	33
Bk. of Montreal	26,75	26,5
Bk. of Nova Scotia	12,5	12,75
Bell Cda Enterprises	40,5	39,75
Bowaty Oil	4,15	4,375
Bow Valley Ind.	17,5	18,375
Brenda Mines	9	9,875
Brunswick M & Sm.	14,5	15,5
Cdn. Imperial Bk.	31,625	31,75
Cdn. Pacif. Enterpr.	28,125	28
Cdn. Pacific Ltd.	57,375	56,25
Cominco	13,25	13,875
Cosaka Res.	5,75	5,85
Denison Mines	13,875	13,875
Dome Petroleum	3,7	3,25
Domtar	35,75	35,625
Falconbridge Ltd.	19,875	20,25
Great Lakes Forest	21	22,25
Gulf Canada	19,25	20
Gulfstream Res.	1,2	0,65
Hiram Walker Res.	29,375	29,875
Hudson Bay Mng. Sp.	7,625	7,5
Husky Oil	11,25	11,5
Imperial Oil -A-	51,5	52,875
Inco	19	18,675
Inter City Gas Ltd.	14,125	12,5
Interprov. Pipeline	37,75	37,75
Kerr Addison	14,625	15
Lac Minerals	34,25	33
Massey Ferguson	2,85	2,85
Moore Corp	25,25	24,75
Noranda Mines	15,5	17
Norcen Energy Res.	15,375	16,25
Northgate Expl.	5,75	5,5
Northern Telecom.	49,625	47,875
Nova An Alberta A	5,75	5,75
Nu West Group	0,46	0,51
Oakwood Petrol	9,125	9
Provigo Inc.	18,5	18,375
Ranger Oil	4,8	5
Revenue Properties	1,6	1,89
Rio Algom	23,25	24,5
Royal Bk. of Can.	28	28,625
Seagram	56	54,625
Shell Canada	28,75	29,125
Sherritt Gordon	7,25	6,75
Stelco -A-	19,75	20
TransCda. PipeLines	26,375	25,5
Westcoast Transm.	16,125	15,875
Index: TSE 300	2634,10	2618,50

Tokio

	10.5.	4.5.
Alps	1790	1820
Bank of Tokyo	810	811
Banyu Pharma	810	821
Bridgestone Tire	524	530
Canon	1240	1280
Daikin Kogyo	614	582
Daiwa House	565	594
Daiwa Sec.	835	815
Eisai	1480	1520
Fuji Bank	1560	1570
Fuji Photo	1720	1730
Fuji Radio	2310	2300
Hitachi	790	799
Honda	1340	1370
Ikegai Iron	408	401
Isetan	565	571
Ito Yokado	2550	2590
Japan Air	6920	6750
Japan Met.	435	446
Japan Syn. Rubber	369	360
Kajima	310	310
Kansai Elec.P.	1470	1400
Kao Soap	804	790
Kawasaki H	152	153
Kawasaki S	142	142
Kirin Brewery	665	[illegible]
Komatsu	455	[illegible]
Kubota Iron	346	[illegible]
Kyocera	4990	[illegible]
Makita El.	1010	[illegible]
Marui	[illegible]	1150
Matsushita El. Ind	1490	1520
Matsushita El. Wks	[illegible]	[illegible]
Mitsubishi CP	[illegible]	[illegible]
Mitsubishi El	394	[illegible]
Mitsubishi Estate	[illegible]	[illegible]
Mitsubishi Heavy I.	252	255
Mitsui Co. Ltd	341	346
Mitsukoshi	518	[illegible]
Mitsumi El	[illegible]	[illegible]
Nichicon	[illegible]	–
Nihon Cement	[illegible]	[illegible]
Nikko Sec.	[illegible]	[illegible]
Nippon El.	[illegible]	[illegible]
Nippon Kokan	134	[illegible]
Nippon Oil	[illegible]	865
Nippon St.	140	[illegible]
Nippon Yusen	251	[illegible]
Nissan Motor	619	[illegible]
Nomura Sec.	1100	[illegible]
Olympus	1210	[illegible]
Penta-Ocean	[illegible]	[illegible]
Pioneer	[illegible]	[illegible]
Renown	560	[illegible]
Ricoh	[illegible]	[illegible]
Sankyo	1150	1150
Seiyu Stores	[illegible]	[illegible]
Sekisui Praf	[illegible]	[illegible]
Sharp	[illegible]	[illegible]
Shiseido	[illegible]	[illegible]
Sony	[illegible]	[illegible]
Sumitomo Bank	[illegible]	[illegible]
Taisei Corp	[illegible]	[illegible]
Taisho Marine	445	[illegible]
Takeda Chem	[illegible]	[illegible]
Teijin	[illegible]	[illegible]
Tokyo Elec.	[illegible]	[illegible]
Tokyo Gas	[illegible]	[illegible]
Tokio Marine	[illegible]	842
Tokyo El. Power	1900	[illegible]
Toray Ind	[illegible]	[illegible]
Toshiba Elec.	[illegible]	[illegible]
Toto	[illegible]	662
Toyo Kogyo	430	[illegible]
Toyota Motor	[illegible]	[illegible]
Yamaichi	[illegible]	[illegible]
Yamanouchi	[illegible]	[illegible]
Yamaha	[illegible]	[illegible]
Yamazaki	[illegible]	[illegible]
Index	[illegible]	[illegible]

BANKHAUS NEELMEYER / Für 1985 optimistisch

Geschäftsvolumen gestiegen

W. WESSENDORF, Bremen

„Wir gehen optimistisch in dieses Jahr", sagt der Vorstand der Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen. Die Provisionen im Dienstleistungsbereich seien im ersten Quartal schon erfreulich gewachsen. Auch das Geschäftsvolumen sei leicht angestiegen. Allerdings habe die Zinsmarge niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres gelegen.

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 1984 verfehlte das Vorjahr leicht, wurde vom Vorstand aber als „befriedigend" bezeichnet. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand von 2,3 Mill. DM konnte nicht voll kompensiert werden, so daß das Teilbetriebsergebnis die überdurchschnittlichen guten Vorjahreswerte nicht ganz erreichte.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 34 Mill. DM auf 981,5 Mill. DM (plus 3,5 Prozent). Das Bilanzvolumen übertraf den Vorjahreswert von 1,1 Mrd. DM um 24 Mill. DM (plus 2,3 Prozent). Die der Bank überlassenen fremden Gelder nebst Schuldverschreibungen wuchsen um 31 Mill. DM. An der Steigerung der Kundengelder von 6 Prozent waren die Zweigstellen etwa zur Hälfte beteiligt.

Die Zinsspanne hat sich im Berichtsjahr von 2,71 auf 2,59 Prozent ermäßigt. Der Vorstand: „Die Wettbewerbssituation hat nicht zugelassen, die erhöhten Einstandskosten an die Kreditnehmer weiterzugeben." Allerdings wurden die „anderen Erträge" gesteigert, darin enthalten seien Teile des Handelsgeschäfts und des Devisenhandels. Der Bilanzgewinn von 2,16 Mill. DM soll zur Zahlung einer Dividende von wieder 12 Prozent auf das Grundkapital von 18 Mill. DM verwendet werden.

Preiserhöhung für Milcherzeugnisse

dpa/VWD, Bad Soden

Die Preise für Milch und Milcherzeugnisse sollen nach einer Ankündigung der deutschen Marktmolkereien in dieser Woche um durchschnittlich fünf Prozent steigen. Als Grund wurde die unbefriedigende Ertragssituation genannt. Wegen der von Brüssel verordneten Milchquotierung seien die Verarbeitungskapazitäten nur unzureichend ausgelastet. In der Bundesrepublik sei die verordnete Einschränkung der Milcherzeugung 1984 mit einem Minus von zehn bis zwölf Prozent mehr als erreicht worden. Als Folge der Quotenregelung hätten 1984 mehr als 30 der 700 Molkereibetriebe schließen müssen. Die 70 im Fachverband der Marktmolkereien zusammengeschlossenen Betriebe setzten 1984 rund 10 Mrd. DM um. Ihr Marktanteil bei Konsummilch liegt bei 80, bei Frischmilchprodukten bei mehr als 60 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

S + T-Einspruch

Offenburg (DW.) – Die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts gegen einen gemeinsamen Einkauf wird die Einkaufsvereinigung Selex + Tania Handels AG, Offenburg, nicht hinnehmen. Wie die S + T-Bundeszentrale nach erster Lektüre der Untersagungsverfügung erklärte, werden die AG und ihre Gesellschafter beim Berliner Kammergericht Beschwerde einlegen. Die Verfügung sei in formeller wie materieller Hinsicht fehlerhaft.

Mehr Deilmann-Anteile

Hannover (dos.) – Die Preussag AG, Hannover, die seit 1981 bereits mit 25,1 Prozent am Grundkapital der C. Deilmann AG, Bad Bentheim, beteiligt ist, wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1985 weitere 25 Prozent des Kapitals (100 Mill. DM) übernehmen. Dies, so heißt es in einer Preussag-Mitteilung, wurde mit der Familie Deilmann vereinbart.

Dierig zahlt 4 Mark

München (VWD) – Die Dierig Holding AG, Augsburg, will aus ihrem Bilanzgewinn von 2,52 Mill. DM in diesem Jahr eine Dividende von 4 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 30 Mill. DM ausschütten. 121 692 DM des Bilanzgewinns sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Mähdrescher für Irak

Harsewinkel (dos.) – Die Claas oHG, Harsewinkel, Europas größter Erntemaschinen-Hersteller, die im letzten Jahrzehnt bereits mehr als 1000 Mähdrescher nach Irak geliefert hat, erhielt aus diesem Land einen weiteren Auftrag auf 240 Mähdrescher sowie Ersatzteile im Gesamtwert von rund 20 Mill. DM.

Wieder 16 Prozent

Blaubeuren (VWD) – Die Verwaltung der Württembergische Leinenindustrie AG, Blaubeuren, die seit 1974/75 nur noch ihren Anlagenbesitz verwaltet, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 die Verteilung einer unveränderten Dividende von 16 Prozent auf 0,6 Mill. DM Grundkapital vor. Die Hauptversammlung findet am 21. Juni 1985 in Stuttgart statt.

Sekt Wachenheim legte zu

Wachenheim (dpa/VWD) – Die Sektkellerei Schloß Wachenheim AG, Wachenheim, hat 1984 auf dem stagnierenden Markt erneut besser als die Branche abgeschnitten. Bei einem Absatz von 4,7 Mill. Flaschen (plus 19 Prozent) stieg der Umsatz um 15,2 Prozent auf 26,4 Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von knapp 300 000 DM sollen wieder 16 Prozent Dividende gezahlt werden. Das Grundkapital liegt mehrheitlich bei Vorstandsmitglied Karl Josef Wagner. Eine Schachtelbeteiligung hält die Eckes-Gruppe.

Moulinex übernommen

Paris (J.Sch.) – An dem auch in der Bundesrepublik bekannten französischen Hersteller von kleinelektrischen Haushaltsgeräten, Moulinex, hat sich die amerikanische Scovill-Gruppe mit 90 Prozent beteiligt. Moulinex erzielte 1984 bei 3,3 Mrd. F Umsatz 61 (69) Mill. F Reingewinn.

ALLGEMEINE RENTENANSTALT / Ergebnis höher

Neugeschäft stagniert noch

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Wie praktisch die ganze Lebensversicherungs-Branche registriert auch die Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG, Stuttgart, im bisherigen Verlauf des Jahres 1985 noch keine Belebung im Neugeschäft. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat das Institut sogar 5 Prozent weniger neue Lebensversicherungen abgeschlossen als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Ein Lichtblick: Bei den vermögenswirksamen Zuwachsversicherungen gab es ein Plus im Neugeschäft von 20 Prozent.

Überhaupt rechnet die Gesellschaft im weiteren Verlauf des Jahres mit einer Trendverbesserung vom Markt her und auch mit zusätzlichen Impulsen aufgrund effektiverer Arbeit im Außendienst z. B. durch neue zielgruppenorientierte Verkaufsprogramme. Da im Kapitalanlagebereich und auch bei den Kosten die Entwicklung bislang recht günstig verlaufe, rechnet Vorstandsvorsitzender Dieter Paulus wieder mit einem „guten Ergebnis" im Geschäftsjahr 1985.

Das Ergebnis des Berichtsjahres 1984 wertet er als „sehr zufriedenstellend". Der erwirtschaftete Bruttoüberschuß von 302 Mill. DM übertraf das bereinigte Ergebnis des Vorjahres (dieses war durch einen Sondereinfluß im Beteiligungsbereich gekennzeichnet) um 17,9 Prozent. Möglich wurde diese günstige Entwicklung vor allem durch den positiven Trend bei den Kapitalanlagen sowie durch gesunkene Verwaltungskosten. Das gesamte Neugeschäft blieb zwar um 3,9 Prozent zurück, wobei der Rückgang bei den Einzelkapitalversicherungen 3,7 Prozent ausmachte, doch lag man hier nicht ganz so schwach wie die Branche.

Als Zeichen einer soliden Aquisition ist die Verringerung der Stornoquote von 5,2 auf 4,4 Prozent zu sehen. Während sich die gesamten Abschlußkosten um 3,5 Prozent erhöhten, erntete man die Früchte der Rationalisierungsmaßnahmen in Form einer Reduzierung der Verwaltungskosten um 6,5 Prozent. Auf das eingezahlte Aktienkapital werden unverändert 18 Prozent Dividende ausgeschüttet. Am 16 Mill. DM betragenden Grundkapital sind die Württembergische Feuerversicherung AG mit 38 Prozent und die Baden-Württembergische Bank mit 25 Prozent beteiligt.

Allg. Rentenanstalt	1984	±%
Beiträge (Mill.DM)*	647,6	– 4,4
Neuzugang	2 366,9	– 3,9
Leistg. f.Vers.-Fälle	247,3	– 0,1
Vers.-Bestand	19 330,4	+ 4,8
Kapitalanlagen	4 841,4	+ 10,7
Bruttoüberschuß	302,1	+ 2,6
Rückstellungen für Beitrags-Rückerst.	372,4	+ 16,6
Stornoquote (%)	4,4	(5,2)
Abschl. Kostensatz(‰)	38,1	(35,4)
Verw. Kostensatz (%)	5,9	(6,7)

*Nicht voll vergleichbar, da erstmals Direktgutschrift.

DANISCO-DE DANSKE SPRITFABRIKKER / Plus in Absatz und Umsatz hält an

Besser entwickelt als die Branche

E. SCHNEIDER, Kopenhagen

Der Sarkasmus war nicht zu überhören: „Es ist nur ein schwacher Trost für uns, daß sich die Bonner Finanzkasse nicht so stark gefüllt hat wie erwartet." Im dritten Jahr nun beklagt Bernd Gröning, Geschäftsführer der Danisco-De Danske Spritfabrikker Berlin (DDSF) GmbH, Berlin, im Gleichklang mit der Branche die Folgen der letzten beiden Branntweinsteuererhöhungen in den Jahren 1981 und 1982. Und so konstatiert die Spirituosenbranche, wie Gröning sagt, auch 1984 wieder wesentlich mehr Schatten als Licht. Wobei Gröning anmerkt, daß sich die Steuerschätzungen der Regierung bis 1989 durch Vorsicht auszeichnen.

Dabei hat er für sein Unternehmen gar nicht so viel Grund zur Klage, denn die DDSF hat sich im letzten Jahr schon dem negativen Branchen-Trend entzogen und die Aussichten für das laufende Jahr sind bei erwartetem Wachstum von 4 bis 6 Prozent für alle Marken auch nicht schlecht. Dabei hat das Unternehmen die Ertragslage auch dadurch freundlicher gestaltet, daß die Preise für Jubiläums Akvavit und Aalborg Akvavit um 2 Prozent erhöht wurden und gleichzeitig der Alkoholgehalt des Jubiläums Akvavits von 45 auf 42 Volumen-Prozent und der beim Malteserkreuz Aquavit von 43 auf 40 Prozent gesenkt wurde.

Während die deutsche Spirituosenindustrie für 1984 einen Umsatzrückgang von 3,5 Prozent und ein Absatzminus von 2 Prozent hinnehmen mußte, konnte Gröning den dänischen Müttern – je 50 Prozent am Grundkapital von 10 Mill. DM halten die A/S Danisco und A/S De Danske Spritfabrikker, beide mit Sitz in Kopenhagen – ein Plus beim Umsatz von 3,7 Prozent auf 70,8 (68,3) Mill. DM und beim Absatz von ebenfalls 3,7 Prozent auf 3,84 (3,7) Mill. Flaschen melden.

Röstzwiebeln der dänischen Schwestergesellschaft A/S De Danske Logfabrikker trugen 9 Mill. DM zum Umsatz bei, auch mit dem Absatz von Malteser-Gläsern, im letzten Jahr wurde das zehnmillionste verkauft, war Gröning zufrieden. Und auch mit dem abgeführten Ergebnis, das allerdings nicht näher beziffert wird, sind die Mütter zufrieden, wie Ole Damgaard-Nielsen, Danisco-Geschäftsführer, und Povl Heegaard, De-Danske-Geschäftsführer, vor der Presse erklärten.

Am besten schnitt im Vorjahr Jubiläums Akvavit, weiterhin die führende Importmarke unter den skandinavischen Aquavits, mit einem Plus von 12,6 Prozent auf 1,13 Mill. Flaschen ab, während die Hauptmarke Malteserkreuz, die in den Werken Berlin und Buxtehude produziert wird, bei rund 2,5 Mill. Flaschen stagnierte. Beide Marken sind mit einem Marktanteil von 30 Prozent im Lebensmitteleinzelhandel vertreten und erzielten da Zuwachsraten von weit über 10 Prozent. Von den anderen drei Marken – Aalborg Akvavit, Kronenkreuz Tafel-Aquavit und Gammel Dansk Bitter Dram – wurden mehr als 210 000 Flaschen abgesetzt. Vom aufstrebenden Bitter Dram allein wurden „weit über 100 000 Flaschen" verkauft. Seine Marktbedeutung soll nun auch nach den Nordländern in Nordrhein-Westfalen ausgebaut werden. Für Werbung wendet DDSF weiterhin etwa 7 Mill. DM im Jahr auf.

SEEFRACHTEN / Neue Börse in London eröffnet

Erwartungen wurden erfüllt

WILHELM FURLER, London

Die Erwartungen der Initiatoren der neuen Terminbörse für Seefrachtraten, der Baltic International Freight Futures Exchange (Biffex), sind in der ersten Woche erfüllt worden. Wie ein Sprecher der Biffex gegenüber der WELT erklärte, wurden zwar an den ersten drei Tagen jeweils nur 155, 205 und 168 Kontrakte gehandelt. Die Terminbörse für Seefrachtraten, die am 1. Mai im Gebäude der Baltic Exchange in der Londoner City als erste der Welt eröffnet wurde, wird aber erst einmal Zweifler und Zauderer überzeugen müssen, bis der wirkliche Durchbruch gelingt, meinen die Verantwortlichen.

Wenn sich Reeder, Charterer, Verfrachter und Schiffsbroker vergewissert haben, wie wertvoll die Biffex für sie sein kann, um sich frühzeitig gegen ungünstige Entwicklungen am Frachtenmarkt für trockenes Massengut abzusichern, wird auch die Zahl der gehandelten Terminkontrakte nach oben schnellen, lautet die Überzeugung der Biffex-Initiatoren. Sie verweisen auf das Beispiel der Öl-Terminmärkte, bei denen es Jahre gedauert habe, bis der wirkliche Durchbruch geschafft worden sei. Für dieses Jahr rechnen sie für ihre Frachtraten-Terminbörse mit einem Durchschnitt von 300 gehandelten Kontrakten pro Tag.

Die Biffex-Terminkontrakte basieren auf dem Baltic-Frachtenindex, dem führenden Index der Bewegungen von Frachtraten bei trockenen Massengütern wie Erz, Kohle, Phosphate oder Getreide auf den 13 wichtigsten internationalen Reisecharter-Routen. Trockenes Massengut bedeutet, daß zum einen Öl oder Ölprodukte und zum anderen Stückgut (auch massenhaftes Stückgut wie Autotransporte) nicht eingeschlossen sind.

Dieser Index ist so zusammengestellt, daß er Frachtraten-Schwankungen durch besondere Gewichtung der einzelnen Fahrtgebiete fortlaufend und praktisch identisch wiedergibt. Durch Kauf oder Verkauf von Terminkontrakten für den Baltic-Frachtenindex können steigende oder fallende Frachtraten im voraus abgesichert werden – grundsätzlich im gleichen Verfahren, wie dies beim Terminhandel mit Rohstoffen, Gold oder Finanzkontrakten der Fall ist.

So wird sich etwa ein Verfrachter von Getreide schon einige Monate vor der Verschiffung mit Terminkontrakten des Baltic-Frachtenindex eindekcken. Steigen die Frachtraten bis zum Datum der Verschiffung, gleicht er diesen höheren Aufwand durch einen höheren Erlös beim Verkauf der Terminkontrakte wenigstens annähernd aus. Fallen die Daten, wird sein Frachtaufwand geringer; entsprechend macht er aber einen Verlust beim Verkauf seiner Kontrakte.

Genau umgekehrt, aber im gleichen Prinzip, verhält es sich beim Reeder, der sich gegen fallende Frachtraten durch den Verkauf von Terminkontrakten absichert. Möglich wird diese Absicherung dadurch, daß das Preisrisiko an Marktteilnehmer mit gegensätzlicher Ratenerwartung sowie an Spekulanten weitergegeben wird, wodurch dem Markt die notwendige Liquidität zugefügt wird.

Als Kontrakteinheit wurde der Baltic-Frachtenindex und zwar zum Preis von zehn Dollar je vollen Punkt festgesetzt. Gegenwärtig liegt der Frachtenindex bei 1000 Punkten, eine Kontrakteinheit kostet entsprechend rund 10 000 Dollar. Gekauft und verkauft wird per Januar, April, Juli und Oktober. Gewinne und Verluste aus offenen Positionen werden jeweils am letzten Handelstag ausgeglichen.

PEUGEOT

Verluste mehr als halbiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit Peugeot geht es wieder aufwärts. Der private französische Automobilkonzern steigerte 1984 seinen Gruppenumsatz um 7,5 Prozent auf 91,5 Mrd. Franc (rund 30 Mrd. DM). Der konsolidierte Verlust konnte auf „weit weniger als die Hälfte des Vorjahresdefizits" (2,6 Mrd. Franc) reduziert werden, teilt die Verwaltung mit. Die börsennotierte Holdinggesellschaft PSA weist nur noch 204 (979) Mill. Franc rote Zahlen auf. Aber die Konzernschulden (55 Mrd. Franc Ende 1983) nahmen weiter zu und damit auch die Finanzkosten.

Nachdem 1984 rund 13 000 Mitarbeiter, darunter 5000 Gastarbeiter, freigesetzt wurden, hält Konzernchef Jacques Calvet bis zum Ende dieses Jahrzehnts einen weiteren Belegschaftsabbau um jährlich 2000 bis 3000 Personen für erforderlich, um die notwendige Produktivitätssteigerung von sieben bis acht Prozent im Jahr zu erzielen.

Von der für Anfang Juli vorgesehenen Liberalisierung der Autopreise in Frankreich erwartet Calvet wegen der starken Konkurrenz keine wesentliche Ertragssteigerung. Dagegen würde die Katalysatoreneinführung vor allem den Japanern zugute kommen.

Im letzten Jahr konnte der Konzern mit den Automarken Peugeot, Citroën und Talbot seinen europäischen Marktanteil mit 11,5 (11,7) Prozent knapp behaupten, während die Ausfuhr in Drittländer um 34 Prozent zurückging. Der Anteil am deutschen Markt erreichte in den letzten Monaten 4,5 bis fünf Prozent. In Frankreich selbst erhöhte er sich auf 35,6 nach 33,1 Prozent 1984 und 32,2 Prozent 1983 – allerdings bei insgesamt stark nachgebenden Zulassungszahlen.

ELB-SCHLIFF / Stärkster Umsatzträger ist der Export

Vorsichtige Expansionspläne

JOACHIM WEBER, Babenhausen

Wem Gerhard Lang erzählt, daß seine Mitarbeiter ihr jährliches Schwein vom familieneigenen Gutshof beziehen können, der mag zunächst kaum glauben, daß er es mit einem erfolgreichen „High-Tech"-Unternehmer zu tun hat. Doch die ELB-Schliff Edmund Lang Flach- und Spezialschleifmaschinenfabrik, Babenhausen, von Lang nach wie vor als Einzelfirma geführt, hat sich auf eine anspruchsvolle Klientel kapriziert.

Triebwerkshersteller zählen ebenso dazu wie Computerbauer, Automobilfabriken wie Produzenten von chirurgischem „Zubehör" (z. B. Knochennägeln), durchweg also Anwender, bei denen es auf Präzision ankommt. Das Interesse an den Babenhäuser Maschinen ist international; 71 Prozent der 1984 um ein Sechstel auf 106 (91) Mill. DM gestiegenen Umsätze entfielen auf den Export. Davon gingen 40 Prozent in die USA, 20 Prozent nach England, 18 Prozent nach Frankreich, 9 Prozent nach Indien und der Rest in andere Länder.

Lang rechnet sich für sein Unternehmen und auch die Branche insgesamt gute Zukunftschancen aus: „Das Schleifen ist *auf* dem Vormarsch. Die Rohteile werden immer genauer produziert, rücken dem Endprodukt immer näher, so daß der Schliff als einziger Bearbeitungsgang anfällt. Und viele der hochwertigen Legierungen sind ohnehin nur noch schleifbar." Branchenzuwachsraten um die 40 Prozent würden darum in Zukunft auch zu Lasten anderer spanabhebender Methoden gehen.

Die eigenen Expansionspläne sind eher von Vorsicht geprägt. Eine pessimistische Umsatzprognose für das Jahr 1987 lautet auf 160 Mill. DM, das Durchschnittswachstum der nächsten Jahre wird mit 15 Prozent veranschlagt. Freilich: 164 Mill. DM an Aufträgen hatte Lang schon am Ende des ersten Quartals in den Büchern. Und er weiß genau: „Wenn die Lieferzeiten zu lang werden, laufen mir die Kunden davon." Realistischer dürfte darum die optimistische Planung sein, die für 1990 ein Umsatzziel von 380 Mill. DM anpeilt.

Ein so steiles Wachstum muß allerdings auch finanziert werden. Mit der jetzigen Eigenkapitalquote, durch Aufstockung der Eigenmittel auf 20 (9) Mill. DM 1984 auf 20 Prozent gebracht, ist Lang noch keineswegs zufrieden, obwohl auch in den Rückstellungen von 15 (5) Mill. DM noch einige Reserven schlummern. Ziel müsse ein Eigenkapitalanteil von 30 Prozent sein.

Diese Marke soll auch erreicht werden, ehe ELB-Schliff zum Börsenunternehmen wird. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft hält Lang bei weiter anhaltendem Wachstum für unausweichlich. Das weitere Wachstum wird mit den 564 (655) Beschäftigten im Stammwerk – daneben gibt es Schwester- und Tochtergesellschaften in Deutschland, den USA, der Schweiz, Brasilien und Südafrika – nicht mehr zu bewältigen sein, meint Lang. Zahlen für die Neueinstellungen mag er aber noch nicht nennen.

Die nach der Investitionspause 1983 wieder auf 6 Mill. DM verdoppelten Sachinvestitionen entfielen überwiegend auf Ersatz und auf den Ausbau der EDV. In die Forschung und Entwicklung (wesentlich: Steuerungen und Software) flossen 4 (3) Mill. DM. Die Aufstockung konnte man sich leisten: Statt der geplanten 2,5 Prozent vom Umsatz wurden 3,3 Prozent nach Steuern verdient.

SÖHNLEIN / Mehr Sekt und Spirituosen verkauft

Marktstellung gefestigt

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine „quantitativ wie qualitativ" gefestigte Marktstellung für die Söhnlein Rheingold KG Kellereien ist nach Einschätzung von Unternehmenssprecher Helmut Rings das Ergebnis des Geschäftsjahres 1984. Das Umsatzplus von 2,5 Prozent auf 251 (245) Mill. DM bei einem gleichzeitigen Absatzplus von insgesamt gut zwei Prozent spiegelt die leichte Verlagerung zugunsten höherpreisiger Angebote, die sich auch positiv auf den Ertrag ausgewirkt hat, den das zum Oetker-Bereich gehörende Unternehmen traditionell nicht nennt. Rings erläuterte jedoch, daß sich das Ergebnis besser als im Vorjahr entwickelt habe.

Der Schwerpunkt der Söhnlein-Aktivitäten liegt im Sektbereich, wo der Absatz um 1,3 Prozent auf 31,4 (i. V. 31) Mill. 0,75-Liter-Flaschen expandierte. Dabei wurden Erfolge vor allem bei den Spitzenmarken (plus drei und plus zehn Prozent) erzielt, für „Söhnlein Brillant", der mengenmäßig stärksten Marke, blieb es bei 16 Mill. Flaschen. Der Umsatz im Sektbereich erreichte 195 (194) Mill. DM.

Normalisiert hat sich nach Einschätzung von Söhnlein im vergangenen Jahr die Situation am Spirituosenmarkt, Söhnlein liegt mit seinem Absatzplus von 9 Prozent auf knapp 5 Mill. Flaschen deutlich über der Marktentwicklung. Wesentlich geprägt wurde dieser Erfolg durch das Plus bei Wodka (Absatz plus 6 Prozent auf 2,1 Mill. Flaschen) und bei der Spezialität „Batida de Coco" (plus 8 Prozent auf 1,7 Mill. Flaschen). Dieses Jahr hat sich für Söhnlein mit einem Plus von 12,5 Prozent bei Sekt und 23 Prozent bei Spirituosen im ersten Quartal bisher gut angelassen, die Raten werden sich im Jahresverlauf aber abflachen. Preiserhöhungen sind nicht geplant.

WIESBADENER VOLKSBANK / Risiken steigen

Gedämpfte Perspektiven

CLAUS DERTINGER, Wiesbaden

Sehr gedämpft beurteilt der Vorstand der Wiesbadener Volksbank, die zu den größten der genossenschaftlichen Bankengruppe zählt, die geschäftlichen Perspektiven. In der Immobilienfinanzierung läuft so gut wie nichts mehr, während die Risiken zunehmen.

Auch im Kreditgeschäft mit dem gewerblichen Mittelstand, der unter rapidem Kapitalverzehr leidet, stellt sich immer mehr die Frage der Kreditfähigkeit der Kundschaft, klagen Vorstandsvorsitzer Klaus Wallrath und Rolf Hildner, im Vorstand für das Kreditgeschäft zuständig. Die Bank wird daher das für 1985 anvisierte fünfprozentige Wachstum wohl nicht erreichen. Intensiviert werden soll die Beratungstätigkeit in Richtung Finanzberatung für Unternehmen.

Die ungünstige Kombination von schwacher Expansion, Druck auf die Zinsspanne, der aus dem Wettbewerb um Spargelder resultiert, und höherer Risikovorsorge wird auch am Ertrag nicht spurlos vorübergehen. Dennoch können die Mitglieder, deren Zahl in diesem Jahr 50 000 erreichen dürfte, wieder mit sechs Prozent Dividende rechnen. Wegen der Kostenbelastung für den Neubau wird aber die Rücklagendotierung etwas geringer ausfallen als 1983 und 1984 (jeweils drei Mill. DM).

Im Jahr ihres 125jährigen Bestehens hat die Bank mit einem Anstieg der Bilanzsumme um sechs Prozent auf 1,7 Mrd. DM und des Kreditvolumens um sieben Prozent auf 1,3 Mrd. DM ihre Wachstumsziele übertroffen, und der Rückgang des Betriebsergebnisses um 8,2 Prozent auf rund 21 Mill. DM fiel etwas geringer aus als erwartet. Als Jahresüberschuß werden 4,11 (4,05) Mill. DM ausgewiesen.

FLÜSSIGGAS / Im Autotank stockt der Absatz

Bonn soll die Steuern senken

HANS BAUMANN, Essen

Das Autogasnetz in der Bundesrepublik Deutschland wird immer weitmaschiger. Zur Zeit gibt es noch rund 700 Autogas-Tankstellen. Da die bestehenden und zum großen Teil befristeten Betriebsgenehmigungen nach und nach auslaufen, sei ein weiterer Rückgang der Zahl der Tankstellen zu befürchten, heißt es im Jahresbericht für 1984 des Deutschen Verbandes Flüssiggas, den der Vorsitzender, Hans D. Wehner, der Presse vorlegte.

Nur bei einer spürbaren Zunahme des Absatzes von Autogas würden teure Umrüstungen auf unterirdische oder wärmeschutzisolierte Lagerbehälter in Autogas-Tankstellen wirtschaftlich. Vorgeschrieben werden solche Vorrichtungen von den „Technischen Regeln Treibgastankstellen". Deshalb fordert Wehner von Bonn eine deutliche Senkung der Mineralölsteuer auf Autogas. Zur Zeit liegt der Autogas-Preis um rund 40 Pfennig je Liter unter den Preisen für Superbenzin.

Nach Meinung des Verbandes reiche diese Differenz jedoch nicht aus, um den Autofahrer zur Umstellung auf Gas zu bewegen, ebensowenig wie die Erhöhung der Mineralölsteuer auf verbleites Benzin zum 1. April 1985 um zwei Pfennig. Wirklich helfen könne eben nur eine gezielte kräftige Senkung der Mineralölsteuer. Gut 24 000 Pkw fahren noch in der Bundesrepublik mit Autogas. Sie verbrauchten im Berichtsjahr ganze 15 000 Tonnen Gas.

Insgesamt aber meldet die Flüssiggas-Industrie für 1984 wieder einen Absatzzuwachs von 6,9 (minus 2,1) Prozent auf 1,1 Mill. Tonnen. Der Umsatz der 74 Versorgungsunternehmen des Verbandes stieg von 1,2 auf 1,3 Mrd. DM. Investiert wurden in die Infrastruktur 1984 wieder 30 Mill. DM.

Weltweit wurden 1984 rund 90 Mill. Tonnen Flüssiggas verbraucht, davon in den USA 45, in Westeuropa 18 und in Japan 16 Mill. Tonnen. Der Bedarf der Bundesrepublik belief sich auf gut 2,1 Mill. Tonnen, das ist ein Plus von 5,1 Prozent. 70 Prozent des Flüssiggases stammen aus der Rohölverarbeitung und 30 Prozent aus Importen. Aus der Nordsee werden 1985 rund 4 Mill. Tonnen erwartet.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Cipolla/Borchardt: Europäische Wirtschaftsgeschichte, 5 Bände, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1985, Band 3: 418 S., 28,80 Mark, Band 4: 554 S., 32,80 Mark.

Mit den jetzt vorgelegten Bänden „Die industrielle Revolution" und „Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften" setzt der Fischer Verlag seine faktenreiche und gut lesbare europäische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert fort. Da bestimmte Themen in diesem Werk erstmals vergleichend behandelt werden und in einigen Ländermonographien für den betreffenden Zeitraum die ersten wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen der Region überhaupt erarbeitet werden, ist dem Werk aus historischer Perspektive seine besondere Berechtigung gegeben. Die Übersichtlichkeit, die konzentrierte Information und die überzeugende Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen Verständnis und Standortbestimmung unserer wirtschaftlichen Gegenwart, deren Vergangenheit mit dieser Reihe überschaubar einsichtig gemacht wird.

Alfred Buch: Kohle – Grundstoff der Energie, Udo Pfriemer Verlag, Wiesbaden 1984, 227 S., 42 Mark.

Die Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk Buschhaus haben gezeigt, daß Politiker und Insider nicht mehr allein die Energiepolitik bestimmen. Die heimische Kohle spielt in der Diskussion um die zukünftige Energieversorgung der Bundesrepublik eine wichtige Rolle, auch wenn ihr aus umweltpolitischen, arbeitsmarktpolitischen und energiewirtschaftlichen Gründen durchaus gemischte Gefühle entgegengebracht werden. Das Buch leistet einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung dieser Diskussion.

Werner R. Svoboda: Juristische Informationssysteme, J. Schweitzer Verlag, München 1984, 234 S., 128 Mark.

Das Werk stellt den Endbericht einer Untersuchung dar, die der Verfasser in den Jahren 1982 und 1983 im Auftrag der Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID), Frankfurt, durchgeführt hat. Diese aktuelle Übersicht im Bereich der Rechtsinformation ist für den Rechtswissenschaftler ebenso von Interesse wie für den Praktiker, der nach Quellen für die von ihm benötigten juristischen Informationen sucht. Die Fülle des Materials und dessen Aktualität machen dieses Buch zu einem wertvollen Nachschlagewerk.

Alfred Büllesbach: Informationstechnologie und Datenschutz, J. Schweitzer Verlag, München 1985, 288 S., 75 Mark.

Der Verfasser stellt die datenschutzrechtlichen Anforderungen vor dem Hintergrund informationstechnologischer Entwicklung und deren Auswirkungen anschaulich dar. Durch die vielfältigen Rückwirkungen der Informationstechnologie auf Sprache, Denken, soziales Verhalten, auf die gesamte Volkswirtschaft und den Arbeitsmarkt sowie der möglichen Persönlichkeitsrechtsverletzungen sind Wissenschaftler, Politiker und Anwender gefordert. Die Ausarbeitung verbindet deshalb die Auswirkungen der neuen Techniken mit Reformbestrebungen und -forderungen an das Datenschutzrecht. Hierin ist auch ihr besonderer Stellenwert zu unterstreichen.

Gutmütiger Kraftmensch mit nuschelnder Baßstimme: Walter Richter feiert seinen 80. Geburtstag

Heute abend Wallenstein, morgen Charleys Tante

Tatort: Bremerhaven. Tatzeit: 1931 – erstes Engagement. Ein aufgeregter, verlegen wirkender Nachwuchsdarsteller, der soeben sein Teufel-Debüt im Hofmannsthalschen „Jedermann" gegeben hatte, trat in das Wartezimmer des Theateragenten Lanig. Nachdem er zwei Stunden gewartet hatte – der Andrang war groß –, bat er den Agenten, vorsprechen zu dürfen. Doch dieser winkte ab mit der Bemerkung: „Brauchen Sie nicht! Stellen Sie sich vor, der Paul Wegener geht mit der Tilla Durieux ins Bett: was dabei künsterlisch herauskommt, das sind Sie!" Richter lacht schallend, als er sich an diese Worte seines Agenten erinnert. Damit hatte er sein erstes Engagement in der Tasche.

Die meisten Fernsehzuschauer kennen ihn heute bloß als massig-agilen „Tatort"-Kommissar Trimmel. Seine herausragende Schauspielkunst wird aber auf den Theaterbrettern offenbar, wenn er sich die eiserne Hand des Götz von Berlichingen anlegt, wenn er die Infamie und Schwäche des Hebbelschen Herodes aufzeigt oder in Kleists „Der zerbrochene Krug" verschmitzt-listig als Dorfrichter Adam seinen eigenen Sündenfall mit den Worten verhandelt: „Gestrauchelt bin ich hier; denn jeder trägt den leidgen Stein zum Anstoß in sich selbst."

Walter Richter erblickte „als Kind der Liebe" (Richter über Richter) am 13. Mai 1905 das Licht dieser Welt. Schon als Schüler besuchte er in den Berliner Theatern, soweit es sein kärgliches Taschengeld zuließ, eine Vorstellung nach der anderen. „Ich hatte zu Hause ein kleines Marionettentheater, mit dem ich viel und gern spielte. Zu dem Zeitpunkt überkam mich schon der drängende Wunsch, auf der Bühne zu stehen und mitzuspielen. Als ich dann nach der Schule ein Volontariat bei der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung' absolvierte – ich wollte nämlich Journalist werden –, habe ich mich in der Mittagspause in der Redaktionstoilette eingeschlossen und Theaterstücke auswendig gelernt!"

Diese „Rollenstudien" haben Richter im wahrsten Sinne des Wortes geprägt. In nur acht Monaten bildete den jungen massigen Menschen Professor Ferdinand Gregori zum Schauspieler aus. Von dieser Stunde an hängte Richter die Zeitungsschreiberei an den Nagel, ging über Bremerhaven, Gerau, Breslau, Köln und Stuttgart nach Frankfurt, wohin ihn Heinz Hilpert verpflichtet hatte. Der 1943 in New York verstorbene Regisseur holte Richter nach Berlin und brachte ihn auch ans Wiener Theater in der Josephstadt. An beiden Häusern spielt er alles, was seinem Typus des schwergewichtigen Mannsbildes entsprach: Othello, Franz Moor, Danton, Fuhrmann Henschel und, als George-Nachfolger, auch den Postmeister.

Den 8. Mai 1945 erlebte Richter im Granatenhagel von Berlin. „Zum Schluß war es entsetzlich! Unentwegt fielen die Bomben, andauernd mußten wir unser Spiel unterbrechen. Auch der zeitlich frühere Vorstellungsbeginn brachte da wenig. Nachdem die Russen einmarschiert waren, stöberte mich mein Freund Gustav Knuth in Berlin auf und holte mich nach Zürich, wo ich wieder alles spielen durfte, was Rang und Namen hatte." Hier lebt er heute mit Frau und Tochter.

Das Wort „spielen" gebraucht Walter Richter besonders gerne. In diesem Wort liegt für ihn alles das, was man heute oftmals am Theater vermißt: die Spielfreude. In diesem Wort liegt aber auch der Schlüssel zu seinem Erfolg vergraben: durch das Zusammenspiel mit großen Charakterdarstellern von einst, wie Paul Wegener, Heinrich George und Emil Jannings, schuf er seinen ureigenen Typus vom gutmütigen Kraftmenschen, gepaart mit nuschelnder Brummbaßstimme.

Ein Darstellertyp, der auszusterben droht. „Leider ist das so. Dem Menschenkerl (so hat ihn Friedrich Luft einmal genannt) schreibt heute kaum ein Autor mehr eine Rolle auf den wohlgerundeten Leib. Die 13 Folgen der Fernsehserie ‚Rentnerkommune' und vor allem auch die des ‚Tatort'-Kommissars Trimmel waren die letzten Ausnahmen."


Verkörpert einen Darstellertyp, der auszusterben droht: Der „Menschenkerl" Walter Richter FOTO: DPA

Eine Ausnahme, die Richter heute noch nachläuft. Erst kürzlich hielt während eines Hamburg-Aufenthaltes plötzlich ein Streifenwagen neben ihm, aus dem ein joviales: „Guten Morgen, Herr Hauptkommissar" erscholl. Der „Tatort"-Trimmel und Walter Richter sind eben zwei Dinge, die nicht mehr voneinander zu trennen sind. Jedenfalls für Deutschlands Fernsehproduzenten. Denn wie ist es sonst erklärlich, daß diesem Mimen so wenige Fernseh-Rollen angeboten werden? Und das alles, obwohl er sich zeitlebens gegen die Festlegung auf ein Rollenfach zur Wehr gesetzt hat.

Die Österreicher sind da aufgeweckter. Im Herbst steht er vor den ORF-Kameras in einem Fernsehspiel, und von Februar bis Juni des kommenden Jahres wird er in Neuß auf der Bühne in der deutschen Uraufführung des Stückes „Auf toten Gleisen" zu sehen sein.

Die hiesigen Produzenten sollten sich doch einmal die alte Fernsehproduktion der Romanverfilmung „Pole Poppenspeler" ansehen, eine von über 100 Richter-Produktionen. Sie würden merken, daß der Walter Richter von heute der gleiche Kerl ist wie der Richter von damals. Ein paar Falten mehr oder weniger dürften es doch wohl sein?

Auf jeden Fall zählt der heute 80jährige zu den wenigen Darstellern, die die Kunst beherrschen, an einem Abend den Wallenstein und am anderen Abend Charlys Tante zu spielen. Werner Kraus konnte dies, Jannings konnte es – und Walter Richter könnte es heute noch – denn zum alten Eisen gehört er noch lange nicht.

ROLF PETERS

Wer sich mit allen anlegt, legt sich mit niemandem an: Werner Schneyder im Kreuzfeuer der Kritik

„Irgendwann tötet man jeden Gedanken mit reden"

Das Lachen ist ihm in letzter Zeit etwas abhanden gekommen – jedenfalls nach Programmschluß. Die Rede ist nicht von den „Grüßen vom Panther", die Werner Schneyder heute abend gemeinsam mit Lore Lorentz entbietet. Es geht vielmehr um seine derzeitige vierwöchige Tournee, die den Kabarettisten durch die Schweiz und die Bundesrepublik führt.

Allabendlich attackiert Schneyder seit neuestem das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel". Einer dessen Kritiker hat just zu Beginn der Schneyder-Tournee unter dem Titel „Geisterstunden der Heiterkeit" einen zweiseitigen Verriß geschrieben, den Schneyder schlicht „eine Hinrichtung" nennt.

Das Hamburger Montagsblatt, Satirikern und solchen, die sich dafür halten, immer dann wohlgesonnen, wenn sie ins „Spiegel"-Horn stoßen, kam im Falle Schneyder zu der Erkenntnis: „Dieser Satiriker legt sich mit allen (mit links und rechts, oben und unten) und darum mit niemandem an." Daraus darf man wohl schließen, daß sich der „Spiegel" – in kritischer Selbsterkenntis – für einen „Niemand" hält.

Was wurmt die Kultur-Redaktion dieses Blattes? War es Schneyders Leserbrief, in dem er sich über die Tölpelhaftigkeit bei der Fernseh-Vorberichterstattung über Lore Lorentz beschwerte? Schneyer mutmaßt: „Das haben die nicht verdaut." Oder sind es einige Sequenzen in Schneyders neuem Programm „Satz für Satz"? Eine Kostprobe aus dem Lied „Bye-bye, grün": „Sie warn zu verliebt in ihr Ghetto und zu elitär warn sie detto. Manche meinten, man könne mit Mähnen die politische Landschaft verschönen. Frauen glaubten,

Grüße vom Panther – ARD, 21.45 Uhr

daß trostlose Fetzen die klaren Programme ersetzen. Wußte keiner, daß nur der den Gewinn hat, der irgendwann auch Disziplin hat? Geschäftsordnung konnte nicht heißen, die Spitzen total zu verschleißen. Denn irgendwann tötet man jeden Gedanken mit reden und reden . . ."

Oder ist es Schneyders Art, sich mit der Bonner Opposition anzulegen? Zum Beispiel, wenn er sein Publikum dazu beglückwünscht, zu ihm und nicht zu Jochen Vogels parallel stattfindender Wahlkundgebung gekommen zu sein? So geschehen beim Auftritt in Bad Godesberg.

Schneyder wäre nicht Schneyder, hätte er auf die „Spiegel"-Angriffe nicht schon geantwortet. Auf der Bühne ebenso („Der ‚Spiegel' schreibt: Mein Publikum bestünde aus Büropersonal mit Schickeria-Ambitionen. Was ist ein Spiegel-Redakteur anderes?") wie in einem Aufsatz für die Münchner „Abendzeitung".

In diesem offenen Brief listet der gelernte Journalist Werner Schneyder die am eigenen Leib erfahrenen unjournalistischen Untugenden des Nachrichtenmagazins auf: „Selbstverständlich kann mich Ihr Referent schlecht und albern finden, meinen Erfolg unerklärlich und meine Freunde verwirrt, er sollte es nur nicht mit einer Reihe entstellter, falsch montierter und unsinnig interpretierter Zitate tun, nicht mit journalistisch unlauteren, ganz und gar falschen Behauptungen. Er sollte nicht Zitate und Bühnenfiguren als Sätze von mir über mich ausgeben. Er sollte nicht offenkundige Ironie mehrfach als deren Gegenteil ausgeben. Er sollte nicht rhythmische Prosa ohne Notation der Zeilenbrechung zitieren. Das ist eine dumme Fälschung." Schneyder kommt zu dem Schluß: „Die Methode des Durcheinanderbringens ist so konsequent, daß sie mit journalistischer Unfähigkeit allein nicht mehr zu erklären ist."

Es war denn wohl auch Methode, Schneyder in die „Spiegel"-Mangel zu nehmen, weil er – und obendrein erfolgreich – nun mal nicht ausschließlich auf dem rechten Pfad der linken Tugend wandelt. Warum sonst wohl hätte man von Hamburg aus einen Rezensenten ausgerechnet zu den beiden Schneyder-Auftritten in St. Gallen und Winterthur in der Schweiz entsandt? Dort, wo das Publikum in der Tat Mühe hatte, Schneyders zumeist deutsche Thematik überhaupt zu begreifen? Und warum wird dazu aus einem Schneyder-Buch aus dem Jahre 1984 zitiert, von dem Schneyder auf der Bühne derzeit nur noch auszugsweise vorträgt?

Der „Spiegel" und die deutschen Kabarettisten: man tut sich recht schwer. Egal, ob es sich um Lore Lorentz oder Dieter Hildebrandt, um Werner Schneyder oder Hans Scheibner handelt – da kriegt jeder sein Fett ab. Den „Hamburger Abendblatt"-Kolumnisten Hans Scheibner nannte das Magazin unlängst in seiner Fernseh-Vorberichterstattung einen „McDonald"-Kabarettisten. Scheibner: „Welche Ehre! Der ‚Spiegel' nimmt sich sogar meiner an."

KLAUS BLUME



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Glücklich geschieden . . .
10.50 Wahl unter der Lupe
11.35 Freitags Abend
12.05 Umschau
12.30 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.45 Ansprache des Papstes
vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag
16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber wahr?
Im März wurde in dieser Reihe eine Sendung über einen Kölner Maler gezeigt, der vor wenigen Jahren auf einem Flohmarkt für drei Mark eine Zeichnung von Picasso erworben hatte. Dabei traten einige Ungereimtheiten auf, die zu einem Nachspiel führten.
17.20 Im Schatten der Eule
1. Teil: Die Flucht
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Louisiana (5)
Nach dem Tod ihres Mannes kann Virginia ihre Liebe zum Verwalter Clarence öffentlich zeigen. Doch der gesteht ihr, impotent zu sein und zerstört mit dieser Äußerung Virginias Träume. Daraufhin reist sie nach Frankreich, um diese Enttäuschung zu vergessen.
Anschl. Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner
21.15 Kontraste
Geschäfte mit dem politischen Gegner – Die Osthandelspolitik der USA / Asyl, Duldung oder Abschiebung? – Neues Asylantenrecht verunsichert die Polen in Deutschland / Eine Stadt zwischen den Fronten – Bydgoszcz/Bromberg: ein Kapitel polnisch-deutscher Geschichte / Muskeln und Verstand fürs Vaterland – Porträt des ehemaligen „DDR"-Radrenn-Asses Ludwig Thoms
Moderation: Jürgen Engert
21.45 Grüße vom Panther
Lore Lorentz und Werner Schneyder tragen Gedichte und Chansons von Kurt Tucholskys vor.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Koyaanisqatsi
Amerikanischer Spielfilm (1982)
Ein Film ohne Handlung und Darsteller. Regisseur Godfrey Reggio stellt Bilder unberührter Natur den Aufnahmen fortschreitender Landschaftszerstörung und einer hektischen Zivilisation gegenüber.
0.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Auf Stippvisite bei Mitmenschen
Unzureichende Wasserversorgung, Notunterkünfte oder Arbeitslosigkeit sind ein Teil der unzulänglichen Lebensverhältnisse in den Ländern der Dritten Welt, die die UNO-Hilfsorganisationen ständig verbessern. Der Bericht stellt Methoden vor, die Bedürftige zur Selbsthilfe befähigen sollen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Berufswahl heute
Vier neue Folgen
Neue und unbekannte Berufe
In einer Zeit, da das Angebot an Lehrstellen weit hinter der Nachfrage zurückhängt, sind Ausbildungsfragen auch ein Dauerthema für das Fernsehen. Patentrezepte sollte man von der Sendung allerdings nicht erwarten.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Räuberpistolen
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Kindesmißhandlung
Über Hilfen für Betroffene berichtet Karin Storch
20.15 Der Löwe von San Marco
Italienischer Spielfilm (1963)
Mit Gordon Scott, Gianna Maria Canale u. a.
Regie: Luigi Capuano
21.45 heute-journal
22.05 Meine Angst macht mir Mut
Eine Christin rüstet sich für den Frieden
Film von Juliane Schuhler
22.35 Das blaue Palais
Unsterblichkeit . . .?
Ein Film von Rainer Erler
Vor Jahren entwickelte der Biochemiker Ian Mackenzie eine Theorie, die das Altern der Zellen zum Stillstand bringen könnte. Dieser Bericht fällt in die Hände von Jeroen und Sibilla, Mitarbeiter des Forschungsinstituts, die sofort eine wissenschaftliche Sensation vermuten
0.05 Ratschlag für Kinogänger
„Die Grünstein-Variante" von Bernhard Wicki
Vorgestellt von Inge Bongers
0.10 heute



SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Weißes Haus, Hintereingang
Teil 2
15.00 Indian River
Milly und ihr Rennpferd
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Zweitausend Franken in Gold
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Rückkehr der Toten
18.00 Westlich von Santa Fe
Hollivers Rache
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Eiscreme mit Champagner
19.40 Die Rache des Samurai
Teil 5
Durch das Vermächtnis des alten Jinbei gelangte Tsukinosuke in den Besitz eines unermeßlichen Schatzes, der ihm fortan nicht nur erlaubt, standesgemäß zu leben, sondern auch seine Rache zu finanzieren . . .
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Bauwirtschaft – Krise oder Ende? / Styling Garage – Autoräume maßgeschneidert / Börse SUA: Paul Kangas vom Nightly Business Report / Börse international
Moderation: Jeanette Enders und Bettina von Websky
21.00 Galerie Buecher
In der zwölften Folge lenkt Kai den Verdacht von sich ab, und Katharina verliebt sich nicht nur in klassische Musik.
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Ritter der Prärie
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: André de Toth
23.35 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
21. Peter geht unter die Erfinder
Kompass
Laut und leise (1)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Nicht gesellschaftsfähig
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Clark Gable, Marilyn Monroe, Montgomery Clift u. a.
Regie: John Huston
Die junge, attraktive Roslyn lernt nach ihrer Scheidung zwei Männer kennen, den Automechaniker Guido und den Rodeo-Reiter Guy. Als die beiden eines Tages auf Mustangfang gehen, schließt sich Roslyn ihnen an. Doch die brutale Pferdejagd endet für sie mit einem Nervenzusammenbruch.
23.45 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Live aus Herford
Themen: Katzen, Tanzen, Bumerangs / Lale Andersen
21.45 Landesspiegel
Die Gegenwart der Vergangenheit
Wiederherstellung historischer Gärten in Nordrhein-Westfalen
Film von Wolfgang Becker-Carsten
22.15 Thema des Monats
Halbzeit in Bonn
Bilanz der Regierungsarbeit in Bonn vor dem Hintergrund der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen
Ansch. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Wohnen in der Thermosflasche
20.00 Tagesschau
20.15 Schweizermann, ich liebe dich
Mauritianerinnen auf dem Weg ins „Paradies"
21.00 Das Montagsthema
Sterbehilfe
Live-Diskussion mit Julius Hackethal, Rolf Bossi u. a.
Durch den Postversand von Zyankali an einen Sterbewilligen hat Professor Julius Hackthal die Sterbehilfe wieder in die Schlagzeilen gebracht. Auch die Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben ist ins Gerede gekommen. NDR-Reporter Jürgen Drossart fand heraus, daß ein führendes Mitglied der Gesellschaft Zyankali in Medaillons unter die Leute gebracht hat.
22.00 Die Zeitmaschine
Amerikanischer Spielfilm (1959)
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle
18.55 Wombles
19.05 Drei – D
20.00 Die Kamera unter dem Mantel
Filme von Peter Fischer
20.45 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Krankheit daheim . . . und doch nicht hilflos
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall – Strafverteidiger
22.30 Wege zum Menschen
Verrat am Körper

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Immer Ärger mit Amy
20.20 Operation K
210 Kilogramm Heroin und ihre Folgen
Ein Blick hinter die Kulissen des weltweiten Drogenhandels
21.05 Klimbim
21.50 Brücke aus Gras
Bericht aus dem peruanischen Hochland
22.35 Rückblende
Vor 75 Jahren: Der Komet kommt
22.50 Jazz am Montagabend
Das Max Roach Double Quartet und The Swedenborg String Quartet
Aufnahme vom JazzFest Berlin 1983
23.35 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Die Kunst der Diagnose
Reportage über das Dreiecksverhältnis Arzt – Technik – Patient
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Lauter schmutzige kleine Tricks
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

Lobe den Herrn meine Seele und vergiß nicht,
was er Dir Gutes getan hat.
Psalm 103, Vers 2

Wir nehmen Abschied von meinem geliebten Mann, unserem lieben Vater, Großvater und Bruder

Johann Heinrich von Stein

der nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 85 Jahren von uns ging.

In Liebe und Dankbarkeit
Marion von Stein geb. de Weerth
Angelica Freifrau von Rheinbaben geb. von Stein
Johann Heinrich von Stein
Hans-Kaspar Freiherr von Rheinbaben
Rose von Stein geb. Kappler
Albrecht von Stein
Georg von Stein
Ellen von Stein
Irmgard Frisch geb. Zapp
Hans Werner Zapp
Albert Frisch
Helli Zapp geb. von Knoop
Verwandte und Freunde

5000 Köln 51 (Marienburg), den 9. Mai 1985
Auf dem Römerberg 29

Der Trauergottesdienst findet statt am Freitag, dem 17. Mai 1985, um 11.15 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofes Melaten, Piusstraße. Anschließend Beisetzung.
Anstelle von Kranzspenden wird gebeten, den Sozialfonds des Rotary Clubs Köln, Konto-Nr. 28 128 015 beim Bankhaus J. H. Stein (BLZ 370 304 00), zu bedenken.

In den frühen Morgenstunden des 9. Mai 1985 ging im 86. Lebensjahr, nach kurzer, schwerer Krankheit, der Senior unseres Hauses, Herr

Johann Heinrich von Stein

nach fast 60jährigem Wirken von uns.

Ihm verdanken wir den Wiederaufbau unseres Hauses nach dem Kriege. Bis in seine letzten Gedanken und Gespräche war er bei seiner Firma und ihren Mitarbeitern.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied. Er wird bei uns stets unvergessen bleiben.

**Verwaltungsrat, Gesellschafter und alle Mitarbeiter
von
J. H. Stein**

Unter Sachsenhausen 10–26, 5000 Köln 1

Der Trauergottesdienst findet statt am Freitag, dem 17. Mai 1985, um 11.15 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofes Melaten, Piusstraße. Anschließend Beisetzung.
Anstelle von Kranzspenden wird gebeten, den Sozialfonds des Rotary Clubs Köln, Konto-Nr. 28 128 015 beim Bankhaus J. H. Stein (BLZ 370 304 00), zu bedenken.

Wolfgang Ohle

* 9. Mai 1936 † 9. Mai 1985

Für uns alle unfaßbar wurde er mitten aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen.
Er war mir ein liebevoller Ehemann und ein von uns allen geliebter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Neffe und Onkel.
Wir werden dich sehr vermissen.

In Liebe und Dankbarkeit
Lilli Ohle geb. Hackbarth
Bettina Ohle und Dietrich Hilke
Gertrud Ohle geb. Kolassa
Elli Hackbarth geb. Arndt
John und Karin Cronin geb. Ohle
mit Rüdiger und Jürgen
Ingrid Cooper geb. Hackbarth
mit Michelle
und alle Angehörigen

2000 Wedel/Holstein, Tinsdaler Weg 27

Die Beisetzung findet am Dienstag, dem 14. Mai 1985, um 11 Uhr von der Kapelle des neuen Waldfriedhofes, Grüterkuhlenweg, aus statt.

FUSSBALL / Bayern München ängstlich, Werder Bremen müde, beide spielten nur 1:1 – keine Veränderung im Kampf um die Meisterschaft

Fluchende Bürgermeister und Cramers Sprüche

Von ULRICH DOST



Es läßt sich wahrscheinlich lange darüber diskutieren, woran es liegt, daß die Stadtväter in Leverkusen besonders kritikfreudig sind, wenn es um den Fußball-Verein Bayer 04 Leverkusen geht. Im März verloren die Leverkusener ein Heimspiel mit 0:1 gegen Borussia Dortmund. Damals fragte Oberbürgermeister **Horst Hennig** (64) unverblümt auf der Tribüne: „Wann geht Trainer **Dettmar Cramer** endlich?" Dieses Problem, sofern es überhaupt eins war, hat sich inzwischen erledigt, denn Cramer wird den Verein zum Saisonende verlassen.

Im Werksduell gegen Bayer 05 Uerdingen bot die Mannschaft von Cramer beim 0:0 eine Leistung, die ohne Übertreibung als Zumutung einzustufen ist. Diese Vorstellung brachte diesmal den FDP-Bürgermeister **Werner D. Ludwig** (49) auf die Palme. Frank und frei legte er jede Zurückhaltung ab und polterte los: „Das war doch ganz schlimm für die Zuschauer. Sie bezahlen teures Geld und sehen dann so einen Mist. Für dieses schlechte Gekicke hätten die Spieler doch Geld mitbringen müssen." Hier sprach nun wirklich nicht der Wahlkämpfer Ludwig, sondern der Zuschauer Ludwig fühlte sich wie wohl alle 7300 Zuschauer schlichtweg veräppelt. Dettmar Cramer wird nun wieder alles damit abtun, daß er sich auch nicht in die Dinge der Politiker in Leverkusen einmische. Doch damit macht er es sich zu leicht. Es muß schon als blanker Hohn bezeichnet werden, daß die Leverkusener für so ein dürftiges Gekicke auch noch eine Prämie von 1500 Mark zahlen.

Es kann aber auch sein, daß die Leverkusener Spieler sich zu sehr an die Worte ihres Trainers gehalten haben. Cramer schrieb nämlich in der vergangenen Woche in ein Gästebuch eines Leverkusener Hotels: „Freundschaft schließen ist wichtiger als Tore schießen." Womit er wahrscheinlich gar nicht so falsch liegt, doch im Fußball wird anders gerechnet und abgerechnet. Kaum vorstellbar, daß die Leverkusener Spieler gegen Uerdingen mit Toren gegeizt haben, weil sie so sehr damit beschäftigt waren, auf dem Rasen Freundschaften zu schließen. Oder etwa doch?

*

Die arme Fußball-Seele hat nun endlich wieder ihre Ruhe. Wer schlaflose Nächte damit verbracht hat, sich hin und her wälzend mit der brennenden Frage zu beschäftigen, ob das denn auch alles mit rechten Dingen zugegangen sein mag, daß **Klaus Fichtel** (40) von Schalke 04 mit 521 Einsätzen Rekordspieler der Bundesliga wurde, auf den kommen wieder ruhige Zeiten zu. Gottlob gibt es ja einen Computer, der unbestechlich ist. Und gottlob gibt es auch Menschen, die der Sache auf den Grund gehen. Beim ZDF waren sie besonders wißbegierig. Also gaben sie einen Auftrag an die Datamedia in Dortmund. Nun steht felsenfest fest: Der Klaus Fichtel ist vollkommen zu recht Rekordhalter, **Willi Neuberger** (39), mit 520 Spielen nun nur noch Zweiter, soll sehen, wie er mit seinen Eifersüchteleien fertig wird. Der Computer hat errechnet: Fichtel stand genau 43 812 Minuten auf dem grünen Rasen und damit genau 392 Minuten mehr als Neuberger. Na bitte, Fichtel spielte also rund sechseinhalb Stunden länger als der frühere Frankfurter.

Wem das noch nicht reicht, dem kann geholfen werden. Der Computer war nämlich sehr fleißig und läßt uns wissen: Auch bei der Bilanz der Kurzeinsätze spricht alles für Fichtel. Unter zehn Minuten mußte Fichtel sechsmal ran, Neuberger aber siebenmal, unter 20 Minuten wurde Fichtel zwölfmal, Neuberger aber dreizehnmal eingesetzt. Nur eine Halbzeit lang spielte Fichtel 64 mal, Neuberger nur 53 mal. Nun reicht's wohl. Selbst Fichtel hat ein Einsehen. Er dementierte die Gerüchte, er werde einen Fünf-Jahresvertrag unterschreiben: „Ehrlich, am Saisonende ist Schluß."

*

Man weiß es nicht erst seit Samstag, daß es eine Freude machen kann, dem Kölner **Klaus Allofs** (28) zuzuschauen, wenn er Fußball spielt. „Es macht einfach Spaß, ihn spielen zu sehen," brachte es **Horst Köppel** (38), der zusammen mit Teamchef **Franz Beckenbauer** (39) für die Nationalmannschaft verantwortlich ist, auf eine griffige Formel. Köppel konnte sich am Samstag in Mönchengladbach an den drei Treffern des Kölners beim 3:2-Erfolg erfreuen. Er dachte sogleich an die Nationalmannschaft: „Mit Allofs, **Pierre Littbarski**, **Rudi Völler** und **Karl-Heinz Rummenigge** besitzen wir vier Weltklassestürmer. Es ist jammerschade, daß nicht alle vier gleichzeitig spielen können."

Es ist ja kein Geheimnis, daß Klaus Allofs in die Nationalmannschaft bislang noch nicht so erfolgreich war wie im Verein. In der Torschützenliste führt er nun mit 24 Treffern vor seinem ärgsten Widersacher Rudi Völler, der bislang 22 Treffer erzielte. Torschützenkönig zu werden ist sein Ziel. Doch er geht die Sache, wie fast alles im Leben, mit einer wohltuenden Ruhe an. Die Saison sei noch nicht zu Ende, also „hänge ich nicht großmäulig meinen Kopf aus dem Fenster, bevor nicht alles endgültig feststeht."

Es ist nicht die Art des Klaus Allofs, verbal in die Offensive zu gehen. Sicherlich würde er es gerne sehen, wenn sein Bruder **Thomas** (24), der beim 1. FC Kaiserslautern spielt und dort sehr unzufrieden ist, neben ihm beim 1. FC Köln stürmen würde. Allofs weiß aber zu genau, daß diese Situation so schnell nicht eintreten wird. Er kennt die Vereinspolitik, daß ein Spieler, der mit dem Bonner Spielerberater **Holger Klemme** (33) verknüpft ist, nie beim 1. FC Köln spielen kann. Daran führt kein Weg vorbei, daran hält sich jeder beim 1. FC Köln. Und sein Bruder Thomas zählt zu den wenigen Klassespielern, die dem Spielerberater noch die Treue halten. Damit dürfte dieses Thema erledigt sein.

Dabei hätten die Kölner Verstärkung für die neue Saison dringend nötig. Sie wissen selbst, daß es zwar ganz schön ist, derzeit Dritter zu sein, daß es aber fast an ein Wunder grenzt, daß Trainer **Hannes Löhr** (43) dieses Husarenstück mit einer doch sehr durchschnittlich besetzten Mannschaft geschafft hat. Klaus Allofs, Pierre Littbarski und Torwart **Harald Schumacher** (31) – dann hat es sich aber auch schon beim 1. FC Köln. Eigentlich ein Armutszeugnis für die Bundesliga, daß die Kölner so weit oben stehen können.

„Wenn man blind wäre, würde man sagen, wir brauchen keinen neuen Spieler mehr." Diesen Satz hat der Geschäftsführer **Michael Meier** (36) nach dem Spiel in Mönchengladbach und angesichts der guten Tabellensituation gesagt. Was aber nichts anderes heißt, als daß schon noch etwas passieren wird. Meier: „Wir brauchen unbedingt einen Mann auf der linken Seite." Nationalspieler **Uwe Rahn** (24) von Mönchengladbach wäre ein idealer Mann, doch er steht noch ein Jahr unter Vertrag. Der „Kölner Stadt Anzeiger" wollte am Samstag seinen Lesern weismachen, Schatzmeister **Karl-Heinz Thielen** (44) und Meier hätten sich mit Rahn zu einem Vertragsgespräch bereits getroffen. Sogar Ort und Zeit des angeblichen Treffs wurden genannt. Die Kölner und auch Uwe Rahn meinten einhellig: „Daran ist wirklich nichts wahr, alles erlogen."

*

Uwe Rahn plagen derzeit noch ganz andere Sorgen. Sein Klub muß nämlich darum fürchten, eventuell nicht den UEFA-Pokal zu erreichen. Trainer **Jupp Heynckes** (40) meinte: „Der anvisierte UEFA-Cup-Platz ist stark gefährdet. Wir müssen nun die notwendigen Punkte in anderen Spielen aus dem Feuer reißen." Das wird schwierig sein, denn gerade das Feuer ist bei den Gladbachern erloschen. Uwe Rahn will nichts davon wissen, daß sich die Mannschaft in den Spielen gegen Bayern München (Pokal und Meisterschaft) nervlich verschlissen habe. Rahn: „Bei uns ist wegen der ständigen Beanspruchung die Kraft weg. Wir haben zu wenig Spieler, die einspringen könnten." Ein Manko, das viele Mannschaften beklagen.



Der Sprint zum Radio . . .

Schlußpfiff in Bochum – und die Spieler des FC Bayern München wissen nicht so recht, ob sie sich freuen oder über sich selbst wütend werden sollen. Ihre ersten Schritte führen sie zur Trainerbank, auf der Manager Uli Hoeneß mit dem Transistorradio am Ohr auf das Ergebnis aus Karlsruhe wartet (Foto, von links Nachtweih, Uli und Dieter Hoeneß, Matthäus).

Und diese Schritte waren schneller als die während des Spiels. 1:1 der Münchner in Bochum, 1:1 der Bremer in Karlsruhe – die Situation im Kampf um den Titel hat sich nicht geändert. Die Favoriten, so scheint es, werden müde. Trainer Udo Lattek: „Nach der Pause haben wir teilweise Alibi-Fußball gespielt." Die Ursachen: „Kräfteverschleiß nach einer harten Saison." Uli Hoeneß grantelte dagegen: „Wer Meister werden will, muß ein solches Spiel gewinnen." Seine Bruder Dieter sagt: „Als Bochum Druck machte, haben wir uns versteckt, anstatt dagegenzuhalten." Also doch noch ein offener Titelkampf? Lothar Matthäus hat wohl trotz des Punktverlustes recht: „Wir sind der Meisterschaft einen Schritt näher gekommen."

Diese Meinung wird gestützt durch das Restprogramm der Münchner und Bremer. Beide Klubs haben nur noch Gegner der unteren Tabellenhälfte. München spielt gegen Leverkusen, in Karlsruhe, gegen Kaiserslautern und in Braunschweig. Bremen spielt gegen Kaiserslautern, in Braunschweig, gegen Bielefeld und in Dortmund. Münchens Präsident Willi O. Hoffmann: „Ich verstehe die Enttäuschung von Mannschaft und Trainer nicht. Mathematisch hat sich doch nichts verändert."

FOTO: RZEPKA

Völler sprach von „eigener Dummheit", Bruno Pezzey fönte gelassen seine Locken

M. HÄGELE/DW., Karlsruhe

Bremens Bürgermeister Koschnik braucht seine alte Rede nicht umzuschreiben. Vermutlich kann er den Bürgern der Hansestadt am 8. Juni wieder das erzählen, was er vor zwei Jahren schon einmal vor dem Rathaus gesagt hat: Auch ein zweiter Platz in der Bundesliga sei etwas wert. Genau in diesem Sinne ist die Bremer Mannschaft beim 1:1 im Karlsruher Wildparkstadion aufgetreten – als wollte sie unbedingt ihr Image vom sympathischen Zweiten verteidigen.

Nein, so sehen keine Fußball-Profis aus, die sich als Verlierer fühlen. In Unterhosen stand Libero Bruno Pezzey in der Geschäftsstelle des Karlsruher SC, fönte vor den weiblichen Angestellten und einigen Bewunderern seine kostbaren Locken. Ein Wunder, daß Pezzey überhaupt hatte duschen müssen. Auf dem Rasen hatte der Bremer Libero beim Aufbau der Werder-Angriffe nämlich ein Tempo vorgelegt, als sei das Wildparkstadion eine Promenade für Spaziergänger und nicht Arbeitsplatz im Kampf um die deutsche Fußballmeisterschaft. Daß die Karlsruher im ersten Spielabschnitt zu zwei riesigen Torchancen durch Günther und Theiss gekommen waren, hatten sie ebenfalls der äußerst pomadigen und leichtsinnigen Spielweise des Bremer Abwehrchefs zu verdanken gehabt.

Ob Pezzey seine Kollegen angesteckt hat oder ob diese von sich selbst aus in diesen Trott verfielen, sind unerhebliche Fragen. Die Bremer verschenkten gegen die harmlosen Karlsruher einen Punkt, das allein zählt. „Wir sind an unserer eigenen Dummheit gescheitert", schimpfte Mittelstürmer Rudi Völler. „Den Münchnern wäre so etwas nicht passiert."

Drei Minuten vor Schluß hatte Völler seine Elf in Führung geschossen. Aber mittenhinein in die Bremer Glücksgefühle war dann Harforths Ausgleich geplatzt. Offenbar hatte Schiedsrichter Mattheis die müde und brotlose Bremer Kunst doch nicht belohnen wollen. Und so pfiff er, als Sidka und Künast im Strafraum rangelten, einen Elfmeter.

Bayern München hätte das 1:0 locker über die Bühne geschaukelt, meinte Völler. Und er könne sich auch nicht vorstellen, daß die Münchner bei ihrem nächsten Auswärtsspiel, das auch sie nach Karlsruhe führt, hier ebenfalls Federn lassen müßten. Völler: „Bei deren Restprogramm geben die Bayern überhaupt keinen Punkt mehr ab."

Völler, dessen Duelle mit Karlsruhes bestem Abwehrspieler Dietmar Roth übrigens zu den wenigen bemerkenswerten Höhepunkten der Partie gehört hatten, denkt und redet ohne Umschweife – wie ein Praktiker eben. Und hat deshalb die Meisterschaft wohl auch schon abgehakt. Beim Versuch, die schwache Leistung seiner Mannschaft zu erklären, kam Völler auch nicht viel weiter: „Wir haben verhalten begonnen, weil man bei solchen sommerlichen Temperaturen aufpassen muß, daß einem später nicht die Luft ausgeht. Aber mit Pech kann man das 1:1 nicht umschreiben." Und bestimmt auch nicht über die „sommerlichen" Temperaturen erklären. Es war wohl schlicht so, daß keiner der Bremer seinen Körper in die richtige Betriebstemperatur bringen konnte.

Die Offiziellen von Werder Bremen befleißigen sich dagegen noch immer einer anderen Sprache. „Fußball ist kein Computerspiel", erklärte Trainer Otto Rehhagel. Und Manager Lemke, der von der Meinung des großen Zampanos „Otto" nur selten abdriftet, sagte: „Im Fußball kann man nicht alles durchkalkulieren."

An Bayer Leverkusen, jener Mannschaft, die Werder vor acht Tagen ein Unentschieden raubte und die am Samstag in München gastieren wird, hängen Rehhagel und Lemke jetzt ihre letzten Hoffnungen. So lange wehren sie sich noch gegen das traurige Eingeständnis, das große Rennen verloren zu haben. Etwas, was weh tut, schiebt man möglichst lange hinaus.

Vielleicht verfolgte der gesamte Klub SV Werder Bremen das angebliche Plus des Konkurrenten im Kampf um den Titel viel zu intensiv und immer mit dem Hintergedanken, ihn doch nicht für sich entscheiden zu können. „Darüber müssen wir mit der Zeit hinwegkommen", sagt Völler, „in spielerischer Hinsicht gibt es ja keine echte Differenz." Eine Erkenntnis, die wohl für diese Saison zu spät kommt.

Auch weil er merkte, daß in der Frage („Wollten Sie hier nicht gewinnen? War Ihre Mannschaft mit einem Unentschieden zufrieden?") mehr als nur ein Körnchen Wahrheit steckte, hielt sich Rehhagel in Karlsruhe zurück. Der Bremer Trainer griff bei seiner Antwort lieber in die Kiste mit den Kalauern und holte eine jener Weisheiten heraus, mit der man sich selbst rettet und seinen Gesprächspartner nur leicht auf die Schippe nimmt: „Wissen Sie, immer im Leben, wenn wir Fußball spielen, wollen wir zwei Punkte, am liebsten hätten wir sogar drei."

Und alles lachte über den Humor des Herrn Rehhagel, den dieser an den Tag legen konnte. Galgenhumor?

Die Bremer mußten sich jedenfalls hinterher sogar flotte Sprüche des potentiellen Absteigers gefallen lassen. „Nur Braunschweig und Bielefeld spielten hier ähnlich schwach", sagte Karlsruhes Abwehrspieler Zahn, der ebenso wie Dittus und der gegen Schalke des Feldes verwiesene Gross fehlte. Auch Trainer Lothar Buchmann fällt nun das Abschiednehmen aus der Bundesliga etwas leichter. Das 1:1 machte ihm gar neuen Mut: „Das Publikum hat gesehen, daß wir uns nicht hängen lassen. Wir werden uns auch im nächsten Heimspiel gegen die Bayern reinknien." Wenn seine Mannschaft, so der bereits nach kurzer Tätigkeit kritisierte Trainer, den Abstieg schon nicht mehr verhindern könne, so wolle sie wenigstens die Meisterschaft entscheiden.

Die faszinierende Möglichkeit, Situationen vorauszusehen.

Der Mensch hätte nie zum Mond fliegen können, wenn es nicht vorher möglich gewesen wäre, alle technischen Funktionen und vor allem das menschliche Verhalten in entscheidenden Situationen des Fluges in Simulatoren zu erproben.

Mit dem neuen Fahrsimulator in Berlin, den es in dieser Perfektion bisher nicht gab, eröffnen sich nun der Daimler-Benz Forschung und Entwicklung neue, ungeahnte Möglichkeiten auf den Gebieten der Fahrzeugtechnik und der Verkehrssicherheit.

Neue Fahrzeugkonzepte werden getestet, ohne daß sie dazu gebaut werden müssen.

Komplette Aggregate, wie die Hinterachse oder die Lenkung, können sogar während der „Fahrt" ausgetauscht werden.

Neue Lenksysteme oder Radaufhängungen, die noch gar nicht existieren, werden im Simulator auf ihr Fahrverhalten überprüft.

Die Anordnung der Bedienungselemente und die Entwicklung sinnvoller Informationssysteme kann so optimiert werden, daß der Fahrer in allen nur denkbaren Gefahrensituationen weitestgehend entlastet wird.

Überhaupt ist es mit diesem Simulator erstmals möglich, das Zusammenspiel von Fahrzeug, Fahrer und Verkehr systematisch zu erforschen und zu analysieren, um daraus in einem frühen Entwicklungsstadium Erkenntnisse zu erzielen.

Bisher war dies nicht nur ein sehr aufwendiges, sondern auch ein fast hoffnungsloses Unterfangen, denn wegen der hohen Unfallrisiken können solche Untersuchungen verständlicherweise nicht auf öffentlichen Straßen durchgeführt werden.

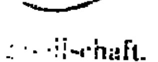
Mit dem Daimler-Benz Fahrsimulator lassen sich nun die unterschiedlichsten Verkehrssituationen und damit auch Unfall-Situationen nachbilden – mit anderen Fahrzeugen, Fußgängern, Radfahrern, Hindernissen, Überholvorgängen etc.

Dabei können, beliebig oft reproduzierb[illegible] Reaktionen des Fahrers in kritischen Situ[illegible] erforscht werden – und wie sich diese bei sch[illegible] Sicht, Müdigkeit, Streß, unter Einfluß von A[illegible] oder Medikamenten verändern.

Die Fahrbefehle wie Gasgeben, Brems[illegible] Lenken werden in Millisekunden in entspre[illegible] Bilder, Geräusche und Fahrzeugbewegungen [illegible] setzt. Und es ist nur eine Frage des Knopfdru[illegible] Tag oder Nacht, Regen, Sonne oder Nebel gew[illegible] wird.

Daß all diese Untersuchungen unter nah[illegible] listischen Bedingungen stattfinden, dafür s[illegible] Bewegungs-, Bild- und Rechnersystem, das i[illegible] Art einmalig ist.

Ein perfektes System, das neue, faszi[illegible] Möglichkeiten eröffnet, Grundlagenforschu[illegible] betreiben und die Sicherheit im Straßenv[illegible] weiter zu erhöhen.



Daim[illegible] [illegible]ellschaft.

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Eintracht Braunschweig, eine Mannschaft am Scheideweg – dritter Abstieg nach dem 2:4 gegen Dortmund fast perfekt

Spieler haben Jägermeister Mast aufs Korn genommen

BERND WEBER, Braunschweig

Als die Mannschaft von Eintracht Braunschweig zu Hause gegen Borussia Dortmund mit 2:4 verlor und durch diese Niederlage die wohl unwiderruflich letzte Chance auf den Klassenerhalt verspielte, glänzte ihr Präsident Günther Mast durch Abwesenheit. Der Platz des Likörfabrikanten aus Wolfenbüttel auf der Tribüne blieb unbesetzt, weil der es vorgezogen hatte, auf die Jagd zu gehen. Gewiß wird es etliche geben, die meinen, damit habe Mast mal wieder einen seiner vielen Böcke geschossen. Und alle, die so denken, bekamen Wasser auf ihre Mühlen durch ein Interview, das Ex-Nationaltorwart Bernd Franke dem Sport-Informationsdienst (sid) gab. Der Mann, der das Eintracht-Trikot am längsten trägt, nämlich seit 1971, rechnete scharf mit Mast ab. Der habe entscheidene Fehler gemacht. Besonders verhängnisvoll sei der vom Präsidenten angeordnete drastische Sparkurs gewesen. „Und niemals", so meinte Franke, „hätte Mast die Leistungsträger Zavisic, Studzizba und Hollmann zu Saisonbeginn gehen lassen dürfen. Denn damit war unser Abstieg eigentlich schon besiegelt." *Das Schlußwort des Torhüters klang* besonders bitter. „Wenn ich geahnt hätte", klagte der 37jährige, „was in dieser Saison alles auf uns zukommt, hätte ich nicht erst am Ende dieser Meisterschaftsserie, sondern bereits im vergangenen Jahr aufgehört."

Frontalangriffe gegen den Präsidenten – die gehören in Braunschweig zum Tagesgeschäft – seitdem der im Amt ist. Kurz vor Franke hatte der erst am 1. Januar dieses Jahres als Manager verpflichtete Judo-Silbermedaillengewinner Klaus Glahn gewettert, daß Mast seine eigenen Interessen über die des Vereins stelle. Vor dem Spiel gegen Dortmund wurde er vorzeitig beurlaubt.

Jäger Mast hingegen wird sich heute den ganzen Tag über seiner Mannschaft widmen. Vom frühen morgen an sind Einzelgespräche mit allen Spielern angesetzt und dabei wird es ausschließlich um die sportliche Zukunft des Vereins gehen. Konkret: Der Präsident will seinen Profis klarmachen, mit welchen finanziellen Perspektiven der Versuch des sofortigen Wiederaufstiegs nach dem nun sicheren dritten Bundesliga-Abstieg unternommen werden soll.

Die Spieler haben da ganz klare Vorstellungen, und die haben sie direkt nach der Dortmunder Niederlage noch in der Kabine in einem einstündigen Gespräch mit Vizepräsident Harald Schäfer und Schatzmeister Jochen Dörge entwickelt. Der dreiköpfige Spielerrat in der Besetzung Ronald Worm, Hans-Heinrich Pahl und Bernd Franke („Ich will zu einer positiven Weichenstellung beitragen, obwohl ich Schluß mache") erhob im Namen der gesamten Mannschaft die Forderung, daß in den vorbereiteten Zweitliga-Verträgen eine Aufstiegsprämie von insgesamt 200 000 Mark schriftlich eingebaut sein müsse. *Mast hingegen* will die Prämienregelung ausschließlich von den Zweitliga-Einnahmen abhängig machen. Die 200 000 Mark würde die Mannschaft erst *dann kassieren*, wenn ein Zuschauerschnitt von mehr als 12 000 pro Heimspiel erreicht würde. Dies ist eine Zahl, die insofern utopisch erscheint, als der derzeitige Erstliga-Schnitt nur bei knapp 11 000 liegt.

Der anstehende Vertragspoker macht deutlich, wo in Braunschweig die Probleme drücken. Hier geht es grundsätzlich um Geld, und zwar um Geld, das nicht vorhanden ist. „Die Bandbreite des Handelns", sagte Vizepräsident Schäfer gestern zur WELT, „ist gering. Als Mast das Präsidentenamt übernahm, lag die Höhe der Schulden bei über fünf Millionen Mark. Das wir heute quasi ohne Verbindklichkeiten dastehen, war ohne Gewaltakte nicht zu regeln. Ich will aber nicht bestreiten, daß ich längst nicht *alle Entscheidungen von Mast* vorbehaltlos mitgetragen habe. Es gab und gibt da doch eine Menge von Spannungen zwischen uns beiden. *Ich will den Spielern auch zugestehen*, daß die drastischen Gehaltskürzungen, die wir im letzten Jahr vornehmen mußten, einigen gewaltig an die Nerven gegangen sind."

Gegen Dortmund hat man es wieder einmal deutlich gesehen. Der sonst so besonnene Libero Pahl trat dem Borussen Ralf Loose mit voller Wucht gegen das Schienbein, als der den Ball nach einer Freistoß-Entscheidung nicht sofort herausrückte. Schiedsrichter Scheurer zog *unverzüglich* die rote Karte für Pahl. Es war dies der dritte Platzverweis innerhalb kurzer Zeit, in Mannheim war bereits *Manfred Tripbacher und in Karlsruhe* Peter Lux vom Platz geflogen. „Wir brauchen endlich Ruhe im Verein", meint Schäfer und dabei setzt er vor *allem auf Willibert Kremer*, der Mitte der Woche als neuer Trainer verpflichtet werden soll. Aber noch ist die Unterschrift nicht perfekt, und die letzten Äußerungen des Ex-Düsseldorfers lassen nicht gerade auf eine allzu große Eintracht-Begeisterung schließen. Welchem Trainer auch immer – die Braunschweiger stehen am Scheideweg. Zwei mögliche Richtungen sind angezeigt. Eine, wenn alle mitziehen, zurück in die erste Liga. Es ist freilich auch nicht auszuschließen, daß die Eintracht, etwa nach dem Muster von 1860 München, total in den Abgrund driftet.

Gladbach fällt immer weiter zurück

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Pkt.	Heim		Auswärts	
1. München	30	17	8	5	69:37	42:18	45:17	28:5	24:20	17:13
2. Bremen	30	15	10	5	77:47	40:20	50:19	26:4	27:28	14:17
3. Köln	30	17	3	10	60:51	37:23	31:22	21:9	29:29	16:14
4. Hamburg	29	13	9	7	53:41	35:23	39:13	26:4	14:28	9:19
5. M'gladbach	30	13	8	9	67:46	34:26	39:19	19:11	28:27	15:15
6. Mannheim	30	11	11	8	41:44	33:27	25:16	19:11	16:28	14:16
7. Uerdingen	29	12	8	9	50:42	32:26	32:18	23:5	18:24	9:21
8. Bochum	29	10	10	9	46:44	30:28	21:18	15:15	25:26	15:13
9. Stuttgart	30	13	4	13	71:52	30:30	45:17	23:7	26:35	7:23
10. Schalke	30	11	7	12	57:57	29:31	40:22	23:9	17:35	6:22
11. Leverkusen	30	8	12	10	44:43	28:32	26:17	19:11	18:26	9:21
12. Frankfurt	30	9	10	11	56:61	28:32	34:21	21:9	22:40	7:23
13. K'lautern	29	8	11	10	38:482	73:12	81:52	08:	10:33	7:23
14. Dortmund	30	11	4	15	45:58	26:34	27:17	16:12	18:41	10:22
15. Düsseldorf	30	8	9	13	48:61	25:35	27:22	18:12	21:39	7:23
16. Bielefeld	30	5	13	12	38:56	23:37	30:29	15:15	8:27	8:22
17. Karlsruhe	30	4	11	15	42:77	19:41	23:25	14:16	19:52	5:25
18. Braunschweig	30	8	2	20	35:72	18:42	25:23	16:14	10:49	2:28

● *Platzverweise 15 und 16 der Saison*: Der Stuttgarter Andreas Müller und der Braunschweiger Hans-Heinrich Pahl wurden wegen wiederholten Foulspiels des Feldes verwiesen. – Nach 13 Spielen ohne Niederlage (seit dem 26. Januar) ging Waldhof Mannheims Erfolgsserie in Schalke (0:4) zu Ende. Derzeit erfolgreichste Elf ist wieder einmal der 1. FC Köln mit 13:1 Punkten aus den letzten sieben Spielen. Vorher hatte es 0:10 und 12:0 Punkte für die Kölner gegeben. – Zu den neun Spielen kamen 154 608 Zuschauer (Schnitt 17 178). 42 000 kamen nach Bochum, nur 7000 nach Leverkusen.

2. Liga

Krach in Hannover

sid, Hannover

Hing der Fußball-Himmel beim Zweitligaklub Hannover 96 noch vor wenigen Wochen voller Geigen, so erfüllten nach dem 2:2 gegen Solingen nicht Geigenklänge sondern schrille Mißtöne das Niedersachsen-Stadion. Mit gellenden Pfiffen und öffentlicher Schelte wurden die Spieler bedacht. Schriftlich hatten sie die drastische Erhöhung der Aufstiegsprämie von 120 000 auf 360 000 Mark gefordert. „Utopisch. Die Spieler überschätzen ihre Fähigkeiten," schimpften *Präsidiumsmitglieder angesichts* des Punktverlustes, der nur durch die Heim-Niederlage des Mitkonkurrenten Saarbrücken gemildert wurde. Mit 1:2 unterlag Saarbrücken dem Aufsteiger Blau Weiß Berlin, der damit auf den siebten Platz vorrückte.

DIE ERGEBNISSE

Kassel – Darmstadt	2:0	(0:0)
Duisburg – Wattenscheid	1:1	(0:0)
Köln – Oberhausen	4:1	(0:1)
Stuttgart – St. Pauli	3:0	(2:0)
Hertha BSC – Homburg	3:3	(0:2)
Nürnberg – Ulm	3:2	(1:1)
Hannover – Solingen	2:2	(1:1)
Saarbrücken – BW Berlin	1:2	(1:0)
Freiburg – Aachen	2:1	(0:0)
Offenbach – Bürstadt	1:1	(1:0)

DIE TABELLE

1.Kassel	35	20	8	7	69:42	48:22
2.Saarbrücken	33	20	5	8	67:37	45:21
3.Hannover	34	16	12	6	68:52	44:24
4.Nürnberg	32	19	4	9	57:41	42:22
5.Aachen	34	14	11	9	57:43	39:29
6.Wattenscheid	34	14	8	12	55:57	36:32
7.BW Berlin	34	13	8	13	58:50	34:34
8.Hertha BSC	33	10	13	10	48:51	33:33
9.Darmstadt	34	12	9	13	48:52	33:35
10.Köln	34	13	7	14	51:59	33:35
11.Solingen	34	14	5	15	55:67	33:35
12.Freiburg	34	12	10	12	39:42	34:34
13.Stuttgart	34	12	7	15	44:46	31:37
14.Duisburg	34	10	11	13	50:55	31:37
15.Homburg	34	11	7	16	49:52	29:39
16.Oberhausen	33	10	8	15	55:62	28:38
17.Offenbach	34	9	11	14	40:53	29:31
18.St. Pauli	34	9	9	16	45:58	27:41
19.Bürstadt	33	11	3	19	43:52	25:41
20.Ulm	34	5	11	18	42:70	21:47

DIE VORSCHAU

Dienstag: Saarbrücken – Hertha BSC. – **Freitag:** Wattenscheid – Freiburg, Aachen – Köln. – **Samstag:** Oberhausen – Stuttgart, Darmstadt – Hertha BSC, Solingen – Nürnberg, St. Pauli – Saarbrücken, Ulm – Duisburg. – **Sonntag:** Bürstadt – Kassel, Homburg – Hannover, *BW Berlin – Offenbach.*

HANDBALL / Entscheidung am letzten Spieltag

Kiel hofft noch immer, viel Optimismus in Gummersbach

dpa/sid, Gummersbach

„Irgendwann muß mit dem Glück für Gummersbach Schluß sein. Wir haben noch Hoffnung bis zur letzten Sekunde." Der Psychologiestudent Ingi Gunnarsson, Trainer des THW Kiel, setzt seine letzte Hoffnung in den Aufsteiger TuRu Düsseldorf und träumt dabei von der Deutschen Handball-Meisterschaft, die am nächsten Samstag endgültig entschieden wird. Nach 1560 Spielminuten wird innerhalb von einer Stunde die Entscheidung darüber fallen, ob der VfL Gummersbach künftig als Rekordmeister mit insgesamt zehn Meistertiteln firmieren wird oder ob der THW Kiel sich zum vierten Mal in die Liste der 37 Sieger eintragen darf.

Weil Gummersbach nach dem jüngsten 25:19-Sieg gegen GW Dankersen die besten Voraussetzungen hat, legte das Trainerduo Klaus und Heiner Brand jetzt die Rolle der Zauderer ab und gab die langgehegte Zurückhaltung auf. Nachdem Obmann Eugen Haas schon vor einigen Wochen verkündet hatte: „Jetzt holen wir die Meisterschaft", üben sich nun auch die Trainer in Optimismus: „Wir glauben an die Meisterschaft und den Titel."

Die Mannschaft, die das noch verhindern kann, heißt TuRu Düsseldorf. Sie erwartet am Samstag um *19.30 Uhr den Tabellenführer* aus Gummersbach und trägt alle Kieler Hoffnungen: „TuRu-Trainer Horst Bredemeier ist ein Schlitzohr und wird seine Jungs richtig heiß machen. Verschenken wird diese Mannschaft bestimmt nichts", glaubt der Kieler Torjäger Uwe Schwenker an seine Chance. Gummersbach muß unbedingt in Düsseldorf gewinnen, um den einen Punkt Vorsprung vor Kiel zu retten. Gibt Gummersbach auch nur einen Punkt ab, so soll die Kieler Förde „brennen". Für den Fall eines Unentschieden in Düsseldorf hat Kiels Manager Jacobsen ein Volksfest vor der Ostseehalle versprochen. Denn an einem Sieg des THW Kiel im letzten Heimspiel gegen die schon seit Wochen als Absteiger feststehende SG Wallau-Massenheim zweifelt niemand. In diesem Fall *stünden beide Mannschaften zwar* punktgleich, doch das Torverhältnis würde den Norddeutschen zur Meisterschaft verhelfen. *Sie gewannen* ihr Meisterschaftsspiel beim Meister TV Großwallstadt mit 23:18 und haben im Vergleich zu Gummersbach *einen Zwei-Tore-Vorsprung.*

Angesichts der Spannung um die Meisterschafts-Entscheidung vollzieht sich der Kampf gegen den Abstieg fast am Rande. Neben Aufsteiger Wallau-Massenheim, dessen rasanter Weg von der Kreisklasse in die Bundesliga jetzt unterbrochen wird, *muß auch der Traditionsklub* TV Hüttenberg den Weg in die Zweitklassigkeit antreten. Welcher Verein die beiden hessischen Klubs begleiten wird, entscheidet sich unter den vier Mannschaften TuRa Bergkamen (19:31 Punkte), TBV Lemgo (20:30), SG Weiche-Handewitt und Reinikkendorfer Füchse (je 21:29). Dabei gleicht der Terminplan einem Krimi-Drehbuch, denn die Paarungen des letzten Spieltages lauten: Bergkamen – Berlin und Weiche-Handewitt – Lemgo.

Eine Meisterschaft wurde bereits gestern in Gummersbach entschieden: Vor 2300 Zuschauern in der ausverkauften Sporthalle gewann der TSV Bayer Leverkusen im Endspiel um die Meisterschaft der Frauen zum neunten Mal den Titel. In einer Neuauflage des Finales von 1984 deklassierten die Leverkusener Frauen den TV Lützellinden mit 23:9 (11:3). Die 1500 Fans aus dem Gießener Vorort verstummten bereits nach einer Viertelstunde, weil die Vorentscheidung bereits gefallen war. Nach einem Blitzstart führte Leverkusen schnell 6:1 und baute danach aus stabiler Deckung heraus seinen Vorsprung kontinuierlich aus. Vergessen waren die mannschaftsinternen Probleme der letzten Wochen, die durch den geplanten Vereinswechsel der drei Stammspielerinnen Renate Wolf, Petra Platen und Ann-Mari Winther (alle nach Engelskirchen) entstanden waren. In ihrem letzten Spiel für Leverkusen gehörten sie erneut zu den wesentlichen Stützen, wobei Renate Wolf Lützellindens torgefährlichste Werferin Barbara Wenzl-Krefft zur *Wirkungslosigkeit* verurteilte.

GALOPP / Las Vegas für 100 000 Pfund ein Jahr nach England ausgeliehen

Werben der Scheichs hatte doch Erfolg

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Seit fast einem Jahr hat Robert Acton, der Gestütsmanager der Maktoum-Scheichs, Jagd auf die deutsche Galopperstute Las Vegas gemacht. Ihre Züchterin Ilse Bscher (66) aus Köln, Tochter des Adenauer-Beraters Robert Pferdmenges, lehnte sogar ein Kaufangebot für eine Million Mark für *die Siegerin im Preis der Diana*, Aral-Pokal und St. Leger ab.

Aber Acton hat sich auch von dieser Absage nicht entmutigen lassen: *Er hat Ilse Bscher und Anne-Claire* Breskes, eine der Töchter der Zoppenbroicher Gestütsbesitzerin Hela Bresges, ins Dalham Hall Stud nach Newmarket (England) eingeladen. Das ist eines von 15 Gestüten, das in den letzten Jahren in den Besitz der Scheichs aus Dubai gegangen ist. *Dort hat Robert Acton* ein Angebot präsentiert, das auch Ilse Bscher nicht ablehnen konnte: Las Vegas wird für die nächste Decksaison an *die Scheichs verpachtet* und *dann* von einem in England oder USA stationierten Spitzenhengst gedeckt, das Fohlen daraus gehört dann den Scheichs, die Mutterstute aber weiterhin Ilse Bscher. Dafür zahlt der dollarschwere Scheich Mohammed al-Maktoum 100 000 englische Pfund und einen Freisprung *zum* irischen Derby-Sieger Shareef Dancer, der mit einer Decktaxe von normalerweise 150 000 Dollar einer der teuersten Vererber auf dem Pferdemarkt ist. Ilse Bscher: „Die Leute sind ganz verrückt nach meiner Stute. Man kennt das ja: Der Hund, der den Knochen *nicht kriegt, ist besonders scharf darauf.*"

Die 100 000 Pfund Pachteinnahmen wird Ilse Bscher aber nicht auf die Bank tragen. Sie will ihre Stute Loisach, die Mutter von Las Vegas, von einem Spitzenhengst wie Mill Reef oder Kris decken lassen. Den Freisprung zu Shareef Dancer möchte sie dann 1987 mit Las Vegas nutzen. Die Scheichs tragen alle Risiken des Las-Vegas-Geschäfts. Vor allem für die Ungewißheit, ob Las Vegas überhaupt tragend zu bekommen ist. Momentan steht sie im Gestüt Schlenderhan und soll von Priamos gedeckt werden. Aber dabei treten offenbar Probleme auf.

ERGEBNISSE

K'lautern – Bielefeld	1:1	(1:0)
Schalke – Mannheim	4:0	(2:0)
Frankfurt – Düsseldorf	2:2	(1:0)
Karlsruhe – Bremen	1:1	(0:0)
Hamburg – Stuttgart	3:1	(1:0)
M'gladbach – Köln	2:3	(1:1)
Bochum – München	1:1	(0:1)
Leverkusen – Uerdingen	0:0	
Braunschweig – Dortmund	2:4	(2:2)

DIE SPIELE

K'lautern – Bielefeld 1:1 (1:0)

K'lautern: Reichel – Dusek – Wolf, Majewski – Geye, Brehme, Lang (85. Moos), Moser – Schupp (66. Hübner), Allofs, Kitzmann. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Flguth (64. Pohl), Hupe, Dronia – Rautiainen, Borchers, Schnier, Foda – Reich, Ozaki (80. Kühlhorn). – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Dusek (16.), 1:1 Hupe (88.). – **Gelbe Karten:** Brehme (4/2), Geye (3) – Wohlers (3). – **Zuschauer:** 10 000.

Frankfurt – Düsseldorf 2:2 (1:0)

Frankfurt: Pahl – Fruck – Boy, Körbel, Sievers – Kroth (74. Binz), Friz, Mohr, *Tobollik* – *Müller, Svensson.* – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bockenfeld, Kuczinski, Kaiser – Fach, Weikl, Dusend, Bommer (62. Edvaldsson) – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Friz (13.), 2:0 Friz (74.), 2:1 Fach (85.), 2:2 Dusend (89.). – **Gelbe Karten:** Keine. – **Zuschauer:** 12 000.

Schalke – Mannheim 4:0 (2:0)

Schalke: Macak – Fichtel – Kruse, Schipper – Hartmann, Dierßen, Kleppinger, Dietz, Jakobs (87. Opitz) – Thon, Täuber. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – *Tsionanis*, Dickgießer – Kohler, Schlindwein, Heck (68. Scholz), Schön (46. Gaudino), Quaisser – Bührer, Walter. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Täuber (20.), 2:0 Thon (33.), 3:0 Hartmann (58.), 4:0 Opitz (89.). – **Gelbe Karten:** Täuber (4/2) – Quaisser (2). – **Zuschauer:** 17 300.

Bochum – München 1:1 (0:1)

Bochum: Zumdick – Lameck – Saborowski, Knüwe, Kree (88. Kühn) – Woelk, Benatelli, Oswald, Schulz – Kuntz, Fischer. – **München:** Aumann – Augenthaler – Dremmler, Eder – Nachtweih, Matthäus, Lerby, Willmer – Wohlfarth (33. Mathy), Hoeneß, Kögl (80. Beierlorzer). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Matthäus (28.), 1:1 Benatelli (70.). – **Gelbe Karten:** Saborowski (2) – Wohlfarth (3), Lerby (7), Hoeneß. – **Zuschauer:** 42 000.

Braunschweig – Dortmund 2:4 (2:2)

Braunschweig: Franke – Hintermaier – Scheike (68. Sackewitz), Bruns, Ellmerich – Kindermann, Pahl, Gorski, Posipal (67. Geiger) – *Plagge*, Worm. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Huber (46. Storck), Rüßmann, Kutowski – Bittcher, Loose, Raducanu, Anderbrügge (73. Schüler) – Simmes, Egli. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 0:1 Egli (23.), 0:2 Loose (32.), 1:2 Ellmerich (41., Handelfmeter), 2:2 Posipal (45.), 2:3 Simmes (61.), 2:4 Schüler (87.). – **Gelbe Karten:** Hintermaier (7), Ellmerich (2), Geiger (3) – Anderbrügge (2). – **Zuschauer:** 10 806.

Leverkusen – Uerdingen 0:0

Leverkusen: Vollborn – Bast – Reinhardt, Gelsdorf – Giske, Winklhofer, Hörster, Röber, Götz – Waas, Schreier. – **Uerdingen:** Vollack – Friedhelm Funkel – Wöhrlin, van de Loo – Klinger (46. Puszamszies), Feilzer, Wolfgang Funkel, Buttgereit, Raschid – Schäfer, *Loontiens (88. Gudmundsson).* – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Gelbe Karte:** Winklehofer (4/2). – **Zuschauer:** 7000.

M'gladbach – Köln 2:3 (1:1)

M'gladbach: Sude – Bruns – Borowka, Hannes – Ringels (84. Krauss), Drehsen, Rahn, Hochstätter (67. Lienen), Frontzeck – Criens, Mill. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Prestin, Geils – Lehnhoff (77. Lefkes), Hönerbach, Mennie (63. Geilenkirchen), Engels, Gielchen – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Allofs (22.), 1:1 Borowka (37.), 2:1 Rahn (47.), 2:2 Allofs (63.), 2:3 Allofs (87.). – **Gelbe Karten:** Ringels, Frontzeck (4) – Prestin (3), Mennie. – **Zuschauer:** 26 000.

Hamburg – Stuttgart 3:1 (1:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Wehmeyer, Jakobs, Schröder – Groh, Rolff, Magath, van Heesen (83. Soler) – Wuttke, Milewski. – **Stuttgart:** Roleder – Zietsch (72. Makan) – Bernd Förster, Karlheinz Förster, Müller – Kempe, Buchwald, Ohlicher, Allgöwer – Reichert (68. Wolff), Klinsmann. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Wuttke (6.), 1:1 Klinsmann (62.), 2:1 van Heesen (72.), 3:1 van Heesen (79.). – **Gelbe Karten:** Keine. – **Zuschauer:** 19 700.

Karlsruhe – Bremen 1:1 (0:0)

Karlsruhe: Kargus – Theiss – Roth, Keim – Harforth, Walz, Günther, Hertwig, Boysen (82. Löw) – Bühler, Glückler (53. Künast). – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop (75. Reinders) – Sidka (90. Ordenewitz), Möhlmann, Meier, Okudera, Otten – Neubarth, Völler. – **Schiedsrichter:** Matheis (Rodalben). – **Tore:** 0:1 Völler (87.), 1:1 Harforth (89., Foulelfmeter). – **Gelbe Karte:** Harforth (4). – **Zuschauer:** 11 000.

VORSCHAU

Nachholspiel, Dienstag

Uerdingen – Hamburg	(1:1)

Freitag (20.00 Uhr

Bremen – K'lautern	(2:2)
Köln – Bochum	(3:1)
Düsseldorf – Schalke	(0:1)

Samstag (15.30 Uhr)

Mannheim – Hamburg	(2:5)
Dortmund – Frankfurt	(1:2)
Bielefeld – Braunschweig	(0:0)
Uerdingen – Karlsruhe	(4:0)
München – *Leverkusen*	(0:3)
Stuttgart – Gladbach	(1:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

JUDO

Das hohe Niveau gehalten, „DDR" überflügelt

dpa, Hamar

Die Judo-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich weiter im Aufwind. Zwei Titelgewinne wie im Vorjahr in Lüttich ließen sich bei den Europameisterschaften in Hamar zwar nicht wiederholen, doch zwei Silbermedaillen und eine Bronzemedaille bestätigten schon vor dem Turnierende in Norwegen: Der Deutsche Judo-Bund (DJB) hat sich an die führenden europäischen Länder Sowjetunion und Frankreich näher herangeschoben. Die „DDR" – in der Vergangenheit stets erfolgreicher – ist inzwischen von den Schützlingen des Bundestrainers Heiner Metzler (Köln) überholt worden.

„Diese Entwicklung zeigt doch, daß wir in den vergangenen Jahren richtig gearbeitet haben", zog Vizepräsident Klaus Glahn (Wolfsburg), der im Verband für den Leistungsbereich zuständig ist, ein positives Fazit. In der Nationalmannschaft ist der Kampf um die Plätze härter als je zuvor entbrannt. In den Gewichtsklassen wird mit aller Verbissenheit um die Nominierung für internationale Veranstaltungen gekämpft. „Jeder hat seinen Konkurrenten fest im Auge und überwacht das Abschneiden mit einer bisher nicht gekannten Präzision", berichtete der Bundestrainer.

Eigentlich hatten die DJB-Verantwortlichen nach dem Olympia-Turnier mit einem „kleinen Einbruch" gerechnet, doch durch intensive Trainingsmaßnahmen und eine genaue medizinische Überwachung der Athleten wurde eine Talfahrt verhindert. Die Silbermedaillen von Alexander von der Gröben (Wolfsburg) im Schwer- und Michael Bazynski (Bochum) im Mittelgewicht sowie der dritte Platz von Günther Neureuther (München) im Halbschwergewicht machten deutlich, daß das Leistungsniveau gehalten werden konnte.

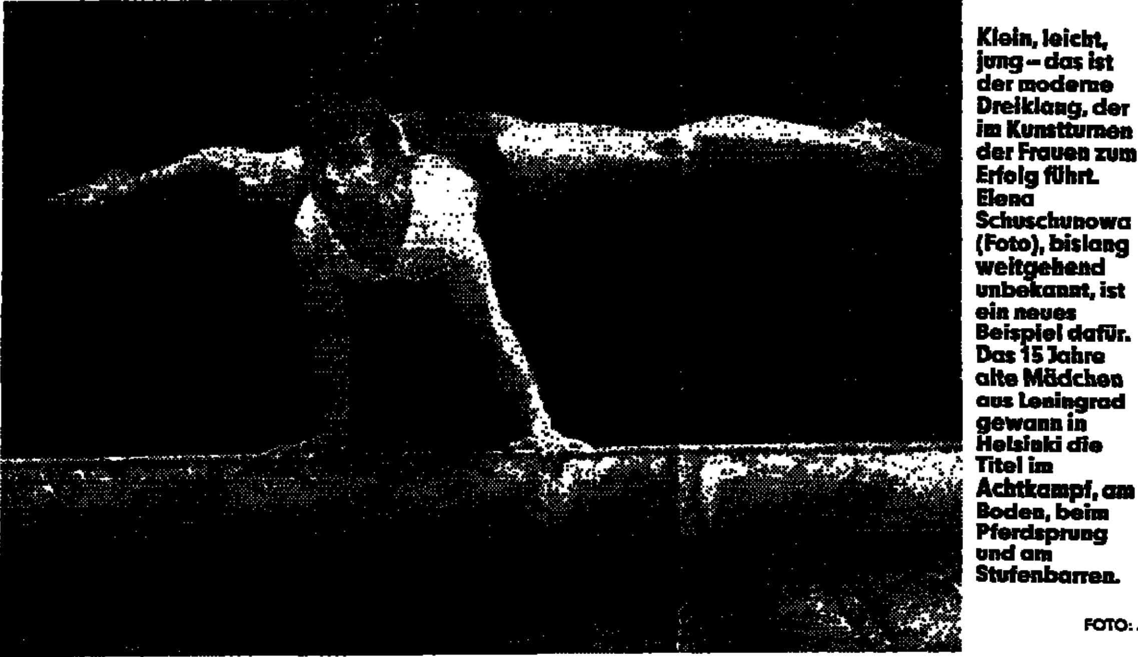
Ein Sorgenkind ist im Augenblick Olympiasieger Frank Wieneke (Hannover), der nach Los Angeles noch nicht wieder seine Form gefunden hat. „Wenn das ganze Theater um seine Person einmal zu Ende ist, dann kommt er auch wieder. Ich glaube an ihn", nahm Metzler eindeutig für seinen Schützling Stellung. Das frühe Ausscheiden im Hamar hat Wieneke aber nicht sicherer gemacht: „Manchmal denke ich sogar ans Aufhören."

TURNEN / 15 Jahre alte Elena Schuschunowa aus Leningrad mit Rekordnote neue Europameisterin

Olympiasiegerin Szabe startete doch – und verlor Bundestrainer Vladimir Prorok: „Ich schäme mich"

dpa/sid, Helsinki

Gestern noch die Nummer zwei in der UdSSR, heute schon Europameisterin im Kür-Vierkampf. Mit einem Traumsprung (Flickflack-Tsukahara-Schraube) und der Höchstnote zehn sprang die erst 15 Jahre alte Elena Schuschunowa am Samstag in Helsinki an die Weltspitze. Die 39,775 Punkte für die Leningrader Schülerin bedeuteten nicht nur die höchste Wertung, die es jemals gab (bisher Nadia Comaneci/Rumänien mit 39,450), sondern zugleich auch den noch nicht erwarteten Triumph über die routinierte Maxi Gnauck aus der „DDR", die trotz ihrer Probleme mit dem Rücken 39,600 erzielte. Die viermalige Europameisterin von 1981 konnte damit aber noch den sowjetischen Emporkömmling Oksana Omeljantschik (39,525) auf Platz drei überholen, die bis zu ihrem Meisterschaftserfolg von Alma-Ata am 22. April kaum über die Landesgrenzen hinaus bekannt war.



Klein, leicht, jung – das ist der moderne Dreiklang, der im Kunstturnen der Frauen zum Erfolg führt. Elena Schuschunowa (Foto), bislang weitgehend unbekannt, ist ein neues Beispiel dafür. Das 15 Jahre alte Mädchen aus Leningrad gewann in Helsinki die Titel im Achtkampf, am Boden, beim Pferdsprung und am Stufenbarren.

FOTO: AP

Im geschlagenen Feld: Die viermalige Olympiasiegerin und Doppel-Europameisterin (Barren, Boden), Ecaterina Szabo (Rumänien), mit 39,225 als Fünfte und die Mehrkampf-Weltmeisterin Natalia Yurtschenko (UdSSR) mit 38,825 gar nur als Zehnte. Noch kurz vor den Titelkämpfen schwirrten Gerüchte über Ecaterina Szabo durch die Turnwelt. Sie sollte eigentlich nicht starten, Experten vermuteten, die Rumänen fürchteten die Rache der anderen Ostblock-Nationen, weil Rumänien den Boykott von Los Angeles durchbrochen hatte. Vermutet wurde, Ecaterina Szabo sollte heruntergewertet werden. Nun startete sie doch – übergewichtig und mit vielen kleinen Fehlern in ihren Vorführungen, die sich am Ende summierten.

Wer ist diese Elena Schuschunowa, die aus derselben Leningrader Schule kommt wie einst Olympiasiegerin Elena Dawidowa? Auf dem Podium strahlte sie sportliche Eleganz aus und trotz ihrer erst 15 Jahre bei 1,46 m Körpergröße und 39 Kilogramm Gewicht auch schon Anmut und Grazie. Fachleute im eigenen Land hatten ihr schon das „schwerste Kürprogramm der Welt" bescheinigt. Die Konkurrenz mußte dem neidvoll zustimmen. Elenas größte Stärke ist, daß sie keine Schwächen hat. Nicht einmal am vierten und letzten Gerät, als sie trotz leichter Fehler im Training am Barren volles Risiko einging und auch den greifbar nahen Titel gegenüber Maxi Gnauck – nach drei Geräten führte Elena Schuschunowa mit 29,800:29,650 Punkten – aufs Spiel setzte. Mit 9,975 machte sie gegen die fast sechs Jahre ältere Ost-Berlinerin (Boden 9,950) alles klar.

Höhepunkt des Vierkampfs aber war ohne Zweifel Elenas Pferdsprung, für den alle sechs Kampfrichterinnen – ein Novum bei Europameisterschaften – die Höchstnote zehn gaben. „Im Wettkampf habe ich diesen Sprung erst dreimal gezeigt, aber eine zehn gab es noch nie. Zehn ist eine hohe Zahl", piepste die Kleine, die trotz der Anspannung auch noch lächeln konnte. Die UdSSR gewann damit zum siebten Mal seit 1957 den Vierkampf-Titel und die 35. Goldmedaille von bisher 75 vergebenen.

Fachleuten war diese Elena Schuschunowa jedoch schon länger bekannt. Als 13jährige gewann sie bereits 1983 den UdSSR-Cup, durfte aber wegen der Altersbegrenzung nicht an den Budapester Weltmeisterschaften teilnehmen. 1984 Erste im Chunichi-Cup in Japan, Dritte im nacholympischen „Turnier der Freundschaft" in Olmütz, 1985 Zweite bei der UdSSR-Meisterschaft und Siegerin beim Turn-Meeting „Moscow News".

Und das Abschneiden der Turnerinnen aus der Bundesrepublik? In Zimmer 630 des Hotels Hesperia in Helsinki herrschte dicke Luft: Keine vier Stunden war das Debakel alt, da traf man sich bei Cheftrainer Vladimir Prorok zur Krisensitzung. Und zumindest in einem Punkt war die Delegation des Deutschen Turner-Bundes (DTB) sich einig: So wie zuletzt kann es nicht weitergehen.

Der 57 Jahre alte Tschechoslowake zitterte vor Erregung. „Unter diesen Leistungen steht mein Name, den ich mir nicht kaputtmachen lasse", stieß Prorok hervor und paffte eine Zigarette nach der anderen. Die Plätze 17, 23 und 42 hatten Elke Heine (Hannover), Anja Wilhelm (Wolfsburg) und Christine Wetzel (Hittfeld) belegt, eine bittere Enttäuschung für den weltweit anerkannten Trainer. Prorok: „Ich schäme mich."

Der seit vier Jahren in DTB-Diensten stehende Prorok schließt persönliche Konsequenzen nicht mehr aus: „Der Verband muß sich zwischen Freizeitsport und Leistungssport entscheiden. Unser hohes Leistungsniveau von den Olympischen Spielen in Los Angeles können wir nur mit mehr Training halten. Eine Woche zentrale Vorbereitung auf eine Europameisterschaft ist lächerlich. Ich will arbeiten und kann nicht."

Volle Unterstützung bei seinen Forderungen erhält Prorok von Bundesfachwartin Ursula Hinz. „Diese Resultate müssen Konsequenzen haben. Anderenfalls können wir gleich Konkurs anmelden", erklärte sie. Sie wird am nächsten Wochenende ein vor längerer Zeit anberaumtes Gespräch mit dem DTB-Präsidium nutzen, um ihre Forderungen auf den Tisch zu legen. Wichtigster Punkt: Ausweitung der zentralen Trainingsmaßnahmen in Frankfurt.

Der Chefcoach, dessen Vertrag bis Ende 1988 läuft, schreckt vor Konfrontationen nicht mehr zurück: „Ich weiß, daß mich manche im Präsidium für einen Kinderquäler halten. Aber jeder weiß, daß Hochleistungssport Arbeit bedeutet. Und genau das fordere ich. Nicht mehr und nicht weniger." Zu der nachdenklichen und enttäuschten Runde in Proroks Hotelzimmer gehörte auch Eberhard Gienger. Man dürfe die Turnerinnen jetzt nicht verdammen, aber: „Ich habe selbst als Aktiver die Erfahrung machen müssen, daß bloßes Konservieren vergangener Leistungen nicht reicht."

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division: Liverpool – Aston Villa 2:1, Luton – Leicester 4:0, Norwich – Newcastle 0:0, Nottingham – Everton 1:0, Queens Park – Manchester United 1:3, Sheffield – West Ham 2:1, Southhampton – Coventry 2:1, Sunderland – Ipswich 1:2, Tottenham – Watford 1:5, West Bromwich – Arsenal 2:2. – Tabellenspitze: 1. Everton 87 Punkte, 2. Manchester United 76, 3. Tottenham 71. – **„DDR"-Oberliga,** 24. Spieltag: Rostock – Dynamo Berlin 1:5, Dynamo Dresden – Suhl 8:3, Karl-Marx-Stadt – Frankfurt 0:1, Lok Leipzig – Jena 1:1, Brandenburg – Chemie Leipzig 1:0, Erfurt – Aue 1:0, Magdeburg – Riesa 1:0. – Tabellenspitze: Berlin 40:8, 2. Dresden 36:12, 3. Lok Leipzig 34:14.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 25. Spieltag: Großwallstadt – Kiel 18:23, Reinickendorf – Weiche-Handewitt 22:22, Schwabing – Hüttenberg 30:21, Lemgo – Hofweier 22:18, Gummersbach – Dankersen 25:19, Wallau-Massenheim – Bergkamen 21:21, Essen – Düseldorf 19:15. – **Aufstiegsspiel** zur Bundesliga, Männer: Göppingen – Hameln 20:12.

KUNSTTURNEN

Europameisterschaften in Helsinki, Kür-Vierkampf der Damen: 1. Schuschunowa (UdSSR) 39,775 Punkte, 2. Gnauck („DDR") 39,600, 3. Omeljantschik (UdSSR) 39,525, 4. Riena (CSSR) 39,325, 5. Szabo (Rumänien) und Kersten („DDR") 39,225, ... 17. Heine 37,875, ... Wilhelm 36,875, ... Wetzel (alle Deutschland) 35,575. – **Bundesliga,** 5. Wettkampftag, Staffel Nord: Heusenstamm – Celle/Wolfsburg 225,25:213,95, Saar – Bergisch Gladbach 224,90:221,75, Hannover – Weiskirchen 224,90:220,30. – Staffel Süd: Herbolzheim – Stuttgart 225,80:225,55, Heilbronn/Neckarsulm – Bayern München 220,25:224,80, Oppau – USC München 225,20:222,75.

TISCHTENNIS

Play-Off-Runde, Herren, Meisterrunde, Gruppe 1: Jülich – Saarbrücken 4:9. – Tabelle: 1. Saarbrücken 8:0, 2. Steinhagen 3:3, 3. Jülich 0:8. – Gruppe 2: Grenzau – Düsseldorf 6:9. – Tabelle: 1. Düsseldorf 6:2, 2. Reutlingen 3:3, 3. Grenzau 2:6. – Abstiegsrunde: Altena – Bayreuth 5:9, Bremen – Bad Hamm 9:6. – Tabelle: 1. Altena 9:3, 2. Bremen 7:5, 3. Bayreuth 6:6, 4. Bad Hamm 0:12.

LEICHTATHLETIK

Länderkampf der Männer Frankreich – Italien – Deutschland – USA (Auswahl Ostküste) in Monaco, Stand nach dem ersten Tag: 1. Frankreich 95 Punkte, 2. Deutschland 92, 3. Italien 83, 4. USA 78. – **Einzelergebnisse:** 100 Meter: 1. Richard 10,59 Sekunden, 2. Marie-Rose (beide F) 10,62, 3. Ullo (I) 10,66 ... 6. Fritzsche 10,81, 7. Heer (beide D) 10,86. – 400 Meter: 1. Skamrahl (D) 45,66 Sekunden, 2. Whitlock (USA) 45,69, Ribaud (I) 46,18, 4. Just (D) 46,50. – 1500 Meter: 1. Thiebaut 3:45,95 Minuten, 2. Marajo (beide F) 3:46,08, 3. Harris (USA) 3:46,28, ... 5. Wessinghage 3:46,43, 6. Becker (beide D) 3:46,65. – 10 000 Meter: 1. Antobi (I) 28:27,49 Minuten, 2. Levisse (F) 28:29,61, 3. Gorman (USA) 28:36,80, ... 6. Stephan 28:52,23, 7. Gruning (beide D) 28:59,26 – 4 x 100 Meter: 1. Frankreich 39,11 Sekunden, 2. Italien 39,42, 3. Deutschland (Fritzsche, Kistner, Heer, Lubke) 39,78, 4. USA 39,81. – 400 Meter Hürden: 1. Schmid 48,85 Sekunden, 2. Scholz (beide D) 50,59, 3. Gui (F) 50,71. – Stabhochsprung: 1. Ferreira 5,30 Meter, 2. Collet (beide F), 3. Volmer 5,15, ... Schmidt (beide D) ohne Anfangshöhe. – Weitsprung: 1. M. Powell (USA) 7,96 Meter, 2. Kessler (D) 7,65, 3. Evangelisti (I) 7,57, ... Rebischke (D) 7,33. – Diskuswerfen: 1. Martino 65,10 Meter, 2. Bucchi (beide I) 64,30, 3. J. Powell (USA) 61,94, 4. Wagner 60,48, ... 6. Danneberg (D) 58,96. – Hammerwerfen: 1. Sahner 77,36 Meter, 2. Odenthal (beide D) 73,48, 3. Serrani (I) 72,22.

BOXEN

Profi-Kampftag in Berlin: DM im Halbschwergewicht (10 Runden): Jasmann (Korbach) – Rocchigiani (Berlin) unentschieden, Halbschwer (4 Runden): Wissenbach (Berlin) Punktsieger über Lechner (Erding), Super-Welter (4 Runden): Aytekin (Wolfsburg) PS über Schulz (Berlin), Super-Welter: Broszeit (Neunkirchen) techn. K.o. 2. Runde über Pehlivan (Turkei), Schwer: Akova (berlin) techn. K.o. 4 Runde über Josephs (England), Schwer: Köhler (Wolfsburg) techn. K.o. über Sasse (Berlin), Halbschwer (10 Runden): Anderson (England) PS über Yilderim (Berlin).

TENNIS

Internationales Turnier (200 000 Dollar) in Tokio, Finale, Herren: Borg – Jarryd (beide Schweden) 6:4, 6:3. – Finale, Damen: Gadusek (USA) – Bassett (kanada) 6:2, 6:0.

WASSERSPRINGEN

Internationaler Wettkampf in Fort Lauderdale (USA). Turmspringen Herren: 1. Kongzheng 632,10 Punkte, 2. Hui (beide China) 614,97, 3. Kimball (USA) 591,27. – Turmspringen Damen: 1. Mitchell (USA) 450,90, 2. Xiaoxia (China) 423,63, Ribot (Argentinien) 415,71, ... 6. Heinrichs (Deutschland) 379,32.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Krontaler (F. Werning), 2. Noble Light, 3. Montanus, Toto: 264/78, 26, 19, ZW: 7132, DW: 39 620, 2.R.: 1. Aranos (G. Bocskai), 2. Königspalme, 3. Sapa Inka, Toto: 28/18, 46, 26, ZW: 552, DW: 6836, 3. R.: 1. Negroni (P. Remmert), 2. Vulkanvogel, 3. Narjan, Toto: 52/16, 13,21, ZW: 136, DW: 716, 4. R.: 1. Sangrador (G. Bocskai), 2. Adlerschwung, 3. Narrador, Toto: 92/26, 26, 18, ZW: 732, DW: 5424, 5. R.: 1. Fortune Hunter (Frl. M. Bascyk), 2. Ratsherr, 3. Spreenixe, Toto: 48/12, 15, 11, ZW: 208, DW: 496, 6. R.: 1. Magicien (F. Puchta), 2. Ossimo, 3. Tövener, Toto: 132/30, 30, 22, ZW: 1740, DW: 8392, 7. R.: 1. Once Again (J. Warren), 2. Cherie, 3. Spring Time, Toto: 56/22, 15, 22, ZW: 280, DW: 1944, 8. R.: 1. High and Mighty (K. Woodburn), 2. Trafalgar, 3. The Filly, Toto: 24/13, 22, 17, ZW: 236, DW: 1512.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 4, 11, 16, 22, 32, Zusatzzahl 33. – **Spiel 77:** 5 6 4 2 4 0 6. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 10, 4. – Rennen B: 34,27,25. (Ohne Gewähr).

TENNIS

Nystroem „zwei Klassen besser" als Schwaier

dpa, München

Hansjörg Schwaier erkannte die Überlegenheit seines schwedischen Gegners offen an. „Nystroem war heute einfach zwei Klassen besser als ich", gab der 21jährige Münchner nach seiner glatten 1:6, 0:6-Final-Niederlage der mit 117 000 Dollar dotierten 70. internationalen bayerischen Tennismeisterschaften zu.

Joakim Nystroem hatte nur knapp eine Stunde benötigt, um sich die Siegprämie von 20 000 Dollar zu sichern – 2000 Zuschauern im Münchner Iphitos-Stadion hatten eines der kürzesten Endspiele in der Geschichte der Titelkämpfe erlebt. Schwaier erhielt für seinen zweiten Platz 10 000 Dollar und 38 Punkte, die den Münchner in der ATP-Weltrangliste von Platz 56 auf einen Rang zwischen 45 und 50 vorrücken lassen.

„Ich werde versuchen, gegen Nystroem das Spiel zu machen", hatte Schwaier nach seinem Halbfinalsieg gegen Diego Perez aus Uruguay angekündigt. Doch die Umstellung von seiner gewohnten Defensiv-Taktik auf offensiveres Spiel mißlang völlig. Der Schwede, ebenso wie Schwaier ein Topspin-Spezialist, wartete geduldig an der Grundlinie, bis sein riskanter spielender Gegner selbst Fehler machte. „Ich habe meine Chancen nicht genutzt", meinte der Münchner, der bei diesem Grand-Prix-Turnier an Nummer acht gesetzt war.

„Ich glaube, Schwaier stand vor einheimischem Publikum unter mehr Erfolgsdruck als ich", kommentierte der Weltranglisten-Zehnte seinen Erfolg und fuhr fort: „So leicht hätte ich mir das Endspiel nicht vorgestellt." Nystroems Aufstieg in die Weltklasse hatte vor zwei Jahren in München begonnen. 1983 hatte er allerdings noch das Finale gegen den Tschechoslowaken Tomas Smid verloren. In diesem Jahr hatte der Schwede auf dem Weg in das Münchner Endspiel den Franzosen Benhabiles, den Brasilianer Motta und den Argentinier Jose Luis Clerc aus dem Rennen geworfen.

Schwaier, der das deutsche Team während der Mannschafts-Weltmeisterschaft vom 20. bis 26. Mai in Düsseldorf führen wird, hatte die Deutschen Ricky Osterthun und Klaus Eberhard sowie Perez ausgeschaltet.

LEICHATHLETIK / Länderkampf in Monaco – Selbstbewußter Skamrahl

Harald Schmid in Form: „Ich bin prima über den Winter gekommen"

dpa/sid. Monte Carlo

Nur Harald Schmid, Erwin Skamrahl und Christoph Sahner hatten zum frühen Saisonauftakt der Leichtathleten am Sonnabend im Spielerparadies Monte Carlo gute Karten. Der große Rest der Mannschaft des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) hielt sich weitgehend an Horst Blattgerstes zweiten Halbsatz. Der DLV-Leistungssportreferent hatte angesichts der frühen Jahreszeit die Parole ausgegeben: „Gute Leistungen sind in Monaco nicht verboten, aber sie sind auch keine Pflicht."

Harald Schmid zeigte wie stets die beste „Berufsauffassung". „Ich bin prima über den Winter gekommen", meinte der zweimalige Doppel-Europameister schon vor dem Rennen, und rannte entsprechend kraftvoll über die Hürden. Seine 48,85 Sekunden begeisterten und erwärmten bei Nieselregen und Kälte auch die Prominenz im schönen Stadion „Louis II": Fürst Rainier von Monaco, Prinz Albert und Leichtathletik-Weltpräsident Primo Nebiolo (Italien).

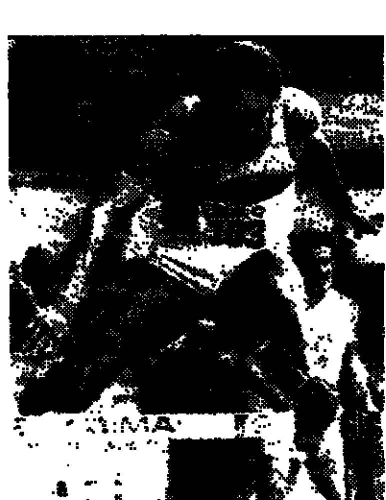
„Ich bin völlig überrascht über diese Zeit", sagte der Olympia-Dritte hinterher, „denn ich bin viel zu schnell angegangen." Tatsächlich passierte er die 300 Meter mit 37,7 Sekunden in Rekordtempo. „Damit kann man 47,5 rennen." Harald Schmids Europarekord über 400 m Hürden steht bei 47,48 Sekunden.

Schmid war im übrigen auch einer der größten Befürworter des frühen Länderkampfes: „So ein Wettkampf früh im Jahr zeigt doch wenigstens, wo man steht und was man im Training noch leisten muß."

Erwin Skamrahl, der wie Harald Schmid noch nie einen so schnellen Saisoneinstand feiern konnte, war nach seinen 45,66 Sekunden über 400 m eine halbe Stunde lang nicht ansprechbar. Der 27 Jahre alte Europarekordler (44,50) aus Groß-Ilsede hatte sich bei seinem Sieg über den Amerikaner Chris Whitlock (45,69) total verausgabt. „Der Ami hat mich zwei Meter vor dem Ziel geschubst, deshalb bin ich gestürzt, deshalb habe ich aber auch gewonnen."

Monte Carlo erlebte nach den enttäuschenden Leistungen der vergangenen Saison einen völlig neuen Skamrahl. Der Polizeibeamte präsentierte sich als gereifter Athlet. „Ich habe sehr viel lernen müssen, im Sport, im Beruf und privat. Und manches kapiert man eben erst, wenn man älter wird."

So hat er seine größte Unart ausgemerzt, das ständige Umdrehen nach dem Gegner. „Man muß sich ständig damit beschäftigen, wenn man einen solchen Fehler ablegen will." Er hat sich damit beschäftigt und die Konsequenzen gezogen. „Ich trainiere wieder wie früher und versuche nicht mehr, den Laufstil zu ändern", sagt Skamrahl. „Wenn ich gut laufen will,



Überrascht über seine Zeit: Harald Schmid. FOTO: DPA

muß ich einfach so schnell wie möglich losrennen. Wenn dann am Ende die Kraft fehlt und nichts 'rauskommt, muß ich mir wenigstens nicht den Vorwurf machen, gegen meine Natur gelaufen zu sein."

Das verloren gegangene Selbstbewußtsein hat Skamrahl zurückgewonnen. Auch deshalb kann er Bundestrainer Manfred Kinder herausfordern, der ihn aus dem 4 x 400 m-Quartett verbannte. Skamrahl meint, nun sei der Trainer am Zug: „Er muß auf mich zukommen." Doch Kinder blieb auch nach dem Rennen am Sonnabend distanziert. „Mal sehen, ob der Erwin sich tatsächlich geändert hat. Erst dann bekommt er eine Chance."

Selbstbewußt gab sich auch Diskus-Olympiasieger Rolf Danneberg (Wedel/Pinneberg). Der sechste Platz mit mäßigen 58,96 m ließ den 32jährigen kalt: „Das wird auch noch viel besser." Danneberg, im Vorjahr arbeitslos und deshalb mit viel Zeit für das Training ausgestattet, wird jetzt als Referendar zeitlich stark beansprucht. „Ich habe wenig Zeit zum Trainieren, die Technik fehlt ganz."

Ganz anders der Hammerwerfer Christoph Sahner. Zwar erwischte auch der 21jährige Junioren-Europameister keinen optimalen Wurf, doch berechtigen seine 77,36 m zu der Hoffnung, daß er die Lücke schließen kann, die der zurückgetretene Karl-Hans Riehm hinterlassen hat.

*

Amerikas viermaliger Olympiasieger Carl Lewis (23) will in diesem Jahr mit Macht den 100-m-Weltrekord seines Landsmanns Calvin Smith (9,93 Sekunden) brechen. Bei einem Leichtathletik-Sportfest in Modeston/USA erreichte er mit 9,98 Sekunden eine Jahresweltbestzeit. Hinter ihm liefen Darwin Cook (10,10) und Harvey Glance (beide USA/10,15) bei erlaubtem Rückenwind von 1,52 Meter pro Sekunde ebenfalls gute Zeiten. In Knoxville erzielten Terry Scott (10,09) und Sam Graddy (10,25) gleichfalls großartige Leistungen. Mit diesen Sprintern wird die US-Staffel über 4x100 m in absehbarer Zeit nicht zu schlagen sein.

Über die zweitbeste Leistung seiner Karriere – 9,97 sind Lewis' persönlicher Rekord – meinte der Olympiasieger später vor den 12 000 Zuschauern: „Ich bin mit meiner Leistung sehr zufrieden. Den Weltrekord wollte ich nicht angehen, aber eigentlich wollte ich meine eigene Bestmarke unterbieten."

Über 100 m Hürden gelang dem US-Olympiasieger Roger Kingdom in 13,14 Sekunden ebenfalls eine Jahresweltbestzeit, mit der er den Weltrekord von Reinaldo Nehemiah (USA, 12,93) nur hauchdünn verpaßte.

Der 22 Jahre alte Amerikaner Joe Dial stellte in Kansas mit 5,83 Meter einen US-Rekord und gleichzeitig eine weitere Jahres-Weltbestleistung im Stabhochsprung auf. Höher als Dial sprangen bislang auf der Welt lediglich Weltrekordler Sergej Bubka aus der UdSSR (5,94), der Franzose Thierry Vigneron (5,91) und der Sowjetrusse Konstantin Wolkow (5,85).

NACHRICHTEN

Hockey: Rommel Präsident

Mülheim (dpa) – Der Hamburger Wolfgang Rommel wurde auf dem Bundestag des Deutschen Hockey-Bundes in Mülheim einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt. Rommels Vorgänger Jürg Schäfer aus Frankfurt wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Evertons Serie beendet

London (dpa) – Nach 28 Spielen ohne Niederlage verlor der neue englische Fußball-Meister FC Everton sein Punktspiel bei Nottinham Forest mit 0:1. Dennoch hat Everton bei noch drei ausstehenden Spieltagen die Chance, den Liga-Rekord des FC Liverpool von 87 Punkten zu verbessern. Mit dieser Punktzahl führt der Klub in der Tabelle vor Manchester United (76).

400-Meter-Sieg für Groß

Rom (dpa) – Olympiasieger Michael Groß aus Offenbach gewann beim traditionellen Sieben-Hügel-Schwimmen in Rom nach seinem Erfolg über 200 Meter auch über 400 Meter Freistil in 3:55,95 Minuten vor dem Ungarn Zoltan Szilagyi (3:57,31). Bei den Europameisterschaften im August in Sofia wolle er allerdings nicht über diese Strecke starten, erklärte Groß nach seinem Sieg.

Laudas Auto brannte

Bonn (dpa) – Auf der Durchreise zum Köln-Bonner Flughafen mußte Formel-1-Rennfahrer Niki Lauda aus Österreich auf der Bonner Friedrich-Ebert-Brücke einen Zwangsstop einlegen. Sein Ferrari-Turbo stand plötzlich in Flammen. Der Brand konnte innerhalb kürzester Zeit gelöscht werden. Lauda blieb unverletzt.

Stückelberger siegte

Rom (sid) – Die Schweizerin Christine Stückelberger gewann auf Gauguin auch die zweite Prüfung beim internationalen Dressurturnier in Rom und führt mit 1624 Punkten. Der Warendorfer Hans-Dietmar Wolf fiel mit 1237 Punkten vom zweiten auf den vierten Rang zurück.

Fox gewann WM-Test

Augsburg (sid) – Der für Augsburg startende britische Kajak-Weltmeister Richard Fox gewann einen Monat vor den Weltmeisterschaften im Augsburger Eiskanal an gleicher Stelle ein hochklassig besetztes Testrennen vor seinen Vereinskameraden Peter Micheler und Jürgen Kübler. Siege für die Gastgeber gab es auch im Einer-Kajak der Damen durch Gabi Schmid und im Einer-Canadier durch Andreas Kübler.

Sieg über UdSSR

Budapest (sid) – Die deutsche Basketball-Nationalmannschaft der Herren gewann zum Abschluß des Vier-Länder-Turniers in Budapest überraschend mit 78:75 gegen Weltmeister UdSSR, der allerdings nicht mit der ersten Mannschaft vertreten war. Trotzdem gewann die UdSSR das Turnier, Deutschland belegte nach Niederlagen gegen Frankreich und Ungarn Rang vier.

Forderung wiederholt

Kornwestheim (dpa) – Karlheinz Gieseler, Generalsekretär des Deutschen Sportbundes (DSB), hat auf dem Verbandstag des Württembergischen Landessportbundes in Kornwestheim seinen Vorschlag wiederholt, Spitzensportler der Bundesrepublik Deutschland durch Ausbildungsverträge für eine begrenzte Zeit materiell abzusichern. Gieseler hatte früher diese Forderung mit dem Begriff eines Vertragssportlers verknüpft.

Gymnastik-Traumwertung

Sofia (sid) – Die bulgarische Sportgymnastin Lilia Ignatova sorgte bei einem international erstklassig besetzten Wettkampf in Sofia für einen Superlativ: Die Vizeweltmeisterin im Vierkampf erhielt für ihre Darbietungen mit Reifen, Ball, Keulen und Band jeweils die Höchstnote 10,0.

Lebenslange Sperre

Zagreb (sid) – Die jugoslawischen Hammerwerfer Ivan Ivancevic und Zlatan Faracevic sind von ihrem Verband wegen wiederholter Einnahme von Dopingmitteln lebenslänglich gesperrt worden.

Jassmann bleibt Meister

Berlin (sid) – Der 32 Jahre alte Profi-Boxer Manfred Jassmann aus Korbach verteidigte in Berlin seinen deutschen Meistertitel im Halbschwergewicht erfolgreich durch ein Unentschieden gegen seinen zehn Jahre jüngeren Berliner Herausforderer Ralf Rocchigiani.

AMATEURBOXEN

Frankfurt ist Meister, der Sportwart irrte

dpa, Hannover

Wachablösung in der Box-Bundesliga: CSC Frankfurt, seit zwei Jahren so etwas wie ein Stiefkind des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV), entthronte Bayer Leverkusen. Und sofort wurde von Trainer Olaf Rausch beim neuen Mannschaftsmeister getönt: „Jetzt muß Sportwart Heinz Birkle den Pokal auf Knien zu uns bringen." Der Frankfurter spielte damit auf die voreilige Entscheidung des DABV-Chefplaners an, der den Pokal bereits vor einer Woche trotz des 12:14 der Bayer-Staffel in Württemberg dem Leverkusener Bundesliga-Manager Heinz Hoch mitgegeben hatte. Hoch: „Ich wollte ihn gar nicht haben. Er wurde mir förmlich aufgedrängt. Jetzt müssen die Frankfurter noch etwas warten. Am Sonntag starten wir in Speyer. Da können sie sich das Ding abholen."

Entscheidend für den Sieg der Frankfurter war ein 14:12 beim stark ersatzgeschwächten BC Eichstätt und zur gleichen Zeit ein unerwartetes 13:13 von Bayer Leverkusen zu Hause gegen Ringfrei Mülheim. Frankfurt gewann den Titel mit 13:7 Punkten vor Bayer Leverkusen (12:8).

Beim BC Eichstätt hatte sich der Deutsch-Pole Bogdan Maczuga krank gemeldet. Wahrscheinlicher ist: Er wollte wohl nicht der Frankfurter Staffel Punkte abnehmen, für die er in der nächsten Saison für gutes Geld die Fäuste schwingen soll. Frankfurt konnte sich sogar eine ungenügende Vorstellung des Olympiateilnehmers Reiner Gies und Niederlagen in den schwersten Klassen leisten. Die Frankfurter sicherten sich den entscheidenden Erfolg mit Boxern aus Worms (Brüder Gertel), Bad Kreuznach (Griegel), Mainz-Kostheim (Tencer), Kaiserslautern (Gies), Koblenz (Jaworowski), Polen (Niemkiewicz), Alfeld (Künstler) und den USA (Burton). Für die nächste Saison verhandeln sie bereits mit EM-Teilnehmer Markus Bott, der in dieser Saison für Ahlen kämpfte.

In der Geschichte der vor 15 Jahren eingeführten Box-Bundesliga gab es bisher folgende Meister: Bayer Leverkusen (5), Ringfrei Mülheim (3), Hertha BSC, BSV Niedersachsen Hannover (je 2), PSV Berlin, Velberter BC und BC Essen-Steele.

NICHT GUT IST, DASS SICH ALLES ERFÜLLT, WAS DU WÜNSCHEST. DURCH KRANKHEIT ERKENNST DU DEN WERT DER GESUNDHEIT, AM BÖSEN DEN WERT DES GUTEN, DURCH HUNGER DIE SÄTTIGUNG, IN DER ANSTRENGUNG DEN WERT DER RUHE.

Karl Rehagel

Prokurist

10. Juni 1906 – 30. April 1985

In tiefer Trauer

Brigitte Ewers geb. Rehagel
Dieter Ewers
Jörg Rehagel
Doris Rehagel geb. Konietzko
Lotte Schober geb. Rehagel
Susanne, Sabine und Ulrich Gartzke
und alle Angehörigen und Freunde

Glockenturmstraße 40, 1000 Berlin 19
2324 Haßberg-Hohwacht, Ostholstein

Die Trauerfeier findet am 20. Mai 1985 um 13.30 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 81, 1000 Berlin 31, statt.

Die Urnenbeisetzung erfolgt im Juni 1985 auf dem Friedhof der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Lutjenburg – Ostholstein.

Am 7. Mai 1985 starb mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Großvater und Bruder

Falk v. Usslar

im 79. Lebensjahr.

Marianne v. Usslar geb. Burchard-Motz
Sitta v. Borcke geb. v. Usslar
Mathias v. Borcke
Fabian und Vincent
Levin v. Usslar
Bettina Gräfin Bernstorff- v. Usslar
geb. Gräfin Bernstorff
Julia Probst geb. v. Usslar
Vincent Probst
Wendelin, Maximilian und Marie-Helene
Urs v. Usslar
Astrid v. Usslar geb. Dörnhaus

FINANZANZEIGEN

Pankraz, G. Flaubert und die Gemeinplätze

Eines der skurrilsten Unternehmen der neueren Literaturgeschichte war wohl der Versuch Gustave Flauberts, ein „Wörterbuch der Gemeinplätze" zusammenzustellen, in dem alle die vorgestanzten Redewendungen vorkommen sollten, mit denen wir normalerweise die Kommunikation mit unseresgleichen bestreiten. Das im Nachlaß gefundene Fragment dieses „Dictionnaire" war bisher, wenn sich Pankraz richtig erinnert, erst ein einziges Mal ins Deutsche übersetzt worden: in Zifferers Edition der Nachlaßwerke von 1912. Jetzt hat der auf Skurrilitäten und Surrealismen aus dem französischen Kulturkreis spezialisierte Münchner Verlag Matthes & Seitz das „Dictionnaire des idées reçues" neu herausgegeben. Das Büchlein ist sehr hübsch geworden, aber die Lektüre bereitet dennoch Pein.

Keiner der von Flaubert aufgeführten Gemeinplätze wird heute noch als solcher erkannt. Wenn er etwa unter dem Stichwort „Deutsche" anbietet: „Volk der Träumer", so setzt er selbst die zweifelnde Klammer „veraltet" dahinter und offeriert gleich einen „neueren" Gemeinplatz: „Kein Wunder, daß sie uns geschlagen haben, wir waren nicht vorbereitet!" Auch das ist natürlich heute längst veraltet. Wer das Flaubertsche Wörterbuch studieren wollte, um daraus zu lernen, wie man Gemeinplätze vermeidet, der würde hoffnungslos in die Irre geführt.

Die Sprache ist nichts Starres, Unveränderliches, sie paßt sich ununterbrochen den wechselnden Verhältnissen an, und das gilt besonders für ihre banale, gemeinplätzige Seite. Denn hier ist der Widerstand „sprachbewußter", auf Reinheit und Genauigkeit der Diktion drängender Akademiker am geringsten. Ständig werden neue, vorab klischierte, nämlich unbewußt verwendbare Formeln und Redeweisen produziert, und der Durchschnittsbürger greift sie mit Wonne auf, sei es, um sich wichtig zu machen und seine Dazugehörigkeit zu demonstrieren, sei es, um sich zu verbergen und die Abwesenheit eigener, selbständig entwickelter Gedanken zu kaschieren.

Jeder Versuch, sämtliche Gemeinplätze erfassen und katalogisieren zu wollen, gleicht dem Wettlauf des Hasen mit dem Igel. Flauberts „Dictionnaire des idées reçues" war nichts weiter als der Ausfluß einer Supermacke. Der Dichter, der sich im Lauf seiner Karriere vom leidenschaftlichen Romantiker zum grimmigsten Realisten wandelte, hatte die fixe Idee, daß es möglich sein müsse, die soziale Wirklichkeit literarisch adäquat zu erfassen, indem man nichts als sprachliche Versatzstücke, eben Gemeinplätze, aneinanderreihte. Sein unvollendeter Roman „Bouvard und Pécuchet" sollte die Probe aufs Exempel bringen. Doch es erging diesem Roman wie dem „Dictionnaire" selbst: Bouvard und Pécuchet redeten zwar tatsächlich nur Blech, aber es ist, aus heutiger Sicht, das Blech von vorgestern, mit dem man weder etwas abdecken noch etwas bloßstellen kann.

Immerhin begriff Flaubert die Erzeugung von Gemeinplätzen noch als eine Art Naturprozeß, dem sich keine gesellschaftliche Klasse entziehen könne, die der Literaten inbegriffen. Moderne Sprachkritiker hingegen beanspruchen für sich in der Regel einen Platz „au-dessus de la mêlée", sie halten sich für Verwalter der reinen, von Tagesklischees freien Form, in deren Namen sie den „Auswüchsen" des Jargons und der Fachsprachen zu Leibe rücken. Das geht so weit, daß beispielsweise ein Roland Barthes die sich unbeaufsichtigt fortentwickelnde Sprache insgesamt als „faschistisch" bezeichnete und ihr den „Antifaschismus" der Literatursprache entgegenstellte.

Flaubert hätte die Belegung aller möglichen, dem jeweils Sprechenden unbequemen Tatbestände mit dem Etikett „faschistisch" mit Sicherheit als Gemeinplatz in sein Dictionnaire eingereiht. Für ihn waren nicht der Militär- oder der Jugendjargon und nicht die Diplomatensprache oder andere Fachsprachen originäre Begründer von Gemeinplätzen, sondern eigentlich verantwortlich war in seinen Augen gerade das angebliche Gegenmilieu zu Jargon und Fachsprache: jenes „gehobene" Milieu der intellektuellen Salons, in denen die Sprache begutachtet und selektiert wurde, um schließlich zur Literatursprache und zur Sprache des Zeitgeistes zu gerinnen.

Wer das „Dictionnaire des idées reçues" nicht als zeitloses Handbuch, sondern als historisch eingegrenzte Sammlung von Sprüchen nimmt, die im französischen intellektuellen „juste milieu" des neunzehnten Jahrhunderts üblich waren, der wird denn auch jetzt noch Genuß aus dem Buch ziehen. Und er wird gleichzeitig entdecken, daß ein paralleles Unternehmen für die gegenwärtige Situation ein eminentes Desiderat ist, nach dem viele dürsten.

Wir haben heute zwar sprachkritische Wörterbücher des Jugend- und Drogenszene-Jargons und der Behördensprache, was aber fehlt, ist ein Wörterbuch der intellektuellen und sprachkritischen Gemeinplätze, ein Buch also, in dem die Verwalter des Zeitgeistes selbst einmal mit ihren Klischees und Sprachunarten konfrontiert werden, ein Buch des halbseidenen und halbintellektuellen Partygewäschs. Vor kurzem erschien ein Bändchen von Eckhard Henscheid und anderen, in dem etwas Derartiges versucht wurde. Aber den Verfassern fehlten gänzlich die Flaubertsche Gründlichkeit und Unabhängigkeit, sie gehörten selber zu sehr dazu, als daß sie etwas wirklich Kritisches hätten zustande bringen können.

Flauberts „Dictionnaire" hatte einen Vorläufer: Jonathan Swifts berühmtes „Handbuch der eleganten Konversation". Das ist zwar viel oberflächlicher als Flaubert, dafür freilich auch viel witziger, und es erhebt keinen Anspruch auf Ewigkeit. Eine gute Mischung aus Swiftschem und Flaubertschem Geist wäre zweifellos die beste Voraussetzung für das Schreiben eines deutschen Wörterbuchs der intellektuellen Gemeinplätze in der Gegenwart.

Pankraz

Premieren zum Wochenende: Luc Bondy inszeniert in Berlin, Rudolf Noelte in Bonn

Insulare Melancholie auf Zehenspitzen

Wie fast immer in der Berliner Schaubühne: Der optische Effekt ist, noch ehe das Spiel beginnt, schier atembenehmend. Bühnenbildner Karl-Ernst Herrmann schwelgt in düsterem Rokoko. Watteau selber scheint den Spielort ersonnen zu haben. Seine sanfte Eleganz und Zärtlichkeit beherrschen den Raum. Die ganze Bühnenmitte besteht aus einem gewaltigen Parkteich. Der ist groß wie sonst nur eine städtische Badeanstalt, nur schöner. In der Mitte eine sehnsüchtige Insel, bestellt mit klassischen Ruinen. Der Teich ist rundum in seinen Ufern begehbar. Umstanden ist er von einer düster-elegischen, haushoch rundenden Hecke.

Über den Höhen des dunklen Grüns erscheint eine kleine Seilschaft zweier männlich verkleideter Mädchen. Sie dringen ein in das philosophische Reservat des misogynen Philosophen Hermokrates, der hier siedelt in schöner, garstiger Abgeschiedenheit. Sie beginnen, immer den gewaltigen Parkteich umspielend, ihre graziöse Intrige aus gespielter und am Ende ernsthafter Liebesmühe. Marivaux' schöne Leichtfertigkeit kann beginnen.

Dies melancholische Narrenspiel mit den falschen und schließlich triumphal echten Gefühlen hebt zierlich und mit ernsthaftem Unterton an, genau wie es endet: als eine Scharade des Herzens. Liebesleid und -lust. Lauter gefoppte Herzen. Zärtliches Narrenspiel. Heiterkeit der sehnsüchtigen Verirrungen. Am Ende denn doch: „Der Triumph der Liebe".

Das kleine Stück von Marivaux ist, soweit ich mich erinnere, auf deutsch bisher kaum gespielt worden. Es ist eines von den mehreren Dutzenden, die dieser Komödiendichter des Rokoko den Bühnen seiner Zeit zugewendet hat. Luc Bondy inszeniert es hier zum ersten Male. Er tut's mit zärtlich fester, aber (ach!) wieder zu langer und ausführlicher Hand.

Er läßt die Figuranten der schönen Nichtigkeit schwelgen in Gefühlen. Sie umstreichen immer wieder das monumental schöne Gewässer. Die monströse Hecke, die es bedrohlich umgibt, ist plötzlich immer wieder von Türen durchlöchert. Man blickt unversehens in Interieurs, die geheimnisvoll sind und triefen von anmutigem Geschmack. Romantik des gezielten Leichtsinns wird verabreicht. Pracht und Zierlichkeit einer vorrevolutionären Unschuld werden mit vollen Händen ausgeteilt.

Ein so kleines, fast mathematisch errechenbares Intrigenspiel geht vonstatten. Leichte Humore dürfen, immer füglich gedämpft, anklingen. Lauter heiter-schlimme Amouren werden geweckt, gefoppt, verworfen und am Ende nur wie zufällig gestillt. Das Spiel aus lauter schönem Müßiggang wird über drei Stunden lang wie auf Zehenspitzen absolviert.

Mittelpunkt des um das schöne Gewässer kreisenden Abends ist Jutta Lampe. Sie, in ihrer maskulin-zierlichen Hosentracht, trifft den Ton einer elegischen Heiterkeit am besten. Sie hat wunderbare Momente. Neben ihr, nicht weniger verlockend und die Auswechselbarkeit der Geschlechter nicht geringer nutznießend, ganz entzückend: Corinna Kirchhoff. Thomas Holtzmann, anzusehen wie ein gegen den Strich gebürsteter Waldschrat, in der schließlich ins Leben zurückkippenden Rolle des philosophischen Troglodyten.

Libgart Schwarz darf, sozusagen in der Figur einer „frommen Helene", ebenfalls von der obherrschenden Liebesverwirrung betäubt sein. Sie macht das mit schön verdrückter Komik. Die Bediensteten, aus den unteren Etagen des Spiels, dürfen hin und wieder sogar, wie erwartet, ins Wasser fallen und in ihrem simplen Eifer auch drastisch komisch werden. Ernst Stötzner, als der heimliche Fürstensohn, wird schließlich triumphal in seine alten Rechte zurückgeführt. Er spielt das erstaunlich sicher.


Thomas Holtzmann und Jutta Lampe in Marivaux' „Triumph der Liebe" FOTO: BINDER/THIELE

Im ganzen aber kommt es einem vor, als sei denn doch die liebe Nichtigkeit sozusagen auf zu gewaltigem Wassertablett serviert, wenn am späteren und eher etwas mühsamen Ende das monumentale Gebüsch sich wie ein Vorhang endlich schließt und der Triumph der leichten Liebe wie mit deutlichem Operneffekt bewerkstelligt ist. Was so zärtlich leicht ist, wurde mit Ausführlichkeit ausgeboten. Amor tanzt denn doch eher unbeholfen. Und der große Pan war längst eingedusselt. Trotzdem starker Beifall für die Spieler und den Regisseur.

FRIEDRICH LUFT

Tiefe Lust an der eigenen Müdigkeit

Ganz hinten im Eßzimmer, in das man nur durch einen schmalen Türspalt hineinschaut, sitzt eine müde Gesellschaft, die Köpfe auf die verschränkten Arme gestützt. Nur gelegentlich, wenn einer lärmend hinzutritt, heben die Gestalten die Köpfe und schauen auf den Störenfried, als sei da etwas Unziemliches geschehen. Aber im nächsten Augenblick schon kehrt jeder zurück in seine eigene Müdigkeit. Ein Eßzimmer als Wartesaal, in einem Bahnhof, auf dem offenbar nie ein Zug ankommt. Das Drama aber spielt vorn, im Halbschatten, im Nebenraum, außerhalb der Gesellschaft.

So pessimistisch wie diese war wohl noch keine von Rudolf Noeltes bisherigen Tschechow-Inszenierungen. In Bonn brachte der große Seelenerforscher des deutschen Theaters nun schon seine dritte Version von Tschechows „Drei Schwestern" heraus – eine Elegie ohne Lächeln, ein sanftes Sterben in stillem, schönem Licht.


Susanne Seidler (vo.), A. Schmid und R. Goernemann in Tschechows „Drei Schwestern" FOTO: ODRY

Das Licht spielt ja bei Noelte immer eine wichtige Rolle. Aber diesmal hat es geradezu die Funktion des Tragischen. Im ersten und im letzten Akt ist die Bühne – zwei große, weiße, hintereinanderliegende Räume (Bühnenbild: Hanna Jordan) – in ein kunstvoll ausbalanciertes Seitenlicht getaucht, in einem wohltemperierten Mittelwert, der das ohnehin bewegungsarme Stück noch mehr anhält, ihm so sehr jede Dynamik absaugt, daß es schmerzt. Und die beiden Mittelakte sind in ein Dämmerlicht getaucht, so daß alle Schmerzen und Ermüdungen in den Schatten geraten, die letzten Reste an Bedeutung verlieren.

In diesem Licht also warten die drei Schwestern auf ihr Glück, das Moskau heißt und zu dem sie nie kommen. Alles, was da geschieht, hat keine dramatischen Motive und Wirkungen. Wenn das Militär abzieht, das dem kleinstädtischen Leben noch Farbe zu geben schien, dann ändert das schon gar nichts mehr. Wenn der Bräutigam Tusenbach (Rainer Goernemann) im Duell stirbt und seine Irina (Susanne Seidler) endgültig ohne Hoffnung zurückläßt, dann ist das eigentlich auch schon ohne Bedeutung. In Noeltes Licht sind sie längst alle in Schönheit gestorben.

Noelte macht alle Menschen zu Inseln. Mit erlesenem Geschmack verteilt er sie in der Weite des Raumes. Sie müssen einander rufen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Und wenn sie einander berühren, hat das etwas Zwanghaftes, Groteskes. Es scheint fast, als habe der Regisseur den Urgrund ihres Scheiterns in einer lebensfernen Ästhetik gefunden: Die artifiziellen Zivilisationsrituale berauben die Menschen ihrer Vitalkraft, machen sie zu willenlosen Opfern ihrer Prägungen.

Die gleichsam lautlose Mascha (Heidi Mahler), die mit einem leichten Aufschrei in ihre Ehe zurückkehrt, ist zu einem Ausbruch ebensowenig fähig wie die poetisch sublimierende Lehrerin Olga (Angela Schmid) oder eben die vordergründig aktive Irina. Sie tragen ihr Leid und ihr Unvermögen vor sich her, als sei das schon längst eine Conditio sine qua non für ihr Leben. Die Träume von Moskau gehören unabänderlich als Träume zu ihrem Leben. Ihre Realisierung wäre ein Unfall.

Man hat immer behaupet, das Skurrile bei Tschechow sei eine Suspendierung des Tragischen. Bei Noelte ist das eher umgekehrt. Die skurrilen Figuren sind die einzig wirklich tragischen: Maschas ungeliebter Ehemann, der Gymnasiallehrer Kulygin (Gert Westphal), trägt seine Liebe vor sich her wie einen Schild; seine Beteuerungen, die Ehe sei intakt, wirken tragisch, weil darin wenigstens noch ein Rest aktiven Wollens erkennbar ist. Oder der Arzt Tschebutykin (Fritz Straßner): Er versucht, seine Trunkenheit ausgerechnet mit dem Paradeschritt zu bewältigen – das hat durchaus Züge eines verzweifelten Heroismus. Oder das Ehepaar Andrei/Natalia (Ulrich von Bock/Ingrid Schaller): Fast trotzig schiebt der Gescheiterte den Kinderwagen über die Bühne; die Spießerin hat ein aktives Lebenskonzept.

So verkehrt sich bei Noelte die Tschechow-Welt. Die Befähigten sind im eigenen Lichte erfroren, aus dem Schatten treten die, von denen nichts Bedeutendes zu erwarten ist. Begeisterter Beifall für eine große Verneinung.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Maifestspiele Wiesbaden entdecken Pergolesi

Jongleur der Galanterien

Bei Wiesbadens Maifestspielen geht es zu wie so manches liebe Jahr, nur ein wenig anspruchsloser: Die Staatsoper Sofia konnte bei Borodins „Fürst Igor" gerade noch geballte Chorwucht und einen recht rabiat einsteigenden, klobigen Bassisten (Stefan Elenkow als Khan) aufbieten, leistete sich aber im übrigen – auch und gerade in Rimski-Korsakows „Goldenem Hahn" – einen szenischen Offenbarungseid nach dem anderen. Mit Verdis „Rigoletto" demonstrierte die berühmte San-Carlo-Oper aus Neapel Solidarität mit den Bulgaren. Über gehobenes Laienspiel kam man nicht hinaus. Doch das friedliebende Festspielpublikum begehrte nicht auf und hielt sich in der von Carlo Franci zügig geleiteten Aufführung bei den Sängern, Leo Nucci und Alida Ferrarini, schadlos.

Dagegen konnte die San-Carlo-Oper mit einer Aufführung von Pergolesis „Flaminio" das künstlerische Fiasko noch einmal abwenden und den bisher einzigen festspielwürdigen Akzent markieren. Giovanni Battista Pergolesi war der genialste italienische Komponist während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, auch wenn längst noch nicht geklärt ist, welche Werke nun tatsächlich Pergolesi zuzuschreiben sind.

In der 1735 zum ersten Mal aufgeführten Commedia per musica „Il Flaminio" jongliert Pergolesi mit so ziemlich allen Stilmitteln seiner Zeit. Ihm gelingt die Synthese aus neapolitanischem Volkslied, Commedia-dell' arte-Finessen und dem reduzierten Heroenpathos der Barockoper. Diese brillant durchgehaltene Stilkalkulation war gewiß auch eine Referenz vor den soziologisch verschiedenen Publikumsschichten, die der Komponist allesamt bei Geberlaune halten mußte. Doch der kompositorische Erfindungsreichtum des „Flaminio", sein sinnlicher Flair und die geschliffene Eleganz der musikalischen Dramaturgie – das Libretto geriet etwas zu ausführlich – machen Pergolesis musikalische Komödie zu einem Spitzenwerk der Gattung.

Das Publikum in Wiesbaden empfand es auch so und reagierte noch begeisterter als tags zuvor beim „Rigoletto". Mit der Unerbittlichkeit eines Dompteurs treibt Roberto de Simone seine durchweg jungen Solisten zu vitalem und geistreichem Komödienspiel an, führt sie, belebten Porzellanfiguren gleich, mit exquisitem Raffinement durch das galante Lügenspiel, das mitunter hart an die frivolen Kühnheiten der „Cosi fan tutte" heranführt. Und die Sänger treffen den vollen, sinnlichen Ton, vor allem das Dienerpaar von Valeria Baiano und Silvano Pegliuca.

Auch in den übrigen Partien präsentierten sich Sänger von hoher vokaler Kunstfertigkeit: Elena Zilio als vielumworbene Giustina, Maria Dragon in der Hosenrolle des Flaminio sowie die Tenorliebhaber Gennardo Sica und Rockwell Blake. Und folgerichtig dirigierte Marcello Panni das erotische Hinhaltespiel eines verfrühten Otavianers. Die kleine Orchesterformation spielte federnd-elastisch und ohne schwerfälligen Aplomb. Es waren unendlich viele authentische Augenblicke einer elegisch schönen und letztlich dann doch wieder heiter-harmonischen Klangwelt.

HEINZ LUDWIG

Die Frühjahrstagung der Darmstädter Akademie

Volkstümliche Literatur

Von den Heidelberger Studenten und Studentinnen, die wie alle Tage ihre Fahrräder zu Hunderten auf dem Universitätsplatz abgestellt haben, war nicht mehr als eine Handvoll in der Alten Aula vertreten, wo die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung die drei öffentlichen Sitzungen ihrer Frühjahrstagung abhielt. Kein Plakat, keine mündliche Verlautbarung schien darauf hingewiesen zu haben; dabei hätte es doch zumindest die Germanisten interessieren können, was dort zum Thema „Anspruch und Wirklichkeit einer ‚volkstümlichen' Literatur" abgehandelt wurde. (Volkstümlich hatte man vorsorglich zwischen Anführungszeichen gesetzt.)

Gewinn hätte auch verschafft zu hören, wie Prof. Karl Pestalozzi den großen italienischen Nietzsche-Forscher Mazzino Montinari ehrte, der den Friedrich-Gundolf-Preis für ausländische Germanistik erhielt, oder auch was die Laudatio Helmut Winters über die Übersetzerin Elisabeth Schnack zu sagen hatte, die für ihre unermüdliche Tätigkeit (150 Bücher, obwohl sie erst mit 48 Jahren zu ihrem eigentlichen Beruf gefunden hat!) mit dem Johann-Heinrich-Voss-Preis ausgezeichnet wurde.

Das Thema der Frühjahrstagung, die gewohnheitsmäßig nicht am Sitz der Akademie, sondern an einem stets wechselnden Ort stattfindet, wurde in diesem Jahr nur von zwei Vortragenden abgehandelt, was mehr Raum für die Diskussion ließ. Prof. Hermann Bausinger, Ordinarius für Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen, beschränkte sich auf den Zeitraum der deutschen Klassik und Romantik und stellte Gottfried August Bürgers Anläufe zur Volkspoesie und den Widerspruch, den sie von seiten Schillers gefunden haben, in den Mittelpunkt. Johann Peter Hebels „Kalendergeschichten" dienten dem Redner dann als Beispiel für wahrhaft gelungenes Volksschriftstellertum, bei dem das Populäre ohne Qualitätsabstriche möglich sei.

Herbert Heckmann, der Akademie-Präsident, hatte selbst den Auftrag übernommen, über die „Schwierigkeiten eines heutigen Volksschriftstellers" zu sprechen. Als seine Idealgestalt hob er Berthold Auerbach hervor und stellte ihn den Talmigrößen der gegenwärtigen Bestsellerlisten entgegen. Er umriß die erträumte Märchenwelt der Heftchen-Romane mit ihren üblichen Standeserhöhungen, worauf man ihm freilich entgegenhalten konnte, daß auch die große Literatur, von der attischen Tragödie bis zu Shakespeare und Schiller, sich die Könige und Fürsten als Handlungsträger erwählte.

In der Diskussion taten sich insbesondere Karl Korn und Dolf Sternberger hervor, der erstere mit wahrer Leidenschaftlichkeit, wobei ihm bei seinem Plädoyer für den Naturalismus immer wieder Stoff und Gestaltung durcheinandergerieten: Das Einbringen der Dienstmägde und der Wäscherinnen in die Literatur macht noch nicht ihre Volkstümlichkeit aus. Sehr wertvoll war jedoch Korns Hinweis auf Manzoni und die Ausweitung der Leserschaft eines großen Buches, das ohne jedes Schielen nach Erfolg entstanden ist.

Den schönsten aphoristischen Beitrag lieferte der Freiburger Romanist Hans-Martin Gauger: „Die einwandfreie Definition eines Volksschriftstellers liefert noch nicht den Beweis, daß es ihn überhaupt gibt."

Beileibe nicht zur Illustration des Tagungsthemas, sondern offenbar nur um ihrer Verpflichtung für die deutsche Gegenwartsliteratur zu genügen, hatte die Akademie vier Autoren zu einer nachmittäglichen Lesung eingeladen. Es waren Maria Beig, Ota Filip, Walter Kempowski und Joseph Zoderer. Seltsam kontrastierte das Vorgelesene mit der akademischen Pracht des wiederhergestellten Innenraumes, in dem man sich in kleiner Schar versammelt hatte, mit seinen Wandgemälden, Schnitzereien und Täfelungen, und trug noch dazu bei, der ganzen Tagung, bei aller zur Schau getragenen Munterkeit, den Grundton des Blassen und Vergeblichen zu verleihen.

HELLMUT JAESRICH

Ruhrfestspiele '85 zeigen „Dinge des Menschen"

Mit Hut und Handschuh

Die Ausstellung der Ruhrfestspiele ist diesmal eine Überraschung. In den letzten Jahren versuchte man sich an großen Themen – „Wer zeigt sein wahres Gesicht?", „Wer hat dich, du schöner Wald ..." –, ohne dafür die großen Bilder zur Verfügung zu haben. Man hatte ein gesellschaftskritisches, politisches Konzept – Entfremdung des Menschen, Umweltzerstörung –, kein künstlerisches. Die Kunstwerke waren deshalb weitgehend um ihre Autonomie beraubt, auf politisierende Beweisstücke reduziert worden.

Diesmal ist das ganz anders. Ein einfaches Thema – „Dinge des Menschen" – wird ohne soziologisierendes Drumherum ganz schlicht als ein Beispiel zeitgenössischer Kunst vorgestellt. Und wenn sich dann „Ein Paar Holzschuhe" von Vincent van Gogh in die vielen Variationen zum Thema „Schuhe in der gegenwärtigen Kunst" von Domenico Gnoli über Eduardo Arroyo bis zu Jiři Kolář einreihen, so empfindet das der Betrachter als eine reizvolle Zugabe.

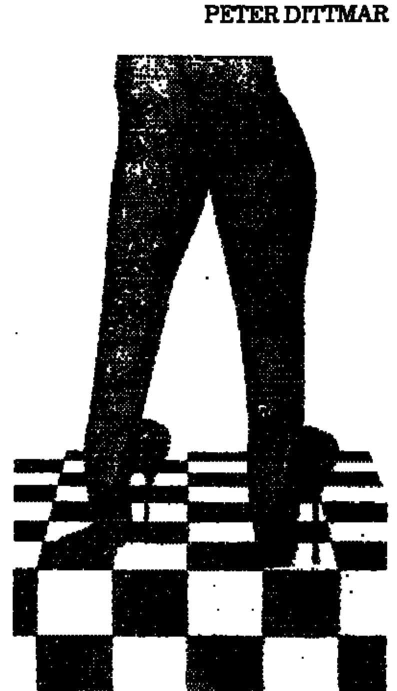
Nicht anders ist es, wenn ähnliche Motive, von sehr verschiedenen Temperamenten geschaffen, nebeneinanderhängen: „Der Herd" von Emil Schumacher, 1950 noch recht gegenständlich gemalt, neben dem „Häuslichen Herd" von Bruno Goller (1969) oder der frontal gesehene Biedermeier-„Stuhl am Fenster" von August Macke (um 1910) neben einem ganz ähnlichen und ähnlich gesehenen „Stuhl" von Paul Wunderlich.

Es geht in dieser Ausstellung um die einfachen, alltäglichen Dinge, mögen sie auch wie Schuh oder Stuhl, Schirm oder Schreibmaschine, Kleid, Hut oder Handschuh gelegentlich nicht nur Abbild der Realität, sondern Symbol eines Zustandes sein. Rolf Eschers „Nächtliche Zusammenkunft", die Versammlung von fast zwei Dutzend ordentlich gereihten, altmodischen Korbstühlen, die mit Relikten Reisender belegt sind, strahlt Verlassenheit, Heimatlosigkeit aus. Ähnlich ist es mit „AR" von Hartmut Lincke, drei diagonal ins Bild gesetzten, mit staubig grauen Schutzüberzügen zugedeckten thronartigen Stühlen vor einer kahlen Wand. Durch die Abwesenheit des Menschen wird in diesen Bildern der Mensch beschworen.

Das Thema der Ausstellung fordert natürlich zum Trompe-l'Œil oder zum Gag heraus. So kann man hier Timm Ulrichs „Ersten sitzenden Stuhl" besichtigen oder die „Klangwohnung" von Hingstmartin und Theodor Ross mit „Lamentierstuhl", „Unruhebett" oder „Klangteppich", die Musik oder Geräusche verbreiten, wenn man sie betritt oder besetzt.

Es ist der ständige Wechsel der Darstellungsformen und Dimensionen, der diese Ausstellung reizvoll macht. Wem bei alledem nach Bedeutungsschwere dürstet, der kann sich an den Katalog halten, der mit Ausdeutungen nicht geizt. Wem das Vergnügen an den Bildern genügt, der wird auch ohne diese Zutat gut bedient. (Bis 17. Juni; Katalog 18 Mark.)

PETER DITTMAR


„Neue Perspektive des Fußbodens": Siebdruck von Allen Jones (1966) FOTO: KATALOG

JOURNAL

Bühnen-Genossenschaft vom DGB in die DAG

dpa, Frankfurt

Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) hat ihren Austritt aus der DGB-Gewerkschaft Kunst beschlossen. Sie will jetzt mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) über einen Anschluß verhandeln. Diese Entscheidung wurde auf einem außerordentlichen Genossenschaftstag in Frankfurt getroffen. Die seit 100 Jahren bestehende gewerkschaftliche Organisation mit berufsständischer Ausrichtung reagierte damit auf die Forderung des DGB-Bundesvorstandes, nur noch Einzelmitglieder zu akzeptieren. Die GDBA mit 9000 Mitgliedern gehörte dem DGB nur nominell an.

Neue Museumsleiter in Berlin berufen

dpa, Berlin

Drei neue Museumsleiter hat der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz unter Vorsitz von Bundesinnenminister Zimmermann in Berlin berufen. Für den am 31. Januar aus dem Amt geschiedenen Direktor des Museums für Völkerkunde, Kurt Krieger, wird zum 1. August Klaus Helfrich, seit 1970 am selben Institut tätig, die Leitung übernehmen. Für Ekhart Berckenhagen, den am 30. April aus dem Amt geschiedenen Leiter der Kunstbibliothek, wird Bernd Evers, bisher an der Bibliothek der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, den Posten übernehmen. Die Direktorin des Museums für Ostasiatische Kunst, Beatrix von Rague, wird am 31. Juli in den Ruhestand gehen. Zu ihrem Nachfolger wurde Willibald Veit vom selben Institut benannt.

Letzte Chagall-Fenster feierlich übergeben

dpa, Mainz

Die letzten drei von neun Chagall-Fenstern in der Mainzer St.-Stephans-Kirche sind in einem Festgottesdienst eingeweiht worden. Marc Chagall, der am 28. März in Südfrankreich gestorben ist, hatte seine Arbeit an diesen drei Fenstern für das Querhaus der Kirche Anfang November letzten Jahres beendet. Sie stellen, nach den Worten des mit Chagall befreundet gewesenen Pfarrers von St. Stephan, Klaus Mayer, „den Himmel in allen Variationen" dar. Mit den drei letzten Fenstern habe Chagall eine „Vorhalle" schaffen wollen für die biblische Botschaft in den Fenstern des dahinter gelagerten Ostchores der Kirche. Diese Fenster mit den Themen „Der Gott der Väter", „Vision der Heilsgeschichte" und „Lob der Schöpfung" waren von 1978 bis 1981 in mehreren Abschnitten eingebaut worden.

Orchester-Archiv öffentlich zugänglich

dpa, Wien

Die Brille von Johannes Brahms, Briefe von Alban Berg und Richard Wagner und die Originalpartitur von Pfitzners „Palestrina" gehören zu den Schätzen, die sich in der 143jährigen Geschichte der Wiener Philharmoniker angesammelt haben. Das historische Archiv des berühmten Orchesters ist nun öffentlich zugänglich. Das Archiv reicht bis ins Gründungsjahr 1842 zurück und dokumentiert fast lückenlos die Konzertprogramme und die Korrespondenz.

Neuer Präsident der Puppenspieler

dpa, Bochum/Köln

Der Deutsche Bund für Puppenspiele hat einen neuen Vorsitzenden. Wie der Verband in Bochum mitteilte, löste Gerhard Schmidt, Köln, den bisherigen Präsidenten, Gerhard Mensching, Bochum, ab, der nicht mehr die Mehrheit der Stimmen erhielt. Mensching war seit 1976 Vorsitzender. Schmidt muß sich in drei Jahren zur Wiederwahl stellen.

Aufführung der Oper „Phaeton"

dpa, Kassel

Rund 300 Jahre alt ist die phantastische Barockoper „Phaeton" von Jean-Baptiste Lully, die das Kasseler Staatstheater für die kommende Spielzeit angekündigt hat. Nach Darstellung des Intendanten Manfred Beilharz wird mit der Premiere am 2. November die Oper nach drei Jahrhunderten zum ersten Mal wieder auf der Bühne zu sehen sein.

Italiener erhält Montaigne-Preis

dpa, Hamburg

Den diesjährigen Montaigne-Preis für bedeutsame Beiträge zur europäischen Kultur aus romanischen Ländern hat die Hamburger Stiftung F. V. S. dem Italiener Vittore Branca zuerkannt. Nach Mitteilung der Stiftung wird dem Professor an der Universität Padua und Vizepräsidenten der venezianischen Fondazione Giorgio Cini der mit 25 000 Mark ausgestattete Preis am 3. Juni in Venedig verliehen.

„Langer“ Freitag in Berlin war ein Erfolg

F. DIEDERICHS, Berlin

Der erste „lange“ Freitag in diesem Jahr hat sich zumindest für die Geschäfte in der City Berlins gelohnt. Hier drängten sich viele Berliner und Touristen, die einen der ersten lauen Frühlingsabende zu einem Stadtbummel nutzten und ihr Geld vor allem in Boutiquen, Parfümerien und Schuhgeschäften ausgaben. „Weltstadtflair“ auf dem Ku'damm, war der einhellige Kommentar.

Geschäftsinhaber auf Berlins bekanntestem Boulevard lobten die Initiative von Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) in höchsten Tönen: „Die Kunden sind freundlicher und entspannter als im Tagesstreß – wir haben ein sehr gutes Geschäft gemacht“, resümierte die Filialleiterin eines Bekleidungsgeschäftes. Und: „In Rom und New York geht's ja auch, warum nicht in einer Weltstadt wie Berlin“, so ein Boutiquebesitzer. Des einen Freud, des anderen Leid. „Zwölf Stunden auf den Beinen, das ist zuviel“, klagte eine Verkäuferin.

Wie im vergangenen Jahr, so hat der Berliner Senat auch diesmal die Verlängerung der Einkaufszeiten bis 21 Uhr an insgesamt neun Freitagen beschlossen. Er machte sich dabei die Ausnahmemöglichkeiten des Ladenschlußgesetzes zunutze, die bei „besonderen Anlässen“ eine Abweichung von den starren Regelungen vorsehen. Anlaß ist die in diesem Jahr in Berlin stattfindende „Bundesgartenschau Berlin 1985“. Sie ist zwar in dem von der Innenstadt weit entfernten südlichen Bezirk Neukölln beheimatet, soll jedoch nach den Wünschen des Veranstalters und der Fremdenverkehrs-Manager mindestens fünf Millionen Touristen in die Stadt ziehen, deren Kaufkraft man ausnutzen möchte.

Der „lange“ Freitagabend – für Geschäftsinhaber auf freiwilliger Basis – ist auch in diesem Jahr auf die Kritik der Gewerkschaften gestoßen: Gerade in Kleinbetrieben ohne Betriebsräte oder gewerkschaftliche Kontrollmöglichkeiten gingen die längeren Öffnungszeiten oft zu Lasten der dort beschäftigten Frauen. Angekündigte Protestaktionen blieben jedoch aus – das Gros der Angestellten, so die Tendenz von Blitzumfragen, war durchaus zu Überstunden bereit, die entweder mit Zuschüssen oder Freizeitausgleich belohnt wurden.

Der Berliner Senat will bei den noch ausstehenden acht „langen“ Freitagen mit Stichprobenkontrollen die Einhaltung der täglichen Höchstarbeitszeit, der Pausen und Ruhezeiten kontrollieren. „Aushöhlen“ wollen man das geltende Ladenschlußgesetz nicht: „Man kann es am besten verteidigen, wenn man seine Möglichkeiten voll ausschöpft“, argumentierte Wirtschaftssenator Pieroth.

Brandkatastrophe im Fußballstadion der englischen Stadt Bradford / Wie sicher sind unsere Stadien?





80 Jahre alt war die Holztribüne im Stadion von Bradford. Sie verbrannte fast vollständig (li.). Brennend versuchen Zuschauer der Flammenhölle zu entkommen (re.) FOTOS: AP

Mit einem Sprung in Sicherheit

Von REINER GATERMANN

Es sollte ein Freudenfest werden, endete dann aber in der zweitgrößten Katastrophe der britischen Fußballgeschichte. Die fast 11 000 Zuschauer im Bradforder Stadion waren in Siegesstimmung. Ihr Verein stand als Meister der 3. Liga fest, der Aufstieg war damit sicher. Der Pokal war bereits zu Beginn des letzten Punktspieles der Saison, gegen Lincoln City, überreicht worden und für Sonntag war die offizielle Meisterschaftsfeier angesetzt.

Doch zehn Minuten vor Ende der ersten Halbzeit brach das Inferno über das Stadion herein. Den sachte aufsteigenden Qualm am Nordende der ungefähr 70 Jahre alten hölzernen Haupttribüne hatte kaum jemand registriert. Er war laut Zeugenaussagen fast zehn Minuten sichtbar. Dann ging alles sehr schnell: aus den Fußbodenplanken schlugen plötzlich bis zu drei Meter hohe Flammen, die schnell die Seitenpfosten und das Dach der Tribüne erfaßten.

Zum Glück sind im Bradforder Stadion die Zuschauer noch nicht durch hohe Zäune vom Spielfeld getrennt, die meisten konnten sich deswegen durch einen Sprung über eine niedrige Barriere auf den Rasen retten. Katastrophal war die Lage für diejenigen, die den Ausgängen zustrebten. Die Türen waren verschlossen. Clubpräsident Staffond Heginbotham begründete dies so: „Würden wir die Tore in der ersten Halbzeit offenlassen, würde zu viele hereinkommen ohne zu bezahlen.“ Die Rettungsmannschaften waren schnell zur Stelle, sie schützten in erster Linie die Fluchtwege.

Mit dem Aufstieg in die 2. Liga unterlieg der Bradford FC erst jetzt den strengeren Sicherheitsbestimmungen, die für die beiden obersten Spielklassen gelten. Um ihnen gerecht zu werden, waren kürzlich Ausbau- und Verbesserungsmaßnahmen im Wert von umgerechent rund 1,5 Millionen Mark beschlossen worden.

Mit dem Erfolg seines Vereins hatte Bradford die Voraussetzung für den Erhalt eines Zuschusses in Höhe von 450 000 Pfund (etwa 1,5 Millionen Mark) geschafffen, mit dem das Stadion sicherer gemacht werden sollte. Der Vereinsvorsitzende Higgenbotham sagte gestern, es sei nötig, die Sicherheitsvorkehrungen in alten Sportstätten im ganzen Land zu verstärken. Man müsse die Anforderungen des Jahres 1985 in 1906 gebauten Stadien erfüllen.

Der Labour-Abgeordnete Gerlad Kaufman kündigte an, er werde eine umfangreiche Untersuchung der Sicherheit in Großbritanniens Fußballstadien fordern. Das Innenministerium teilte mit, Innenminister Leon Brittan werde Berichte von Polizei un Feuerwehr prüfen und dann entscheiden, ob die Regierung eine Untersuchung einleiten werde.

Am Samstag hatte Großbritannien bei einem anderen Spiel noch ein weiteres Opfer zu beklagen. Bei Ausschreitungen beim Treffen Birmingham gegen Leeds stürzte unter dem Ansturm randalierender Fans eine zehn Meter lange und dreieinhalb Meter hohe Steinmauer ein. Sie erschlug einen 15jährigen Jungen. Insgesamt wurden 65 Personen verletzt und 125 festgenommen.

Kann Bradford auch bei uns passieren?

Von G. W. BETZNER

Die Brandkatastrophe von Bradford hat wieder einmal die Frage aufgeworfen, ob auch in deutschen Stadien so etwas passieren könnte. Brandschutzexperten erklärten dazu gestern auf Anfrage: Dies sei sehr unwahrscheinlich, unmöglich aber sei es nicht.

Die Begründung der Experten: In Deutschland sind fast alle Stadien Beton- oder Stahlkonstruktionen. Lediglich Sitze, Geländer, Dach oder Bodenbeläge sind aus brennbarem Material, meist aus Kunststoff.

Und alle Stadien der Bundesrepublik Deutschland unterliegen den strengen Vorschriften der Versammlungsstätten-Verordnung. Auch die vereinzelt in unseren Städten und Gemeinden vielleicht noch vorhandenen Holztribünen werden nach dieser Verordnung beurteilt.

Das heißt: Auch hier sind die Sitz- und Standflächen für Besucher und die Fluchtwege so angelegt, daß im Brandfall Personenschaden weitgehend auszuschließend ist. Tatsache ist, daß es in der 22jährigen Geschichte der Bundesliga noch nie zu einem solchen Unglück gekommen ist. Zwei Menschen sind bisher in deutschen Fußballstadien zu Tode gekommen, 1964 in Kaiserslautern und 1977 in Hamburg, beide durch Sturz von der Tribüne.

Vereinfacht lautet die erste Reaktion der Experten auf das Unglück in England: Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich bei uns ein ähnliches Unglück mit so vielen Toten ereignet. Einzig bei einem Brandanschlag könnte es zu einer Katastrophe kommen.

Es sei daher, so die Experten, sicher nicht falsch, wenn die zuständigen Behörden in den Kommunen mit Sportstätten oder anderen öffentlichen Bauwerken aus Holz diesen aktuellen Vorfall zum Anlaß nehmen, die Brandsicherheit ihrer Anlagen vor allem im Hinblick auf den Personenschutz bei Brandanschlägen noch einmal zu überprüfen.

Flohmarkt von Paris feiert „Geburtstag“

AFP, Paris

Sein hundertjähriges Bestehen feiert der größte Pariser Flohmarkt in St. Ouen. Den ganzen Juni über wird das Jubiläum mit Sonderveranstaltungen begangen. An dem Programm beteiligen sich rund 1500 Trödler und Antiquitätenhändler auf dem 30 Hektar großen Gelände. Das Festjahr wurde willkürlich bestimmt, denn die Geburtsstunde des Trödel-Paradieses ist nicht genau bekannt. Fest steht, daß der Flohmarkt, der sich in rund ein Dutzend einzelner Märkte mit eigenem Namen und oft eigenem Spezialgebiet gliedert, nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 entstand. Lumpensammler bauten auf dem Gelände, das schon zuvor Domäne von Zigeunern war, ihre Buden auf.

Disneyland in Spanien

AFP, Madrid

Das „Euro-Disneyland“, der europäische Ableger des amerikanischen Vergnügungsparkes, soll in Spanien gebaut werden. Wie die Tageszeitung „El Pais“ unter Berufung auf den Zentrum-Abgeordneten Manuel Gallent sowie eine „offizielle Quelle“ der regierenden Sozialisten berichtete, wählte das US-Unternehmen „Walt Disney Productions“ die spanische Küstenprovinz Alicante im Osten des Landes als Standort.

Automatisch gebremst

dpa, Lyon

Ein Hochgeschwindigkeitszug (TGV) der französischen Staatsbahn ist am Samstag bei Lyon durch die Sicherheitsautomatik auf freier Strecke zum Stehen gebracht worden. Der Zugführer hatte sich zuvor mit einem Sprung aus dem Führerstand das Leben genommen. Nach Angaben der Behörden hatten die Reisenden in dem vollbesetzten Zug nichts von dem dramatischen Zwischenfall bemerkt. Der TGV erreicht auf der Strecke Paris–Lyon eine Höchstgeschwindigkeit von 270 Kilometern in der Stunde.

Sprung in die Tiefe

dpa, Longwy

Ein vierjähriges Mädchen hat am Samstag in Longwy (Lothringen) den Sprung aus dem vierten Stock eines Wohnhauses in 15 Meter Tiefe heil überstanden. Wie die Behörden mitteilten, war das Kind wegen eines Brandes in der elterlichen Wohnung in Panik geraten.

Schwerer Fang

dpa, Neapel

Eine fünf Zentner schwere Riesenschildkröte ist Fischern vor Mondragone bei Neapel ins Netz gegangen. Der Panzer des Tieres mit dem wissenschaftlichen Namen Dermochelys coriacea hat einen Durchmesser von drei Metern. Wie es hieß, werde die unter Tierschutz stehende Schildkröte mit einem Schiff wieder ins offene Meer gebracht.

Mohnpflanzungen zerstört

AFP, Catania

In zweitägiger Arbeit hat die Polizei in Sizilien 90 000 Schlafmohnpflanzen zerstört, aus denen der Grundstoff zur Opiumherstellung gewonnen wird. Die 20 Besitzer der Anbaufläche, die sich über 150 Hektar zwischen Catania und Enna erstreckte, wurden festgenommen.

Tod in der Kirche

dpa, Treviso

Ein fünfjähriges Mädchen ist in der Kirche von Fontanelle bei Treviso in Norditalien von einem zentnerschweren Weihwasserbecken erschlagen worden. Sie hatte mit anderen Kindern zusammen versucht, sich an dem marmornen Becken emporzuhangeln.

LEUTE HEUTE

Spende

Der amerikanische Multimillionär **John Paul Getty II.** lebt seit Jahren völlig zurückgezogen im Londoner Nobel-Stadtteil Chelsea. Trotzdem sorgt der 51jährige Erbe der Getty-Milliarden immer wieder für Sensationen. So etwa, als er sich weigerte, Unterhalt für seinen Sohn **J. Paul Getty III.** (28) zu zahlen, der 1981 nach einer Überdosis Heroin einen Gehirnschlag erlitten hatte und seitdem blind und gelähmt in einer kalifornischen Klinik liegt. Jetzt faßte Getty II. wieder einen seiner ungewöhnlichen Entschlüsse. Er will eine bedeutende Summe Spenden, damit das unlängst in London versteigerte Bildnis der „Heiligen Drei Könige“ von Mantegna in England bleiben kann. Clou der Geschichte: Ersteigert hatte es das Getty-Museum im kalifornischen Malibu, eine Gründung seines Vaters Paul Getty I. . .

Drehbuch

Seit Jahren hätte er am liebsten einen Familienvater gespielt, „wo man wirklich moderne Dinge anschneiden kann, die heute eine Familie bewegen, und wo man aktuelle Dinge zur Sprache bringen kann“, verriet jetzt **Heinz Rühmann** (83). Auch habe er den kleinen Mann und sein Schicksal immer viel lieber gespielt als große Persönlichkeiten. Die Drehbücher für die nächsten beiden Filme hat er schon vorliegen, aber noch nicht gelesen.

Petition

Der Sänger und Schauspieler **Frank Sinatra** (Jahrgang 1915) hat Ärger mit der technischen Hochschule seines Geburtsorts Hoboken im US-Bundesstaat New Jersey: Die „Stevens“-TU will ihm am 23. Mai den Titel eines Ehrendoktors verleihen, doch über 100 Studenten des Abschlußsemesters haben sich in einer Petition dagegen ausgesprochen: „Sinatra ist auf dem Gebiet der Unterhaltung anerkannt, nicht aber in der Technologie, der Naturwissenschaft oder der Ausbildung.“

Kampf um die Brötchen

Kiosk-Besitzerin gibt sich mit Urteil nicht geschlagen

E. REVERMANN, Flensburg

Heike Henningsen denkt gar nicht daran, vor höchsten Gerichten kleine Brötchen zu backen. An diesem Montag tischt sie ihrem Anwalt Ulrich Schmittdiehl ihre neue Strategie im Flensburger Brötchenkrieg auf, der Europa-Geschichte machen soll: Obwohl das Oberverwaltungsgericht Lüneburg in der Vorwoche mit dem Aktenzeichen A 129/83 und A 130/83 in letzter Instanz entschieden hatte, der Verkauf von ofenfrischen Brötchen, Sonntagmorgen im benachbarten Dänemark gebacken, sei an deutschen Kiosken nicht rechtens. Die streitbare Frau will jetzt nicht nur Nichtzulassungsbeschwerde einreichen, sondern sogar den Europäischen Gerichtshof einschalten, und sie erhält dort Schützenhilfe.

Heike Henningsen gehört zu jenen 102 Kiosk-Besitzern in der nördlichsten bundesdeutschen Stadt, die noch richtige Tante-Emma-Lädchen haben und (fast) all die Kleinigkeiten zwischen morgens um 6.00 um abends um 22.00 Uhr anbieten, die man auf die Schnelle braucht – und das auch samstags, sonntags und an Feiertagen. Neben Zeitungen, Tabakwaren und Spirituosen gibt's Gebäck, wie sicher ebenso die Sicherheitsnadel oder die Heftzwecke – aber auch verpacktes Schmackhaftes, wie das eine Scheibchen Brot, Aufstrich, Kaffee und Sahne. Wer was vergessen hat, kann hier nach Feierabend und Sonn- und Feiertags das Notwendigste bekommen, fast zu jeder Zeit.

Weshalb dann nicht dazu auch sonntagmorgens frische Brötchen, fand Frau Henningsen und dachte europäisch grenzüberschreitend. Brötchenbacken in der Nacht zum Sonntag ist nach deutschen Gesetzen im Bundesgebiet nicht erlaubt, aber die Nachbarn im angrenzenden Dänemark dürfen dies tun. So fuhr denn, immer wenn es Sonntag war, Ehemann Karl (59) frühmorgens um sechs die zehn Autominuten zu Bäkker Bang ins dänische Örtchen Padborg und kam mit 2000 Brötchen wieder zurück.

Den 700 bis 800 Kunden schmeckten die 36-Pfennig-Brötchen hervorragend – nur einem Beamten der Flensburger Stadtverwaltung nicht, der sich an einem Oktobersonntag 1980 in die Käuferschlange gemogelt hatte und bei den Brötchen gesetzwidrigen Beigeschmack verspürte: Nach dem geltenden Ladenschlußgesetz sei der Verkauf von frischen Brötchen auf zwei Stunden beschränkt und auch nur dann erlaubt, wenn der Verkäufer sie selbst gebakcken habe. Ein Import über Dänemark sei verboten.

Prompt flatterte eine Ordnungsverfügung ins Haus, die nicht nur Heike Henningsen auf die Palme brachte. Es gab eine Unterschriftenaktion, an der sich 300 Bürger beteiligten. Es nützte nichts. In erster wie in zweiter Instanz unterlag die streitbare Frau.

Doch der Brötchenkrieg geht weiter. Gestützt von dänischen Freunden und einem dänischen Politiker soll jetzt der Europäische Gerichtshof eingeschaltet werden. Heike Henningsens stärkstes Argument: Im unmittelbaren Grenzbereich – wenige Meter vom Schlagbaum entfernt – ist der Brötchenverkauf erlaubt, als Reiseproviant für Dänemark-Reisende. Das Gericht hatte argumentiert, in Flensburg könne jeder Brötchen kaufen, wenn er in diesen Grenzbereich fahre. Für Heike Henningsen waren dies 300 Meter zuviel gewesen.

„Syncom“ soll im All repariert werden

dpa, Cape Canaveral

Der nutzlos im All treibende defekte Nachrichtensatellit „Syncom“ soll möglicherweise im August im Weltraum repariert und doch noch auf seine vorgesehene Umlaufbahn gebracht werden. „Syncom“ war im April von der Raumfähre „Discovery“ im Weltraum ausgesetzt worden, seine Antriebsraketen, die ihn in die Umlaufbahn bringen sollten, hatten jedoch nicht gezündet.

Vertreter der Firma Hughes, der der Satellit gehört, und verschiedener Gesellschaften, bei denen der künstliche Himmelskörper für 85 Millionen Dollar versichert ist, wollen sich heute über eine solche Möglichkeit unterhalten, kündigte eine Sprecherin des US-Unternehmens an.

Nach den Vorstellungen von Hughes könnte die Arbeit während des „Discovery“-Fluges im August ausgeführt werden, bei dem die Astronauten unter anderem drei weitere Satelliten im Weltraum aussetzen sollen. Zur Zeit ist der Start der Raumfähre für den 10. August geplant. Sollten Hughes, die Versicherer und die US-Raumfahrtbehörde NASA übereinkommen, eine Reparatur zu wagen, würde der Starttermin um rund 14 Tage verschoben.

Die Fähre müßte dann in die Nähe des Satelliten gesteuert werden, und zwei Astronauten müßten nach den Plänen von Hughes bei einem „Weltraumspaziergang“ mit Hilfe eines elektronischen Schaltmanövers den fehlerhaften Zündmechanismus von „Syncom“ umgehen, damit der Satellit später vom Erdboden aus in Gang gesetzt werden kann.

WETTER: Weiterhin warm

Wetterlage: Deutschland liegt im Zustrom warmer Luftmassen aus dem osteuropäischen Raum, die das Wetter in den nächsten Tagen bestimmen.

12. Mai 1985, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Montag:
Im Küstengebiet starke, hochnebelartige Bewölkung und Tageshöchsttemperaturen bei 15 Grad, sonst wolkig, gebietsweise auch bedeckt und örtlich etwas Niederschlag, zum Teil gewittrig. Tageshöchsttemperaturen 22 bis 25 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Dienstag um 12 Grad. Im Norden frischer bis starker, sonst schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Warm, leicht unbeständig.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	20°	Kopenh.	14°
Dresden	16°	Las Palmas	18°
Essen	18°	London	8°
Frankfurt	22°	Madrid	12°
Hamburg	11°	Mailand	14°
List/Sylt	11°	Mallorca	15°
München	19°	Moskau	22°
Stuttgart	20°	Nizza	15°
Algier	16°	Oslo	15°
Amsterdam	16°	Paris	12°
Athen	21°	Prag	18°
Barcelona	14°	Rom	19°
Brüssel	16°	Stockholm	15°
Budapest	23°	Tel Aviv	24°
Bukarest	25°	Tunis	20°
Helsinki	14°	Wien	22°
Istanbul	20°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.33 Uhr, Untergang: 21.05 Uhr; **Mondaufgang:** 4.07 Uhr, Untergang: 15.14 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Können Sie mir folgende biologisch-theologische Frage beantworten: In welchem Fischbauch war der Prophet Jonas? Wie konnte er das überleben?“ Leserzuschrift an die Zeitschrift „Ärztliche Praxis“.